

JahrBuch

für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung

Mai 2009

II

NDZ-GmbH

Inhaltsverzeichnis

<i>Rolf Badstübner</i> : Alternativen, Brüche und Wendepunkte auf dem Weg zur doppelten Staatsgründung 5
<i>Anneliese Braun</i> : Fritz Behrens' Konzept einer „sozialistischen Warenproduktion“, seine Kritik am Staatssozialismus und ihre Relevanz für die Gegenwart 26
<i>Jörg Roesler</i> : Die Brigaden, der Meister, die Werkleitung und der Plan. Arbeitsregime und Arbeitsklima in den volkseigenen Betrieben der DDR 42
<i>Ulla Plener</i> : Über Parteidisziplin in der Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts 56
<i>Heinz Köller</i> : Deutsche Kommunisten in der belgischen Emigration 1938 bis 1945. Zu negativen Folgen der Differenzen in der Antihitlerpolitik 68
<i>Christoph Hamann</i> : Demokratische Tradition und revolutionärer Geist. Erinnern an 1848 – 30 Jahre „Aktion 18. März“ 87

Dokumentarisches

- Jochen Hahn/Walter Friedrich*: „Friedenslieder sind Katalysatoren“ 109
- Joachim Heise*: Kirchenpolitik am Scheideweg.
Ein Dokument der Angst und der Ohnmacht 129
- Günter Agde*: „Die Wirkung einzelner Filme differenziert
und vielseitig untersuchen“. Ein früher DDR-Versuch
filmsoziologischer Forschung 146

Information

- Herbert Mayer*: Neue deutsche Literatur zum Spanischen Bürgerkrieg 164

Berichte

- Jörg Roesler*: Die Transformation der Geschichtswissenschaft
in Ostdeutschland nach 1990 175
- Jochem Černý*: 1989/1990: Ein anderes Deutschland war möglich 178

Buchbesprechungen

- August Bebel: Die moderne Kultur ist eine antichristliche
(*Henning Oblendorf*) 182
- Fritz Keller/Andreas Höferl: Kampf für öffentliche Dienste.
Für ein besseres Leben und eine bessere Welt; Fritz Keller:
Internationale der Öffentlichen Dienste. Die ersten hundert Jahre
(*Gerd Callesen*) 185
- Holger Marcks/Matthias Seiffert (Hrsg.): Die großen Streiks.
Episoden aus dem Klassenkampf (*Ralf Hoffrogge*) 187
- Karin Kuckuk: Im Schatten der Revolution.
Lotte Kornfeld – Biographie (*Gerhard Engel*) 189

Edith Anderson: Liebe im Exil. Erinnerungen einer amerikanischen Schriftstellerin an das Leben im Berlin der Nachkriegszeit (<i>Evemarie Badstübner</i>) 192
Klaus Tenfelde u. a. (Hrsg.): Stimmt die Chemie? Mitbestimmung und Sozialpolitik in der Geschichte des Bayer-Konzerns (<i>Peter Hübner</i>) 194
Hanna Behrend: Die Überleberin (<i>Stephan Lieske</i>) 197
Rolf Badstübner: Clash. Entscheidungsjahr 1947 (<i>Günter Benser</i>) 199
Ronald Friedmann: Ulbrichts Rundfunkmann. Eine Gerhart-Eisler-Biographie (<i>Joachim Eichler</i>) 201
Jörg Roesler: Die Wiederaufbaulüge der Bundesrepublik (<i>Arne Schott</i>) 202
Richard Heigl: Oppositionspolitik. Wolfgang Abendroth und die Entstehung der Neuen Linken (1950-1968) (<i>Andreas Diers</i>) 203
Klaus Hermsdorf: Kafka in der DDR. Erinnerungen eines Beteiligten (<i>Ulrike Köpp</i>) 205
Peter Hübner/Christa Hübner: Sozialismus als soziale Frage. Sozialpolitik in der DDR und Polen 1968-1976. Mit einem Beitrag von Christoph Boyer zur Tschechoslowakei (<i>Jörg Roesler</i>) 207
Irina Liebmann: Wäre es schön? Es wäre schön! Mein Vater Rudolf Herrnstadt (<i>Elke Scherstjanoi</i>) 210
Schwartz, Michael (Hrsg.): Ernst Schumacher – ein bayerischer Kommunist im doppelten Deutschland. Aufzeichnungen des Brechtforschers und Theaterkritikers in der DDR 1945-1991 (<i>Lothar Georgi</i>) 213
Hermann Weber/Andreas Herbst: Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945 (<i>Bärbel Konrny</i>) 216
Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bd. 5: Bundesrepublik und DDR 1949-1990 (<i>Rolf Badstübner</i>) 216

Hans Reichelt: Die deutschen Kriegsheimkehrer. Was hat die DDR für sie getan? (<i>Herbert Mayer</i>)	220
Hermann Wentker: Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System 1949-1989 (<i>Joachim Eichler</i>)	222
Autorenverzeichnis	224
Impressum	225
Entwürfe für Hoheitszeichen einer Deutschen Demokratischen Republik	226

Alternativen, Brüche und Wendepunkte auf dem Weg zur doppelten Staatsgründung¹

Rolf Badstübner

Beim bevorstehenden 60. Jahrestag der Gründung von BRD und DDR dürfte es – insoweit dieses historische Ereignis überhaupt als *doppelte* Staatsgründung wahrgenommen werden wird² – bezogen auf Ostdeutschland vor allem um eine Streitfrage gehen, die Peter Graf Kielmannsegg so problematisierte: „Stand der Neubeginn im anderen Teil Deutschlands wirklich im Zeichen einer radikaleren, glaubwürdigeren, zukunftsweisenderen Absage an die Vergangenheit als der Neubeginn im Westen, einer Absage, aus der dem SED-Staat trotz allem eine Art historischer Rechtfertigung hätte zuwachsen können oder zugewachsen ist? Nicht wenige Intellektuelle in der DDR, der Bundesrepublik, weltweit sind, zumal in ihrer Auseinandersetzung mit dem westdeutschen Staat, erstaunlich geneigt gewesen, diese Frage zu bejahen.“³

So erstaunlich ist das allerdings keineswegs. Für diese Bejahung gab es vielmehr gute Gründe, die vor allem in der frühen deutschen Nachkriegsgeschichte wurzelten. Nicht zufällig wurde diese daher schon zu Bonner Zeiten in der bundesdeutschen Geschichtsschreibung – mit nur wenigen Ausnahmen – marginalisiert und nun in den seit 1990 stärker dominierenden Sichtweisen weithin verdrängt.⁴

1 Ausführlicher dazu Rolf Badstübner: Vom ‚Reich‘ zum doppelten Deutschland. Gesellschaft und Politik im Umbruch, Berlin 1999; ders.: Clash. Entscheidungsjahr 1947, Berlin 2007.

2 Vieles – wie z. B. die Neujahrsansprache von Bundeskanzlerin Angela Merkel – deutet darauf hin, dass die Berliner Republik 2009 offiziell nur den 60. Jahrestag der Gründung der Bonner Republik als Vorgeschichte zur Kenntnis nehmen will und zu feiern beabsichtigt.

3 Peter Graf Kielmannsegg: Das geteilte Land. Deutsche Geschichte 1945-1990, München 2007, S.127. Es ging aber nicht nur um viele Intellektuelle, sondern auch um viele Widerstandskämpfer und Antifaschisten, die sich für das „andere Deutschland“ entschieden.

4 Siehe neben Kielmannsegg beispielsweise Manfred Görtemaker: Geschichte der Bundesrepublik Deutschland. Von der Gründung bis zur Gegenwart, München 1999; ders.: Kleine Geschichte der Bundesrepublik Deutschland, München 2002 und Bonn 2002 (= Lizenzausgabe der Bundeszentrale für Politische Bildung; bpb); Konrad Jarasch: Die Umkehr. Deutsche Wandlungen 1945-1995, München 2004 (bpb); Edgar Wolfrum: Die geglückte Demokratie. Geschichte der Bundesrepublik Deutschland von ihren Anfängen bis zur Gegenwart, Stuttgart 2006 (bpb); Hans-Ulrich Wehler: Deutsche Gesellschaftsgeschichte, Viertes Bd.: 1919-1949, München 2003; Heinrich August Winkler: Der lange Weg nach Westen, Bd. II: Deutsche Geschichte von 1933-1990, München 2000 und Bonn 2005 (bpb).

1. Verdrängte Wahrheiten

Das Bemerkenswerteste an der Parteienlandschaft am Beginn der Nachkriegszeit war, dass es nicht bei der Abrechnung mit Faschismus und Militarismus und dem „deutschen Sonderweg“ und einer Orientierung auf Demokratie blieb, sondern dass weit über die Arbeiterbewegung hinaus eine mit prosozialistischen Orientierungen und Perspektiven verbundene, leidenschaftliche Ächtung bzw. historische Verurteilung des Kapitalismus, insbesondere des Großkapitals, erfolgt war. So, wenn die (westzonale) SPD in ihren auf dem 1. Parteitag im Mai 1946 verabschiedeten programmatischen „Leitsätzen“⁵ einen demokratischen Sozialismus zur „Tagesaufgabe“ erklärte, die bei der „Sozialisierung“ der Grund- und Schlüsselindustrien und einer sofortigen Einleitung einer grundlegenden „Agrar- und Bodenreform zu beginnen habe [...] unter Enteignung der Großgrundbesitzer“. Die SPD betonte außerdem, dass in diesem Nachkriegsdeutschland die Demokratie den Sozialismus erfordere und dieser wiederum die Demokratie.

Das schien die KPD ähnlich zu sehen. Sie orientierte in ihrem Aufruf vom 11. Juni 1945 dezidiert auf antifaschistisch-demokratische Aufgaben.⁶ Charakteristisch war ein Bekenntnis zur Demokratie,⁷ was immer darunter zu verstehen war.⁸ Als Stalin die Gründung der SED „absegnete“, orientierte er, bei prononcierter Betonung des Unterschiedes zwischen Deutschland und dem Russland der Oktoberrevolution, auf die unbedingt zu berücksichtigenden „parl[amentarischen] Traditionen“ hierzulande und auf die daraus resultierende Möglichkeit und Notwendigkeit, „auf demokrat[ischem] Weg zur Arbeitermacht – nicht Diktatur“ zu gelangen.⁹ Diese Orientierung, die für die Konsensbildung zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten mit Blick auf die Vereinigung von entscheidender Bedeutung war, baute Anton Ackermann im Auftrage der KPD-Führung in seinem Artikel in der ersten Nummer der „Einheit“ vom Februar 1946 zu einem „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“ aus. Darin wurde die Möglichkeit eines demokratischen und friedlichen Weges zum Sozialismus gemäß den deutschen Bedingungen begründet. Im Oktober 1946 ging Ackermann – allerdings

5 Abgedr. in: Hans-Jörg Ruhl (Hrsg.): Neubeginn und Restauration. Dokumente zur Vorgeschichte der Bundesrepublik, München 1982, S.227-233.

6 Zweifellos war die Moskauer Führung der KPD infolge ihrer Arbeitsmöglichkeiten, der Informationen, die sie erhielt, und des Kontaktes zu vielen Fachleuten unter den Kriegsgefangenen am besten auf die Besatzungszeit vorbereitet. Siehe auch: Peter Erler/Horst Laude/Manfred Wilke (Hrsg.): „Nach Hitler kommen wir“. Dokumente zur Programmatik der Moskauer KPD-Führung 1944/45 für Nachkriegsdeutschland, Berlin 1994.

7 Siehe auch Wolfgang Zank: Als Stalin Demokratie befahl, in: Die Zeit, 16.6.1995, S.42.

8 Siehe dazu auch die „Erinnerungsberichte“ von Wolfgang Leonhard und Stefan Doernberg in: Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Enquetekommission „Leben in der DDR. Leben nach 1989 – Aufarbeitung und Versöhnung“, Bd. 1, o. O. 1996, S.171f., 177f.

9 Aufzeichnung Wilhelm Piecks über den Bericht Walter Ulbrichts, der sich vom 28.1. bis zum 6.2.1946 in Moskau aufhielt, in: Rolf Badstübner/Wilfried Loth (Hrsg.): Wilhelm Pieck. Aufzeichnungen zur Deutschlandpolitik 1945-1953, Berlin 1994 (künftig abgekürzt: Pieck-Notizen), S.68.

schon nicht mehr unwidersprochen – noch weiter, indem er die Notwendigkeit der Diktatur des Proletariats mit den spezifisch russischen Bedingungen in Verbindung brachte, während in Ländern, in denen die Arbeiterklasse die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung bildete, demokratische Wege und Herrschaftsmethoden möglich und geboten seien.¹⁰ Ansatzweise brachte Ackermann auch schon Korrekturen am Sozialismusbild, wie es theoretisch, aber noch mehr von der sowjetischen Realität geprägt wurde, in die Diskussion ein.¹¹

Die SED definierte sich gemäß den Beschlussdokumenten des Vereinigungsparteitages¹² als eine unabhängige, nationale und zugleich demokratische und sozialistische Partei, deren Gegenwartsziel eine „antifaschistisch-demokratische, parlamentarische Republik“ mit Gewissens-, Glaubens-, Meinungsfreiheit, umfassenden sozialen und Menschenrechten sei. Sie bekannte sich zu einem „demokratischen Weg zum Sozialismus“ in Verbindung mit der „Erkämpfung der politischen Macht durch die Arbeiterklasse“, zu einer sozialistischen Gesellschaftsordnung mit einer „sozialistischen Warenwirtschaft“, in der auch „Klein- und Mittelbesitzer“ ihren Platz haben, die eine „voll entfaltete Demokratie“, „ein Reich wahrer Freiheit und Menschlichkeit“ schafft. In einem im Auftrag des Zentralsekretariats von Wolfgang Leonhard verfassten Schulungsheft „Das Wesen der Sozialistischen Einheitspartei“ war zu lesen: „Die SED muß eine wahrhaft demokratische Partei sein. [...] Der Weg, den wir gehen werden, kann weder eine schematische Übertragung der Entwicklung der Sowjetunion noch eine schematische Übertragung der englischen und amerikanischen Verhältnisse auf Deutschland sein.“¹³

Aber auch die neuen christlich-demokratischen Sammelparteien orientierten sich, unter Absage an den Kapitalismus, mehr oder weniger stark an einem christlichen Sozialismus, der, wie im Kölner Gründungsauf Ruf und in den „Frankfurter Leitsätzen“ der CDU, den Gedanken von der Überführung von Grund- und Schlüsselindustrien und Großbanken in Gemeineigentum einschloss.¹⁴ Dies wurde seitens der Ostzone flankiert durch den Parteivorsitzenden Jakob Kaiser, der, ausgehend von der Position, dass das „bürgerliche Zeitalter“ zu Ende sei, mit Blick auf ganz Deutschland und als vehementer Fürsprecher eines christlichen Sozialismus eine Brücke zwischen Ost und West schlug. Auf einen Nenner gebracht könnte man sagen: Die Überwindung von Nazismus und Militarismus wurde weithin mit der Orientierung

10 Siehe Stenographische Niederschrift von der 6. Tagung des Parteivorstandes der SED (2. Teil), BArch, DY 30, IV 2/1/5, Teil 2, Bl.15f.

11 Siehe Anton Ackermann: Unsere kulturpolitische Sendung, in: Erste Zentrale Kulturtagung der KPD, Berlin 1946, S.36f.

12 Siehe „Grundsätze und Ziele“ und das vom Vereinigungsparteitag 1946 angenommene „Manifest an das Deutsche Volk“, in: Dokumente der SED, Bd. I, Berlin 1951, S.5-10, 24-30.

13 Zit. nach den Ausführungen Leonhards in: Landtag Mecklenburg-Vorpommern, Enquete-Kommission 1996, Bd. 1, S.190.

14 In der „Information für politische Bildung“ Nr. 259 unter dem Titel „Deutschland 1945-1949“, überarb. Neuauflage 2005, werden diese Gründungsdokumente dem Leser vorenthalten und stattdessen die „Düsseldorfer Leitsätze“ von 1949 abgedruckt.

auf „Dritte Wege“ zwischen Kapitalismus und Kommunismus verbunden. All das und auch das Folgende wird vom Mainstream der bundesdeutschen Zeitgeschichtsschreibung heute weitgehend ausgeblendet und marginalisiert.

2. Konsens im alliierten Deutschlandprojekt

Dazu gehört auch, dass die Nachkriegsentwicklung zunächst deutlich im Zeichen eines alliierten Deutschlandprojektes stand. Als ein Kompromiss zwischen den beteiligten Mächten liefen gemeinsame Planungen ebenfalls sehr stark auf einander angenäherte „Dritte Wege“ hinaus. Die Menschheitskatastrophe des Zweiten Weltkrieges und der Zivilisationsbruch des Holocaust hatte die Völker der Vereinten Nationen allenthalben zur Suche nach neuen Wegen in eine bessere Welt aufgerüttelt. Der vom „New Deal“-Präsidenten Franklin D. Roosevelt verfolgte Politikansatz der „One World“ zielte auf so etwas wie „Wandel durch Annäherung“ und vor allem darauf, den Weltfrieden und die Zivilisation auf neue Weise dauerhaft zu sichern und einen dritten Weltkrieg um jeden Preis zu verhindern.

Vor allem galt es zunächst, das deutsche Massenvernichtungspotenzial und den Aggressionsherd, von dem zwei Weltkriege ihren Ausgang genommen hatten, ein für alle Mal und mit erforderlicher Rigorosität zu beseitigen bzw. das Land zu „befrieden“. Um das alles zu gewährleisten, war die Fortsetzung der Antihitlerkoalition im und bei der Gestaltung des Friedens in Europa unerlässlich. Und wenn sich deren Hauptmächte in Jalta dezidiert dieser ihrer Verantwortung stellten, dann meinten sie das ernst, und es sollte auch von der Geschichtsschreibung ernst genommen werden. Die damit verbundene Problematik sollte entsprechend behandelt und nicht leichthin als bloße Chimäre eines „widernatürlichen Bündnisses“ abgetan werden, wie es in der bundesdeutschen Geschichtsschreibung seit den Fünfzigerjahren weithin üblich ist.

Von Ende 1943 an bis zur Potsdamer Konferenz 1945 kristallisierte sich in den Beratungen und Beschlüssen – Meinungsverschiedenheiten und unterschiedliche Positionen der „Großen Drei“ überbrückend – das gemeinsame alliierte Deutschlandprojekt heraus. Das war möglich, weil sich in den USA und in Großbritannien eine stark gesellschaftspolitische Sichtweise in Bezug auf den Nationalsozialismus und den preußisch-deutschen Militarismus durchgesetzt hatte, womit eine Annäherung an sowjetische Positionen stattfand. Auf der anderen Seite machte Josif Stalin in der deutschen Frage ein Zugeständnis an das westalliierte Demokratiekonzept.¹⁵ Dieses Deutschlandprojekt beinhaltete gesellschaftspolitische Umgestaltungen, Inhaftierung und Bestrafung von Schuldigen, Elitenwechsel, Umerziehung und Anderswerden, wobei dem Nürnberger Prozess mit seinem Vorstoß in neue völkerrechtliche Dimensionen eine besondere Bedeutung zu-

¹⁵ In diesem Sinne auch Jan Foitzik: „Kein Dissenz zwischen den Siegermächten herrschte ursprünglich über die allgemeinen Besatzungsziele“, in: Die Politik der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD): Kultur, Wissenschaft und Bildung 1945-1949, München 2005, S.32.

kam.¹⁶ Nazismus und preußisch-deutscher Militarismus sollten nicht nur in ihren Erscheinungsformen liquidiert, sondern – mehr noch – mit ihren gesellschaftlichen Grundlagen und Verwurzelungen, mit ihren Ideologien samt allen reaktionären Traditionen ausgerottet werden. Dazu bedurfte es eines radikalen Zugriffs im Rahmen einer alliierten Besatzungsdiktatur, wesentlicher Strukturveränderungen im Zuge einer weitgehend „von oben“ gesteuerten, längeren gesellschaftspolitischen Transformation. Insoweit dies praktiziert wurde, muss die Besatzungsherrschaft (vor allem in den ersten beiden Jahren) als eine „Transformationsperiode der Gesellschaftsgeschichte“¹⁷ begriffen und dem gemäß dargestellt werden. Diese aus soziologischer Sicht erhobene und überzeugend begründete Forderung findet in der zeitgeschichtlichen Literatur jedoch (fast) keine Berücksichtigung, wodurch von der frühen deutschen Nachkriegsgeschichte meist nur ein diffuses Bild übrig bleibt. Unverständlich, dass ausgerechnet in einer Gesellschaftsgeschichte wie der von Hans-Ulrich Wehler dies einfach ignoriert wird.¹⁸

Gegner oder Kritiker radikaler Positionen befanden sich in den Regierungen in Washington und London, in den zonalen Militärverwaltungen sowie in der öffentlichen deutschen Nachkriegsgesellschaft zunächst eindeutig in der Defensive. So betonte der Stellvertreter des US-Militär-Gouverneurs Lucius D. Clay in einer Unterredung mit dem Stellvertretenden Obersten Befehlshaber und Vizechef der SMAD Vasilij D. Sokolovskij Ende Oktober 1945 die weitgehende Übereinstimmung der Positionen in allen wichtigen Fragen – mit Ausnahme der Reparationsfrage.¹⁹ Und auch noch Monate später sah das der in Washington amtierende Staatssekretär der USA Dean Acheson ähnlich, wie aus seiner vertraulichen Botschaft vom 5. Mai 1946 an US-Außenminister James F. Byrnes, der zur Konferenz des Rates der Außenminister in Paris weilte, hervorging. Darin sprach er sich dafür aus, die Anstrengungen für eine gemeinsame Politik mit der Sowjetunion in der deutschen Frage zu verstärken. Es gebe übereinstimmende Interessen. Acheson sah beide Hauptmächte als Partner in einer „wirksamen Aktion gegen die deutschen Kombinate und Trusts“. Er befürwortete Vereinbarungen über „die Aufteilung der großen Güter und die Nationalisierung des Eigentums von Kombinat, überführten Nazis und Kriegsverbrechern etc.“, „um Klassen, die in der Vergangenheit den Nazismus oder extremen Nationalismus unterstützt haben, zu eliminieren“.²⁰ Offensichtlich lagen auch den von Byrnes entwickelten Plänen für eine 25-jährige und dann sogar 40-jährige Entmilitarisierung und Neutralisierung Deutschlands unter alliierter Kontrolle ähnliche Positionierungen

16 Siehe dazu insbesondere Joachim Perels: *Entsorgung der NS-Herrschaft?* Hannover 2004, S.91-105.

17 Uta Gerhardt: *Soziologie der Stunde Null*, Frankfurt am Main 2005, S.15.

18 Näheres dazu in einer Rezension in diesem Heft, S.216-220.

19 Siehe *Die UdSSR und die deutsche Frage 1941-1948*, Dokumente bearbeitet u. hrsg. von Jochen P. Laufer u. Georgij P. Kynin, Bde. I-III, Berlin 2004, hier Bd. II, S.127.

20 *Foreign Relations of the United States (FRUS)*, 1946, Vol. V, Washington 1969, S.553 (Übersetzung – R. B.).

zugrunde, die allerdings in Washington schon nicht mehr unumstritten waren.²¹ Eine Realisierung dieser Pläne hätte zweifellos zu einem anderen Verlauf der Nachkriegsgeschichte geführt – vor allem dann, wenn sie von einem europäischen Kooperativsystem flankiert worden wären.

Von der bedingungslosen Kapitulation der Deutschen Wehrmacht 1945 bis zur Moskauer Konferenz des Rates der Außenminister im März/April 1947 reichte die Zeit der Kooperation, die geprägt war von einer zügigen und intensiven Arbeit des Alliierten Kontrollrates (mit drei Proklamationen, vier Befehlen, 43 Gesetzen und 40 Direktiven bis Ende November 1946²²) und der Militärregierungen bzw. -verwaltungen in den Zonen. Eine Zeit, die trotz aller Konflikte und einer ungeheuren Anhäufung schwierigster Probleme bemerkenswerte Ergebnisse zeitigte.²³ In allen Besatzungszonen wurde ein großer Personenkreis inhaftiert und/oder aus seinen Positionen in Verwaltungen, Wirtschaftsleitungen sowie Bildungs- und Kultureinrichtungen entfernt. Schuldige wurden in großer Zahl angeklagt und verurteilt. In allen Besatzungszonen schritt eine mehr oder weniger umfassende und konsequente Entnazifizierung und „Säuberung“ zügig voran. In der Sowjetischen Besatzungszone (SBZ) verband sich damit auch ein Elitenwechsel in den Verwaltungen, wo nun in hohem Maße Antifaschisten in leitende Positionen gelangten und das Berufsbeamtentum als solches eliminiert wurde. In Gerichten und Schulen wurden mit der Ausbildung von Volksrichtern und Neulehrern neue Wege beschrritten. Mit der demokratischen Schulreform, die an schulreformerische Bestrebungen in der Weimarer Republik anknüpfte, wurde in der SBZ eine zukunftsweisende Umgestaltung des Bildungs- und Erziehungswesens eingeleitet. Überall wurden Anstrengungen unternommen, die Rassenideologie und andere geistige Erscheinungsformen von Nazismus und Militarismus zu überwinden. Das geistig-kulturelle Leben stand deutlich im Zeichen von Neuanfang und Anderswerden. Auch in den Westzonen traten vielfältige schulreformerische Bestrebungen und solche zur Reform des Beamtentum hervor, die jedoch noch nicht durchschlagend zum Zuge kamen.

Bodenreformen unter Beseitigung der Machtpositionen von Adel und Großgrundbesitz und die Liquidierung der Macht von Monopolvereinigungen bildeten zentrale Bestandteile des gemeinsamen alliierten Deutschlandprojektes. In der SBZ wurde in diesem Kontext eine Bodenreform 1945 zügig – allerdings ohne Abstimmung mit den Westalliierten – durchgeführt. Ihr lag ein grobschlächtiges sowjetisches Konzept zugrunde,²⁴ aber nichtsdestotrotz wurden die mit der Bodenreform angestrebten wichtigsten Ziele erreicht: Junkertum und Großgrundbesitz entmachtet und damit ein wichtiger Beitrag geleistet zur Besei-

21 Moskau erkannte nicht die damit verbundene Chance für eine modifizierte Regelung der deutschen Frage. Siehe Die UdSSR und die deutsche Frage, Bd. III, S.138, 184, 268.

22 Siehe Auflistung im Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland, Nr. 12, S.247-250.

23 Keine Fortschritte gab es allerdings infolge der französischen Blockade hinsichtlich gesamtdeutscher Regelungen sowie bei der Herstellung der deutschen Wirtschaftseinheit infolge der sowjetischen Reparationsentnahmen aus der laufenden Produktion.

24 Siehe detailliert: Badstübner, Vom ‚Reich‘, S.158-166.

tigung von Kohorten und Bastionen des preußisch-deutschen Militarismus, der politischen Reaktion und nicht zuletzt des Nazismus; die Herrschaft des Adels, der Grund- und Gutsbesitzer über Bauern und Dörfer gebrochen; Bodenunrecht wiedergutmacht bzw. eine gerechtere Bodenverteilung zugunsten von Umgesiedelten und Vertriebenen, landarmen Bauern und Landarbeitern vorgenommen; die Eigentums- und Machtverhältnisse auf dem Lande demokratisiert.

Vielleicht noch stärker als gegenüber Junkern und Großgrundbesitzern war bei und nach Kriegsende der alliierte Grundkonsens darüber ausgeprägt, dass die deutschen Wirtschaftseliten in Industrie- und Bankwesen in einem hohen Maße in die nationalsozialistische Politik und damit auch in Nazi- und Kriegsverbrechen verstrickt waren, dass sie eine Mit- oder gar Hauptverantwortung für Nazismus und Krieg trugen, insbesondere für Kriegsrüstung, -vorbereitung und -durchführung. Sie waren die Hauptprofiteure von Nationalsozialismus und Krieg gewesen, nicht zuletzt durch wirtschaftliche Expansion, durch die Ausplünderung vieler Länder, durch die Ausbeutung von KZ-Insassen und anderen Zwangsarbeitern, in Folge von „Arisierung“ jüdischer Banken und Betriebe und der Aneignung und „Verwertung“ jüdischen Eigentums. Deshalb war man sich weitgehend darin einig, dass diese Eliten aus verantwortlichen Positionen zu entfernen und zu inhaftieren seien, um sie juristisch zu belangen. Ihre notwendige Entmachtung schloss auch aus US-amerikanischer Sicht Enteignungsmaßnahmen ein.²⁵ Die britische Regierung bekundete in schwieriger Wirtschaftslage fürs eigene Land Sozialisierungsabsichten.

Ein weiterer Aspekt des alliierten Grundkonsenses bestand in der Auffassung, dass die besondere Konzentration wirtschaftlicher Macht in Deutschland, in der man einen Ursprung für kriegerische Aggressionen sah, zusammen mit der deutschen Rüstungsindustrie beseitigt werden müsse. Das richtete sich gegen die deutschen Großbanken, Trusts, Konzerne, Syndikate und Kartelle, von denen die Ruhrmontankonzerne besonders im Blickfeld lagen. Im alliierten Gespräch war außerdem eine mögliche Kontrolle durch die Internationalisierung des Ruhrgebiets.

Parallel dazu bemühte man sich im Kontrollrat, zu einer einvernehmlichen Regelung in Bezug auf die Beseitigung von Monopolvereinigungen, insbesondere von Konzernen, Trusts und Kartellen, zu gelangen.²⁶ In der Arbeitsgruppe „Dekartellisierung“ kam dazu ein sowjetisch-amerikanisch-französischer Gesetzesentwurf zustande, der dem Wirtschaftsdirktorat vorgelegt wurde.²⁷ Er stieß allerdings auf britische Einwände,²⁸ wodurch endgültige Entscheidungen hinausgeschoben wurden.

In den westlichen Besatzungszonen erfolgten umfangreiche Beschlagnahmungen, von denen verschiedene Banken, der Ruhrbergbau, die Eisen- und Stahlin-

25 Siehe Doris Winkler: Die amerikanische Sozialisierungspolitik in Deutschland 1945-1948, in: Politische Weichenstellungen in Nachkriegsdeutschland 1945-1953, Göttingen 1979, S.88-107.

26 Siehe Gunther Mai: Der Alliierte Kontrollrat in Deutschland 1945-1948. Alliierte Einheit – deutsche Teilung?, München 1995, S.231-250.

27 Siehe BArch, Z 45 F OMGUS/ACA DECO/P(46)397. Decart/WP(46)115.

28 Siehe BArch, Z 45 F OMGUS/ACA DECO/M(46)29.

dustrie, die chemische und die Elektroindustrie betroffen waren. Den deutschen Eigentümern und ihren Managern wurde die Verfügungsgewalt über ihre Betriebe entzogen. Das war ein tiefer und harter Einschnitt in die Wirtschaftsstruktur, noch dazu, wo zunächst vieles dafür sprach, dass er dauerhafte Eigentumsveränderungen nach sich ziehen würde. Die SMAD wählte demgegenüber den Weg der Sequestrierung von Betrieben mutmaßlicher Nazi- und Kriegsverbrecher,²⁹ machte aber zugleich mit dem von ihr zugelassenen Volksentscheid deutlich, dass das Ziel deren Enteignung und die Schaffung eines volkseigenen Sektors sei. Im Zuge des Sequestrierungsprozesses wurden im Gebiet der SBZ Betriebe von 129 Konzernen erfasst,³⁰ etwa von AEG, Borsig, BMW, Daimler Benz, Bosch, Degussa, Henkel, Krupp, Mansfeld AG, Mannesmann, Osram, Rütger, Salzdettfurth AG, Schering, Siemens, Stinnes, Telefunken, Thyssen, Wintershall, Zeiss-Jena, die meist ihren Hauptsitz nicht in der SBZ hatten. Die letztlich enteigneten unter den sequestrierten Industriebetrieben bildeten gemeinsam mit den Betrieben der sowjetischen Aktiengesellschaften den ausschlaggebenden Teil der industriellen Großproduktion der Zone. Die größeren Betriebe wurden zunächst in Landeseigentum überführt, das man später in Volks-, d. h. Staatseigentum umwidmete. Die Schaffung einer volkseigenen Industrie war zugleich mit beträchtlichen Veränderungen bei den wirtschaftsleitenden Eliten verbunden. Nur noch 6,2 Prozent der Werksleiterposten waren 1947 von den früheren Direktoren besetzt.³¹ Da sich die Enteignungsaktion in der SBZ gegen „Nazi- und Kriegsverbrecher“ richtete, bedeutete ihr Erfolg unzweifelhaft einen Sieg des Antifaschismus über den Faschismus, eine enorme Verbreitung und Stärkung antifaschistischer Mentalitäten und Befindlichkeiten.³² Die Tatsache, dass Ernst gemacht wurde mit einer radikalen Beseitigung von überkommenen Verhältnissen und Machtstrukturen, die die deutsche Katastrophe verursacht oder mitverursacht und deren Repräsentanten in hohem Maße Schuld auf sich geladen hatten, registrierten die meisten Deutschen mit Genugtuung. Die damit verbundene Umwälzung wurde von vielen als deutliches Zeichen dafür gedeutet, dass in der Ostzone auf veränderten und erneuerten Grundlagen ein alternativer Weg in eine neue Zukunft beschritten wurde. Damit war eine Gesellschaft neuen Typs, wie immer man die benennen mochte, im Entstehen begriffen: Sie basierte auf einer Mehrsektorenwirtschaft ohne privates Großesigentum, war eine Art Mittelstandsgesellschaft also, in der Arbeiter, Bauern, Intellektuelle und andere Mittelschichten sozial dominierten.

29 Siehe dazu näher: Badstübner, Vom ‚Reich‘, S.193-210.

30 Die vollständige Liste aller Betriebe, die als Konzernbetriebe eingestuft und mitsamt Tochtergesellschaften, Zweigniederlassungen und allen ihren Beteiligungen enteignet wurden, hat das Amt zum Schutze des Volkseigentums mit Datum vom 16.6.1950 erstellt. Siehe Brandenburgisches Landeshauptarchiv, Pr. Br. Rep. 203, Nr. 500, Bl.1-72.

31 Siehe Wolfgang Zank: *Wirtschaft und Arbeit in Ostdeutschland 1945-1949*, München 1987, S.53f.

32 Der Antifaschismus wurde sicher auch „verordnet“ und natürlich propagiert, aber vor allem wurde er von den antifaschistisch-demokratischen Umgestaltungen und Verhältnissen wirksam „produziert“ und auch angenommen.

Im umfangreichen Bericht des Alliierten Kontrollrates an den Rat der Außenminister von Ende 1946³³ konnte – ungeachtet von Meinungsverschiedenheiten – bilanziert werden, dass in der Hauptrichtung beträchtliche Erfolge bei der Realisierung des Deutschlandprojektes durch die Tätigkeit des Alliierten Kontrollrates und durch die Militärregierungen bzw. -verwaltungen in allen Besatzungszonen zu verzeichnen waren. Unter Mitwirkung deutscher Verwaltungen, demokratischer Parteien und gesellschaftlicher Organisationen waren umfassende und tief greifende gesellschaftspolitische Transformationen vollzogen oder zumindest in Gang gesetzt worden. Der große Unterschied zur Situation nach Ende des Ersten Weltkriegs war unverkennbar.

3. Über „Weimar“ und auch über den Kapitalismus hinaus

Allerdings hing Entscheidendes davon ab, ob und wie auch in den Westzonen die allenthalben verkündeten und weithin angestrebten gesellschaftspolitischen Veränderungen verwirklicht werden würden. Mit dem Proteststreik der Ruhrbergarbeiter gegen Hunger und Not, an dem sich am 3. April 1947 334.000 Ruhrkumpels beteiligten, wurde der Forderung „Gruben in des Volkes Hand“ nochmals Nachdruck verliehen. Und als Ergebnis der Standpunktbildung in den deutschen Gewerkschaften verabschiedeten diese auf ihrer IV. Interzonenkonferenz in Garmisch-Partenkirchen Anfang Mai 1947 eine gemeinsame Resolution „Zur Neugestaltung der Wirtschaft“ auf der Grundlage von Gemeineigentum und Wirtschaftsplanung.³⁴ Immerhin erlangten diese Ziele mit der hessischen Verfassung höchsten Rang.³⁵ Die in Artikel 41, über den gesondert abgestimmt werden musste, festgeschriebene Sofortsozialisierung erhielt 72 Prozent Zustimmung.³⁶ Die Bedeutung dieser Verfassung reduzierte sich keineswegs auf Artikel 41 oder den Bodenreformartikel 42, vielmehr war sie insgesamt stark von gesellschafts- und ordnungspolitischen Festschreibungen geprägt, die deutlich über „Weimar hinaus“ wiesen. Damit waren auch im Westen unverkennbar „Dritte Wege“ in Richtung auf eine solidarische Gesellschaft anvisiert.

Folglich ergaben sich viele Berührungspunkte zwischen den in Arbeit befindlichen Verfassungen der Länder und zur Verfassungswirklichkeit in der SBZ. Der hessischen Verfassung gebührt zweifellos ein besonderer Rang unter den damals in den Ländern der amerikanischen und der französischen Zone ausgearbeiteten Verfassungen, nicht wenig von alliierterem Gedankengut fand auch dort Eingang.³⁷

33 Die Version in englischer Sprache liegt im OMGUS-Bestand: BArch, Z 45 F/OMGUS 2/108-2/3-7 Conl/P(47)1-67. Auszüge sind veröffentlicht in: Um ein antifaschistisch-demokratisches Deutschland 1945-1949, Berlin 1968, S.387-416.

34 Abgedruckt bei Albert Behrendt: Die Interzonenkonferenzen der deutschen Gewerkschaften, 4. Aufl., Berlin 1963, S.436f.

35 Siehe Verfassung des Landes Hessen (Gesetzessammlung des Landes Hessen, Nr. 1), Wiesbaden 1948.

36 Siehe Statistisches Handbuch für Hessen 1948, hrsg. v. Statistischen Landesamt, Offenbach 1948, S. 264.

37 Siehe Die neuen deutschen Verfassungen. Zusammengestellt und eingeleitet von Dr.

Dem Sozialisierungsanliegen entsprachen in der britischen Zone Anträge an die Landtage. Auch im neu geschaffenen größten westzonalen Land, in Nordrhein-Westfalen, verabschiedeten Landespolitiker eine bemerkenswerte Regierungserklärung. Vorausgegangen war dem die wirtschaftspolitische Positionierung der CDU der britischen Zone in ihrem Ahlener Programm vom Februar 1947, das mit einer historischen Verurteilung des Kapitalismus eingeleitet wurde und auf eine „gemeinwirtschaftliche Ordnung“ orientierte. Eine Presseveröffentlichung des Programms trug die Überschrift „Sozialisierung im Sinne der CDU“.³⁸ Damit errang die CDU bei den Landtagswahlen in der britischen Zone am 20. April 1947 einen überraschend deutlichen Wahlsieg.

In seiner Regierungserklärung bekräftigte Karl Arnold (CDU) am 17. Juni 1947: „Das deutsche Volk und insbesondere die Menschen an Rhein und Ruhr sind entschlossen, eine öffentliche Ordnung aufzubauen, die der Wohlfahrt des Volkes und dem Frieden dient. Das gilt insbesondere für die Neuordnung der Wirtschaft. Das kapitalistische Wirtschaftssystem hat sich an seinen eigenen Gesetzen tot gelaufen. [...] Die bisherigen einseitigen Machtgebilde in der Großwirtschaft werden beseitigt und Neubildungen in der Zukunft werden dadurch verhindert, daß die deutschen Grundstoffindustrien (Kohlewirtschaft, die stahl- und eisenerzeugende Industrie sowie die den Markt monopolistisch beherrschende Großchemie) in Gemeinwirtschaft überführt werden. Eine Beteiligung des privaten Großkapitals [...] wird ausgeschlossen. [...] Kriegs- und Naziverbrecher werden entschädigungslos enteignet.“³⁹ Das alles vor Augen, kann man nur den Kopf schütteln über solche Feststellungen wie die, dass die alliierten sowie die deutschen Nachkriegsvorstellungen gänzlich „unterschiedlich“ oder gar „gegensätzlich“ gewesen seien⁴⁰ oder dass nach den Enteignungen in Sachsen 1946 „alles, was auch nur im entferntesten nach Sozialisierung roch, im Westen diskreditiert“⁴¹ gewesen sein soll.

Zweifelsfrei kann man mit Blick auf alle vier Besatzungszonen klare mehrheitliche deutsche Optionen für die Überführung von Grund- und Schlüsselindustrien in – wie auch immer strukturiertes – gemeinschaftliches Eigentum und insbesondere für die Enteignung der großkapitalistischen Nazi- und Kriegsverbrecher festmachen und darüber hinaus Mehrheiten für Bodenreformen zulasten des Großgrundbesitzes sowie für eine gelenkte Wirtschaft, die an den Bedürfnissen des Volkes auszurichten sei, erkennen. Damit wurde faktisch für das angestrebte einheitliche Deutschland ein gesellschaftspolitisches Profil präjudiziert, das nicht nur „über Weimar“, sondern – mehr noch – „über den Kapitalismus hinaus“ wies. Und das bedeutete zugleich, dass die Übergangsgesellschaften, die sich in

Jur. Wilhelm Wegener, Essen/Kettwitz 1947.

38 Rheinische Post, 8.3.1947.

39 Regierungserklärung Karl Arnolds, Landtag Nordrhein-Westfalen, Erste Wahlperiode, Stenogr. Bericht von der 6. Sitzung, o. O. u. J., S.11f.

40 Siehe Horst Möller: 1949 Zwei deutsche Staaten, eine Nation?, in: Udo Wengst/Hermann Wentker (Hrsg.): Das doppelte Deutschland. 40 Jahre Systemkonkurrenz, Berlin 2008, S. 15.

41 Wolfrum, Demokratie, S.36.

den einzelnen Besatzungszonen und Ländern herausbildeten, ungeachtet aller Modifikationen miteinander kompatibel waren und dass daher die Realisierungschancen für die Konstituierung eines Nachkriegsstaates auf deutscher Seite sehr hoch waren, unbeschadet der Besonderheiten, die sich durch getrennte und eigenständige Entwicklungen ebenfalls herausgebildet hatten.⁴² Die Besonderheiten schienen und waren überbrückbar.

Grundsätzlich erfolgte die Entwicklung in der SBZ bis zum Kalten Krieg im Rahmen des gemeinsamen alliierten Deutschlandprojektes und gesellschaftspolitischer deutscher Mehrheitsoptionen, die sich allerdings in den Westzonen dann doch nicht durchsetzen konnten.

Das aber kann man nicht der Ostzone anlasten, und es wäre falsch, den Neubeginn hier zu einem Sonderweg abzuwerten. Das sahen auch einige, wenngleich wenige bundesdeutsche Historiker zu Bonner Zeiten so, etwa Christoph Kleßmann, der sich damals dezidiert dagegen wandte, die Struktureingriffe einfach als erste Sowjetisierungsphase zu charakterisieren. Kleßmann schrieb: „In der Grundkonzeption war die sowjetische Form der Entnazifizierung in der Verbindung von schnellen und einschneidenden Struktureingriffen mit umfassender, aber gezielter personeller Säuberung und frühzeitiger Reintegration der Mitläufer ohne Zweifel das konsequenteste und effektivste System aller Besatzungszonen.“⁴³ Und ähnlich urteilten damals auch Sontheimer und Bleek, wenn sie betonten: „Alle diese Reformen konnten sich auf allgemeine Richtlinien des Alliierten Kontrollrates berufen.“⁴⁴ In jüngster Zeit allerdings ist davon nicht mehr die Rede, und die Reformen im Osten werden dem „späteren Aufbau eines kommunistischen Systems“⁴⁵ zugeordnet.

Das neue Deutschland, das sich mit einigen Grundlagen und Ansätzen herausgebildet hatte und dessen Konturen und Profile sich schon deutlich abzeichneten, schien vielen im Umfeld der Moskauer Konferenz greifbar nahe – vor allem auch deshalb, weil es ja inzwischen gelungen war, zu Friedensvertragsregelungen

42 Am weitesten ging der Dissens wohl in der Parteienlandschaft. Zweifellos stark „eigen-sinnig“ war der Parteienblock in der Ostzone, der aber zunächst die Selbstständigkeit der Parteien nur einschränkte, nicht aufhob. Der Block begann mit einer Vetoregelung. In ihm dominierte das Credo des Antifaschismus, in den Westzonen war das viel diffuser. Am problematischsten erwies sich die zonal gesonderte Gründung der SED, die zwar keine Zwangsvereinigung schlechthin war, bei der es aber seitens der SMAD Druck und Drangsalierungen von Einheitsgegnern gegeben hatte, in Einzelfällen bis hin zu Verhaftungen und Deportationen. Da aber Stalin bereit war, die SPD in der SBZ wieder zu zulassen, musste der erfolgte Parteienzusammenschluss kein Einheitshindernis sein.

43 Christoph Kleßmann: Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945-1955 (bpb), Bonn 1982, S.84, siehe auch S.80f.

44 Kurt Sontheimer/Wilhelm Bleek: Die DDR. Politik, Gesellschaft, Wirtschaft, 2. Aufl. Hamburg 1972, S.37.

45 Dies: Grundzüge des politischen Systems Deutschlands (bpb), Bonn 2003, S.34. Für Wehler, der sich mit dem ostdeutschen Nachkriegsweg kaum und schon gar nicht ernsthaft beschäftigt, war das alles „Sowjetisierung“ und „Kommunismus“ von Anfang an. Siehe Wehler, Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4., S.956-960.

mit den ehemaligen Verbündeten oder Satelliten Nazi-Deutschlands zu gelangen. Viele, die solches erwarteten, brachten dies mit „Dritte Wege“-Vorstellungen in Verbindung – gesellschaftspolitisch wie auch hinsichtlich der Stellung Deutschlands als Brücke zwischen Ost und West.

4. Alliierte Diskrepanzen – zwei Lager

Doch die Chancen für eine Regelung der deutschen Frage standen zunehmend schlecht. Das war nicht nur und nicht einmal hauptsächlich auf Streitpunkte hinsichtlich Deutschlands zurückzuführen, sondern hatte umfassendere Gründe. Als entscheidend erwiesen sich die übergreifenden Interessengegensätze und Konflikte, die sich im Verlauf des Jahres 1946 zwischen den Westalliierten und der Sowjetunion zugespitzt hatten.⁴⁶ Der von Truman favorisierte „harte Kurs“ gegenüber der Sowjetunion, der zunächst in einer von Ambivalenz geprägten US-Politik nur partiell hatte zum Zuge kommen können, gewann schließlich an Boden und setzte sich Anfang 1947 mit der Ablösung von James F. Byrnes im Amt des Außenministers durch George C. Marshall und dessen Berater George Kennan voll durch.

Auf der anderen Seite hatte sich Stalin zwar an die mit Churchill unter der Hand vereinbarte Aufteilung der Interessensphären in Europa in Vielem gehalten und z. B. bremsend auf die kommunistischen Parteien in Westeuropa eingewirkt sowie in der deutschen Frage weitgehend einen Kooperationskurs verfolgt, zugleich aber den sowjetischen Einflussbereich nicht nur abgeschirmt, sondern hegemonial durchdrungen und in zunehmendem Maße gesellschaftspolitisch gleichgeschaltet. Die Konturen eines aus westlicher Sicht „kommunistischen Ostblocks“ begannen sich abzuzeichnen. Parallel dazu war man im Vorfeld der Moskauer Außenministerkonferenz schon Mitte 1946 in London und dann auch in Washington zu der Auffassung gelangt, dass die Herstellung der deutschen Einheit unter den gegebenen Bedingungen zu stark unter sowjetischen bzw. ostzonalen Einfluss geraten würde. In London war gar von „Kommunismus am Rhein“ die Rede.⁴⁷ Der müsse vermieden werden, und stattdessen käme es nunmehr vorrangig darauf an, den Westteil Deutschlands in den avisierten Westblock einzu beziehen, der dem „kommunistischen Ostblock“ entgegenzustellen sei. Es gelte zu verhindern, dass Westeuropa „dem Kommunismus anheim“ falle. Infolgedessen kam es auf der Moskauer Konferenz der Außenminister 1947 nicht zu einer Einigung in der deutschen Frage, und ein europäisches Kooperativsystem als Voraussetzung für deren „Lösung“ war nicht in Sicht.

Um die Westblocklösung unter Einbeziehung der Westzonen Deutschlands gegen alle Widerstände und ohne Ansehensverluste durchzusetzen, bedurfte es der mit dem Kalten Krieg beschworenen „Gefahr sowjetischer Expansions- und Aggressionsabsichten“. Sie wurde mit der Truman-Doktrin am 11. März 1947 in die Welt gesetzt. Der Kalte Krieg führte einen weltpolitischen Umsturz zur Teil-

⁴⁶ Ausführlich bei Badstübner, Clash, S.49-72.

⁴⁷ Siehe die außenpolitische Grundsatzdebatte im Foreign Office am 3.4.1946, die das Umdenken in der Frage der deutschen Einheit einleitete. Pro: FO371/55587/C5223.

lung der Welt in zwei feindliche Lager herbei. Er bewirkte den jähen Sturz aus der hoffnungsvollen kooperativen Gestaltung der „One World“ in eine neue Vorkriegszeit. Die jeweilige Lagermentalität obsiegte über Ansätze neuen Denkens und Handelns. Das Zeitalter von Jalta und Potsdam wurde zu Grabe getragen und mit ihm das alliierte Deutschlandprojekt und die Möglichkeiten „Dritter Wege“. Nunmehr handelte jede Besatzungsmacht primär nach ihrer Systemlogik und ihren Machtinteressen. Der Kalte Krieg bewirkte so einen tiefen Bruch auch in der frühen deutschen Nachkriegsgeschichte, veränderte jäh bisherige Perspektiven, führte zu Wendepunkten in vielgestaltigen Entwicklungssträngen und in den Mentalitäten.

Ernüchterung, ja tiefste Enttäuschung griffen bei vielen, insbesondere Ostdeutschen, um sich. Für viele brach schon kurz nach 1945 wieder eine Welt zusammen. Neue Verunsicherung griff um sich. Aber es gab auch nicht wenige, die frohlockten. Für manchen im Westen war der große Clash zwischen den Siegermächten sozusagen die Befreiung von der Befreiung und ihren Folgen, der Aufbruch in eine neue, auf gesellschaftliche Kontinuität bauende Zukunft. Sie rückten den tiefen Bruch in ein anderes Deutungsmuster und sprachen vom „Silberstreif am Horizont“.

Während die SED nach der Moskauer Konferenz von 1947 gemäß den sowjetischerseits gegebenen Informationen noch davon ausging, dass es auf der geplanten Londoner Konferenz zu einer Verständigung in den deutschen Angelegenheiten kommen werde,⁴⁸ und während auch Ost-CDU und LDP weiter um das Zustandekommen gesamtdeutscher Parteiengespräche bemüht waren, hatte das Gros der westzonalen Politiker anderes im Sinn. In den Westzonen konzentrierte man sich nunmehr schon voll darauf, über einen Ausbau der Bizone zur Trizone zum Westzonenstaat zu gelangen. Kaschiert wurde das mit Einheitsbekundungen, denn die Furcht ging um, mit dem „Odium des nationalen Verrats“⁴⁹ belastet zu werden. Die Münchener Konferenz deutscher Ministerpräsidenten fungierte sozusagen exemplarisch für beides.⁵⁰ Aber schon im Vorfeld von München hatte SPD-Parteivorsitzender Kurt Schumacher in einem abschließenden Gespräch mit westzonalen CDU-Politikern die „nationale Repräsentationspolitik“ endgültig abgelehnt⁵¹ und die Magnet-Theorie zur einzig möglichen deutschlandpolitischen Strategie erklärt: „Es ist realpolitisch vom deutschen Gesichtspunkt aus kein anderer Weg zur Erringung der Einheit Deutschlands möglich, als die ökonomische Magnetisierung des Westens, die ihre Anziehungskraft auf den Osten so stark ausüben muß, daß auf die Dauer die bloße Innehabung des Machtapparates dagegen kein sicheres Mittel ist. Es ist gewiß ein schwerer und

48 Siehe Stenographischer Bericht von der 11. Tagung des Parteivorstandes der SED, Mai 1947, BArch, DY 30/IV 2/1/10, Bl. 12.

49 Hans Maier: Ein Deutscher auf Widerruf, Bd.1, Frankfurt am Main 1982, S.407.

50 Siehe ausführlich in: Badstübner, Clash, S.77-87; siehe auch die scharfe Kritik an der Haltung der westzonalen Ministerpräsidenten bei Rolf Steiniger: Deutsche Geschichte. Darstellung und Dokumente in vier Bänden, Bd. 1, Frankfurt am Main 2002, S.315-321.

51 Siehe Kurt Klotzbach: Der Weg zur Staatspartei, Berlin-Bonn 1982, S.106.

vermutlich langer Weg“, verkündete er im Mai 1947.⁵² Das hieß im Klartext: Ausgrenzung der Ostzone auf unbestimmte Zeit!

Indes, der separatistische Vorgang, der die Weststaatsgründung 1949 war, durfte keiner sein! Es war Carlo Schmid (SPD), der am 17. August 1948 auf dem Verfassungskonvent in Herrenchiemsee in der Grundsatzdebatte ganz im Geiste des Kalten Krieges folgende verfassungs- und staatsrechtliche Position entwickelte, die eine ungeheuerliche Anmaßung beinhaltetete:

„Will man einen Staat, so ergeben sich zwei Möglichkeiten. Die eine ist ein Weststaat, d. h. ein echter Staat, der sich aber bewußt auf das Gebiet Deutschlands beschränkt, das heute unter der Jurisdiktion der drei westlichen Besatzungsmächte steht. Eine solche Wahl setzt voraus, daß es ein Weststaatsvolk gibt, daß also die Menschen dieses Staates entschlossen sind, sich nur noch in der Gruppierung als Weststaatsvolk als oberstes Substrat zu fühlen. Eine solche Entscheidung würde notwendig einen separatorischen Vorgang darstellen, auch wenn sie in bester Absicht getroffen würde. Die Folgen brauche ich Ihnen im einzelnen wohl nicht auszumalen.“

Die andere Möglichkeit geht sehr weit. Das deutsche Volk, verkörpert in den deutschen Ländern des Weststaatsgebiets, erklärt, daß es in der Zeit, in der Mittel- und Ostdeutschland außerstande sind, sich auch nur relativ frei zu entscheiden, treuhänderisch für das gesamte deutsche Volk die Aufgabe übernimmt, die deutsche Bundesrepublik zunächst im Westen aufzurichten, dies aber ausdrücklich mit dem Anspruch auf Repräsentanz Gesamtdeutschlands. Das wäre also nicht ein Weststaat, sondern ein Rumpfdeutschland, das den Anspruch erhebt, Gesamtdeutschland zu repräsentieren, und dessen oberste Organe sich für befugt halten, zum mindesten eine legale Autorität auf dem gesamtdeutschen Staatsgebiet zu besitzen. Auch hier lohnt es sich, die Folgen einer solchen Lösung kurz zu überblicken. Eine Folge wäre, daß man die Bevölkerungsteile Mittel- und Ostdeutschlands als Irredenta anzusehen hätte, deren Heimholung mit allen Mitteln zu betreiben wäre. Dem gemäß wären jene, die der gesamtdeutschen Regierung im Westen das Recht zur Vertretung aller Gebiete bestreiten und ihr eine aus anderem Recht abgeleitete Autorität entgegensetzen sollten, als Hochverräter zu behandeln und zu verfolgen.“⁵³

Damit waren die „Kernstaats“position und der Alleinvertretungsanspruch begründet, von denen sich der Parlamentarische Rat leiten ließ. Die Ostzone, nachdem man sie „abgekoppelt“ hatte und damit auch mit den Reparationsleistungen an die Sowjetunion allein ließ, wurde zur bloßen „Irredenta“ herabgestuft und ihre Repräsentanten kriminalisiert. Im Grunde nahmen damit die Gründerväter der Bundesrepublik die nachfolgende Sowjetisierung in der SBZ billigend in Kauf!

52 Rede Schumachers vom 31.5.1947, in: Acht Jahre Sozialdemokratischer Kampf um Einheit, Frieden und Freiheit, hrsg. vom Vorstand der SPD, Bonn 1953, S.26.

53 Rede Carlo Schmid auf dem: Verfassungskonvent von Herrenchiemsee, Unterausschuss I: Grundsatzfragen, Bd. 1, BArch, Z 12, Nr. 26, Bl. 4f.

Mit der Direktive JCS 1779 des State Departments vom Juli 1947 begann eine Neubestimmung der US-Deutschland- und Besatzungspolitik.⁵⁴ Sie wurde in der Prioritätenskala der antikommunistisch und prokapitalistisch ausgerichteten Westblockpolitik nach- und untergeordnet. Den (West)Deutschen sollten nunmehr die Vorzüge kapitalistischer Marktwirtschaft und westlicher Demokratie nahegebracht werden. Durch „Westernisierung“ und Einbindung sowie Fortsetzung der Kontrolle mit einem Besatzungsstatut wollte man nun der „deutschen Gefahr“ auf völlig andere Art und Weise begegnen.

Vor dem Hintergrund eines drastisch veränderten Freund-Feind-Verhältnisses trat an die Stelle von deutschem Elitenwechsel nun nur noch eine angestrebte „Reorientierung“ oder „Umkehr“ der traditionellen deutschen Eliten. Zwar wurde die volkswirtschaftliche Entflechtung noch abgeschlossen – immerhin brachte sie der westlichen Konkurrenz Vorteile –, aber eine nachhaltige Strukturveränderung setzte nicht ein, denn die Eigentumsverhältnisse blieben weitgehend unangetastet. Bodenreformen verkümmerten zu einem bloßen Siedlungsprogramm. Die Nürnberger Nachfolgeprozesse gegen NS-Kriegsverbrecher wurden zwar noch durchgeführt, aber den Verurteilten winkten baldige Begnadigungen. Das deutsche Beamtentum blieb unangetastet, die Reeducation versandete bzw. wurde umfunktioniert zur „antikommunistischen Erziehung“. Die Entnazifizierung blieb daher auf halbem Wege stecken und diskreditierte sich selbst („Die Kleinen hängt man und die Großen lässt man laufen“). Damit schritt auch die personelle Renazifizierung zügig voran. Eine OMGUS-Analyse ermittelte für September bzw. Dezember 1948 den Anteil ehemaliger Mitglieder der NSDAP in den Kommunen und Verwaltungen sowie der Wirtschaft in den Ländern der US-Zone. Das Ergebnis war ernüchternd und bestürzend zugleich. So lag am 30. September 1948 der Anteil der ehemaligen NSDAP-Mitglieder in den Verwaltungen von Württemberg-Baden im „höheren“ und im „gehobenen Dienst“ bei 66,4 bzw. 63,2 Prozent.⁵⁵

In Bezug auf Bayern stellte ein amerikanischer Intelligence Report vom November 1949 fest, dass „die Renazifizierung Bayern weitgehend in den Händen derjenigen belassen hat, die es unter Hitler kontrollierten.“⁵⁶ In den anderen Teilen der westlichen Zonen sah es kaum besser aus. Der nordrhein-westfälische Innenminister Walter Menzel bestätigte in den Debatten des Parlamentarischen Rates, dass in der britischen Zone nicht weniger als 76 Prozent der in Dienst stehenden Staatsanwälte und Richter der NSDAP angehört hatten.⁵⁷

Über das vehicle Marshallplan formierte sich seit Sommer 1947 der Westblock unter Hegemonie der USA.⁵⁸ Die Vision von einem (West)Europa des demokra-

54 Siehe *Germany 1947-1949. The Story in Documents*, Washington 1950, S.33-45.

55 Siehe OMGUS Weekly Intelligence Report, May 1949, BArch, Z 45 F/OMGUS CAD 3/162-3/9.

56 Weekly Intelligence Report, 4th November 1949, BArch, Z 45 F/OMGUS ODI 7/29-3/13-1 (Übersetzung – R. B.).

57 Siehe *Parlamentarischer Rat. Stenographischer Bericht*, Bd. 1, Nr. 3, Dritte Sitzung vom 9.9.1948, (Bonn 1948), S.31.

58 Die USA übten auch massiv auf die Labourregierung Druck aus, sodass diese schließ-

tischen Sozialismus als dritter Kraft war damit passé, westzonale Sozialisierungsbestrebungen gescheitert.⁵⁹ US-Militärgouverneur Clay gab am 14. August 1947 auf einer Pressekonferenz bekannt, dass jeder Sozialisierungsbeschluss in den Westzonen für die Dauer von fünf Jahren ausgesetzt werden würde.⁶⁰ Das schloss auch die Einführung einer erweiterten Mitbestimmung, über die entflochtene Eisen- und Stahlindustrie hinausgreifend, ein.⁶¹ Damit waren die Sozialisierungsforderungen nicht restlos vom Tisch, aber die Aussichten, sie durchsetzen zu können, gingen gegen Null. Dazu trug bei, dass die Bevölkerungsmehrheit in beiden deutschen Übergangsgesellschaften offensichtlich weniger nach Überzeugung als nach Stimmung handelte – und die konnte sich rasch ändern. Unter den Bedingungen des Kalten Krieges geschah dies auf geradezu dramatische Art und Weise.⁶²

5. Verlust und Gewinn bei der Weststaatsbildung

Der Prozess der Weststaatsbildung schritt im Kontext des sich formierenden Westblocks und der entstehenden NATO über den Ausbau der Bizone zur Trizone, die separate Währungsreform, die „Londoner Empfehlungen“ 1948 und die Ausarbeitung des Grundgesetzes bis zur Bildung der Bundesrepublik Deutschland 1949 trotz Querelen und vieler Stolpersteine relativ zügig voran. Stalins irrwitziger Versuch, ihn mittels der Blockade Westberlins aufzuhalten,⁶³ erreichte genau das Gegenteil: Er beförderte und bestärkte die antikommunistische und antisowjetisch aufgeladenen Westblockmotivationen. Das wiederum trug dazu bei, dass die im Zuge der westzonalen Staatsbildung erfolgende Neuordnung gesellschaftspolitisch einen stark restaurativen Charakter annahm. „Der antifaschistische Konsens hielt [in den Westzonen – R. B.] nicht lange an; der Weg ging vom sozialistischen Antifaschismus zum restaurativen Antisozialismus.“⁶⁴ Mit ihren „Düsseldorfer Leitsätzen“ wandte sich die CDU von der Gemeinwirtschaft ab und der sozialen Marktwirtschaft zu. Da die SPD an ihren an Gemeineigentum orientierten Ordnungsvorstellungen festhielt, wurde die Frage des wirtschaftlichen Ordnungsprofils im Grundgesetz offen gelassen (es ließ

lich ihre Sozialisierungsabsichten preisgab.

59 Ausführlich siehe Badstübner, Vom ‚Reich‘, S.373- 380.

60 Siehe Neue Ruhrzeitung (Essen), 16.8.1947. Dem gemäß wurde dann das vom Landtag NRW im Herbst 1948 mit Mehrheit verabschiedete Gesetz zur Sozialisierung des Ruhrkohlenbergbaus vom britischen Militärgouverneur suspendiert.

61 Clay machte das im Juli 1948 in einem Gespräch mit den Spitzen des DGB unmissverständlich deutlich. Siehe BArch, Z 45 F /OMGUS ODI 7/50-2/12.

62 Siehe Harold Hurwitz: Über das Potential sozialistischer Anschauungen nach 1945, in: ders.: Demokratie und Antikommunismus, Bd. 1, Köln 1983, S.191-209.

63 Diese Feststellung meint nicht die nach der separaten Währungsreform im Juni 1948 notwendigen Absperrungsmaßnahmen, sondern bezieht sich auf deren Beibehaltung und ihren Ausbau zu einer unbefristeten Blockade Westberlins.

64 Hermann Glaser: Kulturgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Kapitulation und Währungsreform 1945-1948, München-Wien 1985, S.118.

immerhin Enteignungen zu) und künftigen Regelungen vorbehalten. Die großen Verlierer waren die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften.

Mit der Gründung der Bundesrepublik erfolgte die Regeneration der kapitalistisch-bürgerlichen Ordnung als soziale Marktwirtschaft,⁶⁵ in Gestalt eines „rheinischen Kapitalismus“ und unter weitgehender Beibehaltung bzw. Wiedereinsetzung der traditionellen und nazistischen Funktionseliten. Gemäß der Forderung von Bundeskanzler Konrad Adenauer, erhoben in seiner Regierungserklärung 1949, man wolle nun endlich einen „Schlusstrich“ ziehen, wurden fortan die „Ehemaligen“ nicht nur verstärkt integriert, sondern sie wurden über das „Straffreiheitsgesetz“ sowie das „131er“-Gesetz (benannt nach Paragraph 131 des Grundgesetzes) vom 11. Mai 1952 rehabilitiert und für das im Zuge der Entnazifizierung „erlittene Unrecht“ entschädigt!

So entstand die Bundesrepublik zwar als föderaler, parlamentarisch-demokratischer Rechtsstaat (wenngleich im Stile einer autoritären Kanzlerdemokratie), der aber zugleich mit den gesellschaftspolitischen Positionen und Perspektiven und auch mit dem Antifaschismus der Anfangsjahre gebrochen hatte und vergangenheitspolitisch unsäglich belastet war.⁶⁶ Noch 1967 sah sich Karl Jaspers veranlasst, kritisch anzumerken: „Das Fortwirken der alten Nationalsozialisten ist ein Grundgebrehen der inneren Verfassung der Bundesrepublik.“⁶⁷ Die zunehmend „westernisierte“ bundesdeutsche Gesellschaft war zugleich tief vom Geiste des Kalten Krieges geprägt, mit dem viele traditionelle Denkweisen fortwirkten. Die „oktrozierte Demokratie“ wurde zunächst mehr hin- als angenommen, schließlich aber – im Unterschied zu Weimar – durch das „Wirtschaftswunder“ gesellschaftlich „legitimiert“.

6. Das „andere Deutschland“ und seine Hypotheken

Gegenüber der Bildung des Westzonenstaates verlief die des Ostzonenstaates deutlich komplizierter, widersprüchlicher und geradezu turbulent. Das hing auch, aber nicht nur, damit zusammen, dass von einem zielstrebigem Kurs auf einen Ostzonenstaat keine Rede sein konnte. Dessen Lebensfähigkeit musste bezweifelt werden und wurde bezweifelt. Die Bildung eines separaten Oststaates war nicht, wie oft behauptet, schon lange angedacht oder gar vorbereitet worden, obwohl natürlich durch die faktische Zonalisierung SBZ-eigene Strukturen entstanden waren. Nach den erfolgten Umgestaltungen, die in hohem Maße von einer Mehrheit der Bevölkerung an-, von anderen zumindest hingenommen

65 Allerdings nicht so harmonisch, wie weithin dargestellt. Siehe Jörg Roesler: Die Wiederaufbaulüge der Bundesrepublik. Oder: Wie sich die Neoliberalen ihre „Argumente“ produzieren, Berlin 2008.

66 Siehe Norbert Frei: Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit, 2. Aufl., München 1997; siehe auch ders.: Wirtschaftliche Dynamik und biedermeierliche Restauration, materielle Modernisierung und Kontinuität der nationalsozialistischen Funktionseliten, in: 60 Jahre „Die Zeit“, Erster Teil 1946-1966, S.4. Die Zeit, Februar 2006, Nr. 8, Sonderbeilage; Wehler, Gesellschaftsgeschichte, Bd. 4, S.959.

67 Karl Jaspers: Wohin treibt die Bundesrepublik?, München 1967, S.183.

worden waren, sprach eigentlich alles für Konsolidierung und Ausbau, für die Fortsetzung einer Konsenspolitik im Parteienblock und damit in weiterer Perspektive für einen demokratischen Weg zu einem modernen Sozialismus. Doch die mit dem Kalten Krieg sich verändernden Rahmenbedingungen wirkten dem entgegen. Lagermentalität beförderte stalinistische Dogmatik, die Ausrichtung am sowjetischen Modell und sowjetischen Zwang. Das NKVD forcierte seine Tätigkeit in der SBZ, die Geltungskraft sowjetischen Rechts und die Praxis außergerichtlicher strafrechtlicher Ahndung nahmen zu.⁶⁸

In allen Volksdemokratien wurden national besondere Wege nun durch Moskauer Intervention verurteilt, ihre Verfechter verfolgt und inhaftiert, so der Parteivorsitzende Wladyslaw Gomulka in Polen. Das Kesseltreiben gegen Partei- und Staatschef Josip Broz Tito in Jugoslawien tat ein Übriges. In der sowjetischen Besatzungspolitik vollzog sich in diesem Zusammenhang seit Mitte 1948 eine Abkehr von offeneren Positionen und Kompromissformeln, die im Kontext einer abgestimmten Vier-Mächte-Politik gefunden worden waren, hin zu einer „klassenkämpferischen“ Verschärfung im Geiste des „Leninismus“ Stalinscher Prägung und einer Wende in Richtung auf Volksdemokratie. In diesem Sinne wirkte ein der SED-Führung von SMAD-Politoffizier Sergej Tjulpanov übergebenes Memorandum, datiert mit dem 8. Mai 1948,⁶⁹ in dem er die SED-Politik einer scharfen Kritik unterzog. Als grobe Fehler geißelte er Positionen, die im Zusammenhang mit einem „demokratischen Weg zum Sozialismus“ erarbeitet worden waren.

Offensichtlich geriet die SED-Führung geradezu in Panik; denn nur so ist zu erklären, was nun auf der 10. bis 13. Tagung des Parteivorstandes geschah: Der überstürzte Umbau der SED zur „Partei neuen Typus“ begann. Die nun erfolgende Absage an den „besonderen deutschen Weg zum Sozialismus“ geschah so, als ob es sich dabei von Anfang an um eine falsche und schädliche Theorie gehandelt habe. Walter Ulbricht blies Mitte September 1948 zum verschärften Klassenkampf. Als Zielorientierung formulierte er: „Unsere Aufgabe ist es [...], den Weg der völligen Beseitigung und Liquidierung der kapitalistischen Elemente sowohl auf dem Lande wie in den Städten zu beschreiten. Diese Aufgabe ist, kurz gesagt, die des sozialistischen Aufbaus.“⁷⁰

Mit der einsetzenden Entwicklung zur Partei neuen Typus verbanden sich dogmatische ideologische Verschärfungen, die innerparteiliches wie öffentliches Leben und Mentalitäten negativ beeinflussten. Allerdings geschah parallel und in einem unaufhebbaren Widerspruch dazu etwas, was diesen Kurs konterkarierte oder abmilderte, letztlich freilich nur teilweise korrigierte. Auf einer Beratung in Moskau am 18. Dezember 1948, die für die SED-Führung völlig unerwartet ver-

68 Schätzungsweise erfolgte in SBZ und früher DDR die Verurteilung von 35.000 bis 40.000 Deutschen durch sowjetische Militärtribunale. Rund 80 Prozent wurden in den Neunzigerjahren russischerseits rehabilitiert. Siehe Foitzik, Einleitung zu: Politik, S.36.

69 Siehe Badstübner/Loth, Pieck-Notizen, S.216-227.

70 Stenographische Niederschrift der 13. (27.) Tagung des Parteivorstandes der SED am 15./16.9.1948, BArch, DY 30, IV 2/1/26, Bl.42.

lief,⁷¹ missbilligte Stalin die volksdemokratische Orientierung und schwor die SED auf den Kampf um die Einheit Deutschlands ein, wobei er in völliger Verkennerung der Realitäten davon ausging, dass die westdeutsche Bevölkerung die Teilung nicht hinnehmen und dass früher oder später eine nationale Protestbewegung zur Einheit führen würde.

Die SED-Führung war abermals konsterniert, folgte aber der Anweisung und machte erneut eine abrupte Wendung. Geradezu drastisch deutlich wurde das in einem Interview Wilhelm Piecks, das er nach der Rückkehr aus Moskau im „Neuen Deutschland“ veröffentlichen ließ. Hier ging er soweit zu erklären, dass der Deutsche Volksrat niemals[] die Absicht habe, eine ostdeutsche Regierung zu bilden, sondern er werde für die Einheit Deutschlands und den Abschluss eines Friedensvertrages „solange kämpfen, bis dieses Ziel erreicht sein wird“. (sic)⁷² In diesem Sinne hieß es nun auf der 1. Parteikonferenz der SED Anfang 1949, im Widerspruch zu vorherigen Äußerungen, aber ohne dies zu reflektieren: „Wir beabsichtigen nicht, nach der Enteignung der Konzernherren und Kriegsverbrecher nun die Enteignung auf heißem oder kaltem Wege weiterzuführen [...] Die Betriebe des volkseigenen Sektors sollen im Wettbewerb ihre Überlegenheit beweisen.“⁷³

Diese richtige und konstruktive Orientierung in Fragen gesellschaftlicher Gestaltungsprozesse war aber keineswegs mit einer gleichzeitigen Kurskorrektur hinsichtlich der „Partei neuen Typus“ verbunden. Die Vorstellung von verschärftem Klassenkampf wurde nicht ausdrücklich kritisiert. So kam es im Zeitraum von 1948 bis 1950 in der Praxis zu einem drastischen Rückgang der Zahl kapitalistischer Betriebe und Großbauernwirtschaften. Die Mehrsektorenwirtschaft blieb dennoch als „nationale Besonderheit“ erhalten.

Gemäß ihrem „leninistischen“ Schwenk ließ die SED nicht von ihrem Ziel ab, die „Macht zu erobern“, und suchte die Blockpolitik in diesem Sinne umzufunktionieren. Dem diente bereits die angestrebte Erweiterung des Blocks durch gesellschaftliche Organisationen und die gezielte Neugründung zweier neuer Parteien im Jahr 1948, der NDPD und der Bauernpartei, die bereit waren, sich diesem Führungsanspruch unterzuordnen. Auf CDU und LDP wurde intensiv eingewirkt – bis deren Führungen 1949/50 schließlich ihre Zustimmung zur Einheitsliste mit einem SED-genehmen Proporz gaben. Dem kam entgegen, dass sich diese „bürgerlichen Parteien“ von ihren westdeutschen „Schwesterparteien“ immer mehr im Stich gelassen fühlten und dass sie von ihnen – sozusagen gemeinsam mit der SED – in die Irredenta-Schublade gesteckt wurden. Erst vor diesem Hintergrund wird deutlich, warum sich so etwas wie eine ostzonale Schicksalsgemeinschaft herausbildete, die sich nun nolens volens in den Ostblock hineinwachsen sah.

71 Siehe Pieck-Notizen, S.246-274.

72 Neues Deutschland (B), 30.12.1948.

73 Protokoll der Ersten Parteikonferenz der SED, 27. bis 28. Januar 1949, Berlin (1949), S.184.

Die von Stalin bis „5 Minuten nach 12“ verfolgte Orientierung auf die Einheit Deutschlands hatte – wegen der Kürze, aber auch der Inkonsequenzen des „volksdemokratischen Zwischenspiels“ von 1948 – u. a. zur Folge, dass bei Gründung der DDR nur die zuvor ausgearbeitete gesamtdeutsche Verfassung des Deutschen Volksrates zur Verfügung stand und kein separates Oststaats-Grundgesetz.

Damit verfügte die DDR über eine Verfassung, die über „Weimar“, zugleich aber auch im Ansatz über den „gewöhnlichen Kapitalismus“ hinaus wies. Diese umriss die im Osten für ganz Deutschland erarbeitete Perspektive. Sie verankerte die aus dem alliierten Deutschlandprojekt stammenden und den eigenen, den deutschen (Aktions)Programmen von 1945/46, folgenden Forderungen und schrieb die Umgestaltungen und Maßnahmen zur Beseitigung von Faschismus und Militarismus, von Elitenwechsel, Entnazifizierung und Antifaschismus, die Etablierung von Demokratie und Grundrechten fest. Sie fixierte somit ein anderes Deutschland.

Doch im Widerspruch zur Verfassung – und mit Moskauer Plazet – stellte sich das Politbüro der SED über die Volkskammer, die eigentlich das oberste Organ einer Volksherrschaft sein sollte. Sie errichtete eine de facto SED-Diktatur. Die war eingebettet in ein spezifisches „realdemokratisches“ System, das von vielen als das bessere im Vergleich zur Bonner „Formaldemokratie“ verstanden wurde. Dieses politisch praktizierte Demokratieverständnis verfehlte eine gewisse Wirkung vor allem deshalb nicht, weil die überwiegende Mehrheit der Ostdeutschen, wie die der Deutschen überhaupt, über keine wirkliche Demokratieerfahrung verfügte. Die Defizite des politischen Systems mussten außerdem aus der Sicht derjenigen, die sich für das Projekt Sozialismus entschieden, nicht schon das letzte Wort sein.

Und vor allem: Diese Diktatur stand nicht für das Ganze von Staat und Gesellschaft der DDR, sie hatte ihre „Grenzen“.⁷⁴ Die DDR reduzierte sich nicht auf ihr politisches System, die gesellschaftlichen Lebenswelten keineswegs auf die Systemwelt. So beantwortet sich die eingangs gestellte Frage dahingehend, dass der Neubeginn im Osten tatsächlich „im Zeichen einer radikaleren, glaubwürdigeren, zukunftsweisenderen Absage an die Vergangenheit als der Neubeginn im Westen“ stand. Das gilt eindeutig bis 1947. Bei der Gründung der beiden deutschen Staaten 1949 trat dies angesichts der Entwicklungsbrüche und der daraus resultierenden vergangenheitspolitischen Belastungen der BRD einerseits noch deutlicher zutage, wurde aber andererseits durch politische Defizite im Osten beeinträchtigt. Trotz allem resultierte aus dem ostdeutschen Neubeginn eine Legitimation der DDR, die beschädigt, aber nicht – auch nicht einfach von deren Ende her – historisch aufgehoben wurde. Mit gutem Grund nahmen so viele die DDR so lange als das „andere“, manche als das vergleichsweise „bessere Deutschland“ wahr. Fakt ist zumindest, „dass erstaunlich viele DDR-Bürger [...]

74 Siehe auch Thomas Lindenberger: Die Diktatur der Grenzen. Einleitung, in: ders. (Hrsg.): Herrschaft und Eigen-Sinn in der Diktatur, Köln-Weimar-Wien 1999.

dazu bereit waren, den Staat und die Gesellschaft mitzugestalten“;⁷⁵ und dass auch deren Lebensgeschichten Respekt verdienen.

Die Geschichte der Berliner Republik ist als eine Doppelbiografie zu schreiben. Dazu gehört, dass die doppelte Staatsgründung entsprechend ins Blickfeld gerückt und der Neubeginn im Osten nach dem Mai 1945 als wichtiger Bestandteil eines solchen Geschichtsbildes behandelt und gewürdigt wird.

75 Mary Fulbrook: Historische Kontroversen seit 1990, in: Views from Abroad – Die DDR aus britischer Perspektive. (hrsg. von Peter Barker, Marc-Dietrich Ohse, Dennis Tate i. A. des Centre for East German Studies und der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur), Bielefeld 2007, S.43; Siehe auch Peter Hübner: Konsens, Konflikt und Kompromiß. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR, Berlin 1995.

Fritz Behrens' Konzept einer „sozialistischen Warenproduktion“, seine Kritik am Staatssozialismus und ihre Relevanz für die Gegenwart

Anneliese Braun

Nach der Implosion des Staatssozialismus könnte gefragt werden, ob sich mit ihm nicht auch das Problem einer „sozialistischen Warenproduktion“ erledigt habe. Dem ist nicht so. Die Entwicklung von Warenbeziehungen sowie die Frage nach der Notwendigkeit und den Möglichkeiten ihrer Aufhebung bleiben ein zentrales Problem emanzipatorischer Bewegungen, wenngleich sich dieses Problem heute auch anders darstellt als im Staatssozialismus. Deshalb sind, ungeachtet dessen Untergangs, die Erfahrungen aus Experimenten mit „sozialistischer Warenproduktion“ nützlich und ihre theoretischen Grundlagen aufschlussreich. Die Beschäftigung mit den Vorstellungen des DDR-Politökonomen Fritz Behrens (1909-1980), eines der geistigen Väter der „sozialistischen Warenproduktion“, bleibt aktuell.

1. Realsozialismus ist kein Sozialismus

Fritz Behrens sah im „real existierenden Sozialismus“ konsequent *keinen Sozialismus*, sondern fasste ihn als eine Abart der kapitalistischen Gesellschaft auf: als Formation, die „den Kapitalismus ablöste, nachdem er nicht durch den Sozialismus abgelöst worden ist“.¹ „Ein nicht- oder undemokratischer Sozialismus ist überhaupt kein Sozialismus“, schrieb er.² Behrens zufolge kann der Realsozialismus weder als eine Despotie charakterisiert werden, noch als eine zwar deformierte, aber zu reformierende Arbeiter-und-Bauern-Macht. Er sei eine Variante des modernen Staatsmonopolismus, und zwar eine „linke“ Variante. Sozialistischen Staatsmonopolismus, eben *Staatssozialismus*, begriff Behrens als eine „bürokratische Produktionsweise mit einem staatsmonopolistischen Überbau“.³ Die Herrschaft der Bürokratie erklärte er mit dem staatlichen Eigentum an Produktionsmitteln.⁴

Behrens wandte sich damit ausdrücklich gegen eine Gleichsetzung von staatlichem Eigentum mit Sozialismus. Staatliches Eigentum findet sich seiner Meinung nach in verschiedenen Produktionsverhältnissen, etwa in den „despotischen Produktionsverhältnisse[n] des real existierenden Sozialismus“ oder in

1 Fritz Behrens: Abschied von der sozialen Utopie. Hrsg. von Hannamaria Loschinski u. a., Berlin 1992, S.34. Das Folgende konzentriert sich auf diese letzte Arbeit von Behrens.

2 Behrens, Abschied, S.134.

3 Ebenda, S.35.

4 Siehe ebenda, S.37f.

„genossenschaftliche[n] Produktionsverhältnisse[n], wenn der Staat seine Verfügungsrechte an Produzentenkollektive überträgt“.⁵

Außerdem bestand Behrens darauf: „Der real existierende Sozialismus ist keine Übergangsperiode zwischen Kapitalismus und Sozialismus bzw. gar schon Kommunismus, sondern eine selbständige gesellschaftliche Formation.“⁶

Die wirkliche sozialistische Alternative bestand Behrens zufolge gewissermaßen in einem Mittelweg: Demokratie verwirklichen, individuelle Freiheit erweitern, Wohlstand entwickeln, wenngleich weder Herrschaft, noch Staat, noch Warenbeziehungen ganz überwunden werden. Denn: „Unsere Erfahrungen machen es unwahrscheinlich, daß eine herrschaftsfreie Gesellschaft möglich ist, wohl aber eine solche der demokratischen Herrschaft einer pluralistischen Selbstverwaltungsgesellschaft.“⁷ Behrens schrieb: „Herrschaft ohne Zwang ist nicht möglich, wenn die individuelle Freiheit im Interesse der Freiheit anderer eingeschränkt werden muß, bei despotischer Herrschaft im Interesse der Freiheit der Herrschenden, bei demokratischer im Interesse anderer – gesellschaftlich gleicher – Individuen.“⁸

Fritz Behrens' letztes, posthum erschienenes Buch, dem diese Gedanken entnommen sind, entstand in den Jahren 1976 bis 1980 in versteckt gehaltenen Aufsätzen und trug den Titel „Abschied von der sozialen Utopie“. Es war das Ergebnis von unterschiedlich angesetzten Überlegungen; in ihm steckte eine „konkrete Utopie“ im eigentlichen Sinne des Wortes. Behrens hatte versucht, von seinen Erfahrungen im Staatssozialismus ausgehend, Voraussetzungen zu beschreiben, die, seinem Verständnis von Sozialismus entsprechend, faktisch zur Lösung der Triebkraftproblematik führen sollten, welche im Staatssozialismus ungelöst geblieben war. Hierbei sah er sich vor die Aufgabe gestellt, Triebkräfte aus seinem Sozialismusmodell heraus zu entwickeln, das die sogenannte „höhere Phase des Kommunismus“ als eine Illusion ansah.⁹ Zugleich verneinte Behrens

5 Ebenda.

6 Ebenda, S.38.

7 Ebenda, S.103.

8 Ebenda, S.32.

9 Tatsächlich wurde die „höhere Phase des Kommunismus“ als aktuelle Aufgabe auch von der parteioffiziellen Politik schon nicht mehr als realistisch angesehen. Das äußerte sich in der Proklamation des „realen“ oder „real existierenden Sozialismus“ als „relativ selbständiger gesellschaftlicher Formation“ (so in der Rede Walter Ulbrichts auf der Internationalen wissenschaftlichen Session „100 Jahre ‚Das Kapital‘“, 12./13.9.1967, in Berlin). Gemeint war, dass der Übergang zur „höheren Phase des Kommunismus“ einen sehr langen Prozess darstellt. Letzterer ist aber aus Sicht einer mechanisch angewendeten Formationstheorie nicht erklärbar. Vor allem aber bedeutete die offizielle Einführung des Begriffs „realer Sozialismus“ die faktische Absage nicht nur an die unmittelbare Vorbereitung des Kommunismus, sondern gleichsam an die Herausbildung von spezifischen Entwicklungstriebkräften des Sozialismus-Kommunismus, die eigentlich nur aus der formationstheoretischen Zusammengehörigkeit beider heraus zu begreifen ist. Somit beraubte sich der Staatssozialismus, indem er sich in eine „selbständige Formation“ verwandelte, selbst seiner Zukunft.

die Triebkräfte der kapitalistischen Warenwirtschaft als im Sozialismus brauchbar. Die Problematik einer „sozialistischen Warenproduktion“ sah er in der Frage auf den Punkt gebracht, „wie in einer nicht mehr national oder gar nur territorial beschränkten Wirtschaft einer *Selbstverwaltungsgesellschaft* der Wert noch mit seinen Kategorien wirkt, ohne daß er als eine fremde – den Produzenten entfremdete – Macht herrscht“.¹⁰

Eine Antwort suchte Behrens in der Rückführung von Warenbeziehungen auf quasi „natürliche“ Wertverhältnisse, die unter demokratisierten, pluralistischen Beziehungen individuelle Freiheit sichern sollten. Seine Idee kulminierte in der Integration dieser Wertverhältnisse in den gemeinschaftlichen, pluralistischen, zentralen Plan.

In der für Behrens entscheidenden Frage der Aufhebung der Arbeitskraft als Ware entwickelte er eine ganze Reihe von Voraussetzungen, die erfüllt sein müssten, damit von einer „sozialistischen Warenproduktion“ gesprochen werden könne. Damit ging er in seinen späten Lebensjahren über sein ursprüngliches Anliegen¹¹ hinaus, adäquate Warenbeziehungen in die Wirtschaft des Staatssozialismus implantieren zu wollen.

Behrens' Bemerkungen zur „sozialistischen Warenproduktion“ unterscheiden sich also von Positionen, die er in seiner Studie „Ware, Wert und Wertgesetz“ (Berlin 1961) vertreten hatte. Der späte Behrens kam zu dem Schluss, dass eine Aufhebung der Arbeitskraft als Ware letztendlich bedeute, den Staatssozialismus zu überschreiten. Auch die Vorstellungen über Wirtschaftsreformen im Rahmen des Staatssozialismus, die er zuvor im Grundsatz geteilt hatte, legte er ad acta. Letztendlich zog er damit die Konsequenz aus seiner Erkenntnis, Staatssozialismus sei „Nicht-Sozialismus“. „Die Geschichte führte nicht zu einer sozialistischen Gesellschaft, sie führte kraft der Ökonomie zum Staatsmonopolismus!“, schrieb er zum aktuellen Zustand der Staatssozialismen.¹² Mit der „sozialistischen Warenproduktion“ versuchte er, die offene Frage nach der Spezifik einer wirklich sozialistischen Wirtschaft zu beantworten. Er prognostizierte, dass im Gefolge einer Demokratisierung der Gesellschaft und Wirtschaft, insbesondere der Aufteilung des Staatseigentums an Produktionsmitteln auf die Produzentenkollektive (womit das Produktionsmittel-Eigentum wieder „Arbeitseigentum“ würde und die Arbeitskraft ihren Warencharakter verlöre) eine „sozialistische Warenproduktion“ entstehen würde, in der die Warenbeziehungen zu transparenten Beziehungen würden. Die „Wertverhältnisse“ würden der „Gleichheit“ (als gesellschaftlichem Verhältnis) und der „individuellen Freiheit“ untergeord-

10 Behrens, Abschied, S.144, Hervorhebung durch die Vf.

11 Siehe Fritz Behrens: Zum Problem der Ausnutzung ökonomischer Gesetze in der Übergangsperiode, in: *Wirtschaftswissenschaft* (Berlin) 5 (1957) Sonderh. 3 (Zur ökonomischen Theorie und Praxis in der Übergangsperiode), S.105-140; siehe auch Arne Benary: Zu Grundproblemen der politischen Ökonomie des Sozialismus in der Übergangsperiode in: ebenda, S.62-94.

12 Behrens, Abschied, S.36.

net, der gemeinschaftliche, nicht-staatliche, zentrale Plan würde als faktischer Regulator dieser „Wertverhältnisse“ fungieren.

2. Behrens und das NÖS

Behrens' Vorstellungen von Warenproduktion im Sozialismus durchliefen also einen Entwicklungsprozess.

Zusammen mit Arne Benary hatte er zunächst die Kritik an der nicht adäquaten Berücksichtigung von Warenbeziehungen im Staatssozialismus des 20. Jahrhunderts in den Vordergrund gestellt.¹³ Der Politökonom unterstützte die Vorstellungen des Neuen Ökonomischen Systems (NÖS). Doch obgleich später angenommen wurde, Behrens' These sei, wie es Helmut Koziolk formuliert, in modifizierter Form „zum Kern der Ausarbeitung des NÖS“ geworden,¹⁴ stimmten Behrens' Auffassungen mit den neuen Regelungen wohl mehr bezüglich einiger allgemeiner Forderungen überein, wie mit der nach stärkerer materieller Interessiertheit für Werktätige und Betriebe sowie nach mehr Selbstständigkeit der Produktionseinheiten und damit nach besserer Ausnutzung der Ware-Geld-Beziehungen. Zugleich bestanden unterschiedliche Auffassungen über die wirtschaftliche Rechnungsführung, hinter denen sich ein Dissens in Grundfragen versteckte.

Zutreffender formulierte Uwe-Jens Heuer den Beitrag Behrens' zum NÖS: „Dieses neue ökonomische System nahm unzweifelhaft wesentliche Punkte der Argumentation von Behrens auf.“¹⁵ Auf den Vortrag Behrens' von 1965 „Ursachen, Merkmale und Perspektiven des neuen Modells der Leitung der sozialistischen Wirtschaft“ vor der Akademie der Wissenschaften eingehend, erinnerte Heuer daran, dass Behrens im NÖS die „Herausbildung des typischen Modells der sozialistischen Wirtschaft“ sah, „nachdem die ungünstigen historischen Bedingungen bei der Entstehung des Sozialismus ihre Wirkung allmählich verlieren“ würden.¹⁶ Das heißt, Züge einer Zentralverwaltungswirtschaft und einer Kriegswirtschaft waren nach Behrens' Meinung zunächst historisch bedingt und daher überwindbar. Jetzt nun würden zentrale Entscheidungen vorwiegend mit Hilfe ökonomischer Methoden durchgesetzt werden müssen.

Wie wir heute wissen, wurden diese Hoffnungen nicht erfüllt. Das NÖS scheiterte bekanntlich an Inkonsequenzen, das heißt am Fehlen gleichfalls notwendiger Veränderungen in Politik und Gesamtgesellschaft. Zusätzlich entstehende äußere

13 Ebenda, S. 144.

14 Siehe Helmut Koziolk: Hat die politische Ökonomie des Sozialismus bleibende Erkenntnisse hinterlassen?, in: Eva Müller/Manfred Neuhaus/Joachim Tesch (Hrsg.): „Ich habe einige Dogmen angetastet...“. Werk und Wirken von Fritz Behrens, Beiträge des Vierten Walter-Markov-Kolloquiums, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen, Leipzig 1999, S.68-72; hier S.71.

15 Uwe-Jens Heuer: Ist demokratischer Sozialismus möglich?, in: Müller/Neuhaus/Tesch, Dogmen, S.114-122; hier S.117.

16 Ebenda, S.117.

Schwierigkeiten trugen ebenfalls zum Scheitern dieser Wende in der DDR-Volkswirtschaft bei.

Wo lagen die Grenzen des NÖS-Konzepts? Es ging davon aus, die volkseigenen Betriebe würden als eigenverantwortliche Warenproduzenten ihre Investitionen selbst erwirtschaften. Aus heutiger Sicht war das jedoch im Rahmen des Staatssozialismus nicht möglich. Entweder hätte es zur allgemeinen Warenwirtschaft und damit zum Staatskapitalismus zurückgeführt oder es hätte emanzipatorisch über den Staatssozialismus hinausführen müssen. Im NÖS-Konzept wurde die Ökonomie isoliert und produktionszentriert betrachtet. Es gab Pläne zur stärkeren materiellen Interessiertheit der Betriebe am Gewinn, doch die waren in ihren Konsequenzen nicht bis ins Letzte durchdacht; der Weg zu sozialismusspezifischen Triebkräften blieb versperrt. Koziolk zufolge war das Geld nur „Plangeld“: „Eine echte marktsozialistische Konzeption hätte [...] veränderte Eigentumsverhältnisse erfordert“,¹⁷ was Behrens wenig später in der Idee der Selbstverwaltung der Produzentenkollektive fixierte. Inkonsequent blieb im NÖS auch die Kategorie der volkswirtschaftlichen Effizienz konzipiert, denn so lange sie als „Gewinn“ gefasst wird, kann eine konsequente Effektivitätsorientierung nur zur Folge haben, dass erneut Warenbeziehungen als eine Form von Kapitalverwertung installiert würden.

Tatsächlich hatte das NÖS Behrens' Erwartungen an eine direkte Produzentenselbstverwaltung nie im Auge gehabt. Es rührte die Abhängigkeit der Kombinate von der Zentrale nicht an. Die wirtschaftliche Rechnungsführung fungierte als Mittler zwischen zentraler Leitung und regionaler bzw. lokaler Wirtschaft und blieb Kern der NÖS-Beziehungen,¹⁸ ganz im Sinne von Lenins Vorstellungen, wonach Rechnungsführung und Kontrolle die wichtigste wirtschaftliche Aufgabe beim sozialistischen Aufbau seien.¹⁹ Das aber bedeutet, dass der Staat Funktionen übernimmt, die er gar nicht ausfüllen kann.

Behrens' Ideen zielten dagegen darauf, an die Stelle von ökonomischen Funktionen, die dem Staat nicht adäquat waren, Warenbeziehungen in einen gesellschaftlichen (zentralen) Plan zu integrieren, echte Verfügbarkeit der Produzentenkollektive durchzusetzen und damit eine wirkliche Produzentenselbstverwaltung zu ermöglichen.

Hier unterschied sich Behrens vom NÖS. In seinem letzten Buch schließlich sah Behrens die Wirtschaftsreformen auch nicht mehr als primäre Ansätze für einen Übergang zu dieser Selbstverwaltungsgesellschaft an. Der Weg zum „optimalen

17 Koziolk, *Ökonomie*, S.72.

18 Siehe ebenda, S.71.

19 Siehe W. I. Lenin: Sitzung des Gesamtrussischen Zentralexekutivkomitees. Rede zur Pressefrage. 4. (17.) November 1917, in: Werke, Bd. 26, S.279-287, hier S.283, 287; ders.: Sechs Thesen über die nächsten Aufgaben der Sowjetmacht, in: Werke, Bd. 27, S.306-309, hier S.307f.; ders.: Grundlegende Leitsätze zur Wirtschafts- und besonders zur Bankpolitik, in: ebenda, S.310f.; ders.: Über „linke“ Kinderei und über Kleinbürgerlichkeit, in: ebenda, S.315-347, hier S.333; ders.: I. Gesamtrussischer Kongreß für außerschulische Bildung, 6.-19. Mai 1919, Begrüßungsrede. 6. Mai, in: Werke, Bd. 29, S.319-365, hier S.361f.

Kompromiß zwischen Gleichheit und Freiheit²⁰ führe nicht über Wirtschaftsreformen, sondern über eine „Strukturreform“ durch „Schaffung einer sozialistischen Demokratie: Produzentenselbstverwaltung als Basis echter Rätedemokratie“.²¹ Behrens zufolge blieb das NÖS innerhalb des Rahmens des „Realsozialismus“ als „Staatsmonopolismus“.

Aus heutiger Sicht ist das vielen verständlich. Karl Georg Zinn bringt die Problematik auf den Punkt: „Um die Effizienz und Innovationsfähigkeit zu erhöhen, wären Reformen notwendig gewesen, nämlich durch Einführung von Marktbeziehungen bzw. durch bewusste Anwendung des Wertgesetzes im Sozialismus; also Reformen, wie sie von Behrens und anderen propagiert worden waren. Nicht an ökonomischen Hindernissen, sondern am Demokratiedefizit des politischen Systems und den zementierten Machtstrukturen erstarb das Bemühen um die letztlich auch politisch überlebensnotwendige Wirtschaftsreform in der DDR. Genau besehen scheiterte der DDR-Staat an seiner Politik, und nicht umgekehrt die Politik an der Ökonomie.“²² „Das Wagnis einer radikalen Demokratisierung wurde nicht eingegangen“, formulierte Heuer.²³

3. Demokratisierung von Gesellschaft und Wirtschaft als Existenzbedingung einer „sozialistischen Warenproduktion“

Im Folgenden sollen Behrens' Vorstellungen von den erstrebenswerten Warenbeziehungen dargelegt werden, so wie er sie in seinem letzten Buch vertrat. Dabei sei vermerkt, dass sich Behrens selbst „des Provisoriums seiner Gedanken bewußt“ war.²⁴

Eine Demokratisierung gesellschaftlicher Zustände im Sozialismus als Grundvoraussetzung zu begreifen, „Kurzum: Nachhaltige Demokratisierung der Wirtschaft als ein[en] Prozeß der Veränderung vorhandener Kräftekonstellationen, dieser Weg zur Veränderung von Macht- und Eigentumsverhältnissen“, genau dies folgt den Intentionen von Fritz Behrens, erklärte Günter Krause 1999.²⁵

Bereits in den Artikeln von Behrens und Benary von 1957 waren die Vorstellungen über eine stärkere Ausnutzung der Ware-Geld-Beziehungen zugunsten einer stärkeren materiellen Interessiertheit der Werktätigen und der Betriebe mit jenen Ansätzen kombiniert, die ein Absterben des Staates meinten. Behrens und Benary versuchten mitzuteilen, dass eine adäquate Ausnutzung von Warenbeziehungen

20 Behrens, Abschied, S.55.

21 Ebenda.

22 Karl Georg Zinn: Behrens und Keynes. Von der radikalen Reform zur Transformation, in: Hans-Georg Draheim/Rolf Emmrich/Dieter Janke (Hrsg.): Alternative Ökonomie in der Traditionslinie von Fritz Behrens, Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen (=Reihe: Diskurs. Streitschriften zu Geschichte und Politik des Sozialismus, H. 18), Leipzig 2005, S.67-86, hier S.82f.

23 Heuer, Sozialismus, S.119.

24 Behrens, Abschied, S.171.

25 Günter Krause: Über Behrens' Beitrag zu einer Theorie alternativer Ökonomie, in: Draheim/Emmrich/Janke, Ökonomie, S.55-65, hier S.63.

gen Konsequenzen hat, die in Richtung eines demokratischen Sozialismus²⁶ gehen, also über den Staatssozialismus hinausweisen. Dies wäre unter zivilgesellschaftlichen Verhältnissen ein Beitrag für weiterführende Diskussionen gewesen. In praxi jedoch sahen die Vertreter der Macht den (Staats)Sozialismus in Gefahr und ließen nur eine Pseudo-Diskussion zu. Die Maßregelung von Behrens und Benary führt Heuer auf die Sprengkraft ihres demokratischen Ansatzes zurück.

1961 nahm Behrens seine These vom Absterben des Staates in der Übergangsperiode zurück. In „Abschied von der Utopie“ korrigierte er seine Auffassung ganz, wobei er die zentrale Bedeutung der „sozialistischen Warenproduktion“ gleich mit begrub: „Ich gehe heute davon aus, daß die Problematik einer ‚sozialistischen‘ Warenproduktion keine wesentliche Problematik ist, wenn man sie historisch betrachtet. Wesentlich ist die Frage, *wer* über die Macht verfügt, über die ökonomischen Entscheidungsbefugnisse und über das Recht zur Aneignung und Verteilung von Wertprodukt und Mehrprodukt.“²⁷

Jetzt ging ihm selbst Robert Havemann mit seinen Forderungen nach mehr Liberalität nicht weit genug. Behrens betonte: „Die Republik, verstanden als sozialistische Demokratie [...] erscheint heute wohl als einzig möglicher, letzter Kompromiß, der das Überleben der Gattung Mensch gestattet!“²⁸ Behrens sah daher Demokratisierung in Form pluralistischer Selbstverwaltungswirtschaft als einzig wirksames Korrektiv gegenüber dem Markt an. Seine 1967 in Frankfurt/Main gehaltene Rede enthielt den Grundgedanken: „Das Gruppeneigentum [ist ...] eine Form des gesellschaftlichen Eigentums, die dem Staatseigentum überlegen ist, wenn man es nicht [...] mit dem genossenschaftlichen Eigentum identifiziert, denn die Genossenschaft kann das Verfügungsrecht über die ihr gehörenden Produktionsmittel auch auf Gruppen delegieren, auf Produzentenkollektive, die der Gesellschaft gehörende Produktionsmittel in ihrem Auftrag selbst verwalten und auch ihr Wertprodukt selbst aneignen, es im Rahmen gesellschaftlicher Normative verteilen. [...] Unter dem Aspekt der *Entstaatlichung* der Wirtschaft [...] ist das Gruppeneigentum eine höhere Form des gesellschaftlichen Eigentums als das staatliche Eigentum.“²⁹

Hier bleibt zwar offen, wie Gruppeneigentum mit Reproduktionsverhältnissen außerhalb der Produktion und mit dem gesellschaftlichen Ganzen in Wechselverhältnisse tritt. Doch mit Demokratisierung als *Entstaatlichung* benannte Behrens eine wichtige Voraussetzung für ein Überschreiten des Staatssozialismus, die zugleich ein „Absterben der Demokratie“ (Engels) einleiten kann.

Die Forderung nach Demokratisierung für sich genommen sagt noch nichts aus über die Ziele, denen die Produktion generell untergeordnet ist. Sie lässt offen,

26 Hier muss erwähnt werden: Behrens selbst sah den Begriff „demokratischer Sozialismus“ als Pleonasmus an, denn ohne Demokratie gibt es keinen Sozialismus.

27 Behrens, Abschied, S.137.

28 Ebenda, S.14.

29 Fritz Behrens: Erste Fassung der Rede zum Colloquium „Kritik der politischen Ökonomie heute. 100 Jahre ‚Kapital‘“ in Frankfurt am Main im September 1967, in: Müller/Neuhaus/Tesch, Dogmen, S.135-141, hier S.140, Hervorhebung durch d. Vf.

was zu produzieren wäre und mit welchem Effekt. Eine wirkliche Alternative bietet erst die Umbewertung bzw. Umorientierung der Produktion auf allgemeine Freiheit und allgemeine Gleichheitlichkeit. Dafür entwickelte Behrens jedoch kein hinlängliches Gespür. Vielleicht stand derlei aus seiner Sicht auch außerhalb der Fragen, mit denen sich Ökonomie zu beschäftigen hat. Zumindest kritisierte Behrens Rudolf Bahro als illusionär, weil dieser über hierarchische Strukturen hinauswollte, die er aber wohlweislich auf „Sozialstruktur“ bezog. Bahro vergesse, dass Produktionsverhältnisse sowohl eine technisch-organisatorische als auch eine gesellschaftliche Seite besitzen, heißt es bei Behrens.³⁰

Wenngleich Behrens' Einwände gegen Bahro von einigen auch als in ökonomischer Sicht begründet angesehen werden,³¹ so unterlagen sie in dieser konkreten Frage wohl doch eher einem Missverständnis. Tatsächlich fußen Bahros Vorstellungen auf einer Überbewertung des Bewusstseins. Er hielt es für dominant gegenüber der Ökonomie bzw. Ökologie. Sein Buch „Die Alternative“ bezeichnete Bahro später selbst als „die Theorie der Perestroika von oben“.³² Die von Behrens gestellte Frage nach den sich selbst verwaltenden Produzenten hatte für Bahro eher eine nachgeordnete Bedeutung. Bahro setzte sich mit anderem auseinander, wie mit der Überwindung der Subalternität und der Aufhebung der alten Arbeitsteilung.³³ Ihm zufolge bestand die „Kardinalfrage der sozialistischen Demokratie“ darin: „Wie ist die ‚Versammlung‘ der ganzen Gesellschaft, aller Individuen über ihrem Reproduktionsprozeß möglich?“³⁴ Bei ihm war die Frage der Selbstverwaltung in den „Gesamtprozess der Reproduktion“ eingebunden. Er urteilte nicht aus der Perspektive partikularer kommunaler oder betrieblicher Einheiten, sondern sah die „Assoziation“ der Kommunen „unter dem Blickwinkel der *Organisation* des sozialen Zusammenhangs.“³⁵ Bahros Ideen ergänzten damit die von Behrens, was Bahro wahrscheinlich nicht einmal so gesehen hat.

Auch Behrens' Idee der „Selbstverwaltungsgesellschaft“ bot noch keine Lösung für eine pluralistisch organisierte Gesellschaft. Sie wäre weiter zu denken und zu gestalten gewesen. Gleichwohl bot sein Ideengebäude Anregungen. „In einer solchen Gesellschaft föderativer Kommunen wird es“, schrieb Behrens, „zumal wenn sie eine multinationale Föderation ist, eine Warenproduktion geben, in der die Wertformen, in erster Linie das Geld, für eine auf gemeinschaftlichem Eigentum beruhende gemeinschaftliche – nicht mehr staatliche – Planung ausgenutzt werden, ohne daß das Wertgesetz – und selbstverständlich nicht das Mehrwertgesetz – Produktion und Verteilung reguliert. Die gesellschaftlichen Verhältnisse

30 Siehe Behrens, Abschied, S.111.

31 Siehe Guntolf Herzberg/Kurt Seifert: Rudolf Bahro – Glaube an das Veränderbare. Eine Biographie, Berlin 2002, S.144.

32 Rudolf Bahro: Die Alternative. Zur Kritik des real existierenden Sozialismus, Berlin 1990, S.548.

33 Siehe ebenda, S.522.

34 Ebenda, S.523.

35 Ebenda, S.526.

sind optimal transparent geworden, ohne daß die Entfremdung wohl gänzlich, die Ausbeutung dagegen völlig aufgehoben ist.“³⁶

4. Die Arbeitskraft ist keine Ware mehr

Ein Kerngedanke in Behrens' Auffassungen von einer „sozialistischen Warenproduktion“ bestand im Ausschluss der Arbeitskraft aus den Waren. „Das grundlegende Kriterium einer sozialistischen Produktionsweise ist [...] nicht die Aufhebung der Warenproduktion, sondern die Aufhebung des Warencharakters der Arbeitskraft!“, heißt es bei Behrens.³⁷ Dies bedeute, „daß die Produzenten selbst über ihre Produktionsmittel verfügen“ und „daß die Produzenten sich das Produkt ihrer Arbeit selbst aneignen und verteilen.“³⁸ Diese Bedingungen erfülle der „real existierende Sozialismus“ nicht. Grundsätzlich sei aber der Sozialismus dazu in der Lage, wenn er mindestens zwei Bedingungen erfülle: „Erstens muß auf der Grundlage des Gemeineigentums frei assoziierter Produzenten eine sich selbst verwaltende pluralistische Gesellschaft existieren, die die wie auch immer verschleierte zentralisierte Staatsmacht ersetzt durch Organe einer sozialistischen Demokratie, und zweitens darf eine solche pluralistische Selbstverwaltungsgesellschaft nicht national, ja nicht einmal territorial beschränkt sein, sondern muß universalen Charakter haben.“³⁹

Erst wenn diese Bedingungen erfüllt seien, könne man von einer „sozialistischen Warenproduktion“ sprechen. „Was die Warenproduktion betrifft, so wird es den Wert geben, aber er ist transparent geworden, erscheint als das, was er ist: vergegenständlichte menschliche Arbeit, die von den Produzenten verausgabt und von diesen auch wieder angeeignet wird.“⁴⁰ Die Arbeitskraft würde aufhören, Ware zu sein. „Das entstehende Kriterium für eine sozialistische Wirtschaft besteht einzig und allein darin, daß die menschliche Arbeitskraft ihren Warencharakter verloren hat, daß die Arbeitskraft keinen ‚Wert‘ mehr hat, obwohl der gesellschaftliche Produktionsprozeß immer noch Einheit ist von Arbeits- und Wertbildungsprozeß, aber der Wertbildungsprozeß kein Verwertungsprozeß mehr ist, weil das Eigentum an den Produktionsmitteln wieder Arbeitseigentum – Eigentum sich selbst verwaltender Produzenten – geworden ist.“⁴¹ Dabei sei „Arbeitseigentum“ so zu verstehen, „wie es vergleichsweise [...] in der einfachen Warenproduktion existierte.“⁴² Entfremdung sei dann zwar nicht vollständig aufgehoben („Die vollständige Aufhebung der Entfremdung ist keine Utopie, sondern eine Illusion“⁴³), aber ihre Reste seien optimal beeinflussbar geworden. Geld bliebe „als Maß qualitativ verschiedener Arbeiten“ bestehen und würde als „ein

36 Behrens, Abschied, S.103.

37 Ebenda, S.135.

38 Ebenda.

39 Ebenda, siehe auch S.144f.

40 Ebenda, S.135.

41 Ebenda, S.144.

42 Ebenda, S.176.

43 Ebenda, siehe auch S.178.

transparentes technisches Hilfsmittel der Wirtschaft“ fungieren.⁴⁴ Dies sah Behrens als Voraussetzungen für eine „sozialistische Planung“ an.⁴⁵

Behrens befreite also mit der Demokratisierung des Eigentums an Produktionsmitteln und der Herstellung eines „Arbeitseigentums“ an Produktionsmitteln gedanklich die Arbeitskraft von ihrem Warencharakter. Das galt für ihre Stellung in der Produktion. Zu fragen bleibt, ob dies eine hinreichende Bestimmung für eine Befreiung der Arbeitskraft aus ihrem Warencharakter darstellt. Denn hinter der Arbeitskraft als Ware stecken die für deren Reproduktion notwendigen materiellen Gebrauchswerte. Der Wert der Ware Arbeitskraft lässt ihre Träger, die Arbeitenden, sich immer nur als Arbeitskraft reproduzieren, nie als gleichgestellte und freie Menschen. Marx hatte zwar mit dem „historischen und moralischen Element“ des Wertes der Ware Arbeitskraft⁴⁶ Faktoren ins Spiel gebracht, die über die reine Arbeitskraft hinausgingen, aber diese Faktoren wirken ausschließlich im kapitalistischen Rahmen. Soll der Warencharakter der Arbeitskraft nachhaltig überwunden werden, müssten die unmittelbaren Lebensbedürfnisse der Menschen generell nicht mehr über Warenbeziehungen befriedigt werden, patriarchalische Verhältnisse dürften nicht durch Warenbeziehungen ergänzt oder ersetzt, sondern müssten ebenfalls überwunden werden. Erst dies würde für Gleichstellung sowohl in der Produktion als auch in der unmittelbaren Reproduktion des Lebens sorgen.

Behrens ging nicht so weit, sondern betrachtete ausschließlich die Produktions- und Austauschverhältnisse. Weitergehende Zusammenhänge schloss er offensichtlich als biologisch oder anthropologisch zu erklärende aus seinen modellhaften Überlegungen aus. Angesichts der hohen Dynamik und der Zunahme „fiktiver Waren“⁴⁷ im Zuge der tendenziell totalen Kommerzialisierung mit unübersehbar zerstörerischen Folgen für die Lebensgrundlagen der Menschheit kann heute von diesen weitergehenden Folgerungen nicht mehr abgesehen werden. Zugleich ging Behrens mit der Forderung nach Aufhebung der Arbeitskraft als Ware weit über bloße Forderungen nach einer Demokratisierung des Staatssozialismus hinaus. „Ohne eine Liquidierung der hierarchisch-elitären Struktur in Basis und Überbau und ihre – allmähliche – Ersetzung durch genossenschaftlich-egalitäre Strukturen werden auch die alten Herrschafts- und Knechtschaftsver-

44 Ebenda, S.162f.

45 Siehe ebenda, S.168.

46 Siehe Karl Max: Das Kapital, Erster Band, in: MEW, Bd. 23, S.185f.

47 Unter „fiktiven Waren“ verstehe ich Existenzweisen und Leistungen, welche als Waren ge- und behandelt werden, für die aber die klassische Definition der Waren nicht zutrifft und die im Gegensatz zu diesen aus den in Preisen ausgedrückten Warenwerten/Warenerlösen grundsätzlich nicht nachhaltig reproduzierbar sind. Hier ist besonders auf die Arbeitskraft hinzuweisen sowie auf die unmittelbare Lebenskraft von Menschen, ihre „allgemeine Arbeit“ im Marxschen Sinne, sowie auf die äußere Natur. Deren nachhaltige Reproduktion hängt eben nicht allein und nicht in der Hauptsache davon ab, wie viel gesellschaftliche Arbeit für sie verausgabt wird, sondern davon, wie viel unmittelbare Lebenszeit durch die Lebenstätigkeiten geschaffen wird.

hältnisse nicht liquidiert“, schrieb er.⁴⁸ Er stellte sich damit der vorherrschenden offiziellen Meinung entgegen, dass die Arbeitskraft im Staatssozialismus bereits keine Ware mehr sei.

Letztendlich versteckt sich im Gedanken vom „Arbeitseigentum“ und von den „Wertverhältnissen“ der Selbstverwaltungsgesellschaft wieder ein Kompromiss. Es wird dadurch nicht tatsächlich ausgeschlossen, dass die Arbeitskraft wieder zur Ware werden kann. Behrens sah wohl die Möglichkeit nichtkapitalistischer Ausbeutungsformen, wie u. a. in der Beibehaltung patriarchalischer Ausbeutung, nicht. Zu fragen wäre auch, ob nicht zwischen den sich selbst verwaltenden Produzentenkollektiven ebenfalls Ausbeutungsbeziehungen entstehen könnten. In einzelnen Produzentenkollektiven könnte es immer wieder einmal einen größeren „Überfluss“ geben als in anderen Kollektiven, der dann auszutauschen wäre. So war die Aufhebung der Arbeitskraft als Ware bei Behrens durchaus nicht zu Ende gedacht. Er sah zudem die „Arbeit“ gewissermaßen als „natürliche“ Existenzweise an, nicht als gesellschaftliches Zwangsverhältnis, das gleichfalls aufzuheben wäre, wobei gleichgestellte Tätigkeiten aller zur notwendigen ganzheitlichen Reproduktion des Lebens bestehen blieben. Vielleicht zeigt sich aber in der vorrangigen Ausschließung der Arbeitskraft aus den Waren bei Behrens eine Ahnung davon, dass die Überwindung der Warenbeziehungen mit der Aufhebung von fiktiven Waren beginnen müsste, denn die Arbeitskraft ist ja eine fiktive Ware. Uns bleibt heute, diesen Ausschluss gedanklich weiter zu führen zu anderen fiktiven Waren, wie Naturressourcen und „allgemeiner Arbeit“.

5. Die Integration der Wertverhältnisse in die Planverhältnisse

Behrens' grundsätzliche Kritik am Realsozialismus war auf die kriegswirtschaftlichen Methoden und die „Zentralverwaltungswirtschaft“ bezogen, womit Behrens die von bürgerlichen Ökonomen am Realsozialismus geübte Kritik in diesen Teilen gelten ließ. Den Erfordernissen des „Gesetzes der Ökonomie der Zeit“ entsprechend, das Behrens als „Naturgesetz, das die Verteilung der Arbeit regelt“, ansah,⁴⁹ müsse sich „die widerspruchsvolle Einheit von Plan und Markt“ in der „sozialistischen Planwirtschaft“ im Sinne von Selbstverwaltungswirtschaft durchsetzen.

Behrens betonte, dass der „Markt“ dann in den „Plan“ integriert werde;⁵⁰ er stellte „Planverhältnisse“ als das „– regelnde – Grundgesetz der Produktion“ den „Wertverhältnissen“ gegenüber. „Planverhältnisse“ existieren dann, „wenn das – regelnde – Grundgesetz der Produktion der Plan ist“, ein „gesellschaftlicher Plan“, der „immer nur ein *zentraler Plan* sein“ kann, soll er gesamtgesellschaftliche Bedürfnisse zum Ausdruck bringen. Er ist „indirekt-zentraler Plan von unten nach oben aufgestellt, durchgeführt und kontrolliert“.⁵¹ Wesentlich sei, ob Wert-

48 Behrens, Abschied, S.149.

49 Ebenda, S.154.

50 Siehe ebenda, S.138.

51 Ebenda, S.157.

gesetz und Markt den gesamtgesellschaftlichen Plan beherrschen oder der Plan dem Wertgesetz dient.

Hier ist sicherlich unumstritten, dass in einer sozialistischen Gesellschaft Warenbeziehungen existieren, die sich entfalten müssen, weil man ihre Bedingungen nicht „überlisten“ kann. Das bedeutet, dass sie u. a. auch als aktive Kategorien in den Plan Eingang finden und mit ihm zusammenwirken müssen. Die im Realsozialismus verbreitete Gegenüberstellung von Plan und Markt beruhte letztendlich auf der (vielleicht sogar unbewussten) Voraussetzung, dass extensiver Produktionszuwachs weiterhin von ausschlaggebender Bedeutung bleibt. Nur auf dieser Basis ist zu verstehen, warum anstelle regulierender Warenbeziehungen die planmäßige Verteilung der Produktion trat. Während aber seit dem Frühkapitalismus mit den allgemeinen Warenbeziehungen die Kapitalverwertung zum Ziel wurde und als Triebkraft wirkte und wirkt, entwickelt Planmäßigkeit für sich keine inneren Antriebskräfte.

Friedrich Engels genügte noch ein Hinweis auf Planmäßigkeit, war er doch der Auffassung, dass die Produktivkräfte bereits den kapitalistischen Produktionsverhältnissen entwachsen waren.⁵² Wie Aussagen von Engels im „Anti-Dühring“ zeigen, gründete seine Gegenüberstellung von Plan und Markt auf einer isolierten Betrachtung der Warenbeziehungen, allein als Instrument für die Verteilung von Arbeit und Produktion im Rahmen der Produktions- und Austauschweise.⁵³ Engels konstatierte zunächst die „naturwüchsige *planlose* Teilung der Arbeit, wie sie [im Mittelalter] in der ganzen Gesellschaft herrschte“ und „die *planmäßige* Teilung der Arbeit, wie sie in der einzelnen Fabrik organisiert war“.⁵⁴ Zu einer grundlegenden gesellschaftspolitischen Gesamtaussage wurde dieses Teilbild, als Engels es mit der These von der „*Unverträglichkeit von gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung*“⁵⁵ kombinierte. „Der Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktion und kapitalistischer Aneignung reproduziert sich als *Gegensatz zwischen der Organisation der Produktion in der einzelnen Fabrik und der Anarchie der Produktion in der ganzen Gesellschaft*.“⁵⁶ Daraus konstruierte Engels unter der Hand einen Regulationsmechanismus. Er bezeichnete die „Produktionsanarchie“ als „treibende Kraft“, welche „die unendliche Vervollkommnungsfähigkeit der Maschinen der großen Industrie in ein Zwangsgebot verwandelt“, und zwar „für jeden einzelnen industriellen Kapitalisten“.⁵⁷

Engels verwechselte hier Profitstreben und dessen Wege mit der Art und Weise, wie diese in der Konkurrenz aufeinandertreffen, und formulierte als Voraussetzung für Post-Kapitalismus die „Besitzergreifung der Produktionsmittel durch

52 Siehe Friedrich Engels: Herrn Eugen Dührings Umwälzung der Wissenschaft („Anti-Dühring“), in: MEW, Bd. 20, S.5-303, hier S.257f.

53 Siehe ebenda, S.251, 261, 264, 276.

54 Ebenda, S.251.

55 Ebenda, S.252.

56 Ebenda, S.255.

57 Ebenda.

die Gesellschaft“.⁵⁸ Folglich mussten auch die Entwicklungstriebkräfte aus der Produktionsweise kommen.⁵⁹ Das aber setzte gedanklich eine immer währende Knappheit an notwendigen Mitteln zum Leben voraus und stand im Widerspruch zu den utopischen Vorstellungen von Marx und Engels über Gleichheit und Freiheit in einer höheren Phase des Kommunismus.

In Wirklichkeit aber bilden „Plan“ und „Markt“ keine Gegenpole. Gegenpole sind „Markt“ und „Selbstorganisation“ (gleichheitliche und freiheitliche Selbstorganisation). Behrens übernahm die Vorstellung von „Markt“ und „Plan“ als Gegenpole und blieb damit faktisch bei der Engelsschen Regulationsweise stehen. Dass die sich aber nur in Verbindung mit dem, was reguliert werden soll, herausbilden kann (denn das Ziel des Wirtschaftens – richtiger: der Gesellschaft – bestimmt die Art und Weise der Regulation), übersah er.

Aus heutiger Sicht kann davon ausgegangen werden, dass Planung im Vergleich zu den Warenbeziehungen kein gesellschaftliches Verhältnis im Marxschen Sinne darstellt. Sie gehört zu den Organisationsprinzipien, und es bedarf äußerer (nicht in der Planung liegender) gesellschaftlicher Triebkräfte, um etwas vorantreiben zu können. In diesem Sinne ist Planung neutral. Im Realsozialismus rückte sie in eine anscheinend regulierende Position, weil der Staat in ihr weitgehend seine „wirtschaftlich-organisatorische Funktion“ realisierte, die aber gerade deshalb nicht zur Herausbildung alternativer Entwicklungstriebkräfte führte. Planung entwickelte sich in Richtung von „Verwaltung“ und zwar zunehmend von Notlagen ausgehend. Engels kann dafür nicht als Ideengeber herangezogen werden, denn er sah Planung nur utopisch als Gegengewicht zu gesellschaftlicher Anarchie. Unter welchen Bedingungen und in welchen Zusammenhängen eine gesamtgesellschaftliche Planung möglich wäre und wie sie wirkt, konnte er nicht voraussehen.

Planung gehört im Zuge der Vergesellschaftung letztlich zum Markt, indem sie ihn partiell ersetzt, wo dieser seine Grundlagen verliert. Planung ist nicht an ein bestimmtes Ziel gebunden. Planung steht nicht im Widerspruch zum Markt (denn „blindes“ Wirken der Marktkräfte resultiert aus Gewinnstreben), und sie schafft aus sich heraus keine Alternativen zum Gewinnstreben. Damit kann Planung auch allgemein gleichheitliche und freiheitliche Selbstorganisation nicht ersetzen.

Behrens' Vorstellungen von „sozialistischer Warenproduktion“ beziehen sich, wie bereits dargelegt, auf Warenbeziehungen außerhalb des Staatssozialismus, überschreiten diesen. Dennoch verfiel sich Behrens hinsichtlich der Warenbeziehungen in mancherlei „Fallstricken“. Ein entscheidender Grund ist, dass er in der „pluralistischen Selbstverwaltungsgesellschaft“ die „Wertverhältnisse“ (zwecks Messung usw.) fortbestehen sah, die Warenbeziehungen aber als abge-

58 Ebenda, S.264.

59 Siehe u. a. Engels' Ausführungen über die Verwandlung der Arbeit „aus einer Last [in] eine Lust“, in: ebenda, S.274.

storben definierte, besser: dekretierte. Behrens ersetzte sie faktisch durch den Plan.

Die Produzentenselbstverwaltung als Behrenssche Vision blieb deshalb Stückwerk, bezogen auf allgemeine Gleichheitlichkeit und allgemeine Freiheitlichkeit. Behrens fehlte deshalb das Verständnis für Bahros Forderung nach Aufhebung der gesellschaftlichen Arbeitsteilung zwischen vorwiegend körperlicher und vorwiegend geistiger Arbeit. Offen blieb, wie die Reproduktion der Gattung gesellschaftlich organisiert wird, wenn ihre Reproduktionskosten nicht mehr Bestandteil des Wertes der Ware Arbeitskraft sind; ob und wie die Produktion umorientiert wird – bei Behrens bleiben ja offensichtlich alle unmittelbaren Lebensbereiche grundsätzlich der Notwendigkeit und damit der Produktion untergeordnet. In Behrens' Konzept fehlte ein organisch aus der pluralistischen Selbstverwaltungsgesellschaft hervorgebrachtes neues Ziel der Reproduktion des Lebens, sein „Kompromiss“ zwischen individueller Freiheit und Einsicht in die Notwendigkeit blieb in der Endkonsequenz im bürgerlichen Rahmen. Letztlich geht auch die Forderung nach Demokratisierung von Produktion und Verteilung bei Behrens nicht in die nach allgemeiner Gleichstellung über, er hielt diese für unmöglich. Behrens' „sozialistische Warenproduktion“ entbehrt somit eines sozialistischen Ziels.

6. Zur aktuellen Bedeutung von Behrens' Ideen

Was ist aus Behrens' Vorstellungen zur „sozialistischen Warenproduktion“ für das Herangehen an aktuelle Probleme abzuleiten?

Zunächst gehört die Problematik der Warenbeziehungen zu den aktuellen Herausforderungen. Zwar scheinen sich die Fragen auf den ersten Blick grundlegend zu unterscheiden: Im Staatssozialismus ging es vor allem darum, den fortbestehenden Grundlagen für Warenbeziehungen gerecht zu werden, während heute, im Gefolge einer tendenziell totalen Kommerzialisierung der Lebenstätigkeiten und ihrer Ergebnisse, eher vor lebenszerstörenden Warenbeziehungen zu warnen ist. Während der Staat im Staatssozialismus danach trachtete, die grundlegenden Funktionen von Warenbeziehungen zu übernehmen, greift der heutige Staat – im Verein und in Arbeitsteilung mit der Politik des Neoliberalismus – ein, weil sich die Warenbeziehungen immer mehr zu verselbstständigen drohen und wegen der dynamischen Zunahme „fiktiver Waren“ die Reproduktion des Lebens mit immer mehr Konflikten (in Bildung, Gesundheitswesen usw.) belasten. Der Staat greift zwar von altersher in die Wirtschaft ein, um interessengeleitet bestimmte Bereiche zu fördern, andere auch zu behindern, aber er kann aus sich heraus keine nachhaltige Bewertung und keine Strukturen kreieren. Dazu verfügt er als primär politisches, administratives Organ weder über Kriterien noch über adäquate Entscheidungsstrukturen. Dieses Defizit wird bekanntlich in der Regel durch Entscheidungen zugunsten bestimmter Interessengruppen gefüllt und birgt immer die Gefahr von diktatorischen Maßnahmen in sich. Die Gefahr ist desto größer, je umfangreicher die nicht-funktionierenden Warenbeziehungen sind.

John Kenneth Galbraith hat als einer der Ersten bereits in den 60er-Jahren des 20. Jahrhunderts auf die existenziellen Gefahren aufmerksam gemacht, die sowohl von einer unkontrollierten freien Marktwirtschaft, als auch von einem – sich inzwischen in den USA herausgebildeten – „Industriesystem“ und seiner Verschmelzung mit dem Staat ausgehen.⁶⁰ Die Trennlinie zwischen privaten und staatlichen Bereichen sei gerade bei militärischen Programmen, bei der Raumforschung und der Nutzung der Atomenergie so undeutlich geworden, dass man sie kaum noch erkennen könne. Sie werde oft und unauffällig überschritten und werde mit der Zeit verschwinden. Galbraith sprach sogar von einer „Verstaatlichung“ des ausgereiften Betriebes.⁶¹

Die Aufgaben einer Entstaatlichung zugunsten von gleichheitlicher und freiheitlicher Selbstorganisation stehen in gewisser Weise also heute ähnlich wie im Staatssozialismus, was die Beschäftigung mit Behrens' Vorstellungen hochaktuell macht.

Behrens zeigte, dass eine Umwandlung von Warenbeziehungen generell nicht als isolierter Schritt wirken kann. Sie muss Veränderungen im gesamten Reproduktionsprozess beinhalten. Behrens' Inkonsequenz führt uns aber auch vor Augen, wie gründlich und allumfassend dabei auch die Reproduktion der Gattung einschließlich patriarchalischer Verhältnisse bedacht sein muss.

Die Beschäftigung mit den Vorstellungen von Behrens zeigt, dass sich in der theoretischen Auswertung die Erfahrungen des Staatssozialismus des 20. Jahrhunderts sehr wohl auf generelle Fragen zurückführen lassen, die auch in den westlichen Industrieländern noch nicht gelöst sind. Auf solche „Denkansätze für eine alternative Ökonomie“ bei Behrens und Benary verweist neben Krause vor allem Hans-Georg Draheim.⁶²

Das Erbe emanzipatorisch orientierten, dissidentischen Gedankenguts innerhalb des Staatssozialismus anzunehmen, wozu auch die Vorstellungen von Behrens gehören, ist insbesondere für linke Bewegungen wichtig.

Es anzutreten setzt allerdings voraus, dass die Erfahrungen des Staatssozialismus nicht auf bestimmte „Vorzüge“ und verbesserungswürdige „Mängel“ reduziert werden.

Bedenkenswert ist auch Behrens' Ablehnung jeglichen Geschichtsdeterminismus. Behrens ging von einer immer offenen Zukunft aus, er sah auch Sozialismus lediglich als eine Möglichkeit, nicht als historische Notwendigkeit im Sinne einer gesetzmäßigen Abfolge an. Damit leistete er durchaus einen methodologischen Beitrag zum allgemeinen Verständnis von Utopien. Die konkrete Utopie war bei Behrens Mittel zum Zweck, kein Selbstzweck. Er „griff den Blochschen Utopie-

60 Siehe John Kenneth Galbraith: Die moderne Industriegesellschaft, München-Zürich 1968 (Original: 1967), S.270.

61 Siehe ebenda, S.432-435.

62 Hans-Georg Draheim: Peter Carl Caldwell über die ökonomischen Auffassungen von Fritz Behrens und Arne Benary, in: ders./Emmrich/Janke, Ökonomie, S.135-141, hier S.141.

begriff auf, eignete sich dessen – umstrittene – Weite an, verlich ihm aber letztlich einen anderen Sinn“, wie Ernst Wurl es formulierte.⁶³ So ist es, ungeachtet aller Unzulänglichkeiten seines Konzepts, auch Behrens’ Verdienst, wenn Ernst Blochs „konkrete Utopie“, befreit von Eschatologie und von einer Reihe schematischer Anwendungen Marxscher Vorstellungen, uns dazu verhilft, aus der Vergangenheit heraus Gegenwart zu verstehen und Herausforderungen für die Zukunft zu erkennen.

Behrens’ Kritik am Realsozialismus als „Nicht-Sozialismus“ nahm dessen Implosion vorweg; er sprach von fehlender Zukunftsfähigkeit des Realsozialismus. Seine Sozialismusanalyse schloss eine Lücke in der linken Kritik am Staatssozialismus, denn sie stellte die Probleme einer sozialistischen Ökonomie in den Mittelpunkt. Zunächst einmal sprach er aus, was wohl nicht wenige DDR-WirtschaftswissenschaftlerInnen seinerzeit schon beschäftigte: Es fehlte eine dem Sozialismus adäquate Ökonomie. Behrens sprach von „einer – noch nicht existenten – sozialistischen Ökonomie“.⁶⁴ Gängige Entschuldigungen wie irgendwelche äußeren Erschwernisse oder historischen Bedingungen ließ er nicht gelten, er suchte nach tiefer liegenden Ursachen für das theoretische Defizit und versuchte es zu beheben. Die praktischen Entwicklungsprobleme und Defizite der DDR-Wirtschaft, die er als große Gefahr für eine Ausgestaltung sozial gerechter Verhältnisse ansah, trieben ihn regelrecht an auf der Suche nach Alternativen. Zu Recht wird Behrens heute neben Arne Benary, Gunter Kohlmey und Herbert Wolf und nicht zuletzt Robert Havemann als Vordenker eines demokratischen Sozialismus gewürdigt.

63 Ernst Wurl: Die politische Utopie bei Fritz Behrens, in: Müller/Neuhaus/Tesch, Dogmen, S.123-132; hier S.124f.

64 Behrens, Abschied, S.36.

Die Brigaden, der Meister, die Werkleitung und der Plan. Arbeitsregime und Arbeitsklima in den volkseigenen Betrieben der DDR

Jörg Roesler

1. Einleitung

Das Arbeiten in der DDR soll anders gewesen sein, ganz anders als in der Bundesrepublik. Dessen war man sich ganz sicher in der Zeit des Kalten Krieges – und im Rückblick auf den untergegangenen Staat nach der deutschen Vereinigung sind sich das viele Zeitgenossen auch heute.

Für die Hochzeit des Kalten Krieges mag hier eine Äußerung Kurt Schumachers in seiner Rede „Arbeitnehmer in der Sowjetzone“ stehen. In der Ansprache vom August 1951 hieß es: „Der Arbeitnehmer der Sowjetzone steht seinem Direktor gegenüber als einer dreifachen Konzentration von Ausbeutung: des Kapitalisten, des Staatsgewaltigen und des Polizeichefs. So sind die Menschen einem Grad der Ausbeutung unterworfen wie in keinem anderen Land der Welt. In den demokratischen Ländern, die kapitalistisch sind, kann selbst die extremste Form der Klassenherrschaft, des Kapitalismus, es nicht riskieren, gegenüber den arbeitenden Massen diese intensive und enorme Ausbeutung anzuwenden.“¹

Für die Hochzeit der „Aufarbeitung der DDR-Vergangenheit“ sei die Meinung zweier Soziologen, Ulrich Voskamp und Volker Wittke,² stellvertretend für eine ganze Anzahl³ zitiert, die 1991 zu den Arbeitsverhältnissen in der DDR Stellungnahmen und verkündeten, sie seien durch „weit verbreiteten Schlendrian hinsichtlich Arbeitszeit, Materialeinsatz, Termintreue, Verarbeitungsqualität“ gekennzeichnet. Weiter heißt es bei den Soziologen: „Man orientierte sich auf Schonung der eigenen Kräfte, günstige Arbeitsbedingungen.“⁴ Zwischen beiden Äußerungen lag die Periode der Entspannung zwischen beiden deutschen Staaten während der 70er- und 80er-Jahre.

Während der 80er-Jahre gehörte die Zeithistorikerin Katharina Belwe zu den Autoren, die sich wiederholt zu den Arbeitsverhältnissen in den volkseigenen

1 Zit. nach: Rainer Rilling (Hrsg.): Sozialismus in der DDR. Dokumente und Materialien I, Köln 1979, S.157.

2 Siehe Ulrich Voskamp/Volker Wittke: „Fordismus in einem Land“ – Das Produktionsmodell der DDR, in: Sozialwissenschaftliche Information, 1991, H. 2, S.170-180.

3 Siehe z. B. auch Richard Rottenburg: „Der Sozialismus braucht den ganzen Menschen“. Zum Verhältnis vertraglicher und nichtvertraglicher Beziehungen in einem VEB, in: Zeitschrift für Soziologie, 1991, H. 4; Martin Heidenreich: Zur Doppelstruktur planwirtschaftlichen Handelns in der DDR, in: ebenda, 1991, H. 6.

4 Voskamp/Wittke, Fordismus, S.177.

Betrieben (VEB) äußerten.⁵ In einer ihrer Publikationen hat sie die „Fluktuation Werktätiger als Ausdruck sozialer Konflikte in der DDR“ untersucht. Darin wird festgestellt, „daß ein bestimmter Prozentsatz der Werktätigen der DDR auf eine bestimmte Art von Konflikten mit einem Betriebswechsel reagiert.“⁶ Nimmt man die Äußerungen Schumachers wörtlich, dann konnte es in der DDR gar keine Fluktuation (als von dem Beschäftigten selbst intendierten Wechsel des Betriebes) gegeben haben, da der Direktor auch „Polizeifunktion“ hatte. Nimmt man die Einschätzungen von Voskamp und Wittke wörtlich, dann gab es in der DDR keinen Grund zur Fluktuation, da überall der gleiche Schlendrian herrschte und niemand, wie wenig oder wie schlecht er auch arbeitete, ohne ausreichend Lohn nach Hause ging.

Die Aussagen über das Arbeitsregime in der DDR schwankten also je nach Zeitperiode oder – genauer gesagt – je nach dem Verhältnis, das die bundesdeutsche Gesellschaft bzw. Politik zur DDR hatte.

Dieser Beitrag versteht sich als ein Versuch der Annäherung an einen Ausschnitt aus der DDR-Realität, an Arbeitsregime und Arbeitsklima in den VEB und an die sie beeinflussenden Akteure bzw. Faktoren mit den Mitteln und Methoden der Wirtschaftsgeschichtsschreibung.

2. Die Durchsetzung eines sozialistischen Arbeitsregimes in der volkseigenen Wirtschaft: Vorrang für Planerfüllung und „Entlohnung nach Leistung“

Die DDR-Wirtschaft war eine zentrale Planwirtschaft. Bereits 1948 war der damalige Verantwortliche für die volkseigenen Betriebe, Fritz Selbmann, der Auffassung: „Wir werden bis zur letzten Maschine, bis zur letzten Produktionseinheit der volkseigenen Industrie durchplanen.“⁷ Dazu kam es nun aber doch nicht.

Allerdings waren bereits Anfang 1950 74 Prozent der Kapazitäten von Betrieben „mit bestätigter Produktionsaufgabe“ verplant.⁸ Mitte der 50er-Jahre umfasste die von der zentralen Plankommission vorgegebene „Schlüsselliste“ 2.700 Positionen, d. h. jene Produktionsaufträge, deren Realisierung – auf die einzelnen Betriebe aufgeschlüsselt – in einer genau festgelegten Menge und Qualität zu erfolgen hatte.⁹ Die für sie ermittelten Gütermengen zu liefern, war der eindeutige Auftrag an einen VEB. Von der strikten Erfüllung des betrieblichen Planes hing

5 Siehe Katharina Belwe: Die Fluktuation Werktätiger als Ausdruck sozialer Konflikte in der DDR, Bonn 1982; dies.: Wechselwirkungen zwischen produktionsstrukturellen Veränderungen und sozialstrukturellen Entwicklungen in der DDR, Bonn 1985, dies.: Soziale Probleme der Schichtarbeiter in der DDR und Lösungsansätze zur Verbesserung ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen, Bonn 1985.

6 Siehe Belwe, Fluktuation, S.47.

7 Fritz Selbmann: Demokratische Wirtschaft. Drei Vorträge, Dresden 1949, S.109.

8 Siehe Jörg Roesler: Die Herausbildung der sozialistischen Planwirtschaft in der DDR, Berlin 1978, S.48.

9 Siehe ebenda, S.154.

die Höhe der Zusatzvergütungen ab, die der VEB an Leitungspersonal und Belegschaft verteilen konnte.¹⁰ Seitens der Werkleitung wurden die Planaufgaben auf die Abteilungen bzw. Meisterbereiche als unterste Planungseinheiten aufgeschlüsselt. Im Prinzip blieb es so bis zum Ende der DDR mit der – bedeutsamen – Ausnahme der Wirtschaftsreformperiode in den 60er-Jahren.

Entsprechend der Forderung in der „Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft“ vom 25. Juni 1963, die „Wirtschaft nicht (mehr) im Verwaltungsstil, sondern in ökonomischer Art und Weise zu führen“,¹¹ wurden den VEB nur noch wenige ökonomisch, politisch, sozial oder militärisch wichtige Produktionsaufgaben in Menge und Umfang, d. h. natural, vorgegeben. Das Produktionsziel war mit der Kennziffer „Warenproduktion“ gesetzt, und es durfte nur als erfüllt gelten, wenn die Erzeugnisse einen Abnehmer gefunden hatten, also verkauft worden waren. Je besser dies gelang, desto größer war der Gewinn. Von dessen Höhe hingen die vom VEB zu vergebenden Prämien für Arbeiter und die Boni für leitende Angestellte ab. Der Gewinn galt somit als wichtigster der „ökonomischen Hebel“, der das „materielle Interesse“ der Betriebsbelegschaften mit den durch die Zentrale festgesetzten volkswirtschaftlichen Planzielen verbinden sollte. Diese Umgestaltung des Planungssystems veränderte zwischen 1964, dem Beginn der Preisreform des Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Leitung (NÖS), und dem Abbruch der Wirtschaftsreform 1971 auch die Haltung der betrieblichen Akteure zum Plan.¹² Die Erfüllung des Planes stellte sich die SED-Führung gern als Ergebnis des „bewussten Handelns der Werktätigen“ vor.¹³ Doch war sie realistisch genug, neben den ideellen auch materielle Anreize gelten zu lassen. „Das Leistungsprinzip ist und bleibt das grundlegende Prinzip der Verteilung der Arbeitsergebnisse im Sozialismus“, hieß es immer wieder programmatisch.¹⁴ blieb die Zahl der Aktivisten, seitdem Adolf Hennecke im Oktober 1948 die „große Bewegung“ für Planerfüllung und -übererfüllung eröffnet hatte, stets beschränkt,¹⁵ so fand der Leistungslohn rasch massenhafte Verbreitung. Seine Einführung wurde seit 1949 mit Nachdruck betrieben.¹⁶ Bereits ab 1951 lag der Anteil der Leistungslohn-

10 Siehe ebenda, S.228-231.

11 Richtlinie für das neue ökonomische System der Planung und Leitung der Volkswirtschaft, Berlin 1965, S.11.

12 Siehe Jörg Roesler: Zwischen Plan und Markt. Die Wirtschaftsreform 1963-1970 in der DDR, Freiburg i. Br.-Berlin 1990, S. 50-52.

13 Siehe Waltraud Falk/Horst Barthel: Kleine Geschichte einer großen Bewegung. Zur Geschichte der Aktivisten- und Wettbewerbsbewegung in der Industrie der DDR, Berlin 1966.

14 Hier zit. nach: Günter Manz/Gunnar Winkler: Sozialpolitik, Berlin 1988, S.138.

15 Siehe Gottfried Dietrich: Die Anfänge der Aktivistenbewegung, Berlin 1987, S.86-92.

16 Siehe Peter Hübner: Die Zukunft war gestern: Soziale und mentale Trends in der DDR-Industriearbeiterschaft, in: Hartmut Kaelble/Jürgen Kocka/Hartmut Zwahr: Sozialgeschichte der DDR, Stuttgart 1994, S.171-187.

empfänger an den Produktionsarbeitern in der sozialistischen Industrie der DDR bei 60 Prozent.¹⁷

3. Zur Rolle von Brigade, Meister und Werkleitung bei der Planung und Entlohnung in den VEB

In der deutschen Industrie wurden traditionell diejenigen Arbeitsgruppen im Betrieb, die die unterste Produktionseinheit bildeten, als Kolonne bezeichnet. In der DDR trat mit dem Übergang zur sozialistischen Planwirtschaft an die Stelle der Kolonne immer häufiger die Brigade.

Die ersten Produktionsbrigaden waren bereits im Herbst 1947 entstanden. Die eigentliche Geburtsstunde der Brigaden schlug im März 1950 mit der vom Freien Deutschen Gewerkschaftsbund (FDGB) organisierten massenhaften Bildung von Arbeitsbrigaden. Die – ebenfalls vom FDGB initiierten – „Brigaden der sozialistischen Arbeit“, eine Ehrenbezeichnung für besonders erfolgreiche Planerfüller, gab es seit Anfang 1959.¹⁸ Ab 1960 waren 45 Prozent der Arbeiter in den VEB in mit diesem Titel ausgezeichneten „Kollektiven der sozialistischen Arbeit“ organisiert, zu denen auch Arbeitsgruppen ohne konkrete Brigadestruktur gehörten. Nach einem vorübergehenden Rückgang des Brigade-Organisationsgrades Mitte der 60er-Jahre auf 37 Prozent arbeitete im Jahre 1969 erstmals die Mehrheit der Beschäftigten in den VEB in Brigaden. Bereits zwei Jahre später waren zwei Drittel, 1988 sogar 84 Prozent aller Belegschaftsmitglieder der VEB Mitglieder von Brigaden.¹⁹

Die Brigaden unterschieden sich von den Kolonnen bzw. den anderen im VEB existierenden Arbeitsgruppen gemäß den für sie gesetzten Regeln in drei Merkmalen:

Sie waren erstens das Resultat einer Entscheidung der Arbeitsgruppe selbst, d. h. die Bildung einer Brigade war in der Regel Sache der Beteiligten. Zweitens schlossen die Brigaden jährlich einen Vertrag mit der Werkleitung und der Betriebsgewerkschaftsleitung (BGL) ab, in dem sie sich verpflichteten, die ihnen zugeordneten Produktionsaufgaben zu erfüllen und nach Möglichkeit die Menge der von ihnen herzustellenden Produkte zu überbieten. Werkleitung und BGL ihrerseits verpflichteten sich im Brigadevertrag, die für die Erfüllung und Übererfüllung der Produktionspläne durch die Brigade benötigten Materialien und Zulieferungen „kontinuierlich bereitzustellen“. Drittens hatten die Brigaden in der

17 Siehe Jörg Roesler: Akkordlohn und Leistungslohn, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 1984, H. 9, S.778-795, hier S.794. Peter Hübner: Konsens, Konflikt und Kompromiß. Soziale Arbeiterinteressen und Sozialpolitik in der SBZ/DDR 1945-1970, Berlin 1995, S.76.

18 Zur Rolle der Gewerkschaften für die Entwicklung der Brigaden siehe: Jörg Roesler: Gewerkschaften und Brigadebewegung in der DDR (Ende der 40er bis Anfang der 60er Jahre), in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (BzG), 1996, H. 3, S.3-26.

19 Siehe Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik, Ausgaben 1957, S.197, 1965, S.64 und 1989, S.134.

Regel direkten Einfluss auf die Bestimmung des Gruppenleiters. Wurden die „gewöhnlichen“ Arbeitsgruppen unmittelbar durch den Meister bzw. mittelbar über eine vom Meister eingesetzte Person (Kolonnenführer, Vorarbeiter, Einrichter) geleitet, so stand an der Spitze der Brigade der gewählte Brigadier. Obwohl 1950 vom Bundesvorstand keineswegs vorgegeben, setzte sich in den Arbeitsbrigaden rasch die Wahl des Brigadiers auf der Mitte der Gruppe durch.²⁰

Wie zu erwarten, kamen nicht alle Brigaden statutengemäß zustande. Zuweilen schlug der Meister den Brigadier vor, und die Werkleitung hatte die Brigadeverträge schon so weit vorbereitet, dass die Vordrucke nur noch ausgefüllt zu werden brauchten. Wie hoch der auf diese Art zustande gekommene Anteil formal gebildeter Brigaden war, ist schwer zu bestimmen, um so mehr als es sich bei den einzigen numerischen Bezugnahmen in den Akten des FDGB um Fälle handelte, die als schlechte Beispiele ermittelt und behandelt wurden. So zählte man Anfang 1951 458 Arbeitsbrigaden im Braunkohlenkombinat und Großkraftwerk Böhlen. Bis zum Herbst des Jahres hatten davon aber nach Angaben des FDGB nur noch 124 Bestand.²¹ Für den Juli 1959 gibt es eine Aussage des Bundesvorstandes des FDGB, „daß kaum die Hälfte [der gemeldeten sozialistischen Brigaden – J. R.] echt sich dieser Bewegung angeschlossen haben“.²²

Festzuhalten bleibt, neben den funktionierenden gab es also stets nur auf dem Papier existierende Brigaden. Es kann angenommen werden, dass der Anteil der nur formal bestehenden Brigaden, die sich kaum von den sonstigen Arbeitsgruppen unterschieden, um so größer war, je mehr vonseiten der SED-Führung Druck gemacht wurde, möglichst alle Beschäftigten (zumindest in den Industriebetrieben) in Brigaden zu organisieren. Das war vor allem in den 80er-Jahren der Fall. Aber selbst wenn wir von den nur formal existierenden Brigaden absehen, prägten seit den 50er-Jahren die Brigaden die betriebliche Realität auf der Ebene der unteren Produktionseinheiten.

Ebenso wie die Kolonne gehörte auch der Meister zum traditionellen deutschen Industriebetrieb. Im 19. Jahrhundert, als in den meisten Fabriken die handwerkliche Fertigung noch überwog, war oft (missbilligend seitens der Ingenieure) von einer „Meisterherrschaft“ die Rede. Diese hatte seit dem Übergang zur Reihen- und Serienfertigung und mit der Einführung des Taylorismus in der deutschen Industrie im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts zwar gelitten, der Meister war aber – anders als zunächst erwartet – nicht durch den Ingenieur bzw. oder Manager verdrängt worden.²³

20 Siehe Jörg Roesler: Produktionsbrigaden in der Industrie der DDR. Zentrum der Arbeitswelt?, in: Kaelble/Kocka/Zwahr, Sozialgeschichte, S.144-170.

21 Siehe ebenda, S.147.

22 Bundesarchiv (BArch), FDGB Bundesvorstand, DY 34, A 40049, unpag.

23 Siehe Joachim Radkau: Technik in Deutschland. Vom 18. Jahrhundert bis heute, Frankfurt am Main-New York 2008, S.60, 203, 291, 301.

Mit dem Übergang zum sozialistischen Arbeitsregime wurde die „Meisterherrschaft“ erneut infrage gestellt. In der Gestalt des Brigadiers schien nicht nur vielen Mitgliedern in Arbeitsbrigaden, sondern auch Betriebsfunktionären der SED und des FDGB der Ersatz für den Meister gefunden. Unstrittig ging die Kompetenzerweiterung der Arbeitsbrigaden gegenüber den Kolonnen auf Kosten der Meister. Funktionen des Arbeitsregimes, die bisher in der Hand des Meisters gelegen hatten, wie die Beratung der anstehenden Aufgaben („Produktionsberatungen“), Aufteilung der Arbeit zwischen den Brigademitgliedern, Qualitätsprüfung, Abrechnung der Arbeitsnormen, gingen häufig in die Verantwortung des Brigadiers über. In einigen VEB wurde der Versuch unternommen, den Meister ganz durch den Brigadier zu ersetzen. Die Mehrzahl der Meister begegnete dieser Herausforderung mit großer Hilflosigkeit.²⁴

Doch die Existenz des Meisters war nicht lange bedroht. Bereits im Sommer 1952 ging der FDGB von der bedingungslosen Unterstützung der von der Gewerkschaft selbst ins Leben gerufenen Brigadebewegung ab. Mit der „Verordnung über die Rechte und Pflichten der Meister in den volkseigenen und ihnen gleichgestellten Betrieben und über die Erhöhung ihrer Gehälter“ vom 28. Juni 1952 sollte der eingetretene Statusverlust des Meisters wenigstens teilweise wieder wettgemacht werden. Der Brigadier wurde per Dekret dem Meister untergeordnet, wenn auch nicht zum Vorarbeiter zurückgestuft. „Der Meister“, hieß es in der Verordnung, „bildet in Zusammenarbeit mit den Gewerkschaftsorganisatoren entsprechend dem technologischen Prozeß Arbeitsbrigaden und schlägt dem Abteilungsleiter oder Werkleiter die Brigadiers zur Bestätigung vor.“²⁵ Die Autonomie der Brigaden war damit eingeschränkt –zumindest offiziell. Die Werkleitungen hatten es sowieso schnell aufgegeben, die Brigaden auch organisatorisch zur untersten Produktionseinheit des VEB zu erheben. Hatte es sich doch aufgrund der immer wieder durch Materialengpässe diskontinuierlichen Produktion als so gut wie unmöglich erwiesen, die Planaufgaben bis auf die Brigade aufzuschlüsseln und verbindlich festzuschreiben. Aus dem gleichen Grunde war auch die „Brigadeabrechnung“ immer wieder an Grenzen gestoßen. Seit dem Frühjahr 1952 war der Meisterbereich die unterste Einheit für die Organisation der „wirtschaftlichen Rechnungsführung“ auf betrieblicher Ebene.²⁶

Doch sieben Jahre später kam es zu einem weiteren Angriff auf die Position der Meister. 1959 bzw. 1960 versuchten einige „sozialistische Brigaden“, dem Meister vorbehaltenen Entscheidungen wie die Material- und Arbeitskräftenormung, die Prüfung der Verbesserungsvorschläge und bestimmte Disziplinarbefugnisse in die eigene Hand sowie mittels „Brigaderäten“ auch auf die Werkleitungen Einfluss zu nehmen. Die SED-Führung, Walter Ulbricht persönlich, griff korrigierend ein. Derartige Räte seien „Syndikalismus – unvereinbar mit der Linie der

24 Siehe Roesler, Gewerkschaften, S.10, 13.

25 Siehe Gesetzblatt der DDR 1952, Nr. 84, S.504-507, hier S.506.

26 Siehe Roesler, Herausbildung, S.65f.

Partei.“²⁷ Die FDGB-Führung, die die Forderungen der Brigaden zumindest teilweise unterstützt hatte, übte Selbstkritik, und das ZK der SED beschloss auf seiner 9. Tagung im Juli 1960, „daß die Autorität der Direktoren, Abteilungsleiter und Meister“ gehoben wird. Sie seien „Beauftragte der Arbeiter- und Bauern-Macht“. Ihre Anweisungen seien von der Belegschaft „diszipliniert durchzuführen“.²⁸

Diese Auffassung galt auch während der Wirtschaftsreform der 60er-Jahre. Sie änderte sich mit dem Machtwechsel von Ulbricht zu Honecker. Erich Honecker hatte auf dem VIII. Parteitag 1971 zwar versichert, dass die von ihm hervorgehobene Wertschätzung der Arbeiter „die Stellung und Leistung der anderen werktätigen Klassen und Schichten [...] in keiner Weise mindert.“²⁹ Im Betrieb bekamen jedoch Ingenieure und Meister den Positionsverlust, den sie mit der größeren Wertschätzung Honeckers für den „einfachen Arbeiter“ erlitten hatten, rasch zu spüren. Die Meister verloren erneut ihre alleinige Verfügungsgewalt über die Arbeitsnormung und damit ihre Einflussmöglichkeiten auf die Höhe des Lohnes der Arbeiter, ihr wohl wichtigstes Sanktions- und Belohnungsmittel. Doch bereits Ende 1974 sah sich das Sekretariat des ZK der SED genötigt, einen Beschluss „Zu Problemen und Schlußfolgerungen über die Stärkung der gesellschaftlichen Rolle der Meister in der sozialistischen Volkswirtschaft“ zu fassen. Die darin dekretierte bessere Bezahlung und Prämiiierung, lobende Erwähnungen auf Tagungen und Parteitagungen der SED und das damit verbundene größere Medieninteresse machten für die Meister sicher einiges vom Statusverlust, den sie beim Übergang zur Honecker-Ära erlitten hatten, wett.³⁰ Ihre Position blieb aber geschwächt: „Den Meister als Respektsperson gab es in der Regel in den produzierenden Bereichen nicht“, stellten 1993 rückblickend die Dresdener Arbeitswissenschaftler Kullmann und Nawroth fest.³¹

Wie weit die „Autonomie“ der Brigaden in unterschiedlichen Abschnitten der DDR-Entwicklung ging, lässt sich am besten am Verhältnis der Entlohnung entsprechend den Planvorgaben und der tatsächlichen Lohnhöhe feststellen. Die Art der Entlohnung war für die Arbeiter von ausschlaggebendem Interesse, nachdem sie seit Anfang der 50er-Jahre nicht mehr von der Arbeitslosigkeit bedroht waren.³² Die SED-Führung vertrat den Standpunkt, dass die durch

27 Neues Deutschland, 10.6.1960.

28 Durch sozialistische Gemeinschaftsarbeit zum wissenschaftlich-technischen Höchststand im Maschinenbau und in der Metallurgie, 9. Tagung des Zentralkomitees der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands, 20. bis 23.7.1963, Berlin 1963, Beschluß, S.544.

29 Erich Honecker: Bericht des Zentralkomitees an den VIII. Parteitag der SED, Berlin 1971, S.60.

30 Siehe Jens Reitz: Der Meister im Industriebetrieb, Berlin 1979, S.7-9.

31 Siehe Kerstin Nawroth/Gerhard Kullmann: Die Bedeutung und Veränderung von sozialen Bindungen in den Gruppenstrukturen der Produktionsbelegschaften in den neuen Bundesländern, Dresden 1993, S.46.

32 Siehe Belwe, Fluktuation, S.111.

einen Lohnstopp 1939 fixierten Arbeitslöhne unter sozialistischem Vorzeichen nicht schneller als die volkswirtschaftliche Produktivität steigen sollten. Nur derartig begründete Lohnerhöhungen hielt sie für gerechtfertigt. Entsprechend erfolgte die Planung des Lohnfonds für die VEB. Für den einzelnen Beschäftigten sollte das Leistungsprinzip gelten. Um dies zu sichern, hatten die Arbeitsnormer – Gehilfen des Meisters – „fortschrittliche Arbeitsnormen“ auszuarbeiten.³³

Der geplante betriebliche Lohnfonds stimmte mit den tatsächlichen Lohnaufwendungen der VEB jedoch selten überein. In der Regel lag die tatsächliche Lohnsumme höher als geplant.³⁴ Das war ursächlich darauf zurückzuführen, dass die Arbeiter andere Vorstellungen von einem gerechten Lohn hatten als die SED-Führung von einem gerechtfertigten. Die Arbeiter hatten ein Gefühl dafür entwickelt, wie viel Lohn ihnen „eigentlich“ zustand, wenn sie die Produktionsaufgaben auch mit teilweise verschlissenen Arbeitsmitteln und angesichts von Materialengpässen bewältigten. Verantwortlich für die Versorgung der Arbeiter mit einwandfrei funktionierenden technischen Arbeitsmitteln, für einen kontinuierlichen Materialfluss und für Reparaturpersonal im Falle von Havarien war entsprechend den Brigadeverträgen die Werkleitung.³⁵ Die Nichteinhaltung diesbezüglicher Zusicherungen war ein ständiger Reibungspunkt zwischen Brigaden und Werkleitung. In den Jahren 1951 und 1960 erhobene Forderungen aus den „sozialistischen Brigaden“ heraus, neben die Werkleitung „Räte der Brigadiere“ als Kontrollorgane zu setzen, hatten in den nicht gelösten Fragen der Versorgung und der Ausrüstung der Brigaden ihre Ursache. Da unter den gegebenen Umständen die im Plan geforderte Produktivitätssteigerung oftmals nicht erreicht werden konnte, war für sie die den Betriebsplänen in der Praxis überwiegend zugrunde liegende Formel „Produktivitätssteigerung = Lohnsteigerung“ nicht akzeptabel. Das Instrument, über das sich die Arbeiter ein höheres als das geplante Einkommen verschafften, waren die Arbeitsnormen. Lohnsteigerungen ließen sich „von unten“ mittels hoher Normerfüllung durchsetzen. Eine deutliche Übererfüllung der Arbeitsnormen war nur auf der Grundlage „weicher“, d. h. eben nicht wirklich „technisch begründeter“ Normen möglich, deren Einführung in der DDR-Industrie stets hinter der Veränderung der konkreten Arbeitsprozesse hinterherhinkte.³⁶ Am 17. Juni 1953 scheiterte der Versuch der SED-Führung (und der Gewerkschaften), mit einer pauschalen Normerhöhung

33 Klaus Ewers: Der Konflikt um Lohn und Leistung in den Volkseigenen Betrieben der SBZ/DDR, Bielefeld 1985, S.53.

34 Besonders krass waren die Unterschiede im Zeitraum des ersten Fünfjahrplanes 1951-1955: Statt um 23,5 Prozent wuchs die Lohnsumme um 48 Prozent, die Arbeitsproduktivität dagegen nur um 54 Prozent statt der geplanten 60 Prozent. Aus der Zielrelation 1:2,5 war eine von 1:1,2 geworden. Siehe ebenda, S.3.

35 Siehe Roesler, Produktionsbrigaden, S.146.

36 Siehe Ewers, Konflikt, S. 135-145.

von zehn Prozent – was auf eine entsprechende Lohnkürzung hinauslief – die Diskrepanz zwischen der Entwicklung von Lohn und Leistung zentral und administrativ zu korrigieren. Die Arbeiter reagierten mit Streiks und Demonstrationen. Nur sowjetisches Eingreifen sicherte die weitere Existenz der DDR.

Eine Schlussfolgerung aus den „Juniereignissen“ war für Regierung und Gewerkschaften, das Normenproblem nur noch dezentral, d. h. in den einzelnen VEB anzugehen.³⁷ Unter den gegebenen Umständen konnte der Brigadier die – zu verschiedenen Zeiten unterschiedlich ausgeprägten – Kompetenzen auf dem Gebiet der Lohnfindung dazu nutzen, sich „im Interesse des Kollektivs“ mit „Schreiben von Normerfüllung“ zu betätigen. Sein „spitzer Bleistift“ verschaffte den Brigademitgliedern den aus deren Sicht gerechtfertigten Einkommenszuwachs, auch wenn die Produktivitätsfortschritte unzureichend waren. So lag z. B. 1956 die durchschnittliche Normerfüllung in der volkseigenen Industrie bei 136 Prozent. Knapp drei Prozent der Stücklöhner schafften 200 Prozent der Norm. Bis zum Jahre 1961 stieg die durchschnittliche Normerfüllung auf 160 Prozent, während 15 Prozent der Leistungslöhner 200 Prozent der Norm erreichten.³⁸

Die Werkleitung war darüber in der Regel generell informiert, der Meister hatte direkten Einblick. Beide schwiegen in der Regel. Sie wussten um die bei der Planaufschlüsselung nicht vorhersehbaren bzw. nicht genügend berücksichtigten Schwierigkeiten, die die Brigaden überwinden mussten, um das Planziel zu erreichen. Für die Werkleitung und die Meister zählte – auch unter Berücksichtigung des betrieblichen Prämienfonds – die Einhaltung der Mengenplanung mehr als die Verletzung der Plandisziplin im Bereich der Lohnkosten.³⁹

Anders gestaltete sich die Interessenlage der Betriebsleitung während der Wirtschaftsreform der 60er-Jahre. Das NÖS gab den Werkleitungen größere Handlungsfreiheit. Es erlaubte ihnen, einen Teil des von ihnen erwirtschafteten Gewinns selbst zu behalten, ihn für Prämien und Investitionen zu verwenden. Mehr als jemals zuvor oder danach in der DDR wurde der Lohn von der Werkleitung auch als Kostenfaktor betrachtet. Lohnsteigerungen schmälerten den Betriebsgewinn.⁴⁰ Die Werkleitungen waren nunmehr daran interessiert, strengere Maßstäbe an den Umgang mit Arbeitsnormen anzulegen. Der „spitze Bleistift“ des Brigadiers wurde weniger geduldet. Als Ergebnis der Zunahme „harter“ Normen musste der FDGB 1964 bzw. 1965 alarmierende Normuntererfüllungen feststellen. Im Durchschnitt gelang es nach Gewerkschaftsangaben im Februar 1965 mehr als einem Viertel der Industriearbeiter in der volkseigenen Industrie nicht

37 Siehe ebenda, S. 201-206.

38 Siehe Rainer Deppe/Dietrich Hoss: Sozialistische Rationalisierung: Leistungspolitik und Arbeitsgestaltung in der DDR, Frankfurt am Main-New York 1980, S.72.

39 Siehe Roesler, Herausbildung, S.75.

40 Siehe André Steiner: Die DDR-Wirtschaftsreform der sechziger Jahre. Konflikt zwischen Effizienz- und Machtkalkül, Berlin 1999, S.290.

mehr, die Arbeitsnorm zu erfüllen.⁴¹ „Bei der Durchführung der Gewerkschaftswahlen ist offensichtlich geworden“, hieß es die Lage kommentierend in einem Bericht des Bundesvorstandes des FDGB aus dem Jahre 1965, „daß die Arbeiter mit der Praxis der Arbeitsnormung in den Betrieben sehr unzufrieden sind.“⁴² Kein Wunder, wenn die „sozialistischen Brigaden“ unter diesen Umständen für die Arbeiter an Anziehungskraft verloren. Ihre Anzahl in der Industrie sank von 61.000 im Jahre 1962 auf 41.000 im Jahre 1966.⁴³

Nach Ulbrichts Sturz und mit Ende der Wirtschaftsreformen zu Beginn der 70er-Jahre, d. h. mit dem Verlust betrieblicher Autonomie und der erneuten Ausrichtung des Betriebserfolgs an konkreten staatlichen Planvorgaben, erlosch das Interesse der Werkleitungen an der Einhaltung der Lohnkosten und der Durchsetzung „harter“ Normen. Auch die zentrale Einführung neuer Lohnformen wie des „Produktivlohnes“⁴⁴ konnte daran wenig ändern.

4. Das Arbeitsklima in den Brigaden: Solidarität und Anerkennung der eigenen Arbeit

Über die Stimmung, die in den Brigaden herrschte, können heute vor allem zwei Quellen Auskunft geben: die Brigadetagebücher, die zu führen die „sozialistischen Brigaden“ verpflichtet waren, und Zeitzeugeninterviews. Beide Quellen sind nicht unproblematisch. In den Brigadetagebüchern wurden Konflikte mit dem Meister bzw. der Werkleitung, aber auch innerhalb der Brigade in den 70er- und 80er-Jahren zunehmend ausgeklammert. Im Jahre 1987 bemerkte die Schriftstellerin Marga Tschirner in einem Brief an den Bundesvorstand des FDGB, „daß sich der Inhalt der Tagebücher, im Gegensatz zu früher, verändert hat. [...] Kritische Bemerkungen fehlen, meist auch Probleme der Arbeit“.⁴⁵ Befragungen ostdeutscher Arbeiter wurden ab 1990 von westdeutschen Soziologen in Großbetrieben östlich von Elbe und Saale durchgeführt. Über die daraus entstandenen Studien schrieb der Kulturhistoriker Dietrich Mühlberg 1994 kritisch, deren „von den Medien [...] schnell vermarkteten Ergebnisse fordern fast immer den kulturhistorischen Kommentar heraus“.⁴⁶

Unter Verzicht auf diese Studien stütze ich mich bezüglich der Erfassung des Arbeitsklimas in den Brigaden im Wesentlichen auf Aussagen von „Außensei-

41 Bundesvorstand des FDGB. Präsidiumsvorlage: Zur Kritik der Werktätigen an der falschen Arbeit mit der Direktive Neue Technik – neue Normen und Anwendung zweckmäßigerer Lohnformen der Jahre 1964 und 1965, BArch, DY 34, P 54/65, unpag.

42 Ebenda.

43 Ebenda.

44 Siehe Gunnar Winkler (Hrsg.): Geschichte der Sozialpolitik 1945-1985, Berlin 1989, S.196.

45 Zit. nach: Jörg Roesler: Das Brigadetagebuch – betriebliches Rapportbuch, Chronik des Brigadelebens oder Erziehungsfibel?, in: Evemarie Badstübner (Hrsg.): Befremdlich anders. Leben in der DDR, Berlin 2000, S.151-166, hier S.153.

46 Dietrich Mühlberg: Überlegungen zu einer Kulturgeschichte der DDR, in: Kaelble/Kocka/Zwahr, Sozialgeschichte, S.62-94, hier S.63.

tern“, wie z. B. Nawroth und Kullmann, die 1991 und 1992 im Auftrage des Instituts für Arbeitswissenschaften in Dresden Befragungen durchführten, sowie auf eine Veröffentlichung der New Yorker Soziologin Patty Lee Parmalee, die 1992 in Berliner und Leipziger Großbetrieben ehemalige Brigademitglieder zum „Brigadeleben“ interviewte.⁴⁷

Nimmt man die von Parmalee aufgezeichneten Zeitzeugenaussagen und die Wahrnehmungen von Kullmann und Nawroth als Grundlage, dann ist vieles von dem, was heute noch in Deutschland laut einer 2005 durch das Internationale Institut für Sozialökonomie (Inifes) durchgeführten Befragung für die Arbeitnehmer als „gute Arbeit“ gilt,⁴⁸ in den Brigaden der DDR-Betriebe verwirklicht gewesen.

Laut Inifes wird unter den Anforderungen an „gute Arbeit“ ein „festes, verlässliches Einkommen“ von fast allen befragten Arbeitern und Angestellten in Deutschland an erster Stelle genannt (92 Prozent). Diese Forderung wurde zu DDR-Zeiten in den Brigaden offensichtlich durch den Einfluss der Brigadiere auf die Lohngestaltung mit Ausnahme des 1. Halbjahres 1953 und der Jahre 1964 bis 1966 weitgehend verwirklicht.

Die gemäß Inifes zweitwichtigste Anforderung „Sicherheit des Arbeitsplatzes“ (genannt von 88 Prozent der Befragten) war in der DDR spätestens ab 1953 gegeben, als die Anzahl der „registrierten Arbeitssuchenden“ erstmals unter 100.000 (bei sechs Millionen Arbeitern und Angestellten) sank. 1950 hatte sich die Arbeitslosenzahl noch auf 325.000 belaufen.⁴⁹

„Arbeit soll Spaß machen“, war laut Inifes im Jahre 2005 die Forderung von 85 Prozent der über Merkmale von „guter Arbeit“ Befragten und landete damit in der Rangfolge auf dem dritten Platz. „Förderung der Kollegialität“ folgte auf dem sechsten Platz. Beides hängt eng zusammen. Auch für die Erfüllung dieser Forderungen bot die Brigade offensichtlich gute Voraussetzungen. „Angenehm war die ganze Atmosphäre im Kollektiv“, berichtete Parmalee einer ihrer Interviewpartner. „Es kam manchmal zu Gehässigkeiten, aber es war immer die Parole, was man auf dem Herzen hat, hat man laut zu sagen und wenn die Fenster wackeln.“⁵⁰ Für Mobbing boten die Brigaden kaum Gelegenheit.⁵¹

47 Siehe Patty Lee Parmalee: Brigadeerfahrungen und ostdeutsche Identitäten, in: BzG, 1996, H. 4, S.70-86.

48 „Was ist gute Arbeit?“ befragte die Soziologin Tatjana Fuchs Inifes 2005 5.400 Beschäftigte. Erhoben wurde, wie sie ihre aktuelle berufliche Situation beschreiben und wie sie unabhängig von ihrem Job gute Arbeit definieren (siehe Forschungsbericht „Was ist gute Arbeit“, INIFES). Ein Teil der Ergebnisse der Befragungen wurde im „Tagesspiegel“ veröffentlicht (siehe Der Tagesspiegel, 29.4.2006, 20.5.2006).

49 Siehe Statistisches Jahrbuch der Deutschen Demokratischen Republik 1955, Berlin 1955, S.113, 119.

50 Parmalee, Brigadeerfahrungen, S.79.

51 Zu den Bedingungen, unter denen Mobbing „gedeiht“ siehe: Wolf-Dieter Kraus: Mobbing: Die Zeitbombe am Arbeitsplatz, Renningen-Malmsheim 1994.

In die Brigade wurden alle in der jeweiligen Produktionseinheit Beschäftigten aufgenommen, selbstverständlich auch neu Hinzukommende. Spätestens nach der ersten Teilnahme am „Brigadeabend“ oder der Vorstellung des „Neuen“ im Brigadetagebuch gehörte dieser „dazu“. Es „war eine Zielstellung in der Brigade“, berichteten ehemalige Brigademitglieder Parmalee, „daß die, die eben nicht so geschickt waren, daß man die mitgerissen und Geduld aufgebracht hat. [...] die Hilfestellung untereinander, die war einfach also wirklich gut“.⁵²

Laut Inifes wünschten sich 84 Prozent der 2005 Befragten „als Menschen“ wahrgenommen und geachtet zu werden, nicht lediglich als Arbeitskraft. In der DDR war eine derartige Einstellung zumindest für den unmittelbaren Vorgesetzten, den Brigadier, die Voraussetzung für die Ausübung seiner Funktion. Er kam aus der Mitte der Brigade und wurde von den Brigademitgliedern gewählt, war ihnen also nicht vorgesetzt (wie etwa der Meister). In der Regel erhielt er den gleichen Tariflohn wie die Brigademitglieder. Der Zuschlag von 20 Prozent war eher ein Ausgleich für die durch seine Leitungstätigkeit bedingten Ausfallzeiten als der Versuch, das Haupt der Brigade lohnpolitisch höher zu stellen. Der Brigadier war „Erster unter Gleichen“.

Anerkennung und Kritik wurden vom Brigadier während des Arbeitsprozesses, „öffentlich“ auf Brigadeversammlungen geäußert. Der Meister konnte auf derartigen Brigadeversammlungen auch dabei sein. Ernsthaft einmischen durfte er sich jedoch in der Mehrzahl der Jahre nicht. „Größtenteils waren Beziehungen der Meister in den Brigaden [...] solche] von Gleichen zu Gleichen“, urteilten Nawroth und Kullmann.⁵³

Zwei Drittel der 2005 von Inifes Befragten sprachen sich dafür aus, die Einkommensunterschiede zwischen sehr hohen und sehr niedrigen Einkommen zu begrenzen. Zu DDR-Zeiten hatte der Brigadier dafür zu sorgen, dass die Lohn-Eingruppierungen der Brigademitglieder bzw. die Prämien das Brigademitglied den Zusammenhang zwischen eigener Leistung und Entlohnung spüren ließen. Dabei musste er sich des Einverständnisses der Brigademitglieder sicher sein. „Der wichtigste und durch die Kollegen am besten einschätzbare Aspekt, nachdem der einzelne in der Brigade beurteilt wurde, war [...] seine erbrachte Leistung“, heißt es bei Nawroth und Kullmann. „Wußte doch jeder, daß ungenügende Leistungen nicht zur Erfüllung der Normen führen. [...] Während übergeordnete Instanzen zur Kontrolle und Bewertung der Gruppenleistung exakte Indikatoren benötigten, brauchten die Brigademitglieder diese zur Einschätzung ihrer Kollegen nicht, da sie ausreichend über deren Tätigkeit informiert waren.“⁵⁴

Gleichzeitig hatte der Brigadier darauf zu achten, dass die Leistungsprämien innerhalb der Brigade nicht zu weit auseinandergingen. „Die Balance zwischen

52 Parmalee, Brigaderfahrungen, S. 78.

53 Nawroth/Kullmann, Bedeutung, S.46.

54 Ebenda, S.8.

„Gleichmacherei“ und zu weiter Spreizung der Lohnhöhen“ war durch ihn zu wahren.⁵⁵

5. Schlussbetrachtung: Arbeit und Leistung in der DDR

Ob sich das offensichtlich gute Arbeitsklima und die „gerechte Entlohnung“ auch in guter Leistung niederschlugen? Nach den Einschätzungen von Nawroth und Kullmann und den von Parmalee mitgeteilten Interviewergebnissen ist das durchaus zu vermuten. Dem stehen die eingangs zitierten Aussagen von Voskamp und Wittke aus dem Jahre 1991 über den „weit verbreiteten Schlendrian“ gegenüber. Doch auch aus dieser Zeit und auch von westdeutscher Seite gibt es gegen deren Einschätzung ernsthafte Bedenken. Die Wirtschaftspsychologin Ingrid Stratemann fasste die unter ostdeutschen Arbeitern und Angestellten 1992 vonseiten des Instituts für Wirtschaftspsychologie in Dortmund durchgeführten Untersuchungen dahingehend zusammen, „daß sich die wirtschaftsrelevanten Nachteile in der Leistungs- und Persönlichkeitsstruktur bei Mitarbeitern in den neuen Bundesländern [...] auf sehr wenige Teilbereiche beziehen“. Stratemann kam nach der Darlegung der Untersuchungsergebnisse zu dem Schluss: „Jedenfalls ist nach diesen Resultaten das negative Vorurteil gegenüber Mitarbeitern aus den neuen Bundesländern in entscheidenden Punkten zu revidieren.“⁵⁶ Das ist jedoch bis heute nicht geschehen.

Angesichts der einander widersprechenden Expertenaussagen kann allerdings nicht, wie man vielleicht denken könnte, mittels eines Vergleichs der Arbeitsproduktivität in der Bundesrepublik und der DDR sozusagen „statistisch exakt“ ermittelt werden, wie hoch oder niedrig die Arbeitsleistung der ostdeutschen Arbeiter im Vergleich zum Westen lag, auch wenn mit einiger Bestimmtheit nachgewiesen werden kann, dass die Produktivität je Arbeiter Ost bei bzw. unter 40 Prozent des Niveaus des Arbeiters West lag.⁵⁷ Aber abgesehen von statistischen Umrechnungsproblemen geht in die Kennziffer Arbeitsproduktivität auch die Kapitalausstattung ein, sind also bei der Ermittlung der Leistung des Arbeiters Umfang und Qualität der Ausrüstung mit Maschinen zu berücksichtigen. Bekanntlich lag die Maschinenausstattung in der DDR signifikant hinter dem Ausrüstungsgrad der Bundesrepublik zurück⁵⁸ – ganz zu schweigen davon, dass der Materialfluss in den Betrieben im Westen Deutschlands kontinuierlicher war

55 Alf Lütke: „Helden der Arbeit“ – Mühen beim Arbeiten. Zur mißmutigen Loyalität von Industriearbeitern in der DDR, in: Kaelble/Kocka/Zwahr, Sozialgeschichte, S.188-213, hier S.196.

56 Ingrid Stratemann: Psychologische Bedingungen des wirtschaftlichen Aufschwungs in den neuen Bundesländern, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 24/1992, S.15-26, hier S.23.

57 Siehe Jaap Sleifer: Planning ahead and Falling Behind. The East German Economy in Comparison with West Germany 1936-2002, Berlin 2006, S.51-55, hier S.52.

58 Siehe ebenda, S.51-57, hier S.56.

als im Osten. Beides sind bedeutende, die Arbeitsproduktivität im Osten negativ beeinflussende Faktoren gewesen.

So müssen wir denn mit den einander widersprechenden Experteneinschätzungen zurechtkommen. Es ist zwar nicht exakt nachmessbar, aber alles spricht dafür, dass die Arbeitsintensität in den VEB spürbar geringer war als in den Betrieben des Westens und dass ein Teil des guten Arbeitsklimas damit zusammenhängt, dass das, was die Arbeiter Ostdeutschlands als „kapitalistische Arbeitshetze“ bezeichneten, in der DDR-Industrie nicht die Regel sondern die Ausnahme war. Für die Brigaden war das geringere – von ihnen keineswegs als „gemütlich“ empfundene – Arbeitstempo eine Errungenschaft des Sozialismus, die sie gegenüber der Werkleitung und dem Meister mit derselben Hartnäckigkeit verteidigten wie ihre Vorstellungen von Lohngerechtigkeit.

Bevor der Leser diese Einstellung zum Arbeitstempo allein vom Standpunkt hoher Effizienz der Erzeugung und maximaler Wachstumsraten der Wirtschaft aus beurteilt, sollte er zur Kenntnis nehmen, dass dort, wo eine entsprechende „Arbeitstempobremse“ unter den Bedingungen von Massenarbeitslosigkeit und im Ergebnis sinkenden Einflusses der Gewerkschaften nicht existiert, die psychosozialen Belastungen der Beschäftigten hoch sind. Dafür nur zwei Beispiele: Nach einer Untersuchung, die 2007 in elf EU-Ländern, u. a. von der Hans-Böckler-Stiftung durchgeführt wurde, stehen etwa 20 Prozent der Beschäftigten unter psychosozialen Druck;⁵⁹ nach einer ein Jahr später durchgeführten Umfrage des DGB in Berlin und Brandenburg fühlen sich 48 Prozent der Beschäftigten „leer und ausgebrannt“.⁶⁰ Gesundheitliche Schäden nicht zu unterschätzenden Ausmaßes sind unter diesen Umständen aufseiten der Arbeitnehmer unvermeidlich.

Es wäre für unser Thema sicher wichtig zu erfahren, wie entsprechende psychosoziale Belastungswerte in den VEB aussahen. Wahrscheinlich schlummern die relevanten arbeitssoziologischen Forschungsergebnisse noch in den (zugänglichen) Archiven. An den Ergebnissen, die ein anderes, positiveres Licht auf die DDR werfen würden, besteht in der Bundesrepublik allerdings kaum Interesse. Warum das unmittelbar nach der deutschen Vereinigung so war, hat die bereits zitierte Wirtschaftspsychologin Ingrid Stratemann 1992 offen ausgesprochen: „Dadurch, daß die ‚armen Osis‘ alles schlechter machen, nichts produzieren, zu keiner Anstrengung bereit sind, wie dies in den Massenmedien verbreitet wird, erfahren die Bürger der alten Bundesrepublik ohne jedes Zutun einer soziale Aufwertung.“⁶¹ Heute, im 20. Jahr nach der Vereinigung, ist das häufigste Motiv, in der DDR-Geschichte vor allem nach deren negativen Aspekten zu suchen, prinzipiell kein anderes.

59 Siehe Neues Deutschland, 5.10.2007.

60 Siehe Neues Deutschland, 8.10.2008.

61 Stratemann, Bedingungen, S.17.

Über Parteidisziplin in der Arbeiterbewegung des 20. Jahrhunderts

Ulla Plener

1. Programm und Organisationsstatut – die Grundlagen für Parteidisziplin

„Jede Körperschaft, jede größere Gemeinschaft, die auf der Mitwirkung mehrerer Einzelmenschen beruht, bedarf der Disziplin, d. h. der Unterordnung des Einzelnen, ohne die ein Zusammenwirken unmöglich ist“, so definierte Rosa Luxemburg im Dezember 1914 Disziplin. Im Unterschied zu anderen Arten der Disziplin (in Fabrik, Militär, Staat), die sich auf äußeren Zwang gründeten, beruhe „die sozialdemokratische auf freiwilliger Unterordnung“, schrieb sie weiter, denn: „In die sozialdemokratische Partei tritt man freiwillig ein, indem man sich freiwillig dem Massenwillen dieser Partei fügt, um diesen Willen auf sozialem und politischem Gebiete zur Tat zu machen.“ – „Was dieser Wille aber jederzeit bedeutet, darüber gibt das Programm der Partei klaren und unzweideutigen Aufschluss, darüber geben Parteitagsbeschlüsse sowie Beschlüsse der internationalen Kongresse Bescheid, an denen die Partei teilgenommen hat.“ Also: „die Parteidisziplin durchzuführen – das heißt, Parteiprogramm und die Beschlüsse der Gesamtpartei zur Anwendung zu bringen [...] Was für jeden Staatsbürger und Soldaten der Zwang des Gesetzes, das ist für jeden Sozialdemokraten die bindende Kraft des Parteiprogramms.“¹

Den organisatorischen Rahmen dafür bildeten in der Sozialdemokratie, so auch in der deutschen, die Organisationsstatuten.

Dazu ein Exkurs:

Nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes, also unter Bedingungen der Legalität, waren das die Statuten von 1890, ergänzt 1896; von 1900, ergänzt 1903; von 1905, 1909 und 1912. Die prinzipielle Grundlage für die Parteimitgliedschaft bildete das Bekenntnis zu den Grundsätzen des Parteiprogramms (Paragraph 1); zur Partei könne „nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogramms oder wer sich einer ehrlosen Handlung schuldig gemacht hat“ (Paragraph 2).² Dabei wurde die Parteizugehörigkeit schrittweise präzisiert. Während es im Statut, angenommen vom Parteitag im Oktober 1890 in Halle, in Paragraph 1 lediglich hieß: „Zur Partei gehörig wird jede Person betrachtet, die sich zu den Grundsätzen des Programms bekennt und die Partei nach Kräften unterstützt“, bestimmte das vom Parteitag in Mainz 1900 angenommene Statut den zweiten Teil dieses Satzes wie folgt: „und die Partei

1 Rosa Luxemburg: Parteidisziplin, in: Dies.: Gesammelte Werke, Bd. 4, Berlin 1974, S.15f.

2 Zitiert nach: Dokumente und Materialien zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung (im folgenden DMGdA), Bd. III, Berlin 1974, S.340f.

dauernd durch Geldmittel unterstützt“.³ Nachdem nämlich im November 1899 die sogenannte Zuchthausvorlage, die die Rechte der Arbeiter und ihrer Verbände einschränken sollte, im Reichstag abgelehnt worden war, schrieb August Bebel an Victor Adler am 5. Dezember 1899: „Damit kommen wir in die Lage, unsere Organisation umzuändern, und wie ich hoffe in einem Sinne, dass es den Mitläufern etwas erschwert wird, sich künftig Parteigenossen zu nennen, ohne irgendeine Verpflichtung weder in Bezug auf Leistung, noch auf Anerkennung des Programms zu übernehmen.“⁴

Letzteres fand seinen Niederschlag auch in der statutarisch festgelegten obligatorischen Gebundenheit jedes Parteimitglieds an eine bestimmte Parteiorganisation. Im Paragraph 2 des Statuts von 1900 hieß es nunmehr: „Über die Zugehörigkeit zur Partei entscheiden die Parteigenossen der einzelnen Orte oder Reichstagswahlkreise“ (nach denen die Partei organisiert war).⁵ Etwas abgewandelt, aber dem Sinne nach gleich, bestimmte das Statut von 1903 in Paragraph 2: „In Orten oder Wahlkreisen, in denen die Geschäfte der Partei durch eine Vereinsorganisation geführt werden, ist der Ausschluss eines Mitglieds aus der betreffenden Organisation dem Ausschluss aus der Gesamtpartei gleich zu achten“.⁶ Das Statut von 1905 bestimmte in einem neu eingefügten Abschnitt „Gliederung“ in Paragraph 4: „Die Grundlage der Organisation bildet für jeden Reichstagswahlkreis der Sozialdemokratische Verein, dem jeder im Wahlkreise wohnende Parteigenosse [...] als Mitglied anzugehören hat“; in Paragraph 6 dieses Abschnitts tauchte als Begriff „Mitgliedsbeiträge“ auf.⁷ Diese Bestimmungen enthielten auch die Statuten von 1909 und 1912. Im Statut von 1909 wurde der 2. Satzteil des Paragraphen 1 präzisiert: „und Mitglied der Parteiorganisation ist“.⁸ So auch im letzten Statut (vor dem Zerfall der Partei nach 1914) von 1912. Die Kompetenzen der Parteileitung (seit 1900 Parteivorstand [PV]) bestimmte das Statut von 1890 in Paragraph 15: „Die Parteileitung besorgt die Parteigeschäfte, kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteiorgane, beruft die Parteitage und erstattet auf denselben über ihre Tätigkeit Bericht.“⁹ Auf dem Parteitag in Gotha (Oktober 1896) wurde mit einer „Resolution zur veränderten Organisation der Partei“ eine Parteikontrollkommission eingesetzt. Seit 1900 enthielten die Statuten einen Abschnitt über die Kontrollkommission – sie sollte zur „Kontrollierung des Parteivorstandes sowie als Berufungsinstanz über Beschwerden gegen den Parteivorstand“ vom Parteitag gewählt werden¹⁰ (Paragraph 17; 1905: Paragraph 24; 1909: Paragraph 20; 1912: Paragraph 23); über den PV hieß es wie

3 Ebenda, Bd. IV, Berlin 1967, S.55.

4 Zit. nach Victor Adler: Briefwechsel mit August Bebel und Karl Kautsky, Wien 1954, S.537.

5 DMGdA, Bd. IV, S.55.

6 Ebenda, Bd. IV, S.98.

7 Ebenda, Reihe I, Bd. 5, Berlin 1962, S.72.

8 Ebenda, S.432.

9 Ebenda, Bd. III, S.343.

10 Ebenda, Bd. IV, S.58f.

schon 1890, er „besorgt die Parteigeschäfte und kontrolliert die prinzipielle Haltung der Parteiorgane“. ¹¹ So auch in den Statuten von 1905 (Paragraph 23), 1909 und 1912 (jeweils Paragraph 19).

Das Statut von 1905 erhielt einen Abschnitt „Berichterstattung“, in dem bestimmt wurde, die Vorsitzenden der Sozialdemokratischen Vereine hätten „jährlich bis zum 15. Juli dem Parteivorstand Bericht zu erstatten“ (in den Statuten von 1909 und 1912: nach einem Fragebogen des Parteivorstandes), der Angaben enthalten musste über: „Art und Umfang der entfalteten Agitation, die Zahl der im Wahlkreise organisierten Parteigenossen, die Höhe des von den Mitgliedern erhobenen Parteibeitrages, die Summe der gesamten Einnahmen, die Art der Verwendung der dem Wahlkreise verbliebenen Gelder“. ¹²

Speziell zur Disziplin hieß es in der vom Parteitag in Erfurt 1891 angenommenen (von August Bebel eingebrachten und begründeten) Resolution „Die Taktik der Partei“: „Der Parteitag verlangt ferner von jedem einzelnen Genossen, dass er den Beschlüssen der Gesamtpartei und den Anordnungen der Parteiorgane, so lange diese innerhalb der ihnen zugewiesenen Befugnisse handeln, volle Beachtung schenkt und in der Erkenntnis, dass eine Kampfpartei wie die sozialdemokratische nur in strengster Disziplin und Unterwerfung unter den Willen der Gesamtpartei ihr Ziel erreichen kann, diese Disziplin und diese Unterwerfung übt. Der Parteitag erklärt ausdrücklich, dass die Kritik an den Handlungen oder Unterlassungen der Parteiorgane und der parlamentarischen Vertreter der Partei ein einem jeden Parteigenossen zustehendes selbstverständliches Recht ist, er verlangt aber, dass diese Kritik in Formen geübt werde, die eine sachliche Auseinandersetzung dem angegriffenen Teil ermöglichen.“ ¹³ Den Zentralismus der deutschen Partei erläuterte Bebel in einem Brief an Pieter Jelles Troelstra vom 2. Februar 1894: „Bekanntlich sind die englischen Arbeiterorganisationen sehr für lokale Selbständigkeit eingenommen, wir Deutschen, die wir den Kampf mit einer starken Staatsgewalt aufzunehmen haben, sind für möglichst stramme Zentralisation, für das Zusammenfassen der Kräfte und gleichzeitiges gemeinsames Handeln von allen Punkten aus.“ ¹⁴

Die statutarischen Bestimmungen waren auf die Einheit des Willens der Partei in der Aktion gerichtet – die Freiheit der Diskussion behinderte das nicht, wie u. a. die Revisionismus- und die Massenstreikdebatten 1898-1913 zeigten.

2. Einheit in der Aktion – Messlatte für Disziplin

Die Organisationsprinzipien der deutschen Sozialdemokratie unter August Bebel bildeten das Vorbild für Lenin im Ringen um eine revolutionäre Arbeiterpartei in Russland im Übergang vom 19. zum 20. Jahrhundert, als es dort galt, unter ille-

11 Ebenda, S.58.

12 Ebenda, Reihe I, Bd. 5, S.73.

13 Ebenda, Bd. III, S.385.

14 August Bebel: Vorwort zum Sammelband „12 Jahre“, in: Ausgewählte Reden und Schriften, Bd. 5, München u. a. 1995, S.44/45.

galen Bedingungen aus vielen Gruppen und Zirkeln eine – wegen der angestrebten Einheit des Willens in der Aktion – zentral geleitete Partei zu schaffen. In dieses (und nur in dieses) Ringen ordneten sich seine Arbeiten „Was tun?“ (1902) und „Ein Schritt vorwärts, zwei Schritte zurück“ (1904) ein, wie Lenin 1908 hervorgehoben hatte.¹⁵ Mitnichten hatte er damit eine (gar „seine“) „Lehre von der Partei neuen Typus“ begründet. Im besonderen die Parteidisziplin betreffend, formulierte Lenin 1906, als durch die Revolution die Legalität der Partei errungen war, im Gefolge von Bebel und Kautsky: „Grundsätzlich haben wir schon wiederholt unsere Ansichten über die Bedeutung der Disziplin und den Begriff Disziplin in der Arbeiterpartei dargelegt. *Einheit der Aktion, Freiheit der Diskussion und der Kritik* – so lautet unsere Definition. Nur eine solche Disziplin ist der demokratischen Partei der fortgeschrittensten Klasse würdig. Die Kraft der Arbeiterklasse ist die Organisation. Ohne Organisation der Massen ist das Proletariat nichts. Organisiert ist es alles. Organisiertheit ist Einheit der Aktion, ist Einheit des praktischen Handelns [...] (Aber) Organisation ohne ideologischen Inhalt ist ein Unfug, der die Arbeiter in der Praxis in klägliche Nachläufer der machthabenden Bourgeoisie verwandelt. Deshalb erkennt das Proletariat keine Einheit der Aktion ohne Freiheit der Diskussion und der Kritik an. Deshalb dürfen klassenbewusste Arbeiter niemals vergessen, dass es so ernsthafte Verletzungen der Prinzipien geben kann, dass der Bruch aller organisatorischen Beziehungen zur Pflicht wird.“¹⁶ Den „ideologischen Inhalt“ der Organisation bildeten eben Programm und Beschlüsse der Partei.

Daran gemessen bedeutete die Zustimmung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion zu den Kriegskrediten am 4. August 1914 eine ernsthafte Verletzung der Prinzipien, nämlich der Antikriegsbeschlüsse der sozialistischen Internationale von 1907, 1910 und 1912. Die Fraktion war es, die mit ihrer Entscheidung die Parteidisziplin gebrochen hatte. Als Karl Liebknecht am 2. Dezember 1914 im Reichstag gegen die Kriegskredite stimmte, handelte er den Antikriegsbeschlüssen der Internationale, die von der deutschen Partei mitgetragen worden waren, entsprechend – er beging also keinen Disziplinbruch. Das stellte Rosa Luxemburg am 4. Dezember 1914 in der „Sozialdemokratischen Korrespondenz“ klar.¹⁷

Während die Antikriegsbeschlüsse der Internationale 1907-1912 eindeutig waren und deshalb die Zustimmung zu den Kriegskrediten einen klaren Disziplinbruch bedeutete, ist es wohl mit der von Rosa Luxemburg postulierten jederzeitigen Klarheit und Unzweideutigkeit des Parteiprogramms als Messlatte für Parteidisziplin komplizierter: Abgesehen davon, dass es in der Praxis der

15 Siehe W. I. Lenin: Werke, Bd. 13, S.94, 99f.

16 W. I. Lenin: Der Kampf gegen die kadettisierenden Sozialdemokraten und die Parteidisziplin, in: Werke, Bd. 11, S.314f. Hervorhebung von L. Empfehlenswert für die Korrektur der üblichen Darstellung der (angeblichen) Parteauffassung Lenins seine weiteren Ausführungen im zitierten Artikel von 1906.

17 Siehe Luxemburg, Parteidisziplin, S.15-17.

Arbeiterbewegung meistens nicht nur eine Partei gab, die sich auf das sozialistische Ziel bezog, wurde das Programm in der jeweiligen Partei nicht unbedingt einheitlich ausgelegt, denn auch in ihr waren unvermeidlich (sozial, politisch, geistig) verschiedene Kräfte vereint. Das bedingten schon der Widerspruch der Klassenlage des Proletariats im Kapitalismus (darunter der Doppelcharakter der kapitalistischen Lohnarbeit) und darüber hinaus Unterschiede bei Bildungsstand, (Un-)Sicherheit der sozialen Existenz, persönlicher und kollektiver (Klassenkampf-)Erfahrung u.a.m. Das alles führte (und führt) objektiv zur Differenzierung in der Arbeiterklasse und bei den anderen sozialen Kräften, die sich ihr zuwandten, was sich in der organisierten Arbeiterbewegung, so auch in einer Arbeiterpartei, widerspiegelte.¹⁸

Da kann wohl in der Tat nur über die Freiheit der Diskussion und der Kritik (auch des gültigen Parteiprogramms) die Einheit in der Aktion – um diese geht es letztendlich – erreicht werden, die allein die Partei – bzw. die von ihr (mit-)vertretene Bewegung – dem angestrebten (nächsten und Fern-) Ziel näher bringt und also in der Partei Messlatte für Disziplin sein sollte.

So gesehen war der 1917 (als es darum ging, den Krieg schnellstmöglich zu beenden) durch die Gründung der USPD, die Spartakusgruppe darin eingeschlossen, vollzogene Bruch mit der „Mutterpartei“ gerechtfertigt und kein Disziplinbruch.

3. Zu Lenins Disziplinverständnis 1919-1922

Da es in der aktuellen Diskussion vor allem um Erfahrung und Scheitern des Parteikommunismus im 20. Jahrhundert geht, wobei oft auf Lenin Bezug genommen wird, sei im folgenden auf Lenins Disziplinverständnis eingegangen.¹⁹ Seine oben zitierte Definition der Parteidisziplin 1906 lag auch seinen späteren Ausführungen dazu und seiner Praxis zugrunde.

1920 erläuterte Lenin im Vorfeld des 2. Kongresses der Komintern die „unbedingte Zentralisation und strengste Disziplin“ als eine der Grundvoraussetzungen des Erfolgs der Bolschewiki – und hob die Bedingungen, unter welchen diese möglich wird, besonders hervor: „Und da taucht vor allem die Frage auf: wodurch wird die Disziplin der revolutionären Partei des Proletariats aufrechterhalten? Wodurch wird sie kontrolliert? Wodurch gestärkt?“ Und er antwortete:

1. durch Klassenbewusstsein, Ausdauer, Selbstaufopferung, Heroismus der Parteimitglieder; 2. durch die Fähigkeit der Partei, der Parteimitglieder, sich mit den breitesten werktätigen Massen zu verbinden; 3. durch die Richtigkeit der politischen Führung, „unter der Bedingung, dass sich die breitesten Massen *durch die eigene Erfahrung* von dieser Richtigkeit überzeugen“. Ohne diese Bedingungen

18 Siehe Ulla Plener: Arbeiterbewegung – demokratische Hauptkraft im Kapitalismus, Berlin 1988, S.178-183.

19 Siehe Ulla Plener: Lenin über Parteidisziplin. Ein Exkurs, in: Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung (BzG), 1998, H.4, S.56-64.

würden „die Versuche, eine Disziplin zu schaffen, unweigerlich zu einer Fiktion, zu einer Phrase, zu einer Farce“ werden. Das langwierige Bemühen um diese Bedingungen werde durch die richtige revolutionäre Theorie erleichtert, die ihrerseits kein Dogma sei, sondern nur in engem Zusammenhang mit der Praxis einer wirklichen Massenbewegung und einer wirklich revolutionären Bewegung Gestalt annehme.²⁰ An anderer Stelle derselben Schrift beschrieb Lenin den Parteibegriff und die Disziplin als Fähigkeit zur Konsequenz, zur Vereinigung, zu geschlossenem Vorgehen und – wiederum – zum Erwerb des Vertrauens bei den Massen.²¹ Die im Juli 1920 auf dem 2. Kongress der Komintern (KI) angenommenen 21 Bedingungen für die Aufnahme in die KI waren von Zinov'ev (nicht von Lenin) ausgearbeitet worden.²² Gefordert wurde, Parlamentsfraktionen, Presse, Verlage der Parteien völlig deren Zentralkomitees unterzuordnen, die Parteien selbst nach dem Prinzip des demokratischen Zentralismus aufzubauen und dort, wo sie legal arbeiteten, periodisch durch Reinigungen (Umregistrierungen) „systematisch von kleinbürgerlichen Elementen zu säubern“. Wörtlich in Punkt 13: „In der gegenwärtigen Epoche des verschärften Bürgerkriegs wird die kommunistische Partei ihre Pflicht nur dann erfüllen können, wenn sie möglichst zentralistisch organisiert ist, wenn in ihr eine eiserne Disziplin herrscht, die an militärische Disziplin grenzt, und wenn ihr Parteizentrum ein starkes, autoritatives Organ mit weitgehenden Vollmachten ist, das das allgemeine Vertrauen der Parteimitgliedschaft genießt.“²³ Dieser Punkt wurde später zur Richtschnur bei der Stalinisierung der KI-Parteien. Festzuhalten ist aber, dass diese Forderungen an die „gegenwärtige Epoche des verschärften Bürgerkriegs“ (Mitte 1920) und die dem Parteizentrum zu erteilenden weitgehenden (nicht absoluten) Vollmachten sowie an das allgemeine Vertrauen der Parteimitgliedschaft zum Führungszentrum der Partei gebunden waren. „Autoritatives Organ“ – russ.: avtoritetnyj or-

20 W. I. Lenin: Der „linke Radikalismus“, die Kinderkrankheit im Kommunismus, in: Werke, Bd. 31, S.8/9. Hervorhebung von Lenin.

21 Ebenda, S.29. Siehe August Bebel (am 3.2.1893) zu Autorität: „Sehen Sie, meine Herren, das ist eben der große Vorzug, dass wir keine Autoritäten besitzen. Wenn bei uns eine Autorität besteht, dann ist das die selbsterworbene Autorität der einzelnen Personen, das ist die Autorität, die der einzelne sich erwirbt durch seine Tätigkeit, durch seine Fähigkeiten, durch seine Opferwilligkeit, durch seine Hingabe für die Sache. Keine andere gibt es; eine künstliche, eine gemachte Autorität kennen wir nicht. Und die Parteigenossen, die einen Mann (!) vor sich zu haben glauben, der ihre Interessen voll und ganz vertritt, übertragen ihm selbstverständlich die Vertrauensstellungen, die sie zu vergeben haben, und nur insofern kommt dieser in eine gewisse autoritative Stellung.“ (Zit. nach: Bebel. Worte, ausgewählt von Heinrich und Hilde Gemkow, Berlin 1989, S. 33f.)

22 Siehe Friedrich Firsov: Lenins Konzeption einer kommunistischen Weltpartei und die Entwicklung der Komintern, in: Theodor Bergmann u. a. (Hrsg.): Lenin. Theorie und Praxis in historischer Perspektive, Mainz 1994, S.248: „Dieses Dokument war 1920 mit Sinov'jevs Unterschrift veröffentlicht worden, aber seit den mittzwanziger Jahren wurde es Lenin zugeschrieben und seit der 2. Auflage von Lenins Werken in diese aufgenommen.“

23 Hier zit. nach W. I. Lenin: Bedingungen für die Aufnahme in die Kommunistische Internationale, in: Werke, Bd. 31, S.197. Siehe Anm. 22.

gan, – meinte ein von Autorität, also wiederum von Vertrauen getragenes (nicht etwa autoritäres) Organ. Diese Bedingungen wurden später, auch von Zinov'ev, völlig übergangen.

Ausführungen Lenins im Jahre 1920 zum Parteaufbau kurz nach dem 2. Kongress der KI zeigen, dass er nach wie vor grundsätzlich ein demokratisches Disziplinverständnis verfocht. So indem er auf der IX. Allrussischen Konferenz der KPR(B) im September 1920 die vom Moskauer Parteikomitee eingebrachte Resolution „Zu Fragen des Parteaufbaus“ unterstützte: Sie enthalte „die richtige, marxistische Orientierung“.²⁴

Diese Resolution wurde auf dem X. Parteitag 1921 – neben der Resolution über die Einheit der Partei – bestätigt. Ihr erster Punkt lautete: „Die Partei des revolutionären Marxismus lehnt grundsätzlich die Suche nach einer absolut richtigen, für alle Stufen des revolutionären Prozesses tauglichen Form der Parteiorganisation und der Methoden ihrer Arbeit ab. Im Gegenteil, die Organisationsform und die Arbeitsmethoden werden ganz und gar von den Besonderheiten der gegebenen konkret-historischen Situation und den Aufgaben bestimmt, die sich aus dieser Situation unmittelbar ergeben.“ Es wurden dann die Widersprüche der vorangegangenen Bürgerkriegszeit, die u. a. zu militärischen Arbeitsmethoden sowie zur Aufblähung des bürokratischen (Partei)Apparats und der Tendenz seiner Verselbständigung geführt hatten, beschrieben. Der Eintritt in einen neuen Zeitabschnitt unter äußeren Friedensbedingungen erfordere neue Organisationsformen, und dies sei die „Form der Arbeiterdemokratie“, worunter „eine solche Organisationsform bei der Durchführung der kommunistischen Parteipolitik zu verstehen (sei), die allen Mitgliedern der Partei, eingeschlossen die am meisten zurückgebliebenen, die aktive Teilnahme am Leben der Partei, an der Beratung aller vor ihr stehenden Fragen, an der Entscheidung dieser Fragen ebenso wie die aktive Teilnahme am Parteaufbau sichert. Die Form der Arbeiterdemokratie schließt jegliches Ernennen als System aus und findet ihren Ausdruck in der breiten Wählbarkeit aller Institutionen von unten nach oben, deren Rechenschaftspflicht, Kontrollierbarkeit usw. Die Arbeitsmethoden sind vor allem breite Beratung aller wichtigen Fragen, Diskussion darüber mit voller Freiheit der innerparteilichen Kritik, Methoden des kollektiven Erarbeitens von Beschlüssen der Gesamtpartei [...] Es versteht sich von selbst, dass nach ihrer Annahme diese Beschlüsse verbindlich und schnellstens zu verwirklichen sind“. Im Abschnitt „Arbeiterdemokratie und innerparteiliches Leben“ wurden u.a. die Öffentlichkeit der Sitzungen leitender Parteiorgane, ständige Kontrolle der Führungsgremien seitens der „öffentlichen Meinung der Partei“, eine ständige sachliche Zusammenarbeit dieser Gremien und der Gesamtpartei und ä. m. als notwendige Maßnahmen bezeichnet, um das Parteileben anzuregen.²⁵ Als Instru-

24 Siehe W. I. Lenin: IX. Gesamtrussische Konferenz der KPR(B), 22.-25.9.1920. Rede über die nächsten Aufgaben des Parteaufbaus, 24. September, in: Ders., Werke, Ergänzungsband 1917-1923, S.201.

25 Siehe Rezolucija po voprosam partijnogo stroitel'stva, in: KPSS v rezolucijach i

ment der demokratischen Kontrolle der Partei (auch seitens der Nichtparteimitglieder) beschloss die IX. Parteikonferenz (nach dem Vorbild der bebel'schen Sozialdemokratie²⁶) außerdem die Bildung einer Kontrollkommission neben dem ZK, deren Aufgabe es sein sollte, Beschwerden über Kommunisten, besonders solcher in leitenden Funktionen von Partei und Staat, nachzugehen und Veränderungen zu veranlassen. Auch das fand Lenins volle Unterstützung.

Lenins Ergänzungen zu diesen Beschlüssen betrafen (1) die unbedingte Notwendigkeit von Maßnahmen zur Entwicklung der Initiative der Parteimitglieder; (2) das Schaffen gedruckter Diskussionsorgane, „die in der Lage sind, systematischer und umfassender an den Fehlern der Partei Kritik zu üben sowie überhaupt Organe der Kritik innerhalb der Partei zu sein“; (3) die Forderung, exakte praktische Richtlinien gegen das Entstehen materieller Ungleichheit zwischen verantwortlichen Parteiarbeitern und Partei- und Nichtpartei Massen auszuarbeiten, einer „Ungleichheit, die den Demokratismus verletzt, die den Nährboden für eine Zersetzung der Partei bildet und zum Absinken der Autorität der Kommunisten führt“; (4) die vom Parteitag zu wählende Kontrollkommission sollte aus besonders erfahrenen, unvoreingenommenen Genossen bestehen, die in der Lage sind, eine streng parteimäßige Kontrolle auszuüben.²⁷ Im Beschlussentwurf des Politbüros des ZK vom 20. Oktober 1920 nannte Lenin die geplante Kontrollkommission „ein wirkliches Organ des proletarischen und Parteigewissens“, forderte, sofort mit der Herausgabe eines „Diskussionsblattes“ zu beginnen, und empfahl als eine besondere Aufgabe der Kontrollkommission ein „aufmerksames individuelles“ Herangehen an Genossen der Opposition.²⁸

Im scheinbaren Widerspruch zu diesen Beschlüssen und Aussagen Lenins steht die Resolution des X. Parteitages der KPR/B zur Einheit der Partei vom März 1921. Worum ging es aber dabei? Es ging um „die Einheit und Geschlossenheit ihrer (der Partei) Reihen, die Sicherung des vollen Vertrauens unter den Parteimitgliedern und einer wirklich einmütigen Arbeit, die tatsächlich die Einheit des Willens der Avantgarde des Proletariats verkörpert“. Diese Einheit sei „im gegenwärtigen Augenblick“ besonders notwendig, da „eine Reihe von Umständen die Schwankungen unter der kleinbürgerlichen Bevölkerung des Landes verstärkt“. Bei dem Fraktionsverbot ging es um die Schädlichkeit und Gefährlichkeit der Fraktionsbildung vom Standpunkt der Parteieinheit, d. h. ihrer Willens- und Aktionseinheit. Fraktionsbildung definierte Lenin als „die Entstehung von Gruppen mit besonderen Plattformen und mit dem Bestreben, sich bis zu einem gewissen Grade abzuschließen und eine eigene Gruppendisziplin zu schaffen“.

rešenijach s'ezdov, konferencij i plenumov CK, Moskau 1983, Bd.2, (1917-1922), S.323, 325-327, 329-334 (Übersetzung a.d. Russ. - U. Pl.).

26 Siehe W. I. Lenin: Rede über die nächsten Aufgaben des Parteaufbaus (auf der IX. Gesamtrussländischen Konferenz der KPR/B): „In der deutschen Arbeiterpartei hat es auch früher eine Kontrollkommission gegeben.“, in: Ders., Werke, Ergänzungsband 1917-1923, S.204.

27 Ebenda, S.206f.

28 Ebenda, S.216.

In der Praxis führe das dazu, „dass die einmütige Arbeit geschwächt wird“, was der Konterrevolution nutze. Als Mittel des Kampfes gegen die Fraktionsbildung bezeichnete er „die unbedingt notwendige Kritik an den Mängeln der Partei“, die so gehandhabt werden müsse, „dass jeder praktische Vorschlag in möglichst präziser Form unverzüglich, ohne jegliche Verschleppung an die örtlichen und zentralen leitenden Organe der Partei zur Erörterung und Entscheidung weitergeleitet wird“. Jeder, der Kritik übt, sollte außerdem die Lage der Partei, die von Feinden umgeben sei, berücksichtigen und durch seine eigene unmittelbare Arbeit prüfen, wie die Fehler der Partei oder einzelner ihrer Mitglieder korrigiert werden.²⁹

Verbot der Fraktionsbildung hieß also nicht Verbot der Kritik an der Partei und der Parteiführung. Im Gegenteil, gerade diese Kritik sollte ein Mittel der angestrebten Einheit der Partei sein. Diskussion, Kritik, Kontrolle der gefassten Beschlüsse sollten aber – wegen der Einheit des Parteiwillens und -handelns – nicht in fraktionellen Gruppen erfolgen, sondern „ausschließlich der unmittelbaren Behandlung durch alle Parteimitglieder“ zugeleitet werden. Eben zu diesem Zweck sollten regelmäßig besondere Diskussionsblätter, Sammelbände u.ä. herausgegeben werden. Zum Umgang mit der geäußerten Kritik hieß es in der Resolution: Indem der Parteitag jegliche Fraktionsbildung ablehne und das ZK beauftrage, sie auszumerzen, erklärt er gleichzeitig, dass „hinsichtlich der Fragen, welche die besondere Aufmerksamkeit, z. B. der Gruppe der sog. ‚Arbeiteropposition‘, auf sich gelenkt haben – Säuberung der Partei von nichtproletarischen und unzuverlässigen Elementen, Bekämpfung des Bürokratismus, Entfaltung des Demokratismus und der Initiative der Arbeiter usw. –, alle wie auch immer gearteten sachlichen Vorschläge mit der größten Aufmerksamkeit geprüft und in der praktischen Arbeit erprobt werden müssen“.³⁰

Es ging also auch hier um die Einheit des Willens, der Aktion, die Lenin unter den damaligen konkreten Umständen durch Fraktionsbildung gefährdet sah, – bei gleichzeitiger Diskussion kritischer Einwände zur Politik der Partei und sachlicher Prüfung der dabei gemachten Vorschläge.

Die Definition aus dem Jahre 1906 blieb also gültig. Im Verhältnis Mitglieder-Führung war Vertrauen die zentrale Kategorie. Kriterium für die Richtigkeit der Parteilinie war die praktische Erfahrung, auch und gerade die Erfahrung der werktätigen Massen und – wiederum – deren Vertrauen zur kommunistischen Partei.

4. Die Pervertierung des Disziplinbegriffs unter Stalin

Parteidisziplin erwies sich im 20. Jahrhundert als der zentrale Punkt im Verhältnis Persönlichkeit-kommunistische Bewegung-Parteiapparat.³¹ Die autoritäre

29 W. I. Lenin, Ursprünglicher Entwurf der Resolution des X. Parteitags der KPR über die Einheit der Partei, in: Ders. Werke, Bd. 32, S.245-248.

30 Ebenda, S.247f.

31 Siehe dazu Ulla Plener: Kommunisten im tragischen Dreieck: Persönlichkeit - Bewe-

Handhabung der Parteidisziplin durch den Parteiapparat gehörte zu dem Mechanismus, der die Deformation der kommunistischen Bewegung seit Mitte/Ende der 20er-Jahre bewirkte. Dabei beriefen sich die Akteure der Deformation damals und berufen sich die Kritiker der kommunistischen Bewegung heute auf Lenin, auf sein Disziplinverständnis, – und das, wie oben ausgeführt, zu unrecht. Demokratische, von der emanzipatorischen Idee der Persönlichkeitsbefreiung geleitete Kommunisten verstanden – mit Lenin – die Parteidisziplin als eine freiwillige, bewusste, konkrete, Widerspruch vertragende und akzeptierende, die selbständig denkende Persönlichkeit bejahende, auf ihr gründende, nur durch sie lebendige Disziplin. Für dieses Verständnis standen Kommunisten wie Willi Münzenberg.

In der KPdSU, der KI und ihren Parteien (subsumiert im Begriff Parteikommunismus) setzte sich nach Lenins Tod das Disziplinverständnis in einem der ursprünglichen Sinne dieses Wortes durch: (lat.) Zucht/Ordnung; also Disziplin als Zwang, eigenes Denken und Widerspruch ausschließender Gehorsam gegenüber der Führung, abstrakt, autoritär, die Persönlichkeit negierend und in „der Sache“ auflösend. Diese Art Disziplin war die Achse eines bürokratischen und patriarchalen Parteiverständnisses.

Den grundlegenden Widerspruch im Disziplinverständnis hatte Münzenberg in der Erklärung über die Gründe seines Austritts aus der KPD, veröffentlicht am 10. März 1939, mit den Worten zusammengefasst: Es ginge um „Grundbegriffe der innerparteilichen Demokratie“ und um die „Auffassung über das Verhältnis der Partei zu dem einzelnen Mitglied“. Denn, so seine Argumentation, die proletarische Revolution könne nur von Menschen gewonnen werden, „und zwar von solchen Menschen, die von der Richtigkeit der durch eigene Erkenntnisse gewonnenen Ideen überzeugt sind und in *freiwilliger* revolutionärer Disziplin die größten Leiden und Opfer auf sich nehmen [...] Mit reglementierten, kommandierten und schikanierten toten Seelen ist der revolutionäre Krieg nicht zu gewinnen“. Er, Münzenberg, habe geglaubt, „die Anerkennung dieser politischen

gung - Partei. Impressionen aus biographischer Forschung zum Thema Persönlichkeit im stalinistischen Parteiverständnis der dreißiger Jahre, in: Utopie kreativ, Berlin, H. 37/38, November/Dezember 1993, S.159-166; Dies.: Ausschluss der Persönlichkeit - Grundsatz stalinistischen Parteiverständnisses, in: Wolfgang Gehrke (Hrsg.): Stalinismus - Analyse und Kritik. Beiträge zu einer Debatte, Bonn 1994, S.67-93; Dies.: Persönlichkeitsnegation im Parteikommunismus - eine Grundlage des Massenterrors, in: Rosa-Luxemburg-Stiftung Sachsen (Hrsg.): Moskau 1938. Szenarien des großen Terrors, Schkeuditz 1999, S.29-41; Dies.: Massenterror, Einzelschicksal und Persönlichkeitsnegation im Parteikommunismus, in: Ulla Plener (Hrsg.): Verratene Ideale. Zur Geschichte deutscher Emigranten in der Sowjetunion in den 30er Jahren. Von Oleg Dehl unter Mitarbeit von Natalia Mussienko, mit einem Beitrag von Simone Barck über eine unbekanntes Bibliographie der Moskauer „Deutschen Zentral-Zeitung“, Berlin 2000, S.365-381; Dies.: Der Massenterror: Fiktionen, Fakten, Folgen. Ein Nachwort, in: Ulla Plener/Natalia Mussienko (Hrsg.): Verurteilt zur Höchststrafe: Tod durch Erschießen. Todesopfer aus Deutschland und deutscher Nationalität im Großen Terror in der Sowjetunion 1937/1938, Berlin 2006, 2. Auflage 2007, S.149-168.

Prinzipien innerhalb der kommunistischen Partei, wenigstens eine freie und öffentliche Diskussion in ihrem Rahmen erreichen zu können.“ Er habe sich geirrt.³²

Die bürokratisch gehandhabte Disziplin wurde zum Gesetz der Linientreue, mündete in das Entweder-Oder-Denken und sicherte das Meinungsmonopol der jeweiligen Führung. Das Mitglied als eigenständig denkende Persönlichkeit war ausgeschlossen, es wäre sonst nur ein Störfaktor gewesen.³³

Die Anforderung der Linientreue – willkürlich gehandhabt entsprechend den aktuellen Vorgaben der jeweiligen Parteiführung – mündete in den geistigen Terror. Parteidisziplin als Pflicht zur Linientreue bedingte schließlich die Gefolgschaft auch bei Terrormaßnahmen: ob organisatorischer oder geistiger Art in der Partei – oder Repressionen seitens des Staates.

Die bürokratische, autoritäre Disziplin, durchgesetzt von dem im Auftrag der bestimmenden Parteiführer agierenden Apparat, schuf den Mechanismus, der die Deformation kommunistischer Parteien seit Mitte/Ende der 20er-Jahre bewirkte – und dem Terror freien Lauf ließ.

Den Inhalt der Stalinisierung der kommunistischen Parteien, die der Komintern angehörten, machte eben und vor allem die völlige Umkehrung des Leninschen Disziplinbegriffs aus: seine Ausdehnung über die Einheit der Aktion hinaus auf die Einheit des Denkens und damit Reduktion auf Gehorsam gegenüber der (jeweiligen) Parteiführung, die für sich das Wahrheits- und Meinungsmonopol beanspruchte, Fragen und Diskussion als ideologische Abweichungen diffamierte und bis hin zum physischen Terror ahndete. Anstelle des Vertrauens als Grundanforderung an die Parteidisziplin trat das allseitige Misstrauen als innerparteiliche Norm. Unter dem Vorwand der „eisernen Disziplin“ wurde die Persönlichkeit des einzelnen Parteimitglieds, seine Eigenständigkeit und schöpferische Selbsttätigkeit negiert. Bezogen auf die Partei war das ein wesentliches Kennzeichen des Stalinismus. Das stalinistische, also die Persönlichkeit ausschließende, Disziplinverständnis bildete den Ecksteinen der persönlichkeitsnegierenden Normen des Parteikommunismus.

Zusammengefasst:

1. Grundlagen für Parteidisziplin in einer sozialistisch orientierten Partei bilden ihr Programm und ihre Organisationsstatuten. Parteidisziplin – das heißt (mit

32 Zit. nach Babette Gross: Willi Münzenberg. Eine politische Biographie, Leipzig 1991, S.465 (Hervorhebung im Original).

33 Peter Weiss lässt Hodann im Gespräch mit Münzenberg sagen: Für ihn sei kein Platz mehr in der Partei, „wohl weil du schreibst, das Kostbarste in der Partei sei der Kämpfer, das Mitglied, der Mensch. Das ist eine Beleidigung der allmächtigen Führung. Und wie kannst du heute eintreten für die Meinungsfreiheit, für Unabhängigkeit. Das ist Mangel an Parteilichkeit, ist Ausflucht, um die 3. Internationale, die SU kritisieren zu können. Unabhängigkeit ist wertlos heute, da es nur das Entweder-Oder gibt.“ (Peter Weiss: Die Ästhetik des Widerstands. Roman, Frankfurt/M. 21983, Bd. II, S.56; siehe auch Disput über Parteidisziplin unter Interbrigadisten in Spanien, in: ebenda, S.222-228.)

-
- Bebel, Rosa Luxemburg, Lenin), Parteiprogramm und die Beschlüsse der Gesamtpartei zur Anwendung zu bringen.
2. Bei der Disziplin geht es um die Einheit des Willens der Partei in der Aktion. Die Einheit in der Aktion ist die Messlatte für Disziplin.
 3. Sie bedeutet zugleich: nicht Einheit des Denkens, sondern Freiheit der Diskussion und der Kritik vor der Aktion.
 4. Die Disziplin kann nur eine freiwillige, sich auf Vertrauen gründende, die Persönlichkeit des Mitglieds achtende, seine Selbsttätigkeit fördernde sein.

Deutsche Kommunisten in der belgischen Emigration 1938 bis 1945. Zu negativen Folgen der Differenzen in der Antihitlerpolitik

Heinz Köller

Mitte der 1930er-Jahre durchbrach die kommunistische Weltbewegung ihre jahrelange Isolation. Durch die von der Französischen Kommunistischen Partei (FKP) initiierte Volksfront und die flexiblere Außenpolitik der UdSSR unter Außenminister Maksim M. Litwinov verstand sie es, dem beunruhigenden Vormarsch des Faschismus einen zuerst respektablen Widerstand zu leisten. Beträchtliche Mittelschichten Westeuropas und Lateinamerikas waren bereit, eine proletarische Einheitsfront durch ihre Einbeziehung in die vorgeschlagene Volksfront zu erweitern.

Stalin, der sich zum ursprünglichen Volksfront-Vorschlag der FKP reserviert verhalten hatte, akzeptierte ihn bald, versprach er sich doch von der Gewinnung der vor allem kleinbürgerlichen französischen Radikalen unter Edouard Herriot eine effektivere Antihitlerpolitik. Die 1935 erstmalig in Frankreich gebildete Volksfront gewann die Wahlen vom April/Mai 1936. Sie leitete etliche progressive Maßnahmen ein. Unter einem Nachfolger von Léon Blum, dem Chef der ersten Volksfrontregierung, dem Radikalen Edouard Daladier, nahm die Preisgabe des Volksfront-Programms offeneren Charakter an. Schließlich akzeptierten Daladier und der britische Premier Neville Chamberlain 1938 das Münchener Abkommen, das die Tschechoslowakei preisgab und nach Auffassung seiner vielen Kritiker den Hitlerfaschisten das Tor zur Aggression gegen die in München brüskierte UdSSR öffnete.

Die zugespitzte Lage nach München spielte in den Überlegungen der Mitglieder des Präsidiums der Komintern eine zentrale Rolle. Der Verrat von London und Paris an der Tschechoslowakei, so Dimitrij Manuilskij Ende Oktober 1938 an Georgi Dimitroff, ermöglichte es dem Hitlerfaschismus, über das eigene Volk hinaus andere Völker zu unterdrücken; wenn sich nun in Frankreich ein Teil der Radikalen von der Volksfront löse, „dann wird sich gleichzeitig die Antihitlerfront auf Kosten jener Elemente verbreitern, die bislang außerhalb der Volksfront standen“ und nun aber der bürgerlichen Opposition gegen München angehörten. „Die antifaschistische Volksfront wird man auf eine breitere Grundlage stellen müssen, aber das setzt einen entschiedenen Kampf gegen die kapitalistischen Elemente innerhalb der Arbeiterbewegung und innerhalb der ‚demokratischen‘ Elemente voraus [...] Man muß aufzeigen, daß die Arbeiterklasse, daß die Völker vor dem eigenen Faschismus und der fremdländischen faschistischen Unterjochung durch eine einheitliche Front Frankreichs, Englands, der UdSSR,

der USA und der kleinen Völker gerettet werden können.“¹ Angedeutet war damit weitsichtig die Breite des Antifaschismus am Kriegsende 1945.

Freilich war dieses richtige Aufzeigen der Chance, die das gegebene Kräfteverhältnis zwischen Fortschritt und Reaktion bot, keineswegs schon Allgemeingut aller Kommunisten geworden. Etliche Möglichkeiten der Kooperation, die sich aus der Existenz eines bürgerlich-demokratischen Flügels der Bourgeoisie des Westens und der Existenz der antifaschistischen UdSSR ergaben, waren noch unausgeschöpft. Auch blieben die Zugeständnisse an Hitler, die Chamberlain und Daladier in München gemacht hatten, seitens der Sowjetunion vorerst unbeantwortet. Um eine gesamtimperialistische Einheitsfront zu durchkreuzen, hatte allerdings Anton Ackermann schon im Oktober oder November 1938 geschlussfolgert,² sei nun sogar ein Einschwenken der Sowjetunion in ein zeitweiliges Zweckbündnis mit Deutschland nicht auszuschließen. Diese Schlussfolgerung, in der noch die Einbeziehung der Massen in das weitere Ringen um Volksfront im Westen fehlte, erwuchs einem richtigen diplomatischen Denken, das auf die Verhinderung einer deutsch-japanischen Aggression gegen die UdSSR und ihrer Begünstigung durch die Westmächte zielte. Mit ihr verbanden sich wohl erste Überlegungen für das Verhalten der KPD, die indes für ein eigenständiges Reagieren der Kommunisten unter den westlichen Bedingungen ungenügend waren. Ein Artikel von Franz Dahlem, seit Mai 1938 Leiter des Sekretariats des ZK der KPD in Paris, in der „Deutschen Volkszeitung“ vom 12. Februar 1939 rief alle deutschen Hitlergegner zur Rettung Deutschlands auf. Maßvoll und zurückhaltend, Überspitzungen vermeidend, kritisierte die „Deutsche Volkszeitung“ die kapitulantenhafte außenpolitische Praxis der Regierung Daladier. Die Bemühungen, die proletarische Einheitsfront kommunistischer und sozialdemokratischer Emigranten in Frankreich über das Stadium von unverbindlichen Kontaktgesprächen hinauszuführen, wurden fortgesetzt.

Eine solche Orientierung stieß in Belgien auf den zähen Widerstand rechtssozialistischer Kreise unter Premier Paul Henri Spaak, Ministerpräsident vom Okto-

1 Georgi Dimitroff. Tagebücher 1933-1943. Hrsg. von Bernhard H. Bayerlein, Berlin 2000, S.216f. Dieses Breite anstrebende Konzept, das von der KI-Führung und ihrem Emissär in Frankreich (Eugen Fried = Clément) vertreten wurde, setzte das Zusammenwirken jener demokratischen Kräfte voraus, die 1945 den Hitlerfaschismus besiegten. In diesem Sinne schlugen Dimitroff und Manuilskij noch am 20.4.1939 Stalin vor, die FKP für die Bildung einer Regierung der nationalen Verteidigung eintreten zu lassen, „deren politische Basis breiter sein müsse als die der Volksfrontregierung“ von 1936. Stalin, der offenbar schon andere diplomatische Schritte in Erwägung zog, antwortete „unwirsch“. Siehe Kommentar und Materialien zu den Tagebüchern 1933-1943. Hrsg. von Bernhard H. Bayerlein und W. Hedeler, Berlin 2000, S.132f.

2 Siehe Hermann Axen: Ich war ein Diener der Partei. Autobiographische Gespräche mit Harald Neubert, Berlin 1996, S.43f.; Anton Ackermann (eigentlich Eugen Hanisch, 1905-1973), Schüler und dann Lehrer an der Moskauer Leninschule, 1934-1935 Teilnehmer und umsichtiger Leiter der illegalen Berliner Parteiarbeit, kam 1935 ins ZK und in das Politbüro der KPD in Paris, wo er die Propagandearbeit leitete.

ber 1938 bis Februar 1939. Dagegen waren die Führer der Sozialistischen Arbeiter-Internationale, Friedrich Adler und Louis de Brouckère, Einheitsfrontgesprächen nicht abgeneigt, gaben solche aber offensichtlich wegen des heftigen Widerstandes in der Internationale auf.

In Belgien, dessen deutsche kommunistische Emigration hier interessiert, lebten laut einem Bericht des verantwortlichen kommunistischen Funktionärs „Léon“ vom Jahresende 1938 etwa 190 der Partei Nahestehende samt ihren Kindern. Organisatorisch seien etwa 140 davon Parteimitglieder gewesen.³ Belgien war im Unterschied zu den Niederlanden, deren Regierung von profaschistischen Tendenzen nicht frei war, ein Emigrationsland, das gewisse politische Regungen der aus Deutschland Geflohenen durchaus duldete. Sozial war allerdings deren Lage alles andere als rosig: Nur etwa 20 besaßen eine Arbeitskarte, lediglich die Frauen durften einer geduldeten oder heimlichen Beschäftigung nachgehen. Die Solidarität der demokratischen Belgier war unbestreitbar und anerkennenswert, doch die finanziellen Mittel vor allem der Kommunistischen Partei Belgiens unter deren damaligem Vertreter Relecom waren stark beschränkt, so dass die deutschen Emigranten vielfach Not litten. Auch in Belgien verschlechterten sich die Lebensbedingungen der Emigranten spürbar.

Die kommunistischen Emigranten in Belgien begrüßten die Anstrengungen der FKP, der in den Vorkriegsjahren eine Vorreiterrolle zukam, dem aggressiven Streben der Hitlerfaschisten durch Renaissance der antifaschistischen Front populaire und durch eine fortan stärkere Hervorhebung des national-patriotischen Elements entgegenzuwirken. Selbstverständlich waren ihnen die riesigen Schwierigkeiten bewusst, im „Dritten Reich“ eine ähnliche Allianz zu errichten. Sie strebten diese daher insbesondere in der Emigration an, um von außen her den Faschismus wirksam zu bekämpfen.

Kurz nach der in Draveil bei Paris stattgefundenen Parteikonferenz der KPD,⁴ die weiterhin in Deutschland „das Bündnis der Arbeiterklasse mit den Bauern, dem Mittelstand und den Intellektuellen“ gegen den Faschismus anstrebte, tagte am 18. Februar 1939 die Delegiertenkonferenz der deutschen kommunistischen

3 Siehe vor allem die Berichte „Léons“ vom 8.7. und 8.9.1938, in: SAPMO, FB 5 278/12558. Des Tarnnamens „Léon“ bediente sich 1938 noch nicht Hermann Geisen, der erst im Frühjahr 1939 aus Spanien zurückkehrte, sondern höchstwahrscheinlich Paul Hornick (1898-1964). Laut Bericht dieses Vorgängers von Geisen sei die Zahl der österreichischen (vor allem jüdischen) Emigranten in Belgien nach dem verbrecherischen „Anschluss“ beträchtlich angewachsen. Auch gab es mehr österreichische kommunistische Emigranten als deutsche, was freilich nicht ausschloss, dass diese „stark motivierte und disziplinierte [deutsche] Gruppe [...] aus mehreren Gründen eine größere ideologische und politische Ausstrahlung [besaß], als man von ihrer Mitgliederzahl annehmen würde.“ So Gundl Herrnstadt-Steinmetz, eine kompetente österreichische Zeitzeugin, in: *Österreicher im Exil, Belgien 1938-1945*, Wien-München 1987, S.38.

4 Siehe zu dieser, aus konspirativen Gründen als Berner Konferenz bezeichneten, Konferenz vor allem Klaus Mammach: *Widerstand 1933-1939*, Berlin 1984, S.257-262.

Emigranten in Belgien.⁵ „Léon“ (nun Hermann Geisen), ihr jetziger politischer Leiter, knüpfte an die Orientierung auf eine „neue demokratische Republik“ an, deren Errichtung dem Ringen um ein sozialistisches Deutschland vorausgehen müsse. Chamberlain und Daladier seien in München vor den Faschisten zurückgewichen. Sie befürchteten zugleich eine momentan allerdings imaginäre sozialistische Revolution in ihrem Land und rüsteten stark auf. Trotz gewisser Fortschritte in der antifaschistischen Sammlung nach dem Münchener Verrat seien diese aber unzureichend und speziell das Zusammengehen mit den von ihren Führern meist zurückgehaltenen Sozialisten zu selten.⁶

Die Delegierten aus Ixelles, Antwerpen und Gent zeichneten ein gutes, doch teilweise stark illusionäres Bild von der angestrebten Sammlung. Sie unterstrichen wohl wärmstens die Notwendigkeit, unterschiedliche Kräfte zu bündeln, traten indes dem Vorschlag der Leitung, den Apparat unbedingt zu verkleinern, nicht entgegen. „Franz“ (Franz Köller) aus dem Brüsseler Stadtteil Saint-Gilles nannte indes eine solche Verkleinerung ein „Unding“, sei doch die optimale Erfassung aller zur antifaschistischen Sammlung geeigneten Kräfte das Gebot der Stunde. Dazu bedürfe es hinreichender Kader.⁷ „Wilm“ (vielleicht Ludwig Otto?) aus Ostende bezeichnete es als unerklärlich, warum nach langer Emigration die unbedingt gebotene große Bündnisbreite noch nicht erreicht wurde.⁸ „Alfred“ (?) aus Charleroi tadelte, dass dort zwar lagebezogenes Propagandamaterial angefordert wurde, aber lediglich ein Vertrösten auf undifferenziertes Material aus Paris erfolgte. Auch „Otto“ (vielleicht Otto Preuß?) aus Anderlecht (einem Teil Brüssels) meinte, dass eine ratsame Verbreiterung der Agitation doch eine Verkleinerung des Apparates ausschließe.⁹ Zur gebotenen Schulung in Brüssel sei ein Referent drei- bis viermal nicht erschienen.

„Léon“ indes nannte die geäußerten Bedenken gegen die Verkleinerung „nebensächlich“ und verstand es, sich mithilfe anwesender übergeordneter deutscher und belgischer Genossen, die in Geisens Bericht alle Tarnnamen tragen, mit 13 gegen zwei Stimmen durchzusetzen.¹⁰ Eine Verkleinerung des Apparates, um den von Stalin bevorzugten autoritären Stil und eine Minimierung innerparteil-

5 Über diese Delegiertenkonferenz der deutschen Emigranten am 18.2.1939, siehe den Bericht, in: SAPMO, FB 5 278/12558, Bl. 107-132.

6 Siehe ebenda, Bl. 108f. Hermann Geisen, geb. 1899 in Grenzhausen bei Limburg, emigrierte 1933 nach Frankreich; nahm bis 1938 am Kampf der Internationalen Brigaden in Spanien teil. Dort wurde er Offizier und verlor im Einsatz sein rechtes Auge. Er kehrte im Frühjahr 1939 nach Brüssel zurück.

7 Siehe SAPMO, FB 5 278/12558, Bl. 119f. Franz Köller, Weber, geb. 1904 in Bocholt, Anfang 1933 Stadtrat der KPD, entging einer Massenverhaftung Anfang 1936 durch Flucht nach Holland, wurde von dort von der Polizei nach Belgien abgeschoben, wo er in Saint-Gilles ein Heim für ankommende spätere Spanienkämpfer leitete. (Franz Köller war der Vater unseres Autors – die Red.).

8 Siehe SAPMO, FB 5 278/12558, Bl. 120.

9 Siehe ebenda, Bl. 121.

10 Siehe ebenda, Bl. 130.

cher Diskussion durchzusetzen, war offensichtlich Anliegen der belgischen KPD-Abschnittsleitung sowie der Verantwortlichen für Belgien und Luxemburg. Dieser bestimmenden Gruppierung stand in der Folgezeit auch Erich Mielke nahe.¹¹

Der lebhafteste Disput und das abschließende Votum auf der Delegiertenkonferenz reflektierten die keineswegs einhellige Orientierung in der KPD. Als sich 1939 der Aggressionskurs des Hitlerfaschismus bereits kurz darauf zur Okkupation der Rest-ČSR steigerte und die Vertreter der britischen und französischen Regierung nicht auf die entsprechenden Schlussfolgerungen der UdSSR eingingen,¹² war doch massive Aufklärungsarbeit unter den zutiefst beunruhigten breitesten Bevölkerungsteilen erforderlich. Das setzte allerdings die Mobilisierung von viel mehr Hitlergegnern durch eine entsprechende Agitation voraus. Intensivere Überzeugungsarbeit und das aufrüttelnde Ansprechen des „Großteils der Belgier“, der sich gegenüber den Emigranten solidarisch verhielt (so der Österreicher Bob Zanger), waren erforderlich.

Ein solches Reagieren war erst recht geboten, als die Sowjetregierung am 21. August 1939 die end- und ergebnislosen Verhandlungen mit den Westmächten zur Bildung einer Anti-Hitler-Allianz abbrach und überraschend mit Deutschland am 23. August einen Nichtangriffspakt abschloss. Zwar hatte ihre Armee im Frühjahr einen japanischen Vorstoß gegen ihre östlichen Gebiete abgewehrt, doch ein erneuter Angriff an der Seite der Wehrmacht war nicht auszuschließen. Dem sollte vorgebeugt werden. Doch die Kunde von diesem Schritt schlug ein wie ein Donnerschlag.¹³ Der Pakt bewahrte zweifellos, was sein Hauptziel war,

11 Erich Mielke, der spätere Minister für Staatssicherheit der DDR, hatte sich spätestens seit Dezember 1936 am Kampf der spanischen Volksmassen gegen die Putschisten unter Franco beteiligt. Ab Mai 1939 in Belgien eingesetzt, wohnte er in Ixelles. Als Journalist sollte er später wie die tonangebende Gruppe den deutsch-sowjetischen Nichtangriffspakt als Bündnis zwischen dem deutschen und sowjetischen Volk verherrlichen und zum Ringen gegen englische und französische „Kriegstreiber“ aufrufen.

12 Der Ultranationalist Henri de Kérillis, einflussreicher, doch realistischer Rechter, schrieb kritisch in „L'Epoque“ vom 3.6.1939: „[...] rien ne prouve que les Russes aient formulé des exigences intolérables et sur le principe même d'une liaison entre états-majors anglais, français et russe [...] La guerre que les Allemands préparent, est une „guerre-éclairé“ („[...] nichts beweist, dass die Russen unangebrachte Forderungen gestellt haben, selbst über das Prinzip eines Bundes zwischen den englischen, französischen und russischen Generalstäben [...] Der Krieg, den die Deutschen vorbereiten, ist ein „Blitzkrieg“). De Kérilli, der eine enge Zusammenarbeit der Generalstäbe forderte, ging freilich in seiner Einschätzung der deutschen Gefahr so weit, dass er das deutsche Volk mit dem Faschismus identifizierte und Deutschland ein Super-Versailles ankündigte.

13 Heinrich Schürmann, ehemaliger Interbrigadist, erinnerte sich 1959: „Als [...] die Nachricht vom Abschluß des sowjetisch-deutschen Nichtangriffspaktes kam, war der Teufel los. Nicht nur, daß wir seitens der Belgier angefeindet wurden, wir mußten auch in unseren eigenen Reihen Klarheit schaffen. Auch mit unseren belgischen Genossen und Freunden gab es dauernd Auseinandersetzungen über den Pakt. Die bürgerliche und auch die sozialdemokratische Presse versuchten, eine richtige Pogromstimmung [...] zu entfachen“

vorher die zunehmend isolierte UdSSR vor der drohenden Gefahr eines Zweifrontenkrieges in Europa und im Fernen Osten, vor der Gefahr eines deutschen Angriffs, wie ihn führende Kreise des Westens erträumt und begünstigt hatten. Er durchkreuzte somit die Vorhaben Chamberlains und Daladiers, die wütend reagierten und die antikommunistische Hysterie steigerten. Zugleich vergrößerte er auch die Möglichkeit eines baldigen Hitlervorstoßes gegen den Westen, die deren Regierungen sträflich unterschätzt hatten.

Allerdings bezahlte die Sowjetunion ihren zeitweiligen Vorteil mit dem Aufgeben des Antifaschismus, der sie doch zuvor außenpolitisch so attraktiv gemacht hatte. Diesbezüglich ist die bittere Feststellung Bernhard H. Bayerleins gerechtfertigt: „Es entbehrt nicht einer gewissen Tragik, wie die Komintern und ihr ‚Steuermann‘ den Antifaschismus als Leitmotiv von einem auf den anderen Tag zu Grabe trugen, obwohl sich zahlreiche kommunistische Parteien, darunter nicht zuletzt die deutsche, gegen die neue Linie wehrten.“¹⁴ Zeitweilig gab es auch im Präsidium des Exekutivkomitees der KI Widerstand, der allerdings bald abgemildert und später ganz aufgegeben wurde.

Weniger das erklärliche sowjetische Reagieren, als vielmehr dessen anfechtbare Begründung, bei den Paktpartnern sei es im Unterschied zu den Anglo-Franzosen um die Friedenssicherung durch das deutsche und sowjetische Volk gegangen, verwunderte Millionen Patrioten und Hitlergegner aus allen Klassen und Schichten. Sie konnten nun eine bisher für unmöglich gehaltene Kooperation Stalins mit Hitler argwöhnen, die selbstverständlich von Reaktionen des Westens unterstellt wurde. Dass der Pakt allerdings auch Bourgeoiskreise westlicher Länder enttäuschte, die einen Verzicht Hitlers auf die von ihnen gewünschte Vernichtung der Sowjetunion befürchteten, steht auf einem ganz anderen Blatt.

Vor allem irritierte der Paktabschluss, der auch bei den Kommunisten wie ein Blitz einschlug, breite Mitgliederteile westlicher kommunistischer Parteien, nährte Meinungsverschiedenheiten sowie Kritik und lähmte überdies eine Zeitlang ihre Aktionen. In Frankreich verließen 21 der 1936 gewählten 72 Deputierten der Nationalversammlung die FKP. Ein völliges Einschwenken auf die von der KPdSU (B) begründete neue Generallinie des EKKI wurde missbilligt. Damals befürwortete die FKP, wie auch das EKKI, zwar den Nichtangriffspakt als notwendigen Schritt zur Verteidigung der Sowjetunion, sie vergaß aber nicht, für die gleichzeitige energische Verteidigung der nationalen Interessen Frankreichs ge-

(SAPMO, EA 30/1400/38, Bl. 50). Und der bekannte kommunistische Antifaschist Peter Gingold entsann sich rückblickend, die meisten Emigranten hätten den Pakt „wie ein Tritt in die Weichteile empfunden. [...] Wir waren konsterniert, dass sich die Sowjetunion mit Hitlerdeutschland verbunden hatte. [...] wir kämpften [...] gegen den Hitlerfaschismus – und unser einziger Verbündeter fiel uns in den Rücken!“ (Zit. nach: Frank Schumann /Hrsg./: Anton Ackermann. Der deutsche Weg zum Sozialismus. Selbstzeugnisse und Dokumente eines Patrioten, Berlin 2005, S.258).

¹⁴ Bernhard H. Bayerlein: Dimitroffs Tagebücher – Innenansichten aus dem Stab der „Weltrevolution“, in: Kommentare, S.13.

genüber Hitler durch eine patriotische Union aller demokratischen Franzosen einzutreten. Damit lehnte sie die uniforme Kennzeichnung des bevorstehenden Krieges als beiderseitig imperialistisch ab.

Ähnlich reagierte das Auslandssekretariat der KPD in Paris unter Franz Dahlem, das den Pakt begrüßte, zugleich aber erklärte, es werde auf ratsames entschiedenes Verhalten insbesondere gegenüber Hitler dringen, der trotz seines Paktes weiterhin einen Kriegskurs verfolge. Namens des Auslandssekretariats schlug Dahlem dem Premier vor, eine deutsche antifaschistische Legion in die französische Armee zu integrieren. In einem Brief vom 12. September 1939 an Daladier verwarnte er sich gegen die Einkerkung antifaschistischer kommunistischer deutscher Emigranten.¹⁵ Daladier ließ diese Vorschläge unbeantwortet, verschärfte stattdessen das brutale Vorgehen gegen die antifaschistischen Emigranten und schlichtete die Lage zur Verfolgung der Kommunisten gehörig aus. Die an Franz Dahlem, Paul Merker, Siegfried Rädcl und Anton Ackermann geübte Kritik der „Harten“ in der KPdSU- und KI-Führung war folglich erklärlich, obwohl doch gerade die Moskauer Deutung des Paktes als „Freundschaftspakt“ dazu beigetragen hatte, Missfallensbekundungen vieler Menschen auszulösen.¹⁶ Nicht unbegründet war aber der Tadel an der Bereitschaft der meisten Mitglieder des Sekretariats, sich bei den dazu auffordernden französischen Behörden zu melden, ließen doch diese daraufhin die Masse der Emigranten im Stade Colombes einsperren. Diese bald bereute Bereitschaft erwuchs dem Irrtum, dem patriotische Entschlossenheit vortäuschenden Gerede Daladiers Glauben zu schenken.

15 Siehe SAPMO, I 6/10/69, Bl. 19. Die FKP-Sicht dieser Ereignisse bei Roger Martelli: *La stratégie communiste de Munich au Front national*, in: *Cahiers d'histoire de l'Institut de recherches marxistes* (Paris) 1983, H. 14, S.9-45, und Georges Cogniot: *Parti pris*, tome 1, Paris 1976, S.446.

16 Siehe vor allem die Stellungnahme des ZK der KPD zum Verhalten des Auslandssekretariats vom 12.8.1940, in: SAPMO, I 6/10/69, Bl. 146-150. Ackermann, der noch 1968 in einem Brief an Dahlem Wert darauf legte, im August 1939 den Pakt wie Dahlem und andere richtig eingeschätzt zu haben (siehe SAPMO, NL 109/96, Bl. 28ff.), beteiligte sich nach seiner krankheitsbedingter Übersiedlung in die Sowjetunion (März-April 1940) und nachdem er dort schwer gerügt worden war an der scharfen Verurteilung der unterstellten Dahlemschen „Liquidation“ des KPD-Sekretariats, die im September 1939 zu Dahlems Absetzung geführt hatte. Diese Verwerfung der Pariser Linie, die doch Ackermann selbst mitgearbeitet hatte, dürfte der triftige Grund für eine gewisse Aversion Dahlems gegenüber Ackermann gewesen sein, die Ernst Melis, Peter Gingold und Frank Schumann zutreffend konstatierten. Die übertriebene Kritik an Dahlem und Genossen wird aber auch von Ulbricht gekommen sein, der wohl nicht verwinden konnte, dass er im Mai 1938 auf Vorschlag von Dimitroff (der Ulbrichts preußischen Kommandostil gegenüber Bündnisgenossen gerügt hatte) von Dahlem abgelöst wurde. Bezeichnend ist, dass Dahlem trotz seiner Absetzung durch die Moskauer Führung in der Regel von den westlichen Emigranten als ihr Chef angesehen und 1945 anstandslos in die Führungsspitze wieder aufgenommen wurde. Das war faktisch das Eingeständnis eines Fehlers. Ob Ackermann keine Kenntnis vom Brief an Daladier hatte (so Ackermann, *Der deutsche Weg*, S.162), kann bezweifelt werden.

Speziell Dahlem glaubte, demokratische Regeln noch beachten zu müssen, als der Gegner sie längst mit Füßen getreten hatte.

Ähnliche Probleme hatte die FKP, die am 26. September 1939 verboten wurde. Zwischen FKP- und KPD-Spitzen fand unter schwierigen Bedingungen ein Meinungsaustausch statt, an dem sich Palmiro Togliatti beteiligte, der in Paris weilte, verhaftet, doch unerkannt wieder freigelassen wurde.

Das differenzierte Reagieren der FKP-Führung und des KPD-Sekretariats auf den Kriegsbeginn brachte beiden die herbe Kritik zuerst der sowjetischen Partei und dann des EKKI ein. Diese behaupteten undifferenziert, der von Hitler eröffnete Krieg sei ein beiderseits imperialistischer, in dem westliche Demokratien von Kommunisten nicht zu schonen seien. Zwischen den faschistischen und den parlamentarisch-westlichen Staaten gab es indes auch wesentliche Unterschiede, die es sorgsam zu beachten galt. Das zeichnete allerdings die Außenpolitik Wjatschlaw M. Molotows nicht aus. An Eugen Fried, dem vorher in der Regel flexiblen Vertreter des EKKI in Frankreich, der schon Ende August beordert worden war, seine koordinierende Tätigkeit nach Brüssel zu verlegen, erging im Herbst die Anweisung, die antifaschistische Volksfrontpolitik einzustellen, sich unterschiedslos gegen alle imperialistischen Staaten zu positionieren und Emigranten in deren Armeen nicht dienen zu lassen. Fried befolgte diese anfechtbare Linie, allerdings mit Zugeständnissen.

Auf die denkbar komplizierte neue Lage galt es für die Kommunisten, sich rasch einzustellen und die hinhaltenden Machenschaften der führenden Kräfte der Westmächte zu vereiteln. Was dann vor allem in Frankreich geschah, wirkte sich prompt in Belgien aus. Die Regierung Daladier nutzte die Uneinigkeit der früheren Volksfrontpartner aus, um vor allem die gegen ihren Kurs Widerstand leistende FKP und die kommunistischen Emigranten schon vor der anglo-französischen Kriegserklärung an Deutschland vom 3. September zu verfolgen. Den Krieg gegen die Wehrmacht führte sie dagegen mit halbem Herzen, nicht offensiv und ohne Einbeziehung der Kommunisten, als „drolligen“ Krieg, wie das Volk spottete.

Die deutschen Kommunisten in Belgien, deren Kontakte zur operativen Parteileitung unter Dahlem durch Verhaftungen und Verbote zerrissen waren, gelangten zu dem Bewusstsein, in welche missliche Lage sie durch unzureichende und undifferenzierte Aktivität gekommen waren. Sie waren nicht unbeeinflusst durch die Haltung der geheim nach Brüssel verlegten Parteiführung der FKP unter Jacques Duclos (Maurice Thorez ging im November beschlussgemäß nach Moskau). Auch im November setzte sich in der belgischen Abschnittsleitung die in ihrem Einfluss nicht zufällig erheblich gewachsene Gruppe unter Franz Köller durch.¹⁷ Zu dieser war Paul Stuberg aus Hagen gestoßen. Die Gruppe sah wohl

17 Den Mehrheitswechsel zeitlich exakt zu bestimmen, fällt schwer. Die von der Führung Verdrängten neigten dazu, die Neuen als „Oppositionelle“ abzuwerten, über die sie später den Mantel des Schweigens ausbreiteten. Mein Vater nannte mir den November 1939 als Datum des Umschwungs. Kurz darauf erfolgte auch ein Wechsel in Antwerpen, in einer

den Nichtangriffspakt als eine zumindest vorläufige Friedenssicherung für die UdSSR an, allerdings in Hitler nicht nur einen, sondern weiterhin auch den hauptsächlichlichen Gegner, der sowohl den Osten als auch Westen bedrohte.¹⁸ Zu dieser realistischen Linie passte nicht, dass Walter Ulbricht, KPD-Vertreter bei der KI, Mitte März 1940 schrieb: „Die deutsche Regierung erklärte sich zu friedlichen Beziehungen zur Sowjetunion bereit, während der englisch-französische Kriegsblock den Krieg gegen die sozialistische Sowjetunion will. Das Sowjetvolk und das werktätige Volk Deutschlands haben ein Interesse an der Verhinderung des englischen Kriegsplanes.“¹⁹ Die wahren Absichten der Naziregierung fehlten in dieser Deutung, ebenso die unbestreitbaren Gegensätze zwischen Hitlerdeutschland und der UdSSR. Diese Version vertrat freilich die Moskauer Spitze der KPD, die dem Druck der KPdSU (B) Tribut zollte.

Otto Niebergall, seit 1935 Abschnittsleiter der illegalen KPD für das Saargebiet und die Pfalz, kennzeichnete später die Differenzen in der belgischen Emigration. Er war 1942 in Anerkennung erfolgreicher Arbeit Leiter der KPD-Mitglieder in Frankreich, Belgien und Luxemburg geworden. Am 10. Oktober 1945 vermerkte er in seinem „Bericht über unsere Tätigkeit“²⁰ in den genannten Ländern, dass innerhalb der belgischen Abschnittsleitung drei falsche Auffassungen zutage getreten wären: Man habe a) Hitler als den Hauptfeind betrachtet und unterstellt,

der bedeutendsten Parteigruppen Siehe H. Schürmanns Erinnerungen, in: SAPMO, EA 30/1400/38, Bl. 51.

18 Paul Stuberg („Ferdinand“, 1909-1991), 1933 in die Sowjetunion emigriert, im Spanischen Bürgerkrieg Offizier, 1939 nach Brüssel gekommen.

19 Zit. im Bestand von Wilhelm Florin, SAPMO NL 9/28, Bl. 92. Zweckoptimistisch und fehlerhaft interpretierte Ulbricht damit den fiktiven Willen sowohl des deutschen als auch des Sowjetvolkes, erklärte er unrealistisch die Westmächte zu den größten Kriegsbefürwortern, gegen die sich der Stoß richten müsste.

20 Bericht über unsere Tätigkeit, in: SAPMO, FB 5 231/4/23, Bl. 3-14. In ihrer „Einführung“ in das Buch „Résistance. Erinnerungen“ (Berlin 1985) knüpfte Dora Schaul, eine an der französischen Widerstandsbewegung beteiligte Zeitzeugin, an diese grundlegenden Ausführungen Niebergalls an, die trotz ihrer vorwiegenden Richtigkeit einige Einseitigkeiten enthielten, die der Suprematie des Stalinismus in der kommunistischen Weltbewegung am Kriegsende erwachsen. Sie vermied aber nach der begonnenen Ausmerzungen des Personenkults die einseitige Kennzeichnung der ersten Kriegsetappe als imperialistische und die gleichzeitige Verurteilung jener kommunistischen Emigranten, die sich dieser Deutung widersetzen und sich für eine breite antifaschistisch-demokratische Linie einsetzten, die ab 1941 dominant wurde. Allerdings fehlt bei ihr die Würdigung jener Kämpfer, die bereits 1939 bis 1941 für eine umfassende Orientierung eintraten, welche die Stalinführung erst in der Stunde größter Bedrängnis 1941/42 akzeptierte. Es ist bezeichnend, dass Stuberg, der wie seine Frau Herta dem Vorschlag der Interessengemeinschaft deutscher und österreichischer Widerstandskämpfer entsprach, einen Abriss des deutschen Widerstandes in Belgien zu schreiben (so in einem Brief vom 19.2.1973 an meinen Vater), diesen auf Drängen der Direktion des Instituts für Marxismus-Leninismus (IML) in Berlin erst ab Mai 1940 behandelte. Damit entfiel die detaillierte Darstellung des Ringens um die auf dem Berner Kongress seit Anfang 1939 angestrebte größte Breite, die sicherlich auch Unerwünschtes zu Tage gebracht hätte.

England und Frankreich hätten einen gerechten Krieg geführt, b) seitens Hitlerdeutschland sowie der Westmächte sei dieser ein imperialistischer gewesen, in welchem sich beide schwächten, „wir [aber wegen des Paktes] nichts gegen den Hitlerismus“ tun durften, und c) habe man den Krieg schlechthin als einen imperialistischen wie den von 1914 betrachtet und die Niederlage des Imperialismus im eigenen Land anstreben müssen.²¹

Offensichtlich reflektierte eine solche teilweise anfechtbare Betrachtungsweise, wie kompliziert die Deutung des neuartigen Kriegscharakters war, bei der sehr unterschiedliche Kräfte ihre differenten Absichten durchzusetzen trachteten. Bei der ersten, von Niebergall zeitweilig als falsch hingestellten Auffassung – die hier vor allem interessiert – wird offensichtlich: Die Wertung Hitlers als Hauptfeind war durchaus richtig und wurde später auch von Niebergall als richtig anerkannt. Überdies ging sie in Belgien keineswegs mit der Akzeptanz der widerspruchsvollen Linie der Westmächte durch die neue Mehrheit der KPD-Emigration einher, die sie ständig der Kritik unterzog. Als „Moskau“ die Kennzeichnung Hitlers als Hauptgefahr noch bis 1941 rügte, fand eine Tatsache bei Kommunisten im Westen allmählich Berücksichtigung: Der Pakt verschaffte der Sowjetunion zwar vorerst eine gewisse, aber keinesfalls absolute Sicherheit vor einem Wehrmachtangriff. Wie Hitlers Kursnahme auf einen Überfall auf die UdSSR seit 1940 bewies, war und blieb er im Osten wie im Westen der zu bekämpfende Hauptfeind. Im Lichte dieser 1944/45 längst gewonnenen Erkenntnis, bedurften die Schlüsse Niebergalls der Präzisierung.

Für die konsequenten Friedensanhänger im Westen war eine Doppelstrategie ratsam. Es war einzutreten für den Schutz der Sowjetunion sowie darüber hinaus – und in unnachgiebiger Auseinandersetzung mit den Vertretern, die den Hitlerfaschismus begünstigten – waren die Voraussetzungen für eine wirksame Friedenssicherung durch umfassende Bündnisse, durch Verteidigung der demokratischen Errungenschaften und durch Bildung nationaler antifaschistischer Fronten zu schaffen. Beachtet werden mussten dabei auf innenpolitischem Gebiet zum Teil beträchtliche Unterschiede zwischen profaschistischen und liberalen Kräften der Bourgeoisie und auf außenpolitischem Gebiet Differenzen zwischen aggressiven faschistischen Staaten und Ländern, die damals den internationalen Status quo nicht in Frage stellten. Lediglich die legitimen außenpolitischen Interessen der Sowjetunion zu vertreten und ihnen die – ebenso legitimen – eigenen unterzuordnen oder diese gar zu missachten, begünstigte die Aggressoren. Dass die Stalinführung bis 1941 faktisch dazu aufrief – schließlich gefolgt von der weitgehend gleichgeschalteten Spitze der KI –, erkannten damals die meisten Kommunisten indes noch nicht.

Zwar habe der überraschende und von den meisten Kommunisten gebilligte Moskauer Pakt von 1939 „kaum zu Verlusten in den Reihen der kommunistischen Anhänger in Belgien“, geführt, wie Gundl Herrstadt-Steinmetz über die

21 Siehe ebenda, Bl. 3.

österreichische kommunistische Emigration tendenziell zutreffend, urteilt.²² Das traf auch auf die deutsche zu, die seit dem gewaltsamen „Anschluss“ Österreichs an Hitlerdeutschland immer enger mit der österreichischen kooperierte, um Hitler zu überwinden und Österreich wieder selbstständig werden zu lassen. „Der Leiter der belgischen Gruppe [der Österreicher], Othmar Strobl (Emil), berief die entscheidenden Genossen ein und erklärte ihnen mit der ihm eigenen Überzeugungskraft, dieser Pakt sei ein kluger Schachzug der Sowjetunion“.²³ Das wurde mit einer gewissen Naivität bzw. Gutgläubigkeit vorgetragen. Wäre damals allerdings bekannt gewesen, dass der Pakt auch Geheimabsprachen der deutschen und sowjetischen Vertragspartner enthielt (so die Überlassung des Baltikums an die UdSSR, die dem Geist der Beachtung der Souveränität der betreffenden Länder ganz und gar widersprach), so hätte diese vollständige Kenntnis des Paktes und seiner Zusätze zu einer abgewogeneren und kritischen Deutung führen müssen.

Für die deutschen und die zahlenmäßig stärkeren österreichischen kommunistischen Emigranten in Belgien war der Pakt seitens der Sowjetunion ein erklärliches und den Frieden vorerst garantierendes Instrument. Diese Zustimmung ging freilich einher mit großen Anstrengungen, gestützt auf die antifaschistische Friedensbewegung und selbst auf etliche demokratische Bourgeoisvertreter bzw. -kreise des Landes, ein respektables Antihitler-Bündnis herzustellen. Folglich schlossen Kommunisten erstmalig das Erfordernis nicht aus, die entschiedene Verteidigung des Landes und seiner demokratischen Errungenschaften durch ein breites nationales Bündnis zu gewährleisten.

Dieser undogmatischen Überlegung, die der uniformen Auslegung der Imperialismus-Theorie Lenins im Sinne einer Gleichsetzung aller imperialistischen Mächte durch die Stalinführung Anfang 1939 widersprach, erwuchs der Vorschlag an die belgische Regierung Pierlot vom Frühjahr 1940, die deutschen Emigranten als eigenständige Gruppe in die belgische Armee für den Kampf gegen den Faschismus aufzunehmen. Der Vorschlag deckte sich mit Überlegungen der französischen kommunistischen Führung und mit deren weiterführender Konkretisierung der Losung der Volksfront durch die der Nationalen Front und kündigte – bei einem veränderten Kräfteverhältnis – eine spätere Entwicklungsphase der kommunistischen Bündnispolitik an. Er wurde von vereinzelt Vertreten der belgischen Bourgeoisie, mit denen von der Partei beauftragte Mitglieder Kontakte aufgenommen hatten, begrüßt.

Nüchtern den Ernst der Lage einschätzende bürgerliche Vertreter suchten damals Kontakte selbst zu den Kommunisten.²⁴ Schudanin vor allem, der in den 20er-Jahren aus Feindschaft zur Sowjetunion die Ukraine verlassen hatte, nun als 1938 nationalisierter freimaurerischer Belgier immer gehobeneren Positionen einnahm, brachte das zum Ausdruck. Er hasste das expansive Hitlerregime,

22 Herrnstadt-Steinmetz, Österreicher, S.38.

23 Ebenda.

24 Das teilte mir mein Vater in meiner Studienzeit (1950-1954) mit.

solidarisierte sich mit dem Spanien der Volksfront und befürchtete nach München, Deutschland werde die Ukraine bzw. die Sowjetunion und dann den Westen überfallen. Folglich hielt er ein Bündnis mit den Kommunisten für geboten, deren antifaschistische Konsequenz er anerkannte. Auf Beschluss der Leitung der Emigrationsgruppe mit der Kontaktherstellung beauftragt, führte mein Vater Gespräche mit dem nun Dimitri Goldé heißenden Exukrainer über mögliche Formen einer umfassenderen antifaschistischen Zusammenarbeit. Die Beziehungen der beiden Gesprächspartner waren zuerst distanziert, wurden dann enger, ja freundschaftlich. Es ist nicht ausgeschlossen, dass die Bereitschaft der kommunistischen Emigranten, in der belgischen Armee zu dienen, über Goldé unterbreitete wurde. Dessen Aktivität strahlte sicherlich auf etliche andere Bourgeoisvertreter aus und kam den Emigranten zupass. Goldé, der später eine leitende Funktion in der Luftfahrtgesellschaft Sabena ausübte, stellte diese früheren Kontakte nie in Frage. Der Premier Hubert Pierlot freilich, auf den vor allem britische herrschende Kreise Einfluss ausübten, ließ den Vorschlag einer Kooperation unbeantwortet. Das Gros der Bourgeoisie stand hinter ihm und teilte nicht den Realismus der kleinen Gruppe und der Königin Elisabeth. Es billigte weiterhin Pierlots so verhängnisvollen Kurs.

Nach der Bruchlandung eines deutschen Kurierflugzeuges im belgischen Grenzraum am 17. Januar 1940, das Generalstabspapiere mit sich führte, die die Angriffsabsichten der Nazis verrieten,²⁵ musste der belgische Generalstab mit einem baldigen deutschen Angriff im Westen rechnen. In der Zeit danach konzentrierten sich die kommunistischen Emigranten mit ihren bescheidenen Mitteln darauf, demokratische Belgier auf die wachsende Gefahr hinzuweisen, die das Land bedrohte. Doch wurden Ende April etliche von ihnen (Otto Niebergall, Hermann Geisen und Otto Eikemeyer) verhaftet. Kurz danach wurden weitere Kommunisten festgenommen, darunter Franz Köller und Paul Stuberg. Die Ersteren wurden nach Beginn des Westfeldzuges der Hitlerwehrmacht am 10. Mai 1940 per Zug nach Frankreich gebracht. Sie wurden in verschlossenen und verdreckten Viehwagen transportiert. Diese waren mit der Aufschrift „Naziagenten“ versehen, die dafür sorgte, dass aufgebrachte Belgier die Emigranten mit Steinen bewarfen. Unmittelbar vor dem Fall von Brüssel am 17. Mai 1940 entsandte dann die Regierung Pierlot zwei vorwiegend mit Kommunisten, einigen Sozialisten, Juden und sogar mit Profaschisten beladene Busse ebenfalls dorthin. Die Reifenpanne eines der Busse bewirkte indes schon im Vorort Molenbeck, dass er nach Saint-Gilles zurückfahren musste. Während somit etliche Emigranten nach Saint-Cyprien, Le Vernet, Gurs und in weitere Lager kamen, blieben andere (auch mein Vater) in Belgien eingesperrt.

Als Letzteren mitgeteilt wurde, dass sich deutsche Panzer rasch Brüssel näherten, schnitt sich Arthur Kerkenberg (der schon in der Anfangszeit der Hitler-Diktatur verhaftet und grausam gefoltert worden war) in Panik nachts mit der Rasierklinge

25 Siehe u. a. William L. Shirer: Der Zusammenbruch Frankreichs, München-Zürich 1970, S.602-606.

die Pulsader durch und verblutete. Köller, der in derselben Zelle eingesperrt war, hatte wie andere im Schlaf nichts gemerkt. Doch die das Gefängnis von Saint-Gilles besetzende Angriffsspitze der Deutschen, die offensichtlich vom Siegesrausch befallen war, ließ die deutschen Kommunisten, die sich geschickt als „Reichsdeutsche“ ausgaben, laufen. Durch Übertölpelung ihrer Feinde auf freiem Fuß, verschwanden die Freigelassenen eiligst in der Illegalität.²⁶

Die in Brüssel Freigekommenen wollten sich selbstverständlich der sich formierenden belgischen Résistance anschließen. Vorsichtig aktivierte man die alten Verbindungen zu den belgischen Genossen. Allerdings waren diese eine Zeitlang von einer gewissen Reserviertheit, weil Stalins Pakt mit den deutschen Okkupanten zugleich eine gewisse Distanz gegenüber den deutschen Kommunisten hinterließ, deren Moskauer Führung ihn im Unterschied zur belgischen anstandslos akzeptiert hatte. Wochen des Wartens bzw. des Suchens nach effektiven Lösungen sowie vorsichtig betriebene Praktiken des Treffens auf dem populären Platz der Kirche Sainte-Cathérine im Stadtzentrum folgten. Man wollte etwas tun und war dazu bereit!

Inzwischen hatte es viele Überlegungen gegeben, welche Möglichkeiten sich eventuell aus dem Abschluss des Paktes ergeben könnten. Diese offensichtlich überschätzend, war von der KI- und der KPD-Führung zuerst geraten und dann angestrebt worden, politisch weniger Belastete nach Deutschland zurückzuschicken, um dort die Partei (um den Preis großer Menschenopfer) wieder aufzubauen. Diese Empfehlung gelangte natürlich auch zur Kenntnis der französischen und belgischen KP-Führung. Sie zu berücksichtigen, wurde nach dem sensationellen Paktabschluss eine denkbar schwierige Aufgabe, gab ihr doch die Mehrheit der KPD-Mitglieder keine Erfolgsaussichten. Alfred Neumann zum Beispiel „bekam über Franz Dahlem die Empfehlung, nach Deutschland zurückzugehen, da er keine schwere Strafe zu erwarten hätte. Aus der Sowjetunion wurden deutsche Kommunisten regelrecht ausgewiesen bzw. den deutschen Faschisten ausgeliefert.“²⁷ Axen, die Schuld an der fehlerhaften Kursnahme auf die Selbstausslieferung von Kadern an die Faschisten einzelnen Parteifunktionären zuweisend, konstatierte: „Es war in der Tat eine grobe Fehleinschätzung. Getroffen wurde sie in Frankreich von Franz Dahlem, Paul Merker und Siegfried Rädel.“²⁸ Diese einseitige Schuldigsprechung ließ den Vorschlag der KI völlig unberücksichtigt. Richtig ist dagegen, dass zum Beispiel Rädel schon Ende 1938 Ackenmanns höchstwahrscheinlich aus Komintern- und sowjetdiplomatischen Kreisen kommender Auffassung entgegentrat, die Sowjetunion werde sich möglicherweise zur

26 Nach persönlichen Erinnerungen des Autors. Die sich auf Erinnerungsberichte stützende Ansicht Herbert Mayers, ein Teil der Verhafteten sei „bevor die Faschisten Brüssel eroberten, freigelassen“ worden, ist nicht exakt (Herbert Mayer: Vom Ijsselmeer in die Borinage und Ardennen – Die Beneluxländer, in: Im Bunde mit dem Feind. Deutsche auf alliierter Seite, Berlin 1995, S.141-160, hier S.146).

27 Dies stellte Harald Neubert in Replik auf Hermann Axen zutreffend und kritisch fest. Siehe Neubert, in: Axen, Ich war, S.46.

28 Ebenda.

Verbindung eines gesamtimperialistischen Komplotts gegen sie mit Hitler zu verständigen suchen. Rädcl wollte sich wie andere mit einer passiven Hinnahme eines solchen Wechsels nicht abfinden. Er nahm damit einen Standpunkt ein, den Axen leichtfertig als „absurd“ abtat. Nach der französischen militärischen Niederlage von 1940, der Einkerkung der Spitzenfunktionäre der KPD in französischen Lagern und der Absetzung Dahlems von seiner Funktion im Herbst 1939 setzte freilich das Bemühen der seitdem direkt von Moskau aus leitenden Parteiführung ein, es mit der Praktizierung der Kursnahme auf „Rückführung“ zu versuchen.

Bei Sommerbeginn 1940 kam die Direktive „von oben“ in Brüssel an, sich bei den deutschen Besatzungsbehörden anzumelden. Das sollten diejenigen tun, die nicht die Todesstrafe befürchten müssten und bereit wären, unter Einsatz ihres Lebens „ins Reich“ zurückzugehen, um dort als Kader für den Wiederaufbau der Partei zu wirken. Dieser faktische Aufruf zum Liquidatorientum²⁹ erregte die Gemüter der Genossen außerordentlich. Die Brutalität und Willkür der Naziführung und ihrer Schergen war hinreichend bekannt. Folglich konnte eine Bereitschaft zu einem solchen Risiko bestenfalls in außerordentlichen Fällen erwartet werden.

Ende Juni oder Anfang Juli 1940 traf sich die Brüsseler KPD-Gruppe in der Wohnung von Köller in der Chaussée de Gand.³⁰ Die Direktive stieß in der Beratung auf entschiedenen Widerstand. Wer sie befolge, begebe sich in die Hand der Gestapo. Allerdings gab es auch vereinzelte unrealistische Mutmaßungen über den unterstellten oder vermuteten „positiven“ Sinn der empfohlenen Taktik. Unter Berufung auf die Parteidisziplin, aber unter starkem Protest, befolgte man dann die vorgegebene Linie. Diese sklavische Befolgung der Parteidisziplin entsprach keineswegs der gegebenen Situation. Sie führte zur sinnlosen Aufopferung vieler aufrechter Kämpfer, die in der Résistance ihren Mann und ihre Frau gestanden und damit einen Beitrag zur aktiven Überwindung des Faschismus hätten leisten können.

Nur Paul Stuberg, der 1939 nach Belgien gekommen war und Ende April 1940 wie Köller, Kerkenberg und andere verhaftet und von den Nazis irrtümlicherweise entlassen worden war, lehnte die Befolgung der Empfehlung ab. Er wollte versuchen, sich der belgischen Widerstandsbewegung anzuschließen. Kampfbereitschaft, allerdings auch die Gewissheit, von den Nazis als Exoffizier der spanischen republikanischen Armee hingerichtet zu werden, erklären seine richtige Entscheidung. Als später auch die Sowjetunion Opfer des wortbrüchigen Aggressors wurde, der Widerstand erstarkte und die Solidarität der Belgier aufflammte, erwies sich Stubergs Linie als richtig.

Als die KPD-Mitglieder sich in den folgenden Tagen bei den Besatzungsbehörden meldeten, war die Verblüffung der Nazis unverkennbar. Die Genossen wur-

29 Dass er erfolgte, bestätigte u. a. Otto Niebergall in seinem oben angeführten Bericht von 1945, in: SAPMO: FBS 211/4/23, Bl. 4.

30 Als Elfjähriger war ich Zeuge dieser Sitzung.

den unbehelligt nach Hause gelassen und bekamen sogar Arbeit zugewiesen, die ihre elende Lage zeitweilig besserte. Offensichtlich suchte die Gestapo auf diese Wege deren Wachsamkeit einzuschläfern und die Wohnungs- und Aufenthaltsorte in Erfahrung zu bringen. Köller und Stuberg, die weiterhin miteinander kontaktierten, rechneten aber felsenfest mit einem plötzlichen Schlag der Okkupanten.

Dieser Schlag erfolgte wohl Ende Juli, als eines Morgens die Gestapo in einer Blitzaktion die Parteigruppenmitglieder (bis auf den untergetauchten Stuberg) verhaftete. Nach Deutschland gebracht, wurden die Festgenommenen Ende 1940 bzw. Anfang 1941 „wegen Hochverrats“ zu hohen Strafen verurteilt und in Konzentrationslager gebracht. Sie fielen für den Kampf gegen den faschistischen Aggressor aus, Einige überlebten diese neue schreckliche Belastung nicht. Das war ein herber Verlust in Befolgung einer seit 1939 gewählten falschen Taktik.

Dass sich Kommunisten inhaftieren ließen, um Hitler in Deutschland bekämpfen zu können, doch in Wirklichkeit in der Regel bis zum Kriegsende eingekerkert blieben – soweit sie nicht schon vorher durch Mordurteile oder Elend im KZ ihr Leben verloren –, ist höchster Anerkennung wert. Die dazu gegebene anfechtbare Orientierung wurde zeitweilig vertuscht, so dass Clément (der verdienstvolle Emissär der KI für Frankreich und Belgien, der später selbst sein Leben im Kampf gab) an Pieck beinahe bürokratisch-sachlich berichtete, was ihm Niebergall mitgeteilt hatte: „Nach Waffenstillstand [von 1940] ließen sich circa 400 Freunde, alles leichtere Emigrationsfälle, von deutschen Behörden repatriieren. Soweit bekannt, sind viele nach kurzer Haft frei und arbeiten in Betrieben, einige sind in der Armee.“³¹ Das war allerdings die zweckoptimistische Beurteilung der Resultate einer Aktion, deren negative Folgen ein anderes Urteil verdienten.

So war in Belgien Mitte 1940 der organisierte Widerstand von Gruppen deutscher und österreichischer Kommunisten nicht mehr möglich. Lediglich vereinzelte Kämpfer leisteten getrennt und isoliert Widerstand. Organisiert wurde ein solcher erst Ende 1940 und Anfang 1941, u. a. von einzelnen Kämpfern, die aus südfranzösischen Lagern und Gefängnissen entwichen waren und sich nach Belgien durchgeschlagen hatten.

Besorgt durch die Lage in Belgien hatten die KPD-Genossen in Frankreich vorher Wichtiges unternommen, um sie zu ändern. Der aus der Haft entwichene Otto Niebergall, der auf Beschluss in Frankreich geblieben war, wurde mit Zustimmung von Dahlem im August 1940 in Toulouse zum Verantwortlichen der illegalen Westleitung der KPD für Frankreich, Belgien und Luxemburg bestimmt. Er besaß nun die besten Kenntnisse der gegebenen Situation in diesen Ländern und suchte, neu gezogene Schlussfolgerungen umsichtig umzusetzen.

31 Der Bericht von Niebergall an Pieck, den Clément auch Dimitroff mitteilte, befindet sich in den Akten der Komintern 495-184-6 bis 10 des Russischen Staatsarchivs für soziale und politische Geschichte (RGASPI), Moskau. Das teilte mir der belgische Historiker José Gotovitch freundlicherweise mit.

Angestrebt war schon vorher in Gesprächen im Lager Saint-Cyprien, an welchen der dort ebenfalls inhaftierte Mielke teilnahm,³² die Entsendung von Geisen, Stoye und der Geschwister Neubeck nach Belgien. Somit führte Kadernmangel zum Rückgriff auf einige Genossen, die Ende 1939 abgelöst worden waren, jetzt teilweise noch alten Praktiken anhängen. Zudem hatte Niebergall noch keine konkreten Kenntnisse über das Wirken der wenigen deutschen Kommunisten in Belgien. Als Stuberg Ende 1942 in Paris ein Treffen mit Niebergall hatte, teilte dieser ihm mit, „daß er erst einige Wochen vorher von meiner Existenz in Belgien erfahren habe“.³³ Das drückte unbestreitbar einen negativen Sachverhalt aus.

Erst Mitte 1941 kam es zu ersten Ansätzen einer dringend gebotenen Änderung der Lage. Die Kontakte der Kämpfer untereinander und zu den sich herausbildenden Zentren des noch schwachen Widerstands blieben indes unzureichend. Dann leitete der erbitterte Widerstand der Sowjetvölker gegen den verbrecherischen deutschen Überfall seit Mitte 1941 Ende 1942 bei Stalingrad die Wende im Zweiten Weltkrieg ein. Auch die Massen des belgischen Volkes drangen auf die Kooperation aller Antifaschisten.

„Als Reaktion auf den Russlandfeldzug und die schrofferen Repressionen verstärkten auch die deutschen Antifaschisten ihren Widerstandskampf.“³⁴ Eine immer beachtlichere Zahl von Widerstandskämpfern in der Emigration vereinigte sich fortan mit den belgischen Kommunisten und anderen Résistancemitgliedern. Die Wirkung der vorherigen bewussten Verunglimpfung der Kommunisten als Mitverschworene von Hitler durch die Reaktion verblasste rasch. Beendet waren auch die konsternierten Reaktionen belgischer Patrioten auf die Zweideutigkeiten Stalins 1939. Die rasch bekundete Bereitschaft der durch Schaden klug gewordenen realistischen politischen Kräfte der Bourgeoisie Englands und der

32 Siehe auch Wilfriede Otto: Erich Mielke – Biographie. Aufstieg und Fall eines Tschechisten, Berlin 2000, S.83-85; Wolfgang Kießling: Leitner ist Mielke. Schatten einer gefälschten Biographie, Berlin 1998, S.59-68. Mielke, der höchstwahrscheinlich weiterhin für sowjetische Nachrichtendienste wirkte, „verschwand“ Ende des Jahres 1940 aus Toulouse und blieb im Dunkel. Er war vergeblich um eine Ausreise nach Mexiko bemüht und tauchte erst 1944 aus der Anonymität wieder auf. Er hatte zwar im Falle seiner Verhaftung durch die Nazis mit der Höchststrafe rechnen müssen, sein Verschwinden vorher bezeugte indes keinen Mord.

33 Paul Stuberg: Vom Widerstandskampf deutscher und österreichischer Antifaschisten in Belgien, in: SAPMO, Sg Y 30/1400/7, Bl. 230 f. Leider beginnt Stubergs Abriss – wie schon gesagt – erst mit dem Mai 1940. Doch er folgte damit der einengenden Konzeption des kommunistischen Parteivorstandes, die Otto Niebergall am 27.10.1972 Professor Dr. Günter Heyden, Direktor des Berliner IML, mitteilte (siehe SAPMO, Sg Y 30/1400/7, Bl. 2). Die Weglassung der Zeitspanne *davor* war angeordnet.

34 Siehe dazu und zum Folgenden Esther Thalmann: Widerstand gegen das eigene Volk. Die deutschen kommunistischen Widerstandskämpfer in Belgien in der Zeit des Zweiten Weltkrieges, Zürich 1998. Das Buch ist speziell ab der Seite 28 in Bezug auf die meisten Tatsachen zuverlässig. Aufschlussreich ist ebenfalls die Darstellung von José Gotovitch: Du Rouge au Tricolore. Les Communistes belges de 1939 à 1944, Brüssel 1992.

USA, die überfallene UdSSR militärisch zu unterstützen, erwuchs ihren Erkenntnissen aus den Jahren 1939 bis 1941. Das verdeutlichte der UdSSR-Führung, dass ein Bündnis mit den nichtfaschistischen Ländern des Kapitals geboten und von Vorteil war.

Mitte August 1941 wurden Geisen, Stoye, etwas später Kurt Garbarini, ein ehemaliger sozialistischer Spanienkämpfer (der schon Ende 1937 Sozialisten und Kommunisten zur Einheitsfront aufgefordert hatte), und im Dezember 1941 Herbert Neubeck verhaftet. Dazu trug der schnöde Verrat Reinhold Hubers bei, den konsequente jüdische Antifaschisten später liquidierten. Zum Tode verurteilt, wurden die Gefassten 1943 hingerichtet. Eine Zeit lang „zerriß [...] die Verbindung der Gruppen untereinander und ebenso der Kontakt zur belgischen Widerstandsbewegung“.³⁵ Und doch schritt indes die Reorganisation der kommunistischen Emigrationsstruktur weiter voran, vor allem unter Stuberg, der die illegale Lage in Belgien und die Methoden des Partisanenkampfes bestens kannte und zunehmend meisterte. Er wurde Anfang 1942 zum Leiter der Gruppe in Belgien bestimmt. Bis zu diesem Zeitpunkt waren indes nicht weniger als vier Fünftel der deutschen Antifaschisten der Gestapo in die Hand gefallen.

Insbesondere wurde nun um den Zusammenschluss aller Antifaschisten, auf den doch 1939 unzureichend orientiert worden war, gerungen. Die Pariser Leitung der KPD, die immer wirksamer als Westleitung der Partei fungierte, trat unter Beachtung der guten und schlechten Erfahrungen seit 1939/40 sowie speziell der belgischen im November auf einer illegalen Tagung auf einer Waldlichtung bei Valmondois in diesem Sinne auf. Sie orientierte auf die breiteste Einbeziehung möglichst aller geeigneten Kräfte in die Einheits- und Volksfrontpolitik gegen den Hitlerfaschismus. Otto Niebergall setzte sich dabei namens der Westleitung mit einigen irrigen Auffassungen auseinander, die der Bildung einer einheitlichen Front, die Antifaschisten aller Couleur einschloss, im Wege standen.³⁶

Als vorbildliches Beispiel des antifaschistischen Kampfes führte Stuberg das Ringen der Antwerpener Gruppen mit „Harry“ (Willi Kraatz) und „Jan“ (Erich Schmitz) an. Diese aktivierten die Gruppen in der Hafencity und schufen einen „Freundeskreis der deutschen Volksfront“. Mit Hilfe von Seeleuten schleusten sie antifaschistisches Aufklärungsmaterial nach Deutschland. Sie und andere verteilten am 1. Januar 1942 während eines von den Faschisten organisierten Sportfestes Flugblätter, wozu außerordentlicher Mut gehörte. Bei einem Feuergefecht, das die Nazis entfachten, als sie den steckbrieflich gesuchten Kraatz erkannten, wurde Schmitz tödlich getroffen. Der verwundete Kraatz wurde ergriffen und im Oktober hingerichtet.³⁷ Die Antifaschisten hatten bewaffnet Widerstand geleistet und zwei Gestapoleute erschossen.

Den koordinierenden Weisungen des ZK der FKP unterstellt, entfalteten die Jugendfreunde der KPD und der mit ihnen liierten KPÖ eine zunehmend wir-

35 Stuberg, *Widerstandskampf*, SAPMO, Sg Y 30/1400/7, Bl. 228.

36 Siehe Karl Heinz Pech: *An der Seite der Résistance*, Berlin 1974, S.48f.

37 Siehe Stuberg, *Widerstandskampf*, SAPMO, Sg Y 30/1400/7, Bl. 228f.

kungsvolle Arbeit unter den Wehrmichtsangehörigen. Der von der FKP initiierte *Travail Allemand* (Deutsche Arbeit) entfaltete sich auch in Belgien, indem kommunistische Emigranten aufopferungsvoll danach trachteten, der aggressiven faschistischen Ideologie durch gezielte schriftliche und mündliche Agitation entgegenzutreten. Positiv wirkte sich aus, dass Stuberger und der Österreicher Gustav Tepy die Kooperation der Deutschen und Österreicher breiter und disziplinierter gestalteten. Mutig wirkten antifaschistische Frauen und Mädchen in äußerst gefährlicher Arbeit auf deutsche Soldaten ein, um diese gegen die verbrecherische Okkupationspolitik zu gewinnen. „Die Mädchen bemühten sich, mit Soldaten in Kontakt zu treten, mit ihnen über die Sinnlosigkeit und Verbrechen des Krieges zu sprechen [...] Diese Arbeit erforderte ein hohes Maß an Takt und Einfühlungsvermögen, große Geschicklichkeit und noch größere Vorsicht. Zwei bis drei Mädchen gingen zusammen in Lokale, in denen Soldaten verkehrten, und versuchten, mit ihnen ins Gespräch zu kommen. Die Soldaten sollten möglichst schnell bemerken, daß nicht die Absicht bestand, ein Verhältnis einzugehen [...] Wenn man auf Verständnis gestoßen war, konnte man beim zweiten oder dritten Rendezvous schriftliches Material mitbringen und sich langsam bis zur Aufforderung vorarbeiten, diese Flugblätter [...] in den Kasernen auszulegen.“³⁸

Die Wienerin Nelly Sturm-Klein, mit dieser gefährlichen Praxis bestens vertraut, berichtete darüber: In Antwerpen habe sie einem Matrosen Flugblätter gegeben. Später „brachte er einen anderen Matrosen mit, der mich, als der Schnoddrige uns einen Augenblick allein warten ließ, mir sagte, daß die Gestapo mich schon eine Weile beobachte.“ Daraufhin habe sie sich nach Brüssel abgesetzt, um diese Praxis wieder aufzunehmen, als sie offensichtlich nicht „beobachtet wurde“.³⁹

Die zur Einheitsgemeinschaft verschmolzenen Emigranten aus Deutschland und Österreich waren außerdem um die Einschleusung von Antifaschisten in Wehrmichts- bzw. zivile deutsche Dienststellen bemüht. Auf Wehrmichtsangehörige wirkten Zeitungen wie „Soldat im Westen“ und die „Wahrheit“ ein. Eine Fülle von Flugblättern beachtete besser als 1939 die konkrete Lage in Belgien, wo sich immer häufiger die Kommunisten, viele Sozialisten und bürgerliche Patrioten zusammenfanden. Man begann aufzuzeigen, dass die 1941 vor Moskau einsetzende Offensive der Roten Armee, ihr Sieg bei Stalingrad und die britischen Erfolge in Nordafrika die Chancen der schrittweisen Überwindung Hitlers und der Wiedererlangung der staatlichen Unabhängigkeit Österreichs erhöhten. Vorbildlich und mobilisierend wirkte, dass das 1943 in Frankreich gegründete Nationalkomitee „Freies Deutschland“ auch in Belgien einen bedeutenden Teilerfolg beim Zusammenschluss eines Teils einsichtig gewordener Nazioffiziere mit den Kommunisten und vereinzelt Sozialisten erreichte. Anfang 1944 wurde eine

38 Bob Zanger: *Bewaffneter Kampf in Belgien, Soldatenarbeit*, in: *Mitteilungen der Alfred Klahr Gesellschaft*, Wien 1995, S.1.

39 Nelly Sturm, in: *Österreicher im Exil*, S.124. Siehe auch die Gesamtwürdigung dieses Frauenwiderstandes in: ebenda, S.47-49, 117-124.

österreichisch-deutsche Partisanengruppe gebildet, die der Armee Belges des Partisans angegliedert wurde. Unter den deutschen Maquisarden, die in etlichen Ländern an der Seite der einheimischen Widerständler eng verbunden stritten,⁴⁰ stellten die in Belgien kämpfenden einen wachsenden Anteil.

Die kurze Kennzeichnung des Aufschwungs ist selbstverständlich nur summarisch. Sie verdeutlicht, dass die Entwicklung des antifaschistischen Kampfes nun in völliger Übereinstimmung mit der richtigen Linie der möglichst breitesten Union von Antifaschisten aller Klassen und Schichten erfolgte. Diese volle Übereinstimmung war 1939 bis 1941 aufgrund der Begleiterscheinungen des Stalinismus nicht gegeben gewesen. Das hatte den Aggressor begünstigt, zu beträchtlichen Zeiteinbußen und zum Verlust wertvoller Menschen geführt.

40 Siehe vor allem Herta Stuberg-Wiesinger, in: *Österreicher im Exil*, S.119-123.

Demokratische Tradition und revolutionärer Geist. Erinnern an 1848 – 30 Jahre „Aktion 18. März“

Christoph Hamann

Die Institutionalisierung des kollektiven Erinnerns durch einen Feier- oder Gedenktag verfolgt immer einen normativen Anspruch. Sie soll der Vergangenheitsdeutung, dem Gegenwartsverständnis und der Zukunftsperspektive Orientierung und dem Geschichtsbewusstsein einer Gesellschaft Bezugspunkte geben: Sie will kollektiv Sinn und Identität stiften sowie politische Loyalitäten herstellen.¹ Die Zivilgesellschaft wie die politischen Funktionsebenen der Bundesrepublik sind angesichts ihres „schwierigen Vaterlands“ vor erhebliche Legitimationsprobleme gestellt, durch den Rekurs auf Historisches demokratischen Sinn für das Gemeinwesen der Gegenwart zu stiften. Zwei Weltkriege, der Nationalsozialismus, Antisemitismus und Holocaust sowie die SED-Diktatur bieten keine positiven Anknüpfungspunkte, sondern erzeugten, so Reinhart Koselleck mit Bezug auf den Nationalsozialismus, vor allem „Formen und Traditionen negativen Gedächtnisses“.² Die staatliche Geschichtspolitik generierte nach 1945 identitätsrelevanten Sinn in erster Linie ex negativo.³ Dies gilt für die DDR, in der der Antifaschismus eine zentrale Legitimationsbasis der politischen Herrschaft der SED bildete.⁴ Dies gilt auch für die Bundesrepublik. Seit 1996 ist hier der 27. Januar, der Tag der Befreiung des Konzentrationslagers Auschwitz durch die Rote Armee, der offizielle Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus.

1 Zur Geschichte und Funktion von Gedenktagen siehe Dietmar Schiller: Politische Gedenktage in Deutschland. Zum Verhältnis von öffentlicher Erinnerung und politischer Kultur, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B25/93, 18.6.1993, S.32-39; Klaus Bergmann: Gedenktage, Gedenkjahre, in: Klaus Bergmann (Hrsg.): Handbuch der Geschichtsdidaktik, Seelze-Velber 1997, S.758-767; Peter Reichel: Politik mit der Erinnerung. Gedächtnisorte um die nationalsozialistische Vergangenheit, Frankfurt am Main 1999, S.218-285.

2 Reinhart Koselleck: Formen und Traditionen negativen Gedächtnisses, in: Volkhard Knigge/Norbert Frei (Hrsg.): Verbrechen erinnern. Die Auseinandersetzung mit Holocaust und Völkermord, München, 2002, S.21-32, hier S.21.

3 Siehe Michael Zimmermann: Negativer Fixpunkt und Suche nach positiver Identität. Der Nationalsozialismus im kollektiven Gedächtnis der alten Bundesrepublik, in: Hanno Loewy (Hrsg.): Holocaust. Die Grenzen des Verstehens. Eine Debatte über die Besetzung der Geschichte, Reinbek bei Hamburg 1992, S.128-143; Wolfgang Bergem: Barbarei als Sinnstiftung? Das NS-Regime in Vergangenheitspolitik und Erinnerungskultur der Bundesrepublik, in: ders. (Hrsg.): Die NS-Diktatur im deutschen Erinnerungsdiskurs, Opladen 2003, S.81-104.

4 Siehe dazu Sigrid Meuschel: Legitimation und Parteiherrschaft in der DDR. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945-1989, Frankfurt am Main 1992; Wolfgang Bialas: Antifaschismus als Sinnstiftung. Konturen eines ostdeutschen Konzepts, in: Bergem, NS-Diktatur, S.151-170.

Aber auch der 17. Juni (1953) und der 13. August (1961) reflektieren eine deutsche Diktaturerfahrung. Aus Anlass des 20. Jahrestags der Grenzöffnung vom 9./10. November 1989 findet auch der Ansatz immer breitere Resonanz, der friedlichen Revolution von 1989 als einem positiven Bezugspunkt im öffentlichen Erinnern ein stärkeres Gewicht als bisher zu geben. Dies zeigt die Diskussion um ein „Denkmal der Freiheit und Einheit Deutschlands“, die 2007 in den Beschluss des Deutschen Bundestags mündete.⁵ Im Zentrum dieses Gedenkens stehen Mauerfall und Vereinigung der beiden deutschen Teilstaaten. Mit Salomon Korn verwies vielleicht nicht zufällig der Vizepräsident des Zentralrats der Juden in Deutschland auf die Notwendigkeit des Blicks auch in die Tiefe des historischen Erfahrungsraums: „Ja, man sollte es nicht auf 1989 beschränken, denn der Mauerfall hat seine Vorläufer in der Revolution von 1848, der Weimarer Verfassung von 1919 und dem Kriegsende von 1945. Diese drei Daten kennzeichnen mögliche Weichenstellungen zur Demokratie in Deutschland, und die von 1945 war erfolgreich.“⁶ Ein Freiheits- und Einheitsdenkmal sollte neben anderem also auch an die Revolution von 1848 anknüpfen. Dieser Gedanke hat, soweit dies bislang zu überblicken ist, in der öffentlichen Diskussion bislang wenig Resonanz gefunden. Und dies, obwohl nahezu alle Bundespräsidenten auf den Stellenwert der Revolution von 1848 für die demokratische Tradition in Deutschland hingewiesen haben. Aus Anlass des 150. Jahrestags von 1848 positionierte sich auch der damalige Bundespräsident Roman Herzog 1998 eindeutig: „Wir können uns unsere Vergangenheit nicht aussuchen. Aber wir können für unser eigenes Selbstbewußtsein, für die Identität unseres Gemeinwesens sehr wohl auswählen, auf welche Traditionen wir uns berufen und an welche wir anknüpfen sollen. 1848 ist dafür der Schlüssel.“⁷

Vor 30 Jahren, am 2. Januar 1979, trat eine Initiative aus Berlin (West) bundesweit an die Öffentlichkeit, die seit Herbst 1978 aktiv war und den Versuch wagte, der in Deutschland insgesamt schwierigen historischen Hypothek zum Trotz einen positiven historischen Bezugspunkt als gedenkwürdiges Datum für die Demokratie in Deutschland zu definieren.

Nicht ohne Grund knüpften die Initiatoren der großformatigen Anzeige „Aktion 18. März Nationalfeiertag in beiden deutschen Staaten“⁸ in der linksliberalen „Frankfurter Rundschau“ an ein historisches Datum an, das in der DDR eine herausgehobene Bedeutung hatte. Denn die programmatische Position der Initiative hatte eine geschichts- wie auch eine deutschlandpolitische Dimension –

5 Siehe Deutscher Bundestag, Drucksache 16/6925.

6 Salomon Korn: Diktaturenvergleich jetzt!, in: Die Zeit, 15.11.2007.

7 Roman Herzog: Rede anlässlich der Veranstaltung „150 Jahre Revolution von 1848/49“ in der Paulskirche Frankfurt/Main am 18.5.1998: www.bundespraesident.de (eingesehen am 06.11.2008).

8 Frankfurter Rundschau, 2.1.1979, auch abgedruckt in: Peter Brandt/Herbert Ammon (Hrsg.): Die Linke und die nationale Frage. Dokumente zur deutschen Einheit seit 1945, Reinbek bei Hamburg 1982, S.358f., und in: Aktion 18. März (Hrsg.), Aufruf, 2008, S.4.

wobei zum Zeitpunkt der Gründung die erste der zweiten nachgeordnet war. Ziel der „Aktion 18. März“ war es, mit Bezug auf die Märzrevolution von 1848 den 18. März als einen gesetzlichen Feiertag in beiden deutschen Staaten zu installieren. Und dies zuungunsten des Tags der deutschen Einheit, des 17. Juni, der, so die Initiatoren, „im politischen Alltag der Bundesrepublik Deutschland propagandistisch verschlissen“ worden sei.⁹ Für das demokratische Aufbegehren des Volkes in der Märzrevolution von 1848 gegen die Obrigkeit der Feudalmächte sei der 18. März, der Beginn der Barrikadenkämpfe in Berlin, ein Datum, auf das sich Demokraten mit Fug und Recht beziehen könnten. Der 18. März biete einen historischen Bezugspunkt für das kulturelle Gedächtnis in der Bundesrepublik und der DDR, auf den sich politische Legitimität in beiden deutschen Staaten begründen ließe. Und nicht nur dies: Er betone das Gemeinsame und nicht das Trennende – insofern hatte der Vorschlag der „Aktion 18. März“ vom Januar 1979 vor allem auch eine gesamtdeutsche Intention. Gedacht war diese basisdemokratische Initiative als ein erster Schritt auf einem langen Weg.

Das mit diesem Aufsatz vorliegende Ergebnis einer Spurensuche in den basisdemokratischen und bürgerbewegten Feldern der bundesrepublikanischen Geschichts-¹⁰ und Erinnerungskultur¹¹ versteht sich als eine erste Bestandaufnahme zu einer Geschichte der „Aktion 18. März“.¹² Gefragt wird nach den Initiatoren und deren politischer Motivation, nach dem (sich wandelnden) geschichtskulturellen und deutschlandpolitischen Kontext, nach der Organisationsstruktur und den Aktionsformen der Initiative. Letztere war von zwei vollkommen unterschiedlichen Rahmenbedingungen bestimmt. Während in der Bundesrepublik der kontrovers-plurale Diskurs über Vergangenheit konstitutiv für das Selbstverständnis einer demokratischen Gesellschaft war, hatte die „Aktion 18. März“ in der DDR keine Möglichkeit, jenseits staatlich verordneter Geschichtsbilder auf eine weitgehend monolithische und von der SED gelenkte Diskussion einzuwirken.

9 Brandt/Ammon, Linke, S.359.

10 Zur Konzeptionalisierung der Geschichtskultur siehe: Jörn Rüsen: Was ist Geschichtskultur? Überlegungen zu einer neuen Art, über Geschichte nachzudenken, in: Klaus Fießmann/Heinrich Theodor Grütter/Jörn Rüsen (Hrsg.): Historische Faszination. Geschichtskultur heute, Köln u. a. 1994, S.3-26; Bernd Schönemann: Geschichtsdidaktik und Geschichtskultur, in: Bernd Mütter/Bernd Schönemann/Uwe Uffelmann (Hrsg.): Geschichtskultur. Theorie – Empirie – Pragmatik, Weinheim 2000, S.2-58.

11 Marko Demantowsky: Geschichtskultur und Erinnerungskultur – zwei Konzeptionen des einen Gegenstandes. Historischer Hintergrund und exemplarischer Vergleich, in: Geschichte, Politik und ihre Didaktik, 2005, H. 1/2, S.11-20.

12 Die Quellengrundlage dieses Beitrags bilden Veröffentlichungen der Tagespresse, der „Aktion 18. März“ sowie solche, die in deren mittelbaren Kontext entstanden sind. Außerdem konnten durch Interviews mit Volker Schröder, Beate Buchwald und Hannes Fehse wertvolle Informationen gewonnen werden. Der Autor kann auch aus eigenem Erleben schöpfen. Er gibt sich trotzdem der Hoffnung hin, in seiner Darstellung hinreichend Unabhängigkeit gewahrt zu haben.

ken. Mit der Öffnung der Grenze 1989 und der Vereinigung der beiden deutschen Teilstaaten 1990 haben sich die Parameter des Handelns jedoch vollkommen geändert.

Nicht der historische 18. März 1848 steht also im Mittelpunkt; es geht um die drei Jahrzehnte der Bemühungen der „Aktion 18. März“, diesen als deutschen Erinnerungsort so breit wie möglich im kulturellen Gedächtnis zu etablieren.

Unterstützer und erste Reaktionen der Öffentlichkeit

Die Initiative „18. März“ stand unter der Schirmherrschaft der Schriftstellerin Ingeborg Drewitz (1923-1986) und des ehemaligen Regierenden Bürgermeisters von Berlin (West) Heinrich Albertz (1915-1993). In einem Anfang 1979 veröffentlichten Grußwort begründeten beide die Initiative und ihre Bereitschaft, die Schirmherrschaft zu übernehmen: „Die verbindende Kraft der gemeinsamen Geschichte der beiden deutschen Staaten ist nicht wegzudiskutieren. Durch einen Feiertag zum Ausdruck zu bringen, daß die Menschen in beiden deutschen Nachkriegsstaaten – jeweils eingebunden in ihre gegensätzlichen Bündnissysteme – sich nicht zu feindlichen Brüdern bestimmen lassen wollen, erscheint vernünftig, weil ja die unterschiedliche Struktur der beiden deutschen Staaten nicht geleugnet wird.“¹³ Mit ihrer Unterschrift bekannten sich 269 Menschen, vornehmlich aus Berlin, zu den Zielen der Aktion. Vielfach waren dies akademisch Gebildete, aber auch Handwerker und Angestellte fanden sich darunter. Zu den sicherlich Bekanntesten gehörten 1979 neben Drewitz und Albertz Peter Brandt, der Historiker und Sohn Willy Brandts, der Ex-Kommunarde Dieter Kunzelmann, der Schriftsteller Martin Walser sowie der Publizist Wolfgang Venohr.

Für so unterschiedliche Charaktere und Intellektuelle wie den Nationalkonservativen Venohr, den damaligen Trotzkiten und heutigen Sozialdemokraten Brandt sowie den ehemaligen DKP-Anhänger und ebenso streitbaren wie umstrittenen Schriftsteller Walser war bzw. ist die deutsche Frage ein Angelpunkt ihrer wissenschaftlichen, publizistischen und politischen Arbeit. So war Venohr schon 1982 wider alle tagespolitische Evidenz gewiss: „Die deutsche Einheit kommt bestimmt“, denn allein diese sei die „einzig wirksame Garantie für den europäischen Frieden“.¹⁴ Mit einem „Patriotismus von Links“¹⁵ wollte dagegen Peter Brandt die nationale Frage nicht den Konservativen oder gar Reaktionären überlassen. An der militärischen wie politischen Nahtstelle zwischen den beiden Blöcken sei gerade Deutschland besonderen Gefahren ausgesetzt. Ein „paktfreier Status Deutschlands“ hätte „u. U. das Kernelement eines neuen gesamt-europäischen Sicherheitssystems sein können“, so charakterisierte er rückblickend

13 Zit. nach: Volker Schröder: Igel für Deutschland, Berlin 1992, S.77.

14 Wolfgang Venohr (Hrsg.): Die deutsche Einheit kommt bestimmt, Bergisch-Gladbach 1982, S.6.

15 Peter Brandt/Herbert Ammon: Patriotismus von links, in: Venohr, Einheit, S.119-159.

seine deutschlandpolitische Position der 1970/80er-Jahre.¹⁶ Und Martin Walser gestand 1979: Als Gesamtdeutscher von Geburt fühle er sich in dem Teilstaat Bundesrepublik letztlich fremd.¹⁷ „In mir“, so Walser schon 1978, „hat ein anderes Deutschland immer noch eine Chance. Eines nämlich, das seinen Sozialismus nicht von einer Siegermacht draufgestülpt bekommt, sondern ihn ganz und gar selber entwickeln darf, und eines, das seine Entwicklung zur Demokratie nicht ausschließlich nach dem kapitalistischen Krisenrhythmus stolpern muß; dieses andere Deutschland könnte man, glaube ich, heute gebrauchen. Die Welt müßte vor einem solchen Deutschland nicht mehr zusammensucken.“¹⁸

Die öffentliche Reaktion auf den Aufruf war im Umfang bescheiden und changierte von vollkommener Ablehnung aus politischen wie aus pragmatischen Gründen bis hin zu verhaltener Sympathie. Der damalige Generalsekretär der CSU, Edmund Stoiber, ließ in einer Presseerklärung verkünden, der Aufruf zeige den „kommunistischen Hintergrund der Kampagne“. Nicht die „Revolutionswirren von 1848, sondern die schmerzliche Situation unserer Landsleute in der DDR“ müssten ständig bewusst bleiben.¹⁹ Die „Berliner Morgenpost“ betonte zwar die geschichtspolitische Bedeutung der Märzrevolution von 1848, lehnte aber die Abschaffung des 17. Juni als Feiertag ab, „denn 1953 haben in Ost-Berlin und in den anderen Städten der ‚DDR‘ Arbeiter ebenfalls für die Demokratie und nicht für Lohnerhöhungen ihr Leben lassen müssen.“²⁰ Dem Wochenmagazin „Stern“ zufolge handelte es sich bei der „Aktion 18. März“ gar um „rote Nazis“.²¹ Massive Kritik kam auch aus dem marxistischen Lager. Die Zeitschrift „Arbeiterkampf“ sah die „Aktion 18. März“ als verkappte KPD-Einrichtung und urteilte: „Diese Kampagne ist ihrem Wesen nach ideologische Begleitmusik für die immer offenere Orientierung des bundesdeutschen Großkapitals auf nicht mehr nur bloß wirtschaftliche, sondern auch politische Expansion nach außen. Es entspricht schlimmster Tradition deutscher Geschichte, wenn wiedererwachender Chauvinismus [...] bemäntelt wird mit wehleidigem Gegreine über ‚Schuldkomplexe‘ und ‚Minderwertigkeitsgefühle‘, an denen das ‚deutsche Volk‘ angeblich leide.“²²

Einem Kommentar des Norddeutschen Rundfunks und einer Stellungnahme der Wochenzeitung „Die Zeit“ gemeinsam war der Hinweis auf die Realitätsferne

16 Peter Brandt: Schwieriges Vaterland. Deutsche Einheit. Nationales Selbstverständnis. Soziale Emanzipation. Texte von 1980 bis heute, 2. korrigierte Aufl., Berlin 2001, S.12.

17 Martin Walser: Händedruck mit Gespenstern, in: Jürgen Habermas: Stichworte zur ‚Geistigen Situation der Zeit‘, 1. Bd.: Nation und Republik, Frankfurt am Main 1979, S.44.

18 Zitiert nach: Brandt/Ammon, Patriotismus, S.348.

19 Der Tagesspiegel, 5.1.1979.

20 Franz Barsig: Albertz sucht einen Nationalfeiertag, in: Berliner Morgenpost, 4.1.1979.

21 Die roten Nazis. Die rechte Gewalt hat ein linkes Programm: nationale Revolution und Sozialismus, in: Stern, 4.3.1982, S.106.

22 Arbeiterkampf, 8.1.1979. Warum allerdings eine verkappte KPD-Einrichtung die Interessen des „bundesdeutschen Großkapitals“ vertreten soll, bleibt ungeklärt.

wie auch eine gewisse Sympathie. „Auch um dieses Unternehmen weht die Luft traumseliger Romantik“, urteilte „Die Zeit“ und führte weiter aus: „Aber hüben anzunehmen, Honecker könnte dieser Idee des gemeinsamen Feierns etwas abgewinnen, wäre genauso weltfremd, als hoffte man drüben, die Bundesrepublik werde sich morgen der DDR anschließen.“²³ Ähnlich realpolitisch argumentierte der Kommentator des NDR. „Die Zeit“ gab aber, wie auch der NDR, zu bedenken. „Doch verachtet mir die Träumer nicht. Sie passen auf, daß die Idee vom ganzen Deutschland nicht im politischen Alltagsgeschäft unter die Räder gerät.“²⁴ Kurzum – die Reaktionen zeigen eins: Es stellt sich das Empfinden ein, dass es gar nicht so viele Stühle gab, zwischen die die „Aktion 18. März“ sich zu setzen gewillt war.

Dreißig Jahre zuvor, Ende der 1940er-Jahre, war die Sitzordnung dagegen unumstritten gewesen. Dem sich zuspitzenden Konflikt zwischen der SED sowie der SPD und den bürgerlichen Parteien in Westberlin zum Trotz: Wenige Jahre nach dem Ende des Nationalsozialismus war gerade in Berlin das Empfinden, die deutsche Tradition der Demokratiebewegung pflegen zu müssen, wesentlich deutlicher ausgeprägt als Ende der 1970er-Jahre. Aus Anlass des Zentenariums der 1848er-Revolution hatte der Magistrat von Berlin eine Reihe von Maßnahmen zur Würdigung der Revolution beschlossen. Auch waren sich 1948 in Berlin die SPD, CDU und LDP einerseits sowie die SED andererseits in der Frage eines arbeitsfreien Feiertages einig. „Angesichts der besonderen Bedeutung“, so die damalige Berliner Oberbürgermeisterin Louise Schröder (SPD), „die der 18. März für die Geschichte der Demokratie in Berlin hat“, stimmte der Magistrat der Stadt am 4. Februar 1948 dem von der Stadtverordnetenversammlung beschlossenen Gesetz zu, den 18. März in Berlin zum gesetzlichen Feiertag zu erklären.²⁵ Die Sowjetische Militäradministration erklärte ihrerseits den 18. März zum Feiertag in der gesamten sowjetischen Besatzungszone.²⁶

Die Mentoren und der Motor

Als kein Zufall erscheint es, dass mit einer Schriftstellerin und einem Pfarrer zwei Personen des öffentlichen Lebens die Schirmherrschaft über die Initiative „Aktion 18. März“ übernommen hatten, die durch ihre Profession gewohnt waren, ihr Denken nicht allein vom realpolitisch Machbaren diktieren zu lassen. Ihre Biografien zeigen jedoch, dass Ingeborg Drewitz und Heinrich Albertz auch politische Menschen waren – an der Grenze zwischen Wünsch- und Machbarem

23 KJ: ‚...über alles‘ – für alle?, in: Die Zeit, 29.9.1978.

24 Ebenda.

25 Landesarchiv Berlin, C Rep. 100, Nr. 789, Magistratssitzungen 1947, Februar-März, Bl. 4, 55. Zu den Feierlichkeiten in Berlin insgesamt siehe Claudia Klemm: *Erinnert – umstritten – gefeiert. Die Revolution von 1848/49 in der deutschen Gedenkkultur* (=Formen der Erinnerung, Bd. 30), Göttingen 2007, S.312-401.

26 Siehe Klemm, *Erinnert*, S.334.

optierten beide für eine Orientierung an den sozial Schwachen, an einer Politik des Friedens im Innern und der Entspannung nach außen.

Drewitz, Verfasserin von Sachbüchern, Hörspielen, Erzählungen und vor allem Romanen, war politisch u. a. aktiv in ihrer Eigenschaft als Vizepräsidentin des bundesdeutschen PEN-Clubs sowie als Vorsitzende des Verbands der Schriftsteller in Berlin und engagierte sich auch bei Amnesty International.²⁷

Albertz, Pfarrer der Bekennenden Kirche, hatten die Nationalsozialisten während des Zweiten Weltkrieges wegen Vergehen gegen den Kanzelparagrafen mehrfach verhaftet und ihn 1943 für mehrere Monate in der Festung Glatz inhaftiert. Obwohl er nach dem Krieg lange Zeit hohe politische Ämter für die SPD bekleidete,²⁸ war er im Grunde ein politischer Außenseiter – am Ende seiner politischen Laufbahn selbst in der eigenen Partei. Nach dem Rücktritt von seinen politischen Ämtern war er einer der profiliertesten Vertreter der bundesdeutschen Friedensbewegung.²⁹

Eine Generation jünger ist Volker Schröder, der Mitbegründer der „Aktion 18. März“ und deren Motor seit 30 Jahren. Durch die 1968er-Studentenbewegung politisiert,³⁰ wandte sich Schröder bald von der SPD ab und trat in die 1971 gegründete Liga gegen Imperialismus ein, eine Unterorganisation der KPD/Aufbauorganisation (KPD/AO; 1970-1980). Diese charakterisierte sich selbst als „antiimperialistische Massenorganisation“ zur Befreiung der unterdrückten Völker. Wie die anderen bundesrepublikanischen K-Gruppen der 1970er-Jahre grenzten sich die KPD/AO und ihre Untergliederungen stark von den bundesdeutschen Sozialisten sowjetischer Orientierung (DKP, SEW) ab und folgte den außenpolitischen Vorgaben der KP Chinas, darunter seit dem April 1975 der Drei-Welten-Theorie Mao Zedongs. Die politische Konsequenz daraus war die Forderung nach einem unabhängigen, vereinten und sozialistischen Deutschland. In der 1977 von Schröder und anderen herausgegebenen Broschüre „Unabhängigkeit und Einheit für Deutschland!“³¹ wird die UdSSR als „imperialistische Supermacht“ charakterisiert. Nachdem die außerparlamentarische Linke sich in den 1960ern allein gegen die USA gewandt hatte, kritisieren nun

27 Zu Ingeborg Drewitz siehe Titus Häusermann/Bernhard Drewitz (Hrsg.): Ingeborg Drewitz: Materialien zu Werk und Wirken, Stuttgart 1983, sowie ihre Autobiografie: Die ganze Welt umwenden: ein engagiertes Leben, München 1989.

28 Minister in Niedersachsen 1948-1955, Senator und Regierender Bürgermeister in Berlin 1961-1967.

29 Zu Heinrich Albertz siehe Jacques Schuster: Heinrich Albertz – Der Mann, der mehrere Leben lebte: eine Biographie, Berlin 1997, sowie seine Autobiografie: Blumen für Stukenbrock: Biographisches, Reinbek bei Hamburg 1989.

30 Siehe Schröder, Igel. Schröder, Jahrgang 1942, war als Diplom-Kaufmann von 1981 bis 1991 Finanzverantwortlicher der Berliner Alternativen Liste, dem heutigen Berliner Landesverband von Bündnis 90/Die Grünen.

31 Initiative für Unabhängigkeit und Einheit gegen die Supermächte (Hrsg.): Unabhängigkeit und Einheit für Deutschland!, o. O. o. J. [Berlin 1977].

Teile von ihr also auch die UdSSR. Die Volksrepublik China wurde dagegen als Verbündeter dargestellt. Schröders zentraler Gedanke war jedoch die nationale Einheit, die zu befördern er „über parteipolitische und weltanschauliche Differenzen hinweg alle Menschen“ aufforderte.³² 1978 wurde Volker Schröder Gründungsmitglied der Alternativen Liste Berlin, dem späteren Berliner Landesverband der Grünen, und formulierte gemeinsam mit den Mitgliedern der in Auflösung begriffenen „Initiative für Unabhängigkeit und Einheit gegen die Supermächte“ Hannes Fehse³³, Steffen Noack³⁴ und Dieter Zeiner im Herbst 1978 den Aufruf für den 18. März als Nationalfeiertag in beiden deutschen Staaten.

Deutschland- und geschichtspolitische Kontexte

Als in der Tradition der außerparlamentarischen Opposition stehend, erweist sich die „Aktion 18. März“ auch darin, dass sich bei den Unterzeichnern des Aufrufs von 1979 kein einziger Träger eines politischen Mandats findet. Hier spiegeln sich die überparteiliche Haltung und das außerparlamentarische Politikverständnis der Akteurinnen und Akteure ebenso wider wie auch deren Abstand zu den offiziellen deutschlandpolitischen Positionen der etablierten Parteien. Dies betrifft nicht in erster Linie die Haltung der „Aktion 18. März“ zum 17. Juni, dem Symbol der deutschen Einheit. Schließlich hatten sich schon 1968 CDU und SPD, zu Zeiten der Großen Koalition, auf die Streichung des Feiertags geeinigt.³⁵ Und in den 1970ern wurde, nachdem die nunmehrige Oppositionspartei CDU aus taktischen Erwägungen von diesem Beschluss abgerückt war, jährlich über geschichtspolitische Alternativen gestritten.

In ihrer Haltung zum 17. Juni stand die „Aktion 18. März“ also keineswegs immer allein da. Dies betrifft auch ihr Anliegen, kollektiven Sinn durch einen Rückbezug auf die deutsche Vergangenheit zu stiften – auch hier bewegte sich die Aktion nicht jenseits gesamtgesellschaftlicher Diskurse. Mit der Wahrnehmung der Grenzen des Wachstums der Industriegesellschaften spätestens seit der Ölkrise 1973 und dem Bericht des Clubs of Rome, mit der damit verknüpften Fortschrittskrise und Zivilisationskepsis, mit dem Empfinden der Beschleunigung von Veränderung wandte sich in der Bundesrepublik seit dem Ende der 1970er-Jahre der Blick in die Vergangenheit – ein „regelrechter Geschichtsboom“ entwickelte sich.³⁶ Innerhalb dieser umfassenden geschichtskulturellen

32 Siehe ebenda, S.4.

33 Hannes Fehse ist heute noch in der „Aktion 18. März“ beteiligt.

34 Steffen Noack ist heute nicht mehr in der „Aktion 18. März“ aktiv. Er arbeitet als pädagogischer Mitarbeiter in der Gedenkstätte Berlin-Hohenschönhausen.

35 Siehe Edgar Wolfrum: Geschichtspolitik und deutsche Frage. Der 17. Juni im nationalen Gedächtnis der Bundesrepublik (1953-1989), in: *Geschichte und Gesellschaft*, 1998, H. 3, S.382-411, hier S.408.

36 Ebenda, S.396.

Rehistorisierung des öffentlichen Lebens verfolgten politisch meist konservativ motivierte Diskurse auch die Frage der Identitätsfunktion von Vergangenheitswahrnehmung und Geschichtsdeutung – dies im Zusammenhang mit der NS-Vergangenheit, aber auch mit der deutschen Frage.

Die „Aktion 18. März“ setzte in dieser Diskussion einen – öffentlich zunächst wenig beachteten – Kontrapunkt, indem sie die deutsche Frage eben nicht den Konservativen überlassen wollte und sie einband in die demokratischen Traditionen deutscher Geschichte. Die Initiative knüpfte damit an Positionen an, die auch von prominenter Seite gepflegt wurden. Denn auf die Anerkennung zweier deutscher Staaten Anfang der 1970er-Jahre durch die Bundesrepublik folgte in beiden deutschen Staaten das Bemühen der historischen Traditionspflege und der Streit um das Erbe. Dabei schöpfte kein Geringerer als der damalige Bundespräsident Gustav Heinemann nationale und demokratische Legitimität und Selbstbewusstsein aus der demokratischen Tradition der 1848er-Revolution. 1973 rief er den „Schülerwettbewerb Deutsche Geschichte ins Leben“ und lobte die Revolution von 1848/49 aus Anlass des 125. Jahrestages als erstes Thema aus. Ein Jahr später eröffnete er im Rastatter Schloss die „Erinnerungsstätte für die Freiheitsbewegungen in der deutschen Geschichte“. Auf Heinemanns Initiativen zur Institutionalisierung des Gedenkens an die Märzrevolution konnte sich die „Aktion 18. März“ beziehen, obwohl auch Unterschiede deutlich wurden. Denn der Akzent bei Heinemann lag nicht so sehr auf der Einheit denn – wie der Name der Institution in Rastatt schon anzeigt – auf der Freiheit.

Für die CDU/CSU wie auch für die FDP war im Vergleich zur parlamentarischen Tradition der Paulskirche der 18. März als „street fighting day“ nur untergeordneter Natur. In dieser Haltung artikuliert sich der bürgerliche Affekt gegen eine Volksbewegung, die (noch) nicht parlamentarisch domestiziert worden war. Eine Forderung nach dem 18. März als Feiertag war deshalb ausgeschlossen. Und dies erst recht, wenn dafür der 17. Juni geopfert werden sollte.

Den 18. März als Instrument der Annäherung an die nationale Frage zu nutzen, war jedoch für die bundesrepublikanische Linke problematisch. Sie zeigte eine zunehmende Distanz zur Idee der deutschen Nation, die durch die Vergangenheit des Nationalsozialismus diskreditiert schien und außerdem als ein Thema wahrgenommen wurde, das konservative wie nationalistische Tendenzen befördern könnte. Diese „antinationale“ Position fand sich bei Linken innerhalb und außerhalb der Parlamente ebenso wie bei Teilen der Gewerkschaften oder der linken Intelligenz. Und sie gewann Bedeutung, als der gesamtdeutsche Bezug im gesellschaftlichen Leben eine immer geringere Rolle spielte. Bei der Partei Die Grünen dominierte diese politische Positionierung. Sofern nicht familiäre Bindungen in den anderen deutschen Teilstaat bestanden, wurde die Teilung von der Mehrheit nicht in Frage gestellt, sondern eine Politik der deutschen Zweistaatlichkeit vertreten. Prägend war dafür das Bewusstsein der Schuld aufgrund der nationalsozialistischen Vergangenheit. Nach Auschwitz habe Deutschland das

Recht auf nationale Selbstverwirklichung verloren.³⁷ Die deutsche Teilung sei, so diese eher moralisch und emotional denn argumentativ vorgetragene Haltung, die zu Recht hinzunehmende Sühne für die in der Vergangenheit von Deutschen begangenen Verbrechen. Die Problematik dieser Haltung lag darin, dass sie die Lasten der deutschen Teilung den Menschen in der DDR aufbürdete und sich selbst schadlos hielt. Im Unterschied zu den großen Volksparteien suchten Vertreter der Grünen aber den Kontakt zu Menschenrechts- und Friedensgruppen in der DDR und unterstützten diese. Aufgrund ihrer Herkunft aus den sozialen Bewegungen standen die Grünen diesen näher als die etablierten Parteien der Bundesrepublik. Diese betrieben ihrerseits Realpolitik mit den Vertretern der SED-Diktatur und vernachlässigten die Bürgerbewegung in der DDR. Man könne, so der ehemalige Politiker der Grünen Hubert Kleinert, bei den Grünen *grosso modo* von einer deutschlandpolitischen Position der „Freiheit ohne Einheit“³⁸ sprechen, die eine Zweistaatlichkeit einerseits wie eine grundlegende Demokratisierung der DDR andererseits forderte. Innerhalb der Grünen repräsentierte das gesamtdeutsche Ansinnen der „Aktion 18. März“ also eine Minderheitsposition.

Mit der Sozialdemokratie gemeinsam hatten die Grünen die sicherheitspolitische Sorge um die Gefährdung der Machtbalance im Europa der Blockkonfrontation. So beförderte der Ende der 1970er- und zu Beginn der 1980er-Jahre einsetzende zweite Kalte Krieg zwischen den Hegemonialmächten vor allem in der Bundesrepublik die Angst vor einem begrenzten Atomkrieg und gab damit der Friedensbewegung Auftrieb. Begünstigt wurden dadurch alle Bemühungen um eine Entspannung zwischen beiden deutschen Staaten. Zudem schien es zu dem Konzept sozial-liberaler Entspannungspolitik keine realistische Alternative zu geben; die deutschlandpolitische Kontinuität durch die konservativ-liberale Koalition belegt dies. Der deutschlandpolitische „Wandel durch Annäherung“ der Sozialdemokratie bedeutete allerdings eine Kooperation mit der SED. Reformen im Osten, so die SPD-Linie, waren nur mit den Machthabern, nicht gegen sie durchzusetzen. Ganz in diesem Sinne beurteilt der Historiker Peter Brandt rückblickend die Haltung seines Vaters zum politischen Anliegen der „Aktion 18. März“: „Mein Vater Willy Brandt hat die Pflege der Tradition deutscher Freiheitsbewegung, namentlich der Revolution von 1848/49 sehr befürwortet. Auch in ihrer gesamtdeutschen Dimension. Von der offensiven Propagierung eines Nationalfeiertags in beiden deutschen Staaten befürchtete er allerdings Irritatio-

37 Zum Auschwitz-Argument siehe Florian Roth: *Die Idee der Nation im politischen Diskurs. Die Bundesrepublik Deutschland zwischen neuer Ostpolitik und Wiedervereinigung (1969-1990)*, Baden-Baden 1995, S.356-362.

38 Hubert Kleinert: *Vom Protest zur Regierungspartei. Die Geschichte der Grünen*. Frankfurt am Main 1992, S.339.

nen beiderseits der Grenze ohne einen überwiegenden Nutzen.“³⁹ Egon Bahr wiederum begründete 1979 seine Absage der Unterstützung mit dem Argument, dass der „demonstrative gesamtdeutsche Charakter sie von vorneherein aussichtslos erscheinen läßt“.⁴⁰ Diese etatistische Deutschlandpolitik betrachtete bürgerschaftliche und basisdemokratische Initiativen im Kern eher als politischen Stör- und Unsicherheitsfaktor. Sie war zudem vom Primat der Sicherheitspolitik bestimmt.

Die „Aktion 18. März“ und die DDR

Die „Aktion 18. März“ bemühte sich seit Beginn ihrer Arbeit 1979 auch um Unterschriften aus der DDR, gleichwohl erfolglos.⁴¹ Sie schickte den Aufruf – wie das Ministerium für Staatssicherheit vermerkte – „an staatliche Organe, gesellschaftliche Organisationen und Redaktionen von Massenmedien“, die schon auf dem Postwege vom Ministerium für Staatssicherheit abgefangen wurden.⁴² Auch die Versuche von Ingeborg Drewitz, offizielle Stellen für den gemeinsamen Feiertag zu gewinnen, schlugen fehl. So hatte sie sich im März 1981 in ihrer Eigenschaft als Vizepräsidentin des bundesdeutschen PEN-Clubs mit einem Brief an Henryk Keisch gewandt, den Generalsekretär des PEN-Clubs der DDR.⁴³ Sie verwies auf die gemeinsame Tradition des 18. März und schlug als ersten Schritt eine gemeinsame Konferenz von Schriftstellerinnen und Schriftstellern bzw. Historikerinnen und Historikern aus beiden deutschen Staaten vor. Nach der Abstimmung mit der Kulturabteilung des ZK der SED lehnte Keisch in seiner Antwort Drewitz' Vorschlag ab und verwies darauf, dass die DDR mit dem 7. Oktober ihren eigenen Nationalfeiertag begehe: „Wir haben ja keine so fragwürdigen Feiertage wie den 17. Juni, an dessen Stelle ein neuer gesetzt werden könnte. Ein neuer Feiertag hätte außerdem ökonomische Folgen, über die wir uns nicht einfach hinwegsetzen können. Ich sehe vorläufig nicht, welche Art Zusammenwirken in dieser Hinsicht möglich wäre. Große Möglichkeiten des Zusammenwirkens gibt es aber sicher in allem, was die Lebensfragen unserer

39 30 Jahre dabei – Peter Brandt, in: *Aktion 18. März*, Aufruf, 2008, S.6. Zu Peter Brandts Motivation, die „Aktion 18. März“ zu unterstützen, siehe auch: Peter Brandt: *Nationale Frage in Deutschland ungelöst*, in: *Aktion 18. März* (Hrsg.): *Aktion 18. März Nationalfeiertag in beiden deutschen Staaten*. 2. erw. Aufl. 1979, S.11.

40 Ebenda, S.10.

41 Siehe Schröder, Igel, S.84f.

42 Nach: Information zu geplanten Kranzniederlegungen Westberliner Bürger am 18.3.1988 auf dem Friedhof der Märzgefallenen in Berlin-Friedrichshain, Ministerium für Staatssicherheit der DDR, abgedruckt in: *Aktion 18. März* (Hrsg.): *Aufruf*, 2003, S.7.

43 Folgende Ausführungen nach Jochen Staadt: *Die Nationalfeiertagsfrage. Warum die DDR den 18. März nicht wollte*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 18.3.2000, abgedruckt in: *Aktion 18. März*, Aufruf, 2003, S.7.

Zeit betrifft: die Frage der Friedenserhaltung, der Rüstungsbegrenzung und der Abrüstung.“⁴⁴

Auch wenn die Märzrevolution von 1848 und der 18. März zum ehernen geschichtspolitischen Selbstverständnis der DDR gehörten: Der Vorschlag nach einem gemeinsamen nationalen Feiertag am 18. März in Ost und West konterkarierte die seit den 1970er-Jahren vertretene Deutschlandpolitik der DDR in einem zentralen Punkt. Denn mit dem VIII. Parteitag der SED vom Juni 1971 hatte die DDR die nationale Frage für sich eindeutig entschieden. Während die Bundesrepublik eine bürgerlich-kapitalistische Nation darstelle, entwickle sich in der Deutschen Demokratischen Republik die sozialistische Nation. Auf die von der SED 25 Jahre lang offensiv vertretene These von der nationalen Einheit Deutschlands folgte in einer Kehrtwendung nun die Zwei-Nationen-These. Der Wiedervereinigungsspassus im Artikel 8 der Verfassung von 1968 wurde gestrichen. Diese Politik der nationalen Abgrenzung zur Bundesrepublik war eine Folge des globalen politischen Wandels von der Konfrontation zur Kooperation. Die innerdeutsche Annäherung im Rahmen der sozialliberalen Entspannungspolitik, die intensiviertere staatliche Zusammenarbeit, die Zunahme von deutsch-deutschen Begegnungen ließen bei der SED Befürchtungen über die destabilisierenden Folgen für die DDR aufkommen. Ihr Ziel, ein DDR-Nationalbewusstsein aufzubauen, schien ebenso gefährdet wie die Konsolidierung der DDR als souveräner Staat latent infrage gestellt. Die Lücken in der Mauer, die die Entspannungspolitik geschlagen hatte, mussten ideologisch wieder geschlossen werden. Und in diesem Zusammenhang bedeuteten naturgemäß alle Bemühungen, einen gesamtdeutschen Feiertag zu installieren, ein – wie Kurt Hager im Januar 1979 formulierte – „Phantasieren an bundesdeutschen Kaminen“.⁴⁵

Die „Aktion 18. März“ ließ sich von der ablehnenden Haltung DDR-Offizieller von ihrem deutsch-deutschen Engagement jedoch nicht abbringen. Das Ministerium für Staatssicherheit war mit seinen „Fahndungs- und Filtrierungsmaßnahmen zur Sicherung der Ehrungen der Märzgefallenen“ – so der gebrauchte Bürokratenjargon – immer mit dabei, wenn die „Aktion 18. März“ nach Berlin (Ost) kam; deren Verhalten wurde minutiös protokolliert.⁴⁶ Diese indes machte es der Staatssicherheit auch leicht, weil sie vollkommen offen vorging. 1986 verschickte sie ihren offenen Brief, in dem für den gemeinsamen Feiertag in der Bundesre-

44 Ebenda.

45 Zit. nach: Der Tagesspiegel, 4.1.1979.

46 Folgende Angaben nach den Unterlagen des BStU über Überwachung der „Aktion 18. März“ durch das Ministerium für Staatssicherheit. (Mit freundlicher Genehmigung von Volker Schröder; Kopien der Originale im Besitz des Autors). Nach der friedlichen Revolution von 1989 wurde Dirk Schneider, der ehemalige deutschlandpolitische Sprecher der Bundestagsfraktion, als Inoffizieller Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit enttarnt. Als MdB hatte Schneider zunächst Petra Kelly und Gert Bastian für die Aktion 18. März gewinnen können. Später betrachtete er die Aktivitäten der Aktion 18. März als Einmischung in die inneren Angelegenheiten der DDR.

publik und der DDR geworben wurde, an alle Bezirkszeitungen der DDR. 1987, 1988 und 1989 besuchte die Aktion jeweils am 18. März den Friedhof der Märzgefallenen im Berliner Volkspark Friedrichshain und legte dort Kränze nieder. Die von Volker Schröder 1987 eingeladenen Erich Honecker und Erhard Krack, Oberbürgermeister von Berlin (Ost), sahen von einer Teilnahme jedoch ab. Die Kranzniederlegung konnte Schröder 1987 in Begleitung von German Meneses-Vogl (Bündnis 90/Die Grünen, 1989-1990 MdB) vornehmen. Anderen Mitgliedern der Berliner Alternativen Liste, wie den späteren Abgeordneten Alice Ströver (MdB seit 1995) und Wolfgang Schenk (MdB 1986-1988) wurde die Einreise verweigert.⁴⁷ Die Schleifen auf den im Namen der Alternativen Liste niedergelegten Kränzen trugen als Aufschrift einen Satz von Ferdinand Freiligrath: „Es kommt dazu trotz alledem, daß rings der Mensch die Bruderhand dem Menschen reicht – tun wir was dazu.“ Im Jahr 1989 berichtete der „Spiegel“ über die Kranzniederlegung, an der auch Mitglieder der Bezirksverordnetenversammlung Wilmersdorf mit dem CDU-Bürgermeister Dohm teilnahmen: „Auffallend unauffällige Zivilisten in DDR-Turnschuhen und -Anoraks spähnten über die Grabplatten. Mißtrauisch beäugten die Kundschafter ein ganz und gar ungewohntes Bild [...] Die DDR-Staatsschützer [...] reagierten auf ihre Weise. Kaum waren die Kränze für die Märzgefallenen niedergelegt, huschten die Stasi-Beamten herbei und verdeckten die Kranzschleife.“⁴⁸

Politikverständnis und Aktionsprofil

Ganz im Sinne der basisdemokratischen Organisation politischer Willensbildung, wie sie sich in der Bundesrepublik vor allem in der Nachfolge von 1968 seit den 1970er-Jahren in den Bürgerinitiativen unterschiedlichster Provenienz und Zielrichtungen etablierte, betonte die „Aktion 18. März“ erstens ihre Überparteilichkeit, dies auch trotz und unabhängig von der Tatsache, dass vor allem Angehörige von Bündnis 90/Die Grünen,⁴⁹ aber auch der SPD in ihr seit jeher einen stärkeren Einfluss haben als andere Parteien. Die „Aktion 18. März“ versucht zweitens, von außen auf die politische Willensbildung in den Parlamenten Einfluss zu nehmen, und mobilisiert dafür drittens die Zivilgesellschaft und ihre Mitglieder. Ihre Organisationsform ist basisdemokratisch und antiinstitutionell orientiert. Als freier Zusammenschluss geschichtspolitisch Interessierter operiert sie ohne vertragliche Bindungen, verfügt über keine institutionelle Verwaltung und hat auch keine Rechtsform (etwa als ein eingetragener Verein). Sie finanziert

47 Alice Ströver hatte von 1983 bis 1989 ein Einreiseverbot für die DDR.

48 Der Spiegel, 12.6.1989, S.28f. Siehe auch: Schröder, Igel, S.98f.

49 Mit Alice Ströver (Bündnis 90/Die Grünen), Vorsitzende des Ausschusses für kulturelle Angelegenheiten des Berliner Abgeordnetenhauses, hat die Aktion heute einen parlamentarischen Arm von Bedeutung. Siehe das Interview mit Alice Ströver in: Aktion 18. März (Hrsg.): Aufruf, 2006, S.3.

sich allein durch Spenden und verzichtet im Grundsatz auf die Alimentierung aus öffentlichen Haushalten.⁵⁰

Als eine Institution ohne institutionelle Korsage betreibt die Aktion ihre Symbolpolitik mit Mitteln aus dem traditionellen Repertoire zivilgesellschaftlicher Aktionsformen. Dazu gehören die Unterschriftensammlung und die Unterstützung von Prominenten, medienwirksame Aktionen in der Öffentlichkeit wie das Bemalen der Berliner Mauer am Brandenburger Tor am 17. Juni 1989 (Text: „Statt 17. Juni nur im Westen 18. März in Ost & West“) oder – im publikumswirksamen Kontext der Verhüllung des Reichstages durch Christo im Sommer 1995 – einer Brandwand in unmittelbarer Nähe des Brandenburger Tors mit der Kinderhymne von Bertolt Brecht. Zu den Aktivitäten gehören Festveranstaltungen (z. B.: Festmärz 1980 mit den Musikern Pannach & Kunert) oder Demonstrationzüge durch Berlin (1998).

Seit 1990 führt die „Aktion 18. März“ auf dem Friedhof der Märzgefallenen im Volkspark Friedrichshain offizielle Veranstaltungen durch, seit 1998 zusätzlich am Brandenburger Tor. Sie greift damit die seit 1848 mit unterschiedlichen Konjunkturen und nur von 1933 bis 1945 unterbrochene Tradition der ehemals vornehmlich sozialdemokratisch geprägten Märzveranstaltungen auf dem Friedhof im Friedrichshain auf. Die Aktion partizipiert von der Aura des historischen Orts und des Ursprungsmythos⁵¹ und perpetuiert ihrerseits die Tradition des Treffens auf dem Friedhof.⁵¹ Dramaturgisch sind diese Treffen charakterisiert durch eine wiederkehrende Choreografie, deren Ausformung sich entlang pragmatischer Überlegungen wie auch an den Erfordernissen des politischen Prozesses orientiert. Grußworte und programmatische Redebeiträge von Vertretern der verschiedenen Parteien bilden ebenso einen wesentlichen Part des Rituals wie die Kranzniederlegung am 1948 errichteten Denkmal. Der im Sinnbezug auf 1848 hergestellten Gemeinsamkeit heterogener Politikvorstellungen inhärent ist jedoch auch eine Zentrifugalkraft. Bei allem gemeinsamen Bezug auf „1848“: Christ- oder Sozialdemokraten, Liberale, die Grünen oder Die Linke denken jeweils partiell auch immer an etwas anderes. Diese politischen Zentripetalkräfte werden aufgehoben durch das gemeinsame Singen von Liedern der 1848er-Revolution sowie der Kinderhymne von Bertolt Brecht. Gerade in dem Komplementären des affektiv-emotionalen Moments liegt ein hohes Potenzial der Vergemeinschaftung, die Tradition bewahrt und verstetigt. Dies jedoch um des Preis des Politischen: Das Partikulare des jeweiligen aktuellen politischen Interesses wird absorbiert durch die Gemeinsamkeit des normativen Vergangenheitsbezuges. In den Auftritten der „Aktion 18. März“ verschränken sich also – mit unterschiedli-

50 Die Berliner Bezirke Mitte und Friedrichshain-Kreuzberg bezuschussen jedoch jährlich den Druck der Zeitung „Aufruf“ mit jeweils 250 Euro (Gesamtkosten: ca. 3.000 Euro).

51 Zum historischen Lern-Ort als Erlebnisraum siehe: Marko Demantowsky: Gedenkstätten der 48er Revolution als Historische Lern-Orte. Eine Übersicht, in: Saskia Handro/Bernd Schönemann (Hrsg.): Orte historischen Lernens. Berlin 2008, S.149-164.

cher Gewichtung – die politische mit der affektiv-ästhetischen und der kognitiven Dimension des Geschichtskulturellen. Politisches steht neben Sinnlichem, Kognitives neben Affektivem. Gerade in dieser Verschränkung scheint eine Ursache des Erfolges zu liegen. Gemeinsames und Differentes halten sich die Waage. Der Mobilisierung nach außen wie der Identität erhaltenden Kommunikation nach innen dient seit 1998 schließlich die alljährlich zum Gedenktag erscheinende Zeitung „Aufruf“.

Mit der friedlichen Revolution von 1989, der Vereinigung der DDR mit der Bundesrepublik 1990 und der Festlegung des 3. Oktober 1990 als neuem Feiertag war zwar das Bemühen der Aktion, den 18. März als nationalen Gedenktag zu etablieren, nicht obsolet, wohl aber deren ursprüngliche deutschlandpolitische Intention. Die erste Mission schien 1990 erfüllt, fortan rückte in der Programmatik der „Aktion 18. März“ die Tradition der Freiheit in den Vordergrund. Vor 1989 war gerade die gesamtdeutsche Motivation der „Aktion 18. März“ für viele ein Grund gewesen, diese nicht zu unterstützen; mit dem Ende der Zweistaatlichkeit jedoch konnte die Aktion die Basis ihrer Unterstützerinnen und Unterstützer erheblich verbreitern. Anders als noch zehn Jahre zuvor stellten sich nun immer mehr Abgeordnete aus den verschiedenen Parlamenten hinter das Bemühen, die demokratischen Wurzeln der Bundesrepublik zu würdigen. Dabei wird einmal mehr der überparteiliche Charakter der „Aktion 18. März“ deutlich. Schon 1978 hatte die Aktion mit ihrem Plakat zum Nationalfeiertag „Konservative, Christen, Antifaschisten, Sozialisten, Kommunisten, Parteilose, Liberale, Unabhängige“ angesprochen. In ihrer Eigenschaft als Parlamentspräsidentin des Berliner Abgeordnetenhauses legte am 18. März 1992 zum Beispiel die Christdemokratin Hanna-Renate Laurien auf dem Friedhof der Märzgefallenen einen Kranz nieder. Als Bezirksbürgermeister von Berlin-Mitte unterstützte ihr Parteifreund Joachim Zeller die Aktion in den folgenden Jahren ebenso nachhaltig wie sein Kollege, der Bezirksbürgermeister von Berlin-Tiergarten Jörn Jensen (Bündnis 90/Die Grünen). Als Parlamentspräsident griff der Sozialdemokrat Walter Momper die von Laurien initiierte Tradition auf und legt jährlich einen Kranz nieder. Unterstützt wird die Aktion zum Beispiel auch von den derzeitigen Vizepräsidenten des Deutschen Bundestags Petra Pau (Die Linke), Katrin Göring-Eckhardt (Bündnis 90/Die Grünen), Hermann Otto Solms (FDP) und Wolfgang Thierse (SPD) sowie dem kulturpolitischen Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag Wolfgang Bönnsen.⁵²

Bei den Veranstaltungen der „Aktion 18. März“ treten regelmäßig und überparteilich weniger bekannte wie auch hochrangige Vertreterinnen und Vertreter der Bezirke Mitte und Kreuzberg-Friedrichshain, des Abgeordnetenhauses und des Senats von Berlin, des Deutschen Bundestags, des Landes Baden-Württemberg, des Europa-Parlaments, aus Schule und Wissenschaft, aber auch internationale Gäste⁵³ und

52 Der Präsident des Deutschen Bundestags, Norbert Lammert, würdigte das Engagement der „Aktion 18. März“. Siehe Aktion 18. März, Aufruf, 2006, S.2.

53 Z. B. Fabrizio Romano (Italien), Dorota Paciarelli (Polen/Italien), György Dalos (Ungarn), Dr. Georg Schnetzer (Österreich).

Angehörige von anderen wichtigen öffentlichen Einrichtungen auf. Begleitet werden diese Veranstaltungen durch musikalische und schauspielerische Beiträge von Schülerinnen und Schülern. Unterstützt wird die Aktion auch von namhaften Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern (in erster Linie naturgemäß aus der Geschichtswissenschaft)⁵⁴, von Künstlerinnen und Künstlern bzw. Schriftstellerinnen und Schriftstellern.⁵⁵ Die Berliner Geschichtswerkstatt, durch Jürgen Karwelat schon seit den 1980er-Jahren bei der „Aktion 18. März“ vertreten, unterstützt diese nun ebenso als Institution wie die Freireligiöse Gemeinde Berlin.⁵⁶ Starke Impulse und Unterstützung kamen nach 1989/90 von der PDS bzw. Die Linke. Als wissenschaftlicher Sprecher der „Aktion 18. März“ fungierte aus diesen Reihen lange Jahre Heinz Warnecke, dessen Publikationen den Kenntnisstand über den Berliner Friedrichshain und die Märzrevolution von 1848 erheblich erweiterten.⁵⁷

Eine parteipolitische Aussage war und ist damit jedoch nicht verbunden. Denn mit Manfred Butzmann stellte ein künstlerischer Repräsentant der Opposition in der DDR seine Kreativität zur Verfügung – er gestaltet die Zeitung der „Aktion 18. März“ sowie Plakate zur Märzrevolution.⁵⁸ Beate Buchwald, zweite Sprecherin der „Aktion 18. März“ und für Bündnis 90/Die Grünen Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Marzahn (1990-1999) bzw. der BVV Marzahn-Hellersdorf (ab 2006), engagierte sich im Herbst 1989 bei „Demokratie jetzt“ und noch im selben Jahr bei der „Aktion 18. März“. Der Bezug der Bürgerrechtsbewegung von 1989 zur Märzrevolution von 1848 ist ihr offenkundig: Die 1848er wie die 1989er forderten Rede- und Pressefreiheit, Versammlungsrecht und eben „Demokratie jetzt“.

Das 150. Jubiläum der Märzrevolution in Berlin und der „Platz des 18. März“

Das Jubiläum der Revolution von 1848 war für die „Aktion 18. März“ der Anlass, erneut geschichtspolitisch in die Offensive zu gehen.⁵⁹ Ihre Annahme, sie würde

54 Zum Beispiel von den Professoren: Reinhard Rürup, Gerhard Paul, Bernd Overwien, Hanns-Fred Rathenow, Peter Schulz-Hageleit, Hermann Weber, Laurenz Demps, Walter Schmidt, Wolfgang Michalka u. a.

55 Unter anderem Christa Wolf, Günter Grass, Michael Sowa, Klaus Staeck, Heinz Knobloch, Manfred Butzmann, Werner Stötzer.

56 Siehe dazu das Interview mit deren Vorsitzender, der Sozialdemokratin Anke Reuther, in: Aktion 18. März (Hrsg.): Aufruf, 2005, S.7.

57 Siehe zum Beispiel Heinz Warnecke: 1848/1918. Die 1848er Märzgefallenen im Friedrichshain. Hrsg.: Geschichtskommission der PDS Friedrichshain-Kreuzberg, Berlin 2005; Heinz Warnecke: ND-Kalenderblatt „Märzrevolution“ – Berlin vor 150 Jahren. [Berlin 1998]; Heinz Warnecke: Barrikadenstandorte 1848. Ein Beitrag zur Berliner Heimatkunde, Berlin 1999.

58 Siehe dazu z. B. Manfred Butzmann: Heimatkunde. Abreibungen auf dem Friedhof der Märzgefallenen im Berliner Friedrichshain [Berlin 1997].

59 Siehe dazu Christoph Hamann: Das Geburtsjahr des Parlamentarismus in Deutschland. Die Märzrevolution von 1848 und der Senat von Berlin oder: Berlin ist nicht Backnang, in:

eine nur nachgeordnete Stimme im vielstimmigen Konzert der Berliner Revolutionsfeierlichkeiten abgeben, erwies sich jedoch als krasse Fehleinschätzung. Die erst Ende 1997, also ein Vierteljahr vor dem Jubiläumsdatum, einsetzenden konzeptionellen Überlegungen der in Berlin regierenden Großen Koalition unter Eberhard Diepgen (CDU) zeitigten allzu bescheidene Ergebnisse. Die überregionale Presse urteilte: „Berlin verschläft seine Revolution“⁶⁰ und: „Es hat den Anschein, als schämten sich Berlins Regierende auch heute noch der Freiheitsfreunde von 1848“.⁶¹ Das Verhalten des Senats, so Volker Ullrich in „Die Zeit“, sei „blamabel und unwürdig.“⁶² Nur wenig freundlicher sah es die Berliner Lokalpresse.⁶³ Jürgen Kocka urteilte, im Vergleich zur großen Ausstellung in der Frankfurter Paulskirche blieben die Gedenkfeiern im Berliner Friedrichshain bescheiden.⁶⁴

Die „Aktion 18. März“ verfolgte dagegen ein klares Konzept: Die Erinnerung an 1848 sollte durch eine Umbenennung des „Platzes vor dem Brandenburger Tor“ ebenso gefördert werden wie durch die Installation von Gedenktafeln an den authentischen Barrikadenstandorten. In einem offenen Brief an den Regierenden Bürgermeister unterstrich der Historiker Rüdiger Hachtmann⁶⁵ für die „Aktion 18. März“ die Bedeutung des Brandenburger Tors für die Erinnerung an 1848. Erstens hätten in unmittelbarer Nähe im Tiergarten Massenveranstaltungen stattgefunden, von denen die Märzrevolution ihren Ausgang nahm. Die Nähe zum Pariser Platz würde zweitens implizit die gesamteuropäische Dimension der Revolution von 1848 signalisieren. Die unmittelbare Nähe zur Straße des 17. Juni würde drittens deutlich machen, dass Demokratie und Arbeiterbewegung „zwei zentrale Wurzeln unserer bundesdeutschen Demokratie sind“. Und schließlich würde viertens eine ausschließliche Anbindung an Orte des 1848er-Parlamentarismus der Vielschichtigkeit der Revolution in sozialer Hinsicht und in Hinsicht auf deren Aktionsformen nicht gerecht werden.⁶⁶

Durchsicht, II/1998, H. 8, S.3-6; Klemm, *Erinnert*, S.548-553, sowie *Aktion 18. März* (Hrsg.): *Aufruf*, 1998, 1999, 2000.

60 *Frankfurter Rundschau*, 18.3.1998.

61 *Die Zeit*, 26.2.1998.

62 *Ebenda*.

63 „Keine Lust auf Revolution – oder nur ein wenig“, so „*Der Tagesspiegel*“ vom 16.1.1998. Die *Berliner Zeitung* (6.2.1998) urteilte eindeutiger, der Senat lasse „kaum ein Fettnäpfchen aus“.

64 Jürgen Kocka: *Zwischen Friedrichshain und Paulskirche*, in: *Die Zeit*, 29.4.1998.

65 Von ihm erschien die wegweisende Monografie: *Berlin 1848. Eine Politik- und Gesellschaftsgeschichte der Revolution*, Bonn 1997.

66 Siehe *Aktion 18. März* (Hrsg.): *Aufruf*, 2000, S.2. In einem offenen Brief an den Senat von Berlin forderten die Bundestagsabgeordneten Eckhardt Barthel (SPD), Dr. Norbert Lammert (CDU), Franziska Eichstädt-Bohlig (Bündnis 90/Die Grünen), Dr. Hermann Otto Solms (FDP) und Petra Bläss (PDS) den Senat von Berlin fraktionsübergreifend auf, die Neubenennung des Platzes durchzuführen. Siehe *ebenda*, S.7.

Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Berliner Abgeordnetenhaus nahm den Vorschlag der „Aktion 18. März“ auf und schlug dem Senat Maßnahmen vor. Im Grundsatz stimmte dieser der Notwendigkeit, an 1848 zu erinnern, zwar zu, lehnte jedoch alle Vorschläge ab.⁶⁷ Der BVV Mitte und dem Arbeitskreis 1848 unter der Federführung der „Aktion 18. März“ blieb es überlassen, aktiv zu werden. Die Fraktionen von CDU, SPD, PDS und Bündnis 90/Die Grünen der BVV Mitte beschlossen im August 1997 ohne Gegenstimmen (bei drei Enthaltungen), den Platz westlich des Brandenburger Tors in „Platz des 18. März 1848“ umzubenennen.⁶⁸ Der Senat setzte jedoch mit dem Hinweis auf sein Mitspracherecht im zentralen (hauptstadtrelevanten) Bereich Berlins die Umbenennung aus. Die BVV Mitte bestätigte daraufhin ihre eigene Entscheidung.

Der zuständige Bausenator Klemann (CDU) argumentierte zunächst, rechtlich sei es nicht möglich, den Platz umzubenennen und ergänzte – im Widerspruch dazu –, er müsste im Hinblick auf den Mauerfall 1989 „Platz des 9. November“ heißen. In die Defensive geraten, schlug der Senat von Berlin vor, einen Bereich in der unmittelbaren Nähe des Maxim-Gorki-Theaters, dem Standort der ehemaligen Sing-Akademie und der Preußischen Nationalversammlung seit dem Mai 1848, in „Platz der Märzrevolution“ umbenennen zu lassen.

Somit standen zwei erinnerungspolitische Konzepte gegeneinander, die schon in der Vergangenheit die Auseinandersetzung mit 1848 dominierten: das der „Aktion 18. März“, die den Schwerpunkt auf den Barrikadenkampf legte, und das des Senats, der die parlamentarische Tradition im Fokus hatte. Unterstützung erhielt die „Aktion 18. März“ von prominenter Seite aus unterschiedlichen politischen Lagern. Neben der ehemaligen Parlamentspräsidentin Hanna-Renate Laurien (CDU)⁶⁹ äußerten sich die Schriftsteller Günter Grass und Christa Wolf zustimmend. Auch die Historiker Laurenz Demps und Heinrich August Winkler unterstützten den Vorschlag der Aktion. Winkler betonte: „Ich wünschte, der Senat würde die Entscheidung revidieren.“⁷⁰ Die Bürgermeister der Berliner Bezirke Tiergarten, Jörn Jensen (Bündnis 90/Die Grünen), und Mitte, Joachim Zeller (CDU), setzten sich über den Senatsbeschluss hinweg und vollzogen am 18. März 1998 die Neubenennung des Platzes. Nachdem der Senat dies revidiert hatte, wiederholte sich der Vorgang 1999.

Die Situation schien verfahren – die Lösung brachte der Vorschlag des damaligen Präsidenten des Deutschen Bundestags, Wolfgang Thierse (SPD). Mit dem 18. März solle nicht allein an die Revolution von 1848, sondern auch an die erste freie Volkskammerwahl in der DDR von 1990 erinnert werden. Sie markiere, so der ehemalige DDR-Bürgerrechtler und Abgeordnete des Deutschen Bundestags

67 Unter anderem mit der unzutreffenden Behauptung, die Standorte der damaligen Barrikaden ließen sich heute nicht mehr bestimmen.

68 Der Wortlaut des interfraktionellen Antrags siehe Aktion 18. März, Aufruf, 1999, S.2.

69 Berliner Morgenpost, 4.2.1998.

70 Der Tagesspiegel, 19.3.1998.

Werner Schulz (Bündnis 90/Die Grünen), das Ende der ersten, vorparlamentarischen Phase der friedlichen Revolution. Die Einigung auf den 18. März erfolgte, so Werner Schulz, weil „sich an diesem Tag die Entscheidung über ‚Einigkeit und Recht und Freiheit‘ und die Vollendung einer bereits 1848 begonnenen Entwicklung stellt. So traf zusammen, was zusammengehört.“⁷¹ Auch der Bürgerrechtler Konrad Weiß berichtet: Der 18. März „war kein Zufall; wir haben am Runden Tisch der Modrow-Regierung dieses Datum hartnäckig abgerungen. Die Bürgerrechtsbewegung wollte sich damit bewusst in die Tradition der achtundvierziger Demokratiebewegung stellen.“⁷² Seit Juni 2000 heißt nun der Platz westlich des Brandenburger Tors „Platz des 18. März“.⁷³ Der vom Senat 1998 offiziell durch einen Verwaltungsakt benannte „Platz der Märzrevolution“ am Gorki-Theater wartet indes noch heute auf seine Schilder.⁷⁴ Der Senat von Berlin hat offensichtlich sein geschichtspolitisches Interesse an der Märzrevolution von 1848 verloren.

Die Verankerung der Erinnerung an den 18. März im öffentlichen Raum Berlins ist *cum grano salis* nach wie vor jedoch wenig entwickelt.⁷⁵ Gewürdigt wird vor allem die Gegenrevolution. So finden sich, worauf in der Zeitung „Aufruf“ aufmerksam gemacht wurde, Straßennamen zu den Siegen Preußens über die badi-schen Revolutionäre von 1849⁷⁶ oder für die Vertreter der Feudalmacht wie etwa General von Wrangel und Otto von Manteuffel. Straßen jedoch, die nach Julius Berends, Karl Nauwerck oder Leopold Zunz benannt sind, sucht man dagegen

71 Werner Schulz: Wahltag 18. März – ein Tag mit doppelter Bedeutung“, in: Aktion 18. März, Aufruf, 2000, S.4.

72 Konrad Weiß. 1848, 1989, unterwegs... Vortrag beim Festakt 150 Jahre 48er Revolution am 28. August 1998 in Neustrelitz, in: http://www.bln.de/k.weiss/tx_1848.htm (eingesehen: 21.10.2008). Wie der Rostocker Politologe Gunnar Peters dem Autor mündlich mitteilte (1.10.2008), finden sich in den Quellen jedoch keine expliziten Bezüge auf die Märzrevolution von 1848. Die Festlegung der Volkskammerwahl sei vielmehr allein aus pragmatischen Erwägungen erfolgt – man habe die kalendarische Mitte zwischen dem 29. Januar und dem 6. Mai 1989 gesucht. So auch Martin Gutzeit, SPD-Vertreter am Runden Tisch, gegenüber dem Autor (25.11.2008).

73 Anhängern der Partei Die Linke kam dieser Name insofern entgegen, weil damit auch an die Ausrufung der Pariser Kommune am 18.3.1871 Bezug genommen werden kann.

74 Die Posse um die Umbenennung schildert Jürgen Karwelat: Ein Schild(er)bürgerstreich – wo ist der „Platz der Märzrevolution“?, in: Aktion 18. März, Aufruf, 2008, S.14.

75 Siehe dazu z. B. Christoph Hamann: (K)ein Denkmal für die 1848er?, in: Geschichte, Erziehung, Politik, 1997, H. 4, S.213-221; Heinz Warnecke: Das Denkmal habt ihr selber euch errichtet, in: Aktion 18. März, Aufruf, 2006, S.5; zum bundesweiten Erinnern an 1848 siehe Gerhard Fidorra: Straßen, Plätze und Gedenkstätten des 18. März und der Märzgefallenen, in: Aktion 18. März, Aufruf, 2008, S.8f.; Manfred Butzmann: Denkmäler für die da oben, Denkmäler für die da unten, in: Aktion 18. März, Aufruf, 2002, S.6.

76 Jürgen Karwelat: Undemokratische Traditionen auf Wilmersdorfer Straßenschildern – bald kommentiert, in: Aktion 18. März (Hrsg.): Aufruf, 2004, S.4.

vergebens.⁷⁷ Ergebnis von Anstrengungen des Erich-Fried-Gymnasiums (Heidi Antall) ist der Ernst-Zinna-Weg im Volkspark Friedrichshain. Gedenktafeln oder -stelen jedoch existierten bis 1998 wenige.⁷⁸ Die „Aktion 18. März“ initiierte aus Anlass des 150. Jahrestags der Revolution von 1848 die Anbringung von zwölf Tafeln an den Orten der Barrikadenkämpfe vom 18./19. März.⁷⁹

Der dritte Anlauf: der 18. März als Gedenktag

1990 hatte die „Aktion 18. März“ einen neuen Anlauf unternommen, einen Gedenktag zu etablieren. Der in den beiden deutschen Staaten bis 1989 gepflegten unterschiedlichen deutschlandpolitischen Positionen entledigt, schienen die Voraussetzungen für die Einführung eines Feiertags, der der deutschen Einheit gewidmet sein sollte, nun ungleich günstiger als bis dahin. Die bisherige Forderung der „Aktion 18. März“ bezog sich allein auf die Ersetzung des 17. Juni durch den 18. März. Nunmehr wurde der 7. Oktober einbezogen, an dem die DDR offiziell ihrer eigenen Gründung gedachte. In einem offenen Brief vom Mai 1990 an die Mitglieder des Deutschen Bundestags sowie – diesmal unterstützt durch Hunderte von Unterschriften aus der DDR – an die Mitglieder der Volkskammer wurden diese aufgefordert, den Vorschlag aufzugreifen.⁸⁰ Dies war jedoch vergebens – als Tag der deutschen Einheit wurde schließlich der 3. Oktober bestimmt.

Über nahezu zwei Jahrzehnte blieb nun das Thema eines Gedenk- oder Feiertags am 18. März von der politischen Agenda verschwunden. 2007 jedoch, im Vorfeld des 160. Jubiläums der Märzrevolution, brachte die Fraktion der FDP im Abgeordnetenhaus von Berlin den Antrag ein, der 18. März solle nationaler Gedenktag in Deutschland werden.⁸¹ Sie stützte sich dabei in ihrem Text wortidentisch (jedoch unabgesprochen) auf die Ausführungen der „Aktion 18. März“ vom 18. März 2006. Genau ein Jahr später legten die Fraktionsvorsitzenden von Bündnis 90/Die Grünen, CDU, SPD sowie der Linken diesen Antrag

77 Darauf weist Rüdiger Hachtmann hin: Argumente, die überzeugen müssten – Ein Brief vom 4. März 1998, in: *Aktion 18. März, Aufruf*, 2000, S.2. Zugleich wurden öffentliche Gedenkzeichen der DDR nach der friedlichen Revolution von 1989 entfernt.

78 Siehe dazu die Zusammenfassung in Hamann, (K)ein Denkmal, S.2f.; Holger Hübner: *Das Gedächtnis der Stadt*, Berlin 1997, S.29f., 59, 87f., 204.

79 Unter der Federführung des Vorsitzenden der Gedenktafelkommission Berlin-Mitte, Volker Hobrack (SPD), wurden die Barrikadenstandorte mit Tafeln nach Entwürfen von Manfred Butzmann markiert. Bei all diesen Tafeln steht in der Kopfzeile: „Für demokratische Tradition und revolutionären Geist – 1848 Märzrevolution 1998“ und in der Fußzeile der Satz Ferdinand Freiligraths (1843): „Es kommt dazu trotz alledem, dass rings der Mensch die Bruderhand dem Menschen reicht – tun wir was dazu!“. Die Standorte und deren Finanzierer sowie genauere Angaben zu den Texten auf den Tafeln siehe *Aktion 18. März* (Hrsg.): *Aufruf*, 2001, S.4.

80 Siehe *Aktion 18. März, Aufruf* 2006, S.5.

81 Drucksache 16/0350 des Abgeordnetenhauses von Berlin.

erneut im Abgeordnetenhaus vor. Sie verbanden dies mit der Aufforderung, der Senat von Berlin möge im Bundesrat eine Entscheidung für einen nationalen Gedenktag am 18. März einbringen.⁸² Mit den Stimmen aller Fraktionen verabschiedete das Abgeordnetenhaus diesen Antrag.

Die Initiative, den 18. März als Gedenktag an die Märzrevolution zu begehen, wurde in der Folge von zwei Seiten aus konterkariert. Nachdem offensichtlich geworden war, dass der Antrag im Bundesrat keine Mehrheit finden würde, wurde er zunächst zurückgezogen und die Entscheidung vertagt. Tragend bei dieser Entscheidung waren die Vorbehalte der anderen Bundesländer, die im 18. März in erster Linie ein historisches Datum für Berlin, nicht aber für die gesamte Bundesrepublik sahen. So äußerte sich der Tübinger Historiker Dieter Langewiesche: „Man kann nicht ein vor allem preußisches Datum zu einem Gedenktag für ganz Deutschland machen.“⁸³ Er schlug seinerseits den 18. Mai (Zusammentreten der Nationalversammlung in der Frankfurter Paulskirche 1848) oder den 27. Dezember (Verabschiedung der Grundrechte durch die Nationalversammlung 1848) vor. Eine erinnerungspolitische Domestizierung des 18. März und damit der Märzrevolution wird im Vorfeld des 20. Jahrestags der friedlichen Revolution und der deutschen Einheit von der CDU verfolgt. Aufgeschreckt durch die in wissenschaftlichen Studien festgestellten Wissenslücken von Schülerinnen und Schülern über die Geschichte der DDR und der deutschen Teilung forderte die CDU in Brandenburg in Erinnerung an die Volkskammerwahl von 1990, den 18. März als „Gedenktag der parlamentarischen Demokratie“ zu feiern.⁸⁴

Aller unterschiedlichen Motivation zum Trotz liegt beiden Argumentationslinien ein identisches Wertmuster zugrunde: Den föderalen Vorbehalten des Historikers aus Baden-Württemberg wie dem antitotalitären Ansinnen der CDU gemeinsam ist die erneute Fokussierung der Erinnerung an 1848 auf die Tradition des Parlamentarismus und – implizit – demgegenüber die Geringschätzung der revolutionären Ereignisse. Einmal mehr wird das eine gegen das andere ausgespielt: die Paulskirche gegen den Friedhof der Märzgefallenen im Friedrichshain, die parlamentarische Debatte gegen den Barrikadenkampf. Diese Rangfolge der Wertschätzung ist deutlicher Ausdruck der grundlegenden Orientierung an den Prämissen der Aufklärung. Allein der Kampf mit dem Mittel des rationalen Arguments ist die zulässige Form der Auseinandersetzung, nicht dagegen der Kampf mit dem Mittel der als irrational angesehenen Gewalt. Legitim sind allein der Dialog, der Konsens, der Kompromiss und die Kooperation als die tragfähige Basis demokratischen Zusammenlebens.

Die Prämisse dieser Werthaltung ist jedoch, dass die Kontrahenten selbst dialogbereit und kompromissfähig sind und vor allem einander als Gleiche mit grund-

82 Drucksache 16/1263 des Abgeordnetenhauses von Berlin.

83 Der Tagesspiegel, 6.7.2008.

84 Siehe Potsdamer Neueste Nachrichten, 30.7.2008; Märkische Allgemeine, 30.7.2008.

sätzlich gleichen Rechten anerkennen. Dies war jedoch in der Ständegesellschaft von 1848 per definitionem nicht der Fall.

Die Semantik der Historiografie ist insofern hier in zweifacher Hinsicht genau: Sie spricht von der *Märzrevolution* im Jahr 1848, und sie spricht von der *März*-revolution, nicht aber von einer *Mai*- oder *Dezember*revolution. Das beschreibt in zutreffender Chronologie erst den Barrikadenkampf auf der Straße und dann die Debatte in der Nationalversammlung, die ohne die Straße in dieser Form nicht möglich gewesen wäre. Und ohne die Nationalversammlung hätte die Straße auf Dauer keine demokratische Legitimität besessen. Insofern ist beides der historiografischen und geschichtspolitischen Erinnerung würdig. Nur „wenn man diese beiden Erinnerungsorte zusammensieht“, so Jürgen Kocka, „versteht man 1848/49 richtig“.⁸⁵

85 Kocka, Friedrichshain, S.19; siehe ähnlich auch Klemm, *Erinnert*; Christoph Hamann: *Der Barrikadenkampf und die Paulskirche – ein Widerspruch? Die Revolution von 1848/48 in der deutschen Erinnerungskultur*, in: *Aktion 18. März*, Aufruf, 2008, S.9. Siehe auch Walter Schmidt: *Zum 18. März 2005*, in: *Aktion 18. März* (Hrsg.): *Aufruf*, 2005, S.2; ders.: *Die Revolution von 1848/49 in der deutschen Geschichtskultur*, in: *Utopie kreativ*, Nr. 216, Oktober 2008, S.925-940.

Dokumentarisches

„Friedenslieder sind Katalysatoren“

Jochen Hahn/Walter Friedrich

1966 wurde auf Beschluss des Ministerrats der DDR das Zentralinstitut für Jugendforschung (ZIJ) als eine dem Amt für Jugendfragen nachgeordnete wissenschaftliche Institution gegründet. Seine Aufgaben und Arbeitsweise waren in einem Statut festgelegt.¹ Das wissenschaftliche Personal bestand aus Psychologen, Soziologen, Pädagogen und Kulturwissenschaftlern. Direktor wurde der Psychologe Prof. Dr. Walter Friedrich. Die empirischen Forschungen des ZIJ bezogen sich überwiegend auf 14- bis 25-Jährige, nicht selten wurden aber auch ältere Jahrgänge, Erwachsene bis über 30 Jahre, mitunter sogar bis zu 60 Jahre alte, als Vergleichspopulationen einbezogen. Die Untersuchungen wurden meist als anonyme schriftliche Befragungen durchgeführt, oft jedoch durch mündliche Interviews oder spezielle Tests ergänzt.

Das ZIJ praktizierte bereits früh eine differenzierte Arbeitsteilung. Es existierten Forschungsabteilungen, die sich entweder mit Problemen einzelner Jugendgruppen beschäftigten oder aber auf bestimmte Lebensbedingungen, Einstellungen oder Verhaltensweisen junger Menschen gerichtet waren. So wurden Forschungen zu weltanschaulichen, politischen, moralischen Einstellungen und Aktivitäten, zum Freizeitverhalten und zu kulturellen, sportlichen und musischen Interessen durchgeführt. Es gab Untersuchungen über das Verhältnis zur Herkunftsfamilie, zu Freunden und Sexualpartnern. Die Abteilungen hatten die Aufgabe, Forschungen zu konzipieren, die Methodik mit Spezialisten zu beraten, vor allem die Ergebnisse für die Auftraggeber, also für die Jugendziehung und die Jugendpolitik, auszuwerten, sie aber auch theoretisch und für Publikationen aufzuarbeiten. Bei politisch relevanten Themen unterlag das Institut einer sehr restriktiven Zensur. Für die praktische Vorbereitung und Durchführung der empirischen Untersuchungen waren sogenannte Service-Abteilungen zuständig: die Abteilungen Methodik, Forschungsorganisation, Datenverarbeitung, Information und Dokumentation.²

1 Siehe Anordnung über das Statut des Zentralinstituts für Jugendforschung beim Amt für Jugendfragen vom 22.6.1966, in: Gesetzblatt der DDR, Teil II, S.463-465. Das Statut wurde später mehrfach präzisiert.

2 Siehe Walter Friedrich/Werner Hennig (Hrsg.): Der sozialwissenschaftliche Forschungsprozeß. Zur Methodologie, Methodik und Organisation der marxistisch-leninistischen Sozialforschung, Berlin 1975; dies.: Jugendforschung, Methodologische Grundlagen, Methoden und Techniken, Berlin 1976; Harry Müller: Die Forschungsorganisation, in: Walter Friedrich/Peter Förster/Kurt Starke (Hrsg.): Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966-1990. Geschichte, Methoden, Erkenntnisse, Berlin 1999.

Bekannt wurde das ZIJ besonders durch seine groß angelegten empirischen Untersuchungen mit meist komplexer theoretischer Zielstellung. Dazu gehörten in erster Linie 17 Längsschnittstudien, darunter solche, mit denen die Persönlichkeitsentwicklung bei Schülern oder Studierenden über einen Zeitraum von mehr als zehn Jahren analysiert wurde. Das Institut führte zur Klärung theoretischer Grundfragen auch Zwillingsforschungen durch (z. B. bei 350 mono- bzw. dizygoten Zwillingspaaren). Insgesamt gab es in den 25 Jahren der Institutsexistenz über 450 größere Untersuchungen, von denen die Daten der 230 wichtigsten nach 1990 im Kölner Zentralarchiv für empirische Sozialforschung gespeichert wurden und dort abrufbar sind. Bei allen Untersuchungen ist die Bewertung der Repräsentanz der Populationen ausgewiesen.

Diese Forschungsergebnisse halten speziellen Vergleichen mit denen von Instituten der Jugendforschung oder Meinungsforschung in den alten Bundesländern gut stand. Durch das hohe Niveau der methodischen Instrumentarien und statistischen Auswertungsmöglichkeiten hatte das ZIJ in der DDR bereits den Ruf eines soziologischen Forschungsinstituts mit fundierter empirischer Analyse-Erfahrung und hohem wissenschaftlich-theoretischem Niveau erworben. Daher mehrten sich Aufträge zentraler staatlicher Institutionen und Verbände nach Forschungen, auch nach solchen über Rezeption und Bewertung von zeitgenössischer Literatur, von Theater-, Musik-, Film- und Fernseh-Veranstaltungen, von Ausstellungen der Bildenden Kunst. Aus den zum Teil hochinteressanten Forschungsberichten³ gingen sehr geschätzte Promotions- und Habilitationsschriften hervor.

Die Forschung machte überzeugende Trendaussagen möglich. Belegbar war unter anderem, dass sich die politisch-weltanschaulichen Einstellungen bei allen Gruppen der DDR-Jugend von der Mitte der 60er- bis zum Ende der 70er-Jahre zunehmend positiver entwickelten, dass danach jedoch eine längere stagnative Phase einsetzte, die ab Mitte der 80er-Jahre immer deutlicher in regressive Trends (Abschwächung von Identifikationen und wachsende politische Gleichgültigkeit, aber noch keine massenhafte Oppositionshaltung) wechselte. 1988 setzten dann massivere Umbewertungen im politisch-weltanschaulichen Bewusstsein ein. Sie führten schließlich 1989/1990 im großen Umfange zu aktiver politischer Neuorientierung bei den Jugendlichen. Diese Prozesse des Mentalitätswandels sind auf der Grundlage der ZIJ-Daten nach 1989 detailliert in mehreren Publikationen beschrieben worden.⁴

Die Studie „Lieder für den Frieden“ wurde unter der Leitung von Jochen Hahn, mit Unterstützung der Abteilung Massenkommunikation/Kunst, konzipiert und

3 Hervorzuheben sind Analysen zur Film- und Theaterrezeption (Dieter Wiedemann/Hans-Jörg Stiehler), zum Literaturverhalten (Cordula Günther), zu Bildenden und Angewandten Künsten (Bernhard Lindner), zur Rock- und Popmusik (Holm Felber) und zur Breite der Musikgenres (Jochen Hahn).

4 Siehe beispielsweise Walter Friedrich: Mentalitätswandlungen der Jugend in der DDR, in: Das Parlament, 16-17/1990, Beilage, S.25-37.

ausgewertet. Sie war eine von etwa 100 typischen Ein-Mann-Studien am ZIJ. Zunächst entstand eine empirische Datensammlung, in dem Falle zu den durch den Rundfunk verbreiteten aktuellen nationalen und internationalen Songs zum Thema Frieden. Dann wurde ein Interviewplan mit teilstandardisierten Fragen zur Bewertung solcher Songs im kulturellen Alltagsverhalten und zu konkreter Musik erstellt. Gegenstand der Untersuchung war die Rezeption von Liedern mit Friedensbotschaften.

In den vielfältigen Inhalten und Formen der damals populären Friedenslieder spiegelten sich die Sehnsüchte und Hoffnungen Jugendlicher nach einer neuen, besseren Welt wider. Ungeachtet einer gewissen ideologischen Überfrachtung solcher Lieder im „Klassenkampf zweier Weltsysteme“ waren derartige massenmediale Kreationen aus Ost- und Westdeutschland in ihrer Einheit von Wort, Musik, Arrangement und Interpretation damals wichtige Identifikationsangebote für das kulturelle Alltagsverhalten der Menschen, insbesondere für die junge Generation. Deshalb kann der Forschungsbericht noch heute recht aufschlussreich für die Rekonstruktion des Denkens und Fühlens der DDR-Jugend sein, ein historisches Phänomen, das nun schon ein Vierteljahrhundert zurückliegt. Sinnvoll wäre es, die damalige politische und kulturelle Landschaft im Osten und vielleicht auch noch andere musikrelevante Jugendstudien des ZIJ mit zu beachten.

Mit der wachsenden internationalen Anerkennung der DDR am Ende der 60er-Jahre und der damit verbundenen größeren Souveränität im Umgang mit Kultur- und Kunstproduktionen aus der „westlichen Welt“ gerieten Fragen von Musik und Politik, Musik und Jugendltag immer stärker in den Focus jugendpolitischer Konzepte. Das neue Jugendgesetz⁵ räumte der altersspezifischen Kommunikation einen höheren Stellenwert ein. Eine Folge war, dass der DDR-Jugendradio-Sender „DT 64“⁶ mit seinem bereits relativ hohen Anteil internationaler Rock- und Popmusik im Programm noch mehr Freiräume bekam.⁷ Deutsche und internationale politische Songs wurden auch durch die FDJ-Singebewegung verbreitet, die besonders im zeitlichen Umfeld der Weltfestspiele der Jugend und Studenten 1973 in Berlin regelrecht populär wurden. All diese Ereignisse ließen zweifellos die Aufgeschlossenheit und Begeisterung der DDR-Jugendlichen auch für politische Lieder wachsen. Zur Popularität des Genres trugen selbst die in den DDR-Medien wenig beachteten, oft politisch denunzierten Songs von Liedermachern außerhalb der FDJ-Bewegung bei, etwa die von

5 Siehe Gesetz über die Teilnahme der Jugend an der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft und über ihre allseitige Förderung in der DDR (Jugendgesetz), vom 28.1.1974, in: Gesetzblatt der DDR 1974, Teil I, S.45-59.

6 Der Name „DT 64“ entstammte der Bezeichnung „Deutschlandtreffen 1964“ für ein von SED und FDJ vorbereitetes Treffen junger Deutscher aus Ost und West, das im Mai 1964 in der DDR stattfand.

7 Siehe Jochen Hahn: Warum hören Jugendliche Musik in der Freizeit? Zum musikalischen Interesse und Rezeptionsverhalten der 14- bis 25jährigen in unserer Republik, in: Musik und Gesellschaft. Hrsg. Verband der Komponisten und Musikwissenschaftler der DDR (Berlin), 27. Jg., 1977, S.513-521.

Wolf Biermann, dessen Bekanntheitsgrad in der Provinz erst nach seiner Ausbürgerung aus der DDR 1976 so richtig zunahm. Andere Sänger, solche mit zum Teil subtileren Themen und leiseren Tönen, die oftmals den Kirchen nahestanden, wie Gerhard Schöne, hatten in der Jugend und über die Jugend hinaus einen nicht zu unterschätzenden Einfluss auf die Herausbildung eines staatskritischen politischen Bewusstseins.

Diese und andere überwiegend positiv zu beurteilenden Veränderungen des kulturellen Lebens der DDR-Jugend waren die Hauptgründe dafür, dass sich das ZIJ ab Mitte der 70er-Jahre verstärkt mit den musikalischen Interessen junger Menschen beschäftigte. Dabei wurden die Forscher von Mitarbeitern politischer Institutionen, etwa vom Zentralrat der FDJ und dem Kulturministerium, gut unterstützt. Um die Vielfalt der Forschungsprojekte zu veranschaulichen, seien hier die Themen der empirischen Studien genannt, die die Gruppe um Jochen Hahn von 1977 bis 1990 am ZIJ durchführte:

1977 interessierte: „Warum hören Jugendliche Musik in ihrer Freizeit? Zum musikalischen Interesse und Rezeptionsverhalten der 14-25-jährigen in unserer Republik“. 1979 wurde „Das Diskothekverhalten der DDR-Jugend“ untersucht. 1980 forschte man „Zur Wechselwirkung zwischen der Ausprägung ausgewählter Formen der Lebensgestaltung und dem Kunst- und Medienverhalten junger Werktätiger und Studenten“. 1981 lautete das Thema: „Kulturell-künstlerische Aktivitäten der Jugend – differenziert nach sozialen Merkmalen des Elternhauses“. 1982 sammelte man Daten „Über den Unterhaltungswert ausgewählter Sendarten für die DDR-Jugend im Vergleich des DDR- und BRD-Fernsehens“. Schließlich entstand 1982 der Forschungsbericht „Zum Stellenwert von Rock- und Pop-Friedenssongs im Bewußtsein und Musikverhalten der DDR-Jugend“ – Teilergebnis einer breit angelegten Studie zum Kultur- und Medienverhalten der DDR-Jugend, dem das unten dokumentierte Interviewprojekt folgte. Beides gehört in den Kontext der Friedensbewegungen in BRD und DDR zu Beginn der 80er-Jahre.

Den hohen Stellenwert von Friedensliedern in Rock und Popmusik bis hin zum Schlager machte Jochen Hahn während einer internationalen Tagung unter dem Titel „Jugend und Frieden“, die die sowjetische Jugendorganisation Komsomol im Sommer 1985 in der georgischen Hauptstadt Tiflis für Jugendforscher aus sozialistischen Ländern organisiert hatte, zum Thema seines Vortrages, als er diese Leipziger Forschungsergebnisse vorstellte. Es heißt sogar, der ZIJ-Forschungsbericht habe mit dazu beigetragen, dass Udo Lindenberg offiziell von Erich Honecker zu seinem Konzert in den Palast der Republik eingeladen wurde. Honecker war nachgewiesen worden, dass die hohe Sympathie und Wertschätzung Lindenberg und seines Titels „Wozu sind Kriege da?“ unter der DDR-Jugend in keinem Zusammenhang zu politischen Bekenntnissen pro oder contra DDR standen, sondern vielmehr Ausdruck eines allgemeinen Bedürfnisses nach einer Welt ohne Angst vor atomarer Vernichtung waren.

Ähnlich „politisch ambivalent“ waren übrigens auch die Ergebnisse einer im Auftrag des DDR-Kulturbundes durchgeführten Studie, die 1983 die „Einstel-

lungen zur Orgelmusik der (etwa 300) Mitglieder des Freundeskreises Orgelmusik des Kulturbundes der DDR“ untersuchte. Das wohl bemerkenswerteste Ergebnis dieser Studie bestand darin, dass der in jener Zeit wachsende Zulauf zu solchen Freundeskreisen nicht mit einem oppositionellen „Nischen-Verhalten“ gegen die DDR zu begründen war. Damit konnte so manchem DDR-Funktionär die Angst genommen werden, kulturpolitische Prozesse könnten der Partei- und Staatsführung entgleiten. Die Menschen, die dem Hobby eines „Orgelkonzert-Tourismus“ frönten, darunter etwa 20 % religiös motivierte, wurden also nicht verdächtigt und mögen somit auch einer MfS-Beobachtung entkommen sein. Weniger spektakulär sowie von geringerer jugend- und kulturpolitischer Relevanz war eine Untersuchung zur mangelnden Resonanz von zeitgenössischer DDR-Sinfonik beim Publikum der DDR-Musiktage 1984.⁸

Die gesellschaftliche Aufbruchstimmung, die mit Michail Gorbatschow ab Mitte der 80er-Jahre verstärkt (zumeist in Form konstruktiver Kritik am „real existierenden Sozialismus“, in Richtung eines „dritten Weges“) zum Ausdruck kam, führte auch in der DDR Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Kultur und Politik zusammen, die nach Reformansätzen suchten. Couragierte und gleichzeitig hochgebildete Persönlichkeiten übernahmen als Hoffnungsträger unter den Kulturschaffenden einzelne Spitzenpositionen in Ministerien und an Hoch- und Fachschulen. Einer von ihnen war der promovierte Dietmar Keller, bislang Sekretär der SED-Bezirksleitung Leipzig. Er avancierte kurzfristig zum stellvertretenden Kulturminister, u. a. mit der Verantwortung für die 16 künstlerischen Hoch- und Fachschulen der DDR. Keller förderte ganz nachdrücklich die Kultur-, Kunst- und Medienforschung des ZIJ, die ihm ja schon aus seiner Leipziger Zeit gut bekannt war. Dank seiner Initiative kamen jetzt größere und thematisch anspruchsvolle Forschungen zustande. 1986 richtete sich der Blick auf „Herkunft, Lebensbedingungen und Schaffensabsichten von Studenten künstlerischer Hoch- und Fachschulen der DDR – im Vergleich von Studenten der Hochschulen für Musik, Theater, Bildenden und Angewandten Kunst sowie der Film- und Fernsehhochschule“. Auch diese aufwendige soziologische Untersuchung unter über 2.000 Studenten leitete Jochen Hahn. Etwa gleichzeitig wurde in Zusammenarbeit mit der Abteilung „Jugend und Bildung“ am Institut die Entwicklung musikalisch hochbegabter Schüler im Rahmen einer Längsschnittstudie untersucht. Diese Studie unter Schülern der Klassen 3 bis 8 wurde 1989/90 mit einer Befragung unter Musikpädagogen ergänzt, ihr Titel lautete: „Musikschullehrer der DDR – ihre Ausbildung, Berufsverbundenheit, Fähigkeiten, Interessen und Ansprüche“.

In diesem historischen und Forschungskontext entstand die Studie „Lieder für den Frieden“. Die DDR-Jugend von damals, das sind die heute 40- bis 50-jährigen „Ossis“. Will man sie verstehen, so muss man sich ihre Erfahrungen

8 Siehe ders.: Zeitgenössische Sinfonik im Urteil des Publikums. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung zu den Musiktagen 1984, in: Musik und Gesellschaft, 35. Jg., 1985, S.191-197.

und Wertvorstellungen erschließen. Die Haltungen, zu denen auch die hier präsentierten gehören, sind gründlich, vor allem aber in komplexen sozialen Zusammenhängen, unter Berücksichtigung sowohl der zeitgeschichtlichen als auch der biografisch-individuellen Veränderungen zu analysieren. Nach der „Wende“ in der DDR stellte Jochen Hahn die Ergebnisse der anspruchsvollen musiksoziologischen „Forschungswerkstatt“ des ZIJ einer breiten Leserschaft in den „alten“ wie „neuen“ Bundesländern vor.⁹

Dokument

Zentralinstitut für Jugendforschung, Abt. Massenkommunikation/Kunst
 Forschungsbericht über Interviewergebnisse zum Thema „Lieder für den Frieden“
 Kurzfassung
 Leipzig, Februar 1983

Interviewer: Jochen Hahn, Bernhard Lindner, Ute Schnabel, Hans-Jörg Stiehler,
 Dieter Wiedemann
 Forschungsleiter und Bericht: Jochen Hahn
 Gesamtverantwortung: Walter Friedrich

1. Zielstellung, Methode und Population der Untersuchung

Im November/Dezember 1982 wurden in Leipzig von der Abteilung Massenkommunikation/Kunst des ZIJ in 13 teilstandardisierten Interviews 153 Jugendliche verschiedener Tätigkeitsgruppen über ihre Einstellungen zu Friedensliedern befragt. Den Anstoß dazu gab die aktuelle Situation: Mit dem Anwachsen der Gefahr eines Kernwaffenkrieges entstanden auf der ganzen Welt eine Vielzahl von Friedensliedern. Ihre Palette wurde auch durch eine Fülle von Produktionen aus der DDR bereichert. Veranstaltungen wie „Rock für den Frieden“ im Palast der Republik¹⁰ und ihre Ausstrahlung im Fernsehen der DDR unterstrichen nicht nur die Bedeutsamkeit des Themas, sondern deuteten auch Möglichkeiten an, wie mit der Rockmusik dieses gewichtige Thema künstlerisch-musikalisch in eine ästhetisch-aktivierende „Sprache“ geformt werden kann.

⁹ Siehe ders.: Das Unangenehme kam in den Panzerschrank. Musiksoziologische Untersuchungen am Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig, in: Neue Musikzeitung (München), 39. Jg., 1990, Nr. 3, S.8f.

¹⁰ Rockmusik-Festival, das 1982-1987 jährlich vom FDJ-Zentralrat und vom Staatlichen Komitee für Unterhaltungskunst im Berliner Palast der Republik veranstaltet wurde. Vor 15.000 bis 20.000 Zuschauern traten 40 bis 65 Rockbands, Jazz- und Bluesgruppen und andere Instrumental- und Gesangsformationen auf, zunehmend auch aus dem Ausland. Neben dem musikalischen realisierten die Veranstalter vor allem ein politisch-propagandistisches Anliegen, das sich u. a. in einem Plakat äußerte, auf dem – in einem Wortspiel – der „Rock“ als NVA-Uniform, will heißen „Waffenrock für den Frieden“, abgebildet war.

Um den Prozeß der Gewinnung und Aktivierung Jugendlicher für die Friedenspolitik unserer Partei, insbesondere im Rahmen des „Friedensaufgebotes der FDJ“¹¹, auch mit Hilfe von Musikproduktionen noch wirkungsvoller zu unterstützen, bedarf es einer Analyse über die Verbreitung und ideologische sowie ästhetische Wirkung der von Jugendlichen der DDR gehörten Friedenslieder. Erkenntnisfortschritt sollte mit der geplanten empirischen Untersuchung erzielt werden, um erforderliche Konsequenzen für die Produktion, Interpretation und Popularisierung von Friedensliedern sowie deren Nutzung für die kommunistische Erziehung abzuleiten.

Im einzelnen sollte mit den Interviews ermittelt werden,

- a) wie bekannt und beliebt insbesondere rock- und popmusikalische Friedenslieder bei Jugendlichen sind;
- b) ob es durch die Rezeption von Friedensliedern über die blanke Musikkrezeption hinaus zur Ermunterung zu Haltungen und Handlungen kommt;
- c) mit welchen der in den Liedern und Interpretationen vermittelten Haltungen, Stimmungen, Ängste, Appelle usw. sich die Jugendlichen in der gegenwärtigen Situation „identifizieren“ können;
- d) ob sie den Interpreten ihr Friedensanliegen „abnehmen“ und
- e) wie die Jugendlichen den Stellenwert von Friedensliedern in der Öffentlichkeit, insbesondere in den Massenmedien einschätzen.

Darüber hinaus wird mit den Interviews die Absicht verfolgt, die in der ZIJ-Friedensstudie gewonnenen empirischen Daten über Friedenslieder besser einordnen und interpretieren zu können.

Obwohl nicht in jedem Interview alle im Interviewplan genannten Fragen gestellt wurden, gab es zu allen Aspekten wesentliche Äußerungen Jugendlicher. Sie sind symptomatisch für breite Kreise Jugendlicher. Inwieweit die Interviewergebnisse jedoch Repräsentanz besitzen, konnte auf Grund dieser Methode nicht ermittelt werden. Damit haben die Ergebnisse ausschließlich Erkundungscharakter. Dort, wo es möglich war, wird kenntlich gemacht, welche der Meinungen von der Mehrheit vertreten wurden und welche ihnen entgegenstanden.

2. Hauptergebnisse

1. Im Sprachgebrauch Jugendlicher ist der Begriff „Friedenslied“ relativ ungebrauchlich. Trotzdem eignete er sich als „Arbeitsterminus“ im Interview. Im Bewußtsein Jugendlicher gehen in diesen Begriff verschiedene Musik- und Liedarten ein: Spontan denken bei diesem Begriff Jugendliche an ca. 25 Titel der natio-

11 Kampagne der Freien Deutschen Jugend in den Jahren 1983/84, in Anlehnung an eine Aktion der frühen Fünfzigerjahre (Friedensaufgebot der Deutschen Jugend). Nach längerer Pause griff die FDJ wieder auf solch ein Mittel zurück. Sogenannte Aufgebote waren an zentralen Themen orientiert und hielten die Grundorganisationen zum Wettbewerb an. Hier war es die durchaus ambivalente Friedens- und Abrüstungspolitik der DDR, zu der sich Jugendliche in Produktionswettbewerben, schulischer und politischer Bildung sowie Kultur- und Kunstaktionen bekennen und die sie unterstützen sollten.

nalen und internationalen Rockmusik, desweiteren an ca. 10 Lieder von Liedermachern der DDR, der BRD und Österreich, darüber hinaus an traditionelle Lieder der amerikanischen Friedensbewegung, seltener an einzelne Schlagertitel der DDR und BRD, nur wenige auch an Lieder der FDJ-Singebewegung und an ausgewählte Lieder von Brecht/Eisler („Solidaritätslied“, „Friedenslied“).

Die Interviewergebnisse bestätigen die mit der ZIJ-Jugendmediestudie 1982 gewonnene Erkenntnis, daß Rock- und Schlagertitel zum Thema „Frieden“ nicht nur unter vielen DDR-Jugendlichen bekannt sind, sondern einige von ihnen sogar zu den beliebtesten neben anderen Rock- und Schlagerproduktionen gehören. (Die Jugendmediestudie hatte erbracht: 23 % der Befragten gefällt ein Friedenstitel aus dem Angebot der Rock- und Schlagermusik am besten!)

Zu den bekanntesten und beliebtesten Titeln gehörten (zum Zeitpunkt der Befragung) aus der DDR:

„Der blaue Planet“ / Karat,
 „Keiner will sterben“ / Karussell
 und – mit gewissem Abstand –
 „Kontra“ / City,
 „Eigentlich“ / Dialog,
 „Mr. President“ / Primaner,
 „Wir und andere Kinder“ / Gerhard Schöne,
 „Welt in Vision“ / NO 55,
 „Hiroshima“ / Puhdys und
 „Bis ans Ende dieser Welt“ / Ute Freudenberg & Elefant.

Von den ausländischen Titeln standen an der Spitze:

„Wozu sind Kriege da“ / Lindenberg und Pascal (BRD)
 und – mit größerem Abstand –
 „Give peace a chance“ / John Lennon (GB),
 „Ein bißchen Frieden“ / Nicole (BRD),
 „Gebt uns endlich Frieden“ / Georg Danzer (Österreich),
 „Lieber Gott“ / Peter Maffay (BRD),
 „Traum vom Frieden“ / Hannes Wader (BRD) und
 „Die weißen Tauben fliegen nicht mehr“ / Hans Harz (BRD).

Darüber hinaus wurden weitere 27 Lieder oder Interpretennamen der Rockmusik, von Liedermachern, der US-amerikanischen Friedensbewegung, von Chansonsängern und anderen Künstlern aus der DDR genannt.

Die große Beliebtheit von Friedensliedern belegt, daß – im Unterschied zu früheren Jahren – politische Themen in der Musik (insbesondere in der Rockmusik) von den meisten Jugendlichen akzeptiert und als etwas „Normales“ bewertet werden. Nur einige wenige Lehrlinge lehnten das Aufgreifen eines so politisch brisanten Themas in der Rockmusik ab.

Wesentliche Ursache für die insgesamt positive Einstellung gegenüber solchen Liedern ist das hohe politische Verantwortungsbewußtsein unserer Jugend, das

bei nahezu allen Befragten direkt oder indirekt zum Ausdruck kam. Die Jugendlichen wissen, daß der Weltfrieden durch die NATO-Hochrüstungspolitik noch nie so bedroht war. Auch mit Hilfe der Musik gezielt gegen die Friedensbedrohung etwas zu tun, halten die meisten deshalb für ein objektives Erfordernis.

2. Die Interviewergebnisse belegen, daß sich die meisten Jugendlichen mit den besten Friedensliedproduktionen ernsthaft auseinandersetzen und schon vor dem Interview Standpunkte dazu bezogen. Die meisten sind davon überzeugt, daß solche Lieder zur politischen Aktivierung beitragen und eine gegenüber der Friedensbewegung manchmal noch anzutreffende Gleichgültigkeit und passiv machende Gewöhnung überwinden helfen können, zumal derartige Titel nicht nur rational, sondern vor allem emotional wirksam werden. Deutlich wurde: Friedenslieder wirken als „Katalysator“ beim Bewußtmachen ideologisch-weltanschaulicher Grundfragen unserer Zeit, im Finden des individuellen Standorts und bei der Suche nach dem Sinn des Lebens.

3. Wenn von Jugendlichen die funktionale Zuordnung zum Friedenskampf „mitgehört“ wird, werden die Titel der verschiedenen Musikarten als „Friedenslieder“ klassifiziert, unabhängig davon, ob das Wort „Frieden“ im Text vorkommt, ob die Friedensthematik in ein künstlerisches Bild „transformiert“ wurde oder ob „nur“ mit dieser Thematik verbundene Assoziationen (Hoffnungen, Ängste, Sehnsüchte usw.) durch den Text ausgelöst werden. Wenn diese Lieder als „Friedenslieder“ erkannt und akzeptiert werden, kommt es meist zu einer bewußteren und konzentrierteren Rezeption über die durchschnittliche Rezeption von Rock- und Popmusik hinaus. Vor allem wenn die Texte zum Mit- und Nachdenken „zwingen“, ist die Wahrscheinlichkeit um so größer, daß sich die Rezeption dieser Lieder von der üblichen Rezeption abhebt. Dann werden diese Titel auch am ehesten auf Kasette oder Tonband mitgeschnitten und seltener zum Nebenbeihören genutzt. Haben die Texte noch dazu eine Aussage, die bei Jugendlichen ein Erschütter- und Betroffensein hervorruft (z. B. „Hiroshima“ von den Puhdys), wird von einem Teil der Jugendlichen ihr Einsatz zum Tanz (z. B. in Diskotheken) als unangemessen und unpassend angesehen und daher abgelehnt, selbst wenn diese Titel eine tanzaktivierende Musik haben. Im Unterschied zu deutschsprachigen Friedenstiteln hebt sich die Art der Rezeption und der Gebrauch von englischsprachigen nicht von anderer Rock- und Popmusik ab. Z. B. wird deren Verwendung in der Diskothek als etwas völlig Normales betrachtet.

4. Die überwiegende Mehrheit der befragten Jugendlichen beurteilte die Friedenslieder mit einem sozialistischen Standpunkt.

Die insgesamt positive ideologische Grundhaltung kam bei der Bewertung einiger Lieder besonders deutlich zum Ausdruck. So waren sich fast alle Befragten darin einig, daß die Haltung „Ein bißchen Frieden“, wie sie von Nicole (BRD) zum Ausdruck gebracht wird, weit hinter den politischen Anforderungen und den Möglichkeiten im Friedenskampf zurückbleibt. Vielmehr suchen sie in den

Liedern Ansatzpunkte, Assoziationen usw., die von einer aktiven Lebensposition getragen sind und sie darin bestärkt, indem sie ihnen die menschliche und historische Dimension bewußt macht. Das ist die Ursache dafür, daß von vielen Befragten das Lied „Keiner will sterben“, das auf eine solche aktive Lebenshaltung zielt, besonders geschätzt wird. Alle Befragten (einschließlich religiös orientierte!) waren sich darin einig, daß im Friedenskampf nicht „auf Gott und andere höhere Mächte“ vertraut werden kann und die Friedenserhaltung keine „Schicksalsfrage“ ist. Sie haben das Verlangen, selbst etwas dagegen zu tun. Deshalb fühlen sich auch nur wenige von der Textaussage des Liedes „Lieber Gott“ (Peter Maffay, BRD) angesprochen. Vielmehr können sich die meisten auf Grund dieser weltanschaulichen Grundhaltung mit der Textstelle „Uns hilft kein Gott“ aus „Der blaue Planet“ (Karat, DDR) identifizieren. Manche der Befragten (einige Studenten) waren sogar der Ansicht, daß unsere Texte über eine solche Aussage von Karat hinausgehen müßte („Wir sind doch weiter, als ‚Uns hilft kein Gott!‘“).

Fast in allen Interviewgruppen (am offensichtlichsten bei jungen Angestellten und Studenten) gab es einige Jugendliche, die bei der Bewertung und Interpretation der Aussagen von Friedensliedern Meinungen vertreten, die einen ungefestigten Klassenstandpunkt verrieten bzw. nicht von einer wissenschaftlich-atheistischen Weltanschauung geprägt waren. Folgende Haltungen und Standpunkte waren dabei problematisch:

Ein nicht zu unterschätzender Teil der Jugendlichen akzeptiert „Ein bißchen Frieden“ von Nicole nicht nur als einen musikalischen „Ohrwurm“, sondern durchaus auch als eine mögliche, nutzbringende Haltung zum Thema „Frieden“. Offensichtlich von dem Gedanken geleitet, daß die Friedensidee vom „Kleinen ins Große“ getragen werden kann: vom Frieden zwischen den Nachbarn, Freunden über den Frieden zwischen zwei Nachbarvölkern bis zum Frieden in der gesamten Welt, wird in diesem Lied eine reale Alternative zum „Wettrüsten der Großmächte, auf das sie ohnehin keinen Einfluß ausüben können“, gesehen.

Bei Studenten gab es einige Befragte, die unmißverständlich eine religiöse Weltanschauung zum Ausdruck brachten. Aus dem „Vertrauen auf Gott“ schöpfen sie die Kraft, gegen die Gefahr eines Weltkrieges tätig zu werden. In der Bibel sehen sie einen akzeptablen Lösungsvorschlag, mit dem „Mittel der Vernunft“ zur Abrüstung zu gelangen. Maffays „Lieber Gott“ wird von diesen Jugendlichen in einem solchen Kontext rezipiert, ohne daß sie in diesem Lied eine Anti-Position zum „Blauen Planeten“ von Karat sehen.

Die Argumentation einiger Jugendlicher verriet mehr oder weniger deutlich pazifistische Positionen. Das zeigte sich besonders deutlich bei Interpretationen von Lindbergs „Wozu sind Kriege da“. Die darin enthaltene Textstelle „Sie stehn sich gegenüber und könnten Freunde sein, doch bevor sie sich kennenlernen, schießen sie sich tot“, ermuntern diese Jugendliche, den Sinn unseres Militärbündnisses bzw. die Notwendigkeit, Sozialismus und Frieden mit der Waffe in der Hand zu verteidigen, generell in Frage zu stellen.

Einige wenige der Befragten machten neben NATO-Staaten die UdSSR und die anderen Staaten des Warschauer Vertrages mitverantwortlich für die gewachsene Kriegsgefahr. Mit dieser „objektivistischen“ Position forderten sie von unseren Musikern und Textern nicht nur gegen die NATO-Hochrüstung, Reagan usw. Lieder zu komponieren, sondern ebenso gegen die Rüstung der Warschauer-Pakt-Staaten, gegen den Ehrendienst in der NVA, gegen SS-20-Raketen usw.

5. In den Interviews war auffallend, daß selbst stark von der „kollektiven“ Meinung der interviewten Gruppe abweichende Meinungen einzelner kaum größeren Widerspruch oder sogar ein Streitgespräch auslösten. Die große Toleranz bei der Bewertung dieser Lieder hat offensichtlich ideologische und ästhetische Ursachen:

Zum einen sind sich die meisten Jugendlichen darin einig, daß die Erhaltung des Friedens dann eher möglich sein wird, wenn die Menschen in der Welt (und so auch die Jugendlichen in der DDR) trotz unterschiedlicher Weltanschauungen und politischer Überzeugungen im Kampf gegen die Kriegsgefahr zusammenstehen. Die Konsequenz ist eine relativ große Toleranz gegenüber vom sozialistischen Klassenstandpunkt abweichenden pazifistischen und religiös geprägten Einstellungen: In den Mittelpunkt wird nicht das Trennende, sondern das Einende gestellt. Die Folge davon ist, daß über die weltanschaulichen Konzeptionen der Lieder aus kapitalistischen Staaten, z. B. über „Lieber Gott“ von Peter Maffay, „Ein bißchen Frieden“ von Nicole, „Wozu sind Kriege da“ von Lindenberg oder „Gebt uns endlich Frieden“ von Georg Danzer kaum ernsthaft gestritten und debattiert wird. Hinzu kommt noch eine gewisse Scheu vor ideologischen Auseinandersetzungen auf Grund mangelnder Kenntnisse über die Ursachen und Folgen der NATO-Hochrüstung, insbesondere über polit-ökonomische Zusammenhänge und Wurzeln, durch einen gewissen Hang zum Objektivismus (z. B. beim Vergleich der NATO und des Warschauer Vertrages) und durch eine Unterschätzung des Klassengegners und der von ihm ausgehenden Kriegsgefahr. Zum anderen wird diese ideologische Toleranz noch durch eine große Toleranz bei der ästhetisch-wertenden Beurteilung von Musik erhärtet und genährt: Von vielen Jugendlichen wird die Bewertung der Friedenslieder lediglich als eine Geschmacksfrage angesehen, über die es nicht zu streiten lohnt.

6. In die Beurteilung von Friedensliedern gehen vielfältige Aspekte ein, die erst in ihrer Gesamtheit und Komplexität eine bestimmte Wirkung erzielen und zur Identifikation mit dem Gehörten führen: Musik, Text, die gesamte Machart (Sound, Arrangement usw.), die Interpretation, einschließlich der Vorbewertung des Interpreten u. a. m.

Im allgemeinen differenzieren die Jugendlichen ihr Urteil über die einzelnen Titel, indem sie die Textaussage (die dahinterstehende Grundhaltung, Ideologie, Weltanschauung, einschließlich der verwendeten sprachkünstlerischen Mittel) und die Qualität bzw. die gesamte Machart der Musik voneinander abhebend bewerten. Eine „zündende, anmachende“ Musik ist für sich genommen zwar

eine entscheidende Voraussetzung, aber noch kein hinreichender Grund dafür, daß ein Friedenslied nicht nur gern gehört wird, sondern zugleich eine Identifikation mit der inhaltlichen Gesamtaussage bewirkt. Vielmehr wurde deutlich, daß viele dieser Lieder mehr durch den Text, andere mehr durch eine ansprechende Musik beliebt sind und eine bestimmte Wirkung erreichen. So ist auffallend, daß z. B. Lindenberg's Titel „Wozu sind Kriege da“, Danzers „Gebt uns endlich Frieden“, Ute Freudenbergs „Bis ans Ende dieser Welt“, Karussells „Keiner will sterben“ und der Song des Oktoberklubs „Wir wollen Frieden“ mehr durch ihren einprägsamen Text bzw. durch ihre weltanschauliche Aussage als durch die Art der Musik geschätzt werden. Im Unterschied dazu gibt es auch Titel, die vor allem wegen ihrer wirkungsvollen Musik beliebt sind, z. B. Karat „Der blaue Planet“, Puhdys „Hiroshima“, Maffays „Lieber Gott“ und Nicoles „Ein bißchen Frieden“.

Besonders abweichend werden Musik und Text bei dem Titel „Die weißen Tauben fliegen nicht mehr“ von Hans Harz (BRD) bewertet: Fast alle Jugendliche, die diesen Titel kennen, sehen darin eine „musikalische Spitzenproduktion“, ohne daß sie zugleich die fatalistische Tendenz des Textes für gutheißen.

Aus dem differenzierten Bewertungsverhalten geht hervor, daß eine gut gemachte Musik zwar die ideologisch-weltanschauliche Identifikation mit dem Textinhalt erleichtert, aber nicht „automatisch“ zur Folge hat. Friedenslieder mit ideologisch-weltanschaulichen Grundhaltungen und -aussagen, die mit unserer sozialistischen Gesellschaftsordnung im prinzipiellen Widerspruch stehen, üben demnach zwar potentiell, aber nicht a priori einen negativen ideologisch-weltanschaulichen Einfluß auf unsere Jugend aus.

7. Auf Grund des recht verschiedenen musikalischen Geschmacks stehen musikalisch ganz unterschiedliche Titel in der Gunst des jugendlichen Publikums: dazu gehören rhythmisch aktivierende Rocktitel („Kontra“/City und „Mr. President“/Primaner), melodisch betonte („Lieber Gott“/Maffay), volksliedhafte („Das weiche Wasser“/BOTS), mehr dem Schlager entlehnte Titel („Ein bißchen Frieden“/Nicole), chansonartige („Meinen Sohn“/Uschi Brüning), Lieder, die nur von einer Gitarre begleitet werden („Wir und die Kinder“/Schöne) oder die durch Synthesizer geprägt sind („Der blaue Planet“/Karat); und dazu gehören Titel, die entweder solistisch vorgetragen werden („Wozu sind Kriege da“/Lindenberg und Pascal) oder die von einem Gruppensound leben („Welt in Vision“/NO 55).

Doch bei aller Differenziertheit des musikalischen Geschmacks, werden von Jugendlichen im wesentlichen zwei Musikarten für Friedenslieder als besonders prädestiniert bezeichnet: an erster Stelle Titel im Gruppensound der Rockmusik und – mit Abstand – Lieder der Liedermacher bzw. solistisch interpretierte Lieder. Jugendliche, die sich besonders durch Rockfriedenslieder angesprochen fühlen (durch Karussell, Karat, City, Lift, NO 55, Primaner, John Lennon, Manfred Mann, The Clash u. ä.) sind – außer bei Karussell – stärker auf die Musik als auf

Text und Aussage der Lieder fixiert. Für sie ist primär von Bedeutung, daß es sich bei diesen Titeln überhaupt um Rockmusik handelt, weil Rockmusik „die Musik der Jugend ist“. Als übergreifende, charakteristische Merkmale rockartiger Friedenslieder gelten „laut, hart, stabil, trocken, geradezu, ziemlich lässig“ (z. B. wie City), Titel, „die einen irgendwie (musikalisch) aufpeitschen“. Besonders geschätzt werden an den Titeln dieser Interpreten verschiedene musikalische Gestaltungselemente: z. B. bei Karat der Einsatz der Elektronenorgel, bei Karussell und den Primanern die zündende Rhythmik, bei den Puhdys die tragende Melodie und bei John Lennon das zum Mitmachen (Mitklatschen) animierende Metrum. Jugendliche, die sich hingegen besonders bei Liedern von Liedermachern (von Gerhard Schöne/DDR, Georg Danzer/Österreich, Hannes Wader, Konstantin Wecker, Franz-Josef Degenhardt, Bettina Wegener/ alle BRD) bzw. durch solistisch-interpretierte Titel (von Udo Lindenberg „Wozu sind Kriege da“, Marlene Dietrich „Sag mir, wo die Blumen sind“ oder von Bob Dylan, Dean Reed, Harry Belafonte, Joan Baez, Perry Friedman, Pete Seeger) angesprochen fühlen, schätzen an diesen Titeln die Schlichtheit, die von ihnen ausgehende Besinnlichkeit, Direktheit und akustische Verständlichkeit der Interpretation. Auffallend an diesen Liedern ist, daß bei ihnen das Instrumentarium (das auf ein Minimum, zumeist auf die Konzertgitarre (Melodiegitarre), beschränkt bleibt) oder daß sie – z. B. im Falle von Belafonte – sogar ohne Instrumentalbegleitung vorgetragen werden.

Bezeichnend für Jugendliche, die sich für derartige Friedenslieder am meisten begeistern, ist ihre ablehnende oder zumindest skeptische Haltung bei der Bewertung rockmusikalischer Titel. Nicht selten begründen sie sogar ihre Bevorzugung von Liedermachertiteln mit Gegenargumenten zur Rockmusik, z. B. daß bei dieser Musik nicht selten Lautstärke und Sound den (Friedenslieder)Text verdecken würde.

Nicht nur von Anhängern der Liedermacher, sondern von der großen Mehrheit aller Befragten werden Friedentitel der Schlagermusik bzw. Texte, die mit Musik im Schlagersound und -stil unterlegt sind, weniger ernst genommen. Schlagersängern – sowohl kapitalistischer Staaten als auch unseres Landes – werden von Jugendlichen von vornherein Anliegen und Aussage ihrer Friedenslieder seltener „abgenommen“. Ihnen wird am ehesten unterstellt, daß sie sich nur aus kommerziellen oder Modegründen dieser Thematik dem Publikum stellen würden. Die meisten Jugendlichen erwarten von Schlagern ohnehin primär musikalische Unterhaltung und seltener, daß sie überhaupt bzw. mit hohem politisch-künstlerischem Anspruch dieses Thema zum Gegenstand haben. Viele bewerten deshalb „Ein bißchen Frieden“ von Nicole und „Lieber Gott“ von Peter Maffay aus der BRD mit geringem Anspruch und solche Titel aus der DDR wie „Um die Erde zu behalten“ von M. Gorr & Krüger-Band und „Frieden allein muß bleibend sein“ vom Cantus-Chor als Schnulzen, als kitschig usw.

Neben der Musik ist für die Bewertung eines Friedensliedes der Text von entscheidender Bedeutung.

Am bekanntesten und beliebtesten sind bei Jugendlichen deutschsprachige Titel zur Friedensthematik. Das hat im wesentlichen zwei Ursachen: Zum einen liegt es daran, daß durch mangelnde Sprachkenntnisse nur sehr wenige Jugendliche überhaupt erkennen, daß es bei englischsprachigen Titeln um die Friedensproblematik geht. Eine Ausnahme bilden nur jene Titel bzw. Interpreten, die in der internationalen Friedensbewegung schon eine längere Tradition haben, z. B. John Lennons „Give peace a Chance“, Harry Belafonte „I’m gonna tell Mr. Reagan“, Perry Friedmans „We shall overcome“ oder Lieder von Pete Seeger, Joan Baez, Bob Dylan, Tom Robinson und anderen. So wurde bei den meisten englischsprachigen Liedern erst durch das Einspielen der Kassettenbeispiele während des Interviews bewußt, daß es sich um Friedentitel handelt, z. B. „London Calling“ von The Clash, bei „Lies“ von Manfred Mann oder bei „Don’t kill the world“ von Boney M. Zum anderen kommen deutschsprachige Texte bei Friedensliedern dem international übergreifenden Trend einer besonders seit Anfang der 80er Jahre wachsenden Zunahme und Verbreitung deutschsprachiger Rockmusik, u.a. anknüpfend an langjährigen Traditionen der DDR-Rockmusik, entgegen. Auch unter dem Einfluß der sogenannten Neuen Deutschen Welle erlangte deutschsprachige Rockmusik und damit Text und Inhalt von Rockmusik eine wachsende Bedeutung. Seitdem werden offensichtlich Rocktitel zunehmend text- und inhaltsgerichteter und damit überhaupt bewußter und konzentrierter gehört. Erwartet werden heute mehr als früher (Friedens-)Texte, die die Jugendlichen bewegende Fragen und Probleme in einer für sie verständlichen, konkreten, direkten, unmißverständlichen und an dem realen Denken und Lebensprozeß, am Alltag usw. orientierten Sprache beschreiben. Das schließt nicht die Verwendung wirkungsvoller poetischer Vergleiche und Bilder, jedoch eine „metaphorische Überladung“ aus. Problematisch ist in diesem Zusammenhang, daß die meisten unserer besten Friedenslieder bisher diesen Erwartungen nur in eingeschränktem Maße gerecht geworden sind. Das hat zur Folge, daß der Text von Udo Lindenberg (und nicht z. B. der von Karats „Blauem Planeten“!) auf Grund seiner Konkretheit mit großem Abstand am besten bewertet wird.

Bei den meisten Friedensliedern kennen die jugendlichen Rezipienten nur die Gesamtaussage des Textes; ihr Wissen beschränkt sich in der Regel nur auf einzelne markante Textzeilen oder „Reizworte“, z. B. ‚Angst‘, ‚Liebe‘, ‚Tod‘, ‚Fieber‘, ‚Neutronenheiligenschein‘ oder auf Namen politischer Exponenten wie ‚Mr. President‘ u. a.

Offensichtlich tragen diese „Reizworte“ bzw. markanten Textzeilen mehr zur ästhetischen Attraktivität und ideologischen Ausstrahlung bei als die gedanklich-logische und ideologische „Stimmigkeit“ der Abfolge des Gesamttextes. Auch daraus erklärt sich, daß einige unserer Friedensrocktitel trotz der Geschlossenheit ihrer Textaussage eine verhältnismäßig geringe Resonanz bei Jugendlichen finden (z. B. „Welt in Vision“/NO 55, „Soldat vom Don“/Lift, „Mr. President“/Primaner).

Die meisten Jugendlichen bevorzugen Lieder, in denen das politische Anliegen unmißverständlich bleibt, zugleich aber eine künstlerische (und nicht vorder-

gründig politisch-agitatorische) Sprache gewählt wird. Eine direkte Einbeziehung von Formulierungen aktueller politischer Losungen in Friedensliedertexten halten sie im allgemeinen für weniger wirkungsvoll (z. B. die Textstelle „Weg mit dem NATO-Raketenbeschluß“¹² aus dem Lied „Wir wollen Frieden auf lange Dauer“ vom Oktoberklub), obwohl sie voll hinter dieser Forderung stehen. Dabei war auffallend: Haben Jugendliche schon einmal die Interpretation von Polit-Songs, Agitationsliedern u. ä. bei Festivals (z. B. beim „Festival des politischen Liedes“), Werkstätten und anderen Live-Veranstaltungen im Original erlebt, ist die Wahrscheinlichkeit um ein Vielfaches größer, daß Lieder (einschließlich Friedenslieder) mit einer politisch-agitatorischen Sprache positiv bewertet werden.

9. Insgesamt konnte festgestellt werden, daß viele dieser Lieder für jugendliche Rezipienten ein großes Identifikationspotential besitzen. Die in den Liedern und Interpretationen vermittelten Haltungen werden in Abhängigkeit von den politisch-ideologischen Überzeugungen und dem musikalisch-ästhetischen Geschmack Jugendlicher als Modell bzw. Angebote eigenen Denkens und Fühlens rezipiert und bewertet. Die meisten finden in diesem oder jenem Titel persönliche oder die Jugend insgesamt betreffende Stimmungen, Ängste, Hoffnungen, Sehnsüchte, Wünsche und Träume widergespiegelt.

Bei der Identifikation mit Friedensliedern werden mit der Rezeption ganz persönliche Erfahrungen und Erlebnisse Jugendlicher wachgerufen und assoziiert. In den Interviews gab es dafür eine Fülle von Beispielen, vor allem bei den Titeln von Karat, Karussell, Uschi Brüning, den Puhdys, City und NO 55 sowie bei Udo Lindenberg, Georg Danzer und Nicole. Der persönliche Bezug zu Inhalt und Aussage wurde vor allem bei Liedern hergestellt, die die Sinnlosigkeit und den Wahnsinn eines atomaren Infernos aus der „naiven“ Sichtweise von Kindern, deren Schuld- und Schutzlosigkeit bewußt machen (z. B. bei Schönes „Wir und andere Kinder“, bei Karat mit der Textstelle „Soll unser Kind, das die Welt noch nicht kennt, alle Zeit ungeboren sein?“; bei NO 55 die Beschreibung der über den im Park spielenden Kindern schwebenden Gefahr, der Titel von Uschi

12 NATO-Raketenbeschluß – gemeint ist der Beschluß der NATO vom 12.12. 1979, die – für den Fall nicht stattfindender oder scheiternder Absprachen zur Rüstungsbegrenzung mit dem Warschauer Pakt – in Europa einschließlich Bundesrepublik eine neue Generation atomarer Mittelstreckenraketen stationieren wollte. In der Bundesrepublik wurde die Bezeichnung „NATO-Doppelbeschluß“ üblich, die betonte, dass die Stationierung als zweite Variante nur dann eintritt, wenn der Osten nicht auf das Gesprächsangebot eingeht. Aus Moskauer Sicht war die Offerte aber so angelegt, dass der Osten gar nicht darauf eingehen konnte; man fühlte sich brüskiert, denn das Abrüstungsangebot bezog das westliche Potential nicht in Gänze ein. Verhandlungen in Genf scheiterten, obgleich zwischenzeitlich ein Kompromiss in Aussicht schien. Die Hochrüstung trat in eine neue Phase. Im Dezember 1983 begann die Stationierung atomarer Mittelstreckensysteme in der BRD, nachdem die neue, CDU-geführte Bundesregierung und der Bundestag trotz bundesweiter Massenproteste zugestimmt hatten. Die Sowjetunion antwortete mit Nachrüstung in der DDR und der ČSSR.

Brüning „Meinen Sohn“ oder auch die Fragen des 10jährigen Pascal an „Mr. President“ in Lindenbergs „Wozu sind Kriege da“).

Auffallend war, daß vor allem junge Mädchen und Frauen sich von solchen Titeln angesprochen fühlten, zumindest mehr als die Jungen die Kindbezogenheit als Grund ihres Gefallens nannten. Eine starke Ausstrahlungskraft auf Jugendliche haben all jene Lieder, die in einer individuellen „Sprache“ das Betroffensein über die persönlichen oder die Menschheit betreffenden Folgen einer möglichen nuklearen Katastrophe deutlich machen und diese Vernichtungsgefahr mit der Liebe zum Leben und zum Menschen kontrastieren. Das trifft nicht nur für Lieder zu, in denen die Liebe zum Kind als inhaltlicher Bezug und künstlerisches Kontrastmittel gewählt wird, sondern ebenso für Lieder, in denen die Bedrohung der Menschheit und unseres Planeten als Ganzem artikuliert werden. Letzteres gilt vor allem für Danzers „Gebt uns endlich Frieden“; besonders die Textstelle „Vier Milliarden Leben, vier Milliarden Tode, vier Milliarden Träume, Hoffnungen ...“ hinterließ bei vielen Jugendlichen einen starken Eindruck.

10. Große Bedeutung für die Bewertung von Friedensliedern haben die Interpreten. Von ihrer politischen und künstlerischen Überzeugungs- und Ausstrahlungskraft, ihrem Engagement, ihrem öffentlichen Image, ihren Fähigkeiten und ihrem Können hängt es wesentlich ab, ob ein Friedenslied von der Jugend als „gläubwürdig“ abgenommen wird oder nicht.

Viele Jugendliche neigen dazu, im allgemeinen das politische Engagement westlicher Sänger (Degenhardt, Wader, Wecker, Danzer, Lindenberg u. a.) höher zu bewerten als das unserer Interpreten und Rockformationen.

Dabei lassen sie sich von folgendem Gedanken leiten: Engagiert sich ein Künstler der USA oder Westeuropas durch seine Lieder offen im Friedenskampf, würde er sich damit automatisch gegen den NATO-Raketenbeschluß und damit gegen die Herrschenden stellen. Das habe für den Sänger z. T. politische Repressalien und auf jeden Fall kommerzielle Einbußen zur Folge (durch Kündigung von Schallplattenverträgen, Gastspielen u. ä.).

Im Unterschied dazu würden sich die Sänger der DDR mit ihrem Friedensanliegen in völliger Übereinstimmung mit der Friedenspolitik unseres Staates befinden. Ein Friedenslied gegen die NATO-Hochrüstung, gegen Reagan usw. bedeutet demnach für den DDR-Künstler keinerlei politisches Risiko oder finanzielle Einbuße – im Gegenteil: Vielen unserer Interpreten werden Opportunismus und Karrierismus unterstellt, vor allem den noch nicht so bekannten („Die Bekannteren haben das nicht nötig, denn die sind schon oben.“). Die Folge davon ist, daß im allgemeinen bei den Jugendlichen unseres Landes Friedenslieder und ihre Interpreten und das in diesen Liedern verfolgte politische Anliegen kritischer und mit mehr Vorbehalten bewertet und als etwas Glaubwürdiges „abgenommen“ wird als im Durchschnitt von Liedermachern und Rockmusikern der BRD und anderer kapitalistischer Staaten. Umstrittener als bei anderen BRD-Sängern ist die politische Haltung von Udo Lindenberg. Für einen beträchtlichen Teil der Befragten ist er (war er zumindest bis zu diesem Zeitpunkt, also vor seinem

„Sonderzug nach Pankow“!) der Vertreter eines politisch engagierten Sängers der BRD. Dazu haben beigetragen: die Unterschrift unter den Krefelder Appell¹³ und sein Auftritt beim Bochumer Festival¹⁴. Skeptisch wird von anderen oder sogar denselben Befragten entgegengehalten, daß er früher „ganz andere“ Lieder gemacht habe und vielleicht auch bloß aus kommerzieller Imagepflege solch ein Lied gemacht hätte und sich in der Friedensbewegung auch nur aus diesem Grund engagieren würde. Es wurde deutlich, daß für viele Jugendliche die Glaubwürdigkeit erhöht oder geringer wird, je nachdem was und wie die Massenmedien, insbesondere die DDR-Jugendmedien, über den Künstler berichten und dann, wenn die Künstler in den politischen Tageskampf aktiv einbezogen werden.

11. Zur Verbreitung von Friedensliedern in den Massenmedien der DDR gibt es weitgehend übereinstimmend positive Auffassungen, aber auch kritische Hinweise. So wird von den meisten Befragten positiv eingeschätzt, daß inzwischen nahezu alle bekannten Rockinterpreten und Liedermacher der DDR sich in einer eigenständigen Kreation zu diesem gewichtigen Thema „zu Wort gemeldet“ haben. Jedoch gab es mehrfach die Meinung, daß nunmehr die Gefahr besteht, daß daraus eine Modeerscheinung und eine „Übersättigung“ entsteht. Deshalb warnen viele der Befragten vor einem zu häufigen Einsatz solcher Titel, besonders des Spitzentitels „Der blaue Planet“ von Karat in Rundfunk und Fernsehen der DDR. Andererseits wünschen sich nicht wenige eine größere stilistische und vor allem internationale Breite an Friedensliedern.

Die Veranstaltungen „Rock für den Frieden“ im Palast der Republik¹⁵ und das Festprogramm zur FDJ-Kulturkonferenz¹⁶ werden sehr positiv bewertet. Bedauert wird, daß es derartige Veranstaltungen nicht häufiger und auch in anderen

13 Aufruf der westdeutschen Friedensbewegung von November 1980 für Abrüstung und Entspannung. Konkret wurde gefordert, die Zustimmung der Bundesregierung zur Stationierung neuer atomarer Mittelstreckenraketen in Europa (siehe NATO-Raketenbeschluss, Anm. 12) zurückzuziehen. Bis 1983 unterschrieben mehr als vier Millionen Bundesbürgern diesen Aufruf, der die Erkenntnis voransetzte: Der Atomtod bedroht uns alle – keine neuen Atomraketen in Europa!

14 Am 11.9.1982 fand in Bochum ein „Sommerfest gegen den Kalten Krieg“ mit über 200 Künstlern statt. Die Auftritte folgten den Devisen „Künstler für den Frieden“ und „Auf die Dauer hilft nur Power“. Bochum zählte über einhunderttausend Gäste. Unter den Künstlern engagierten sich beispielsweise Katja Ebstein, Harry Belafonte und Udo Lindenberg, Mitinitiator des Krefelder Appells (siehe Anm. 13).

15 Siehe Anm. 10.

16 Ende Oktober 1982 fand in Leipzig die erste und einzige Kulturkonferenz der FDJ statt. Sie behandelte „Die Verantwortung der FDJ für Kultur und Kunst in den Kämpfen unserer Zeit“ (Referat Hartmut König). König erklärte Kultur und Kunst nicht nur zu einem wichtigen Betätigungsfeld von Jugendlichen und Jugendorganisation, sondern propagierte eine noch stärkere ideologische Einmischung in künstlerische Belange und stieß damit auf erheblichen Widerspruch unter Künstlern. Letzteres zu reflektieren war diese Untersuchung jedoch nicht angelegt.

größeren Städten unserer Republik gibt. Kritisiert wurde, daß „Rock für den Frieden“ vom DDR-Fernsehen erst in den späten Abend- bzw. in den Nachtstunden ausgestrahlt wurde.

Die Mehrheit der Befragten begrüßt den Abdruck von Friedensliedertexten und Informationen und Kommentare zu diesen Liedern und deren Interpreten in der „Jungen Welt“¹⁷, dem „Neuen Leben“¹⁸ und in „Melodie und Rhythmus“¹⁹, jedoch sind sie der Meinung, daß es noch zu viele wichtige Informationen zu diesem Thema gibt, die nur in den beiden zuletzt genannten Quellen erscheinen und somit zu wenigen Jugendlichen zugänglich werden.

In den meisten Interviews wurde deutlich, daß die Jugendlichen im allgemeinen nicht nur mit diesen Liedern „konfrontiert“ werden wollen; vielmehr wünschen sie sich mehr Hinweise und Erläuterungen zu diesen Liedern: Informationen über die Texte, Komponisten/Produzenten und Interpreten, ihr künstlerisches und politisches Anliegen, Wertungen, Urteile und Gedanken der Künstler, von Journalisten und Gleichaltrigen, anderen Jugendlichen dazu. Ein solches Bedürfnis ist ganz besonders bei Jugendsendungen von „Rund“ und DT 64 vorhanden.

Jugendliche, die der Singebewegung der DDR oder der Liedermacher-„Szene“ nahestehen, erwarten bedeutend mehr Informationen in den DDR-Medien darüber. Sie kritisieren, daß vor allem über die der DKP nahestehenden Sänger der BRD (z. B. Hannes Wader, Franz-Josef Degenhardt, Konstantin Wecker) relativ wenige Porträts, Berichte und Kommentare in Rundfunk, Fernsehen und Presse der DDR erscheinen und zu wenige Schallplatten von ihnen in unserem Land angeboten werden.

Darüber hinaus ist offensichtlich bei den meisten Jugendlichen das Bedürfnis vorhanden, nicht nur eine Schallplatte mit den Liedern der Veranstaltung „Rock für den Frieden“ kaufen zu können, sondern vielmehr solch eine LP²⁰, auf der die besten Friedenstitel nicht nur der DDR, sondern vielmehr auch anderer Staaten (einschließlich traditionelle Lieder der internationalen Friedensbewegung, insbesondere der USA und der BRD) festgehalten sind.

3. Thesen zu Schlußfolgerungen

1. Die große Verbreitung und Beliebtheit von Liedern zur Friedenthematik und vor allem die im allgemeinen intensivere Rezeption solcher Titel im Vergleich zu den meisten anderen Liedern der Rock- und Schlagermusik verweisen auf die Notwendigkeit, auch in Zukunft derartige Produktionen gezielt zu fördern und zu verbreiten, ohne daraus eine Kampagne werden zu lassen. Dabei muß davon ausgegangen werden, daß die besten Produktionen Jugendliche aller Altersgruppen, sozialen

17 Tageszeitung der Freien Deutschen Jugend, herausgegeben von deren Zentralrat.

18 Jugendmagazin, herausgegeben vom Zentralrat der FDJ.

19 Zeitschrift (Heft) für moderne Tanz- und Unterhaltungsmusik.

20 Gängige Abkürzung für „Langspielplatte“.

Schichten und unterschiedlicher ideologischer Überzeugungen erreichen. Sie sollten deshalb verstärkt als Diskussionsgegenstand bzw. als politisches Verständigungselement in der ideologischen Arbeit der FDJ bei der Suche nach gemeinsamen Positionen im Kampf um die Erhaltung des Weltfriedens genutzt werden.

2. Um die Ausstrahlungskraft unserer Friedenslieder zu erhöhen, ist es erforderlich, die Glaubwürdigkeit der Interpreten (bzw. Produzenten/Komponisten) dieser Lieder zu erhöhen. Wesentliche Voraussetzung dafür ist eine größere Präsenz der „Macher“ solcher Lieder (und nicht nur der Lieder selbst) in den DDR-Medien und ihre für Jugendliche nachvollziehbare, „durchschaubare“ Einbeziehung in die Friedensbewegung der DDR. Zunehmend ist von Bedeutung, daß unsere Interpreten nicht nur ihre Friedenslieder singen; vielmehr kommt es darauf an, daß die jugendlichen Rezipienten mehr über den konkreten politisch-weltanschaulichen Standort, über Haltungen und Motive der Künstler erfahren und zur Stellungnahme dazu aufgefordert werden.

3. Bei der Produktion neuer Friedenstitel wäre zu beachten, daß – entsprechend der Vielfalt des musikalisch-ästhetischen Geschmacks Jugendlicher – eine große Breite an musikalisch-künstlerischen „Handschriften“ erforderlich bleibt. Die Friedensthematik ist offensichtlich für die künstlerische Gestaltung in allen musikalischen Genres geeignet. Besonders große Wirkungspotenzen werden jedoch auch in Zukunft jene Friedenslieder haben, die den aktuellen und international wirkenden Musiktrends (Macharten, Stilen, Sounds usw.) entsprechen. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, daß die funktionale Spezifik dieser Lieder bzw. Thematik Akzentverschiebungen in den Erwartungen an solche Lieder zur Folge hat: Wichtig ist, daß diese Lieder ein sehr ausgewogenes Verhältnis von Musik und Text zu Gunsten musikalisch-emotionaler Wirksamkeit und textlicher Verständlichkeit aufweisen. Bislang zu wenig genutzte musikalisch-künstlerische Möglichkeiten sind Liedformen und Gestaltungsweisen der Liedermacher und des Chansons, aber auch die Synthetisierung musikalisch-künstlerischer Gestaltungselemente der verschiedenen Genres, einschließlich der Schlagermusik.

4. In wachsendem Maße ist den Texten von Friedensliedern Aufmerksamkeit zu schenken. Da es sich stets um künstlerische Produktionen mit politischer Aussage und nicht um politisch-agitatorische Manifeste handelt, müssen die Texte von Friedensliedern spezifisch künstlerischen Anforderungen bzw. Gestaltungsmerkmalen entsprechen, ohne deshalb an politisch-ideologischer Aussagekraft zu verlieren. Im Gegenteil: die künstlerisch-ästhetische bedingt die politisch-ideologische Aussagekraft und umgekehrt. Wir benötigen zunehmend deshalb Texte, die die Gedanken der Friedenssehnsucht, -gefahr, -erhaltung, -verteidigung usw. und die sich daraus entwickelnden Gefühle einprägsam und wirkungsvoll widerspiegeln, aktivieren und prägen helfen. Mit dem Einfluß der Neuen (Bundes-)Deutschen Welle und der damit gewachsenen Bedeutung von deutschsprachigen Texten sind die Anforderungen auch an unsere Texte von Friedensliedern größer geworden: Mehr als bis-

her werden in Zukunft Texte gebraucht, die unmißverständlich in direkter oder vermittelter Form sozialistische Inhalte (Ziele, Ideale, Normen und Realitäten) in einer für Jugendliche verständlichen Sprache zum Ausdruck bringen, um aktive und das Leben bejahende und nicht passiv-distanzierte oder fatalistische Haltungen herauszubilden und zu bestärken.

5. Eine besonders große Verantwortung haben auch weiterhin die Massenmedien bei der Produktion, Verbreitung und Bewertung von Friedensliedern. Die Interviewergebnisse legen die Schlußfolgerung nahe, im Rundfunk und Fernsehen, besonders in den Jugendsendungen, nicht unbedingt mehr solche Lieder, aber vor allem in mehr kommentierter Art zu präsentieren. Mehr Informationen über Friedenslieder und ihre Autoren in der „Jungen Welt“ käme breiten Bedürfnissen Jugendlicher entgegen. Zu überprüfen wäre, wie Lieder und Interpreten des westlichen Auslands, die aktiv in der Friedensbewegung engagiert sind, mehr und wirkungsvoller in unsere Jugendsendungen einbezogen werden könnten. Ihre verstärkte Einbeziehung käme nicht nur verbreiteten musikalischen Interessen Jugendlicher entgegen, sondern wäre zugleich eine erziehungs- und bildungswirksame Möglichkeit zum Bewußtmachen von Bedingungen und Faktoren des internationalen Klassenkampfes im Ringen um die Erhaltung des Weltfriedens.

Quelle: Bundesarchiv, Bibliothek, Berlin-Lichterfelde.

Kirchenpolitik am Scheideweg. Ein Dokument der Angst und der Ohnmacht

Joachim Heise

Ende der 1970er-/Anfang der 1980er-Jahre verschlechterte sich die internationale Lage deutlich. Im Dezember 1979 fasste die NATO ihren folgenschweren Nachrüstungsbeschluss. Die sowjetische Führung entschloss sich wenige Tage vor dem Jahreswechsel 1979/1980 zu einem militärischen Eingreifen in Afghanistan, um das dortige prosovietische Regime zu retten. Aus Protest gegen den Einmarsch in Afghanistan boykottierten die USA und andere westliche Staaten die Olympischen Spiele in der sowjetischen Hauptstadt Moskau.

In Polen spitzte sich die Krise weiter zu. Streiks erschütterten das Land. Die Versorgungslage der Bevölkerung mit lebensnotwendigen Gütern verschlechterte sich weiter. Die Autorität der staatstragenden Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei (PVAP) verfiel in einem rasanten Tempo. Die Gewerkschaftsbewegung *Solidarność* gewann immer mehr Anhänger, auch unter den Mitgliedern der PVAP. Sie wurde im November 1980 offiziell registriert. Ein drohender Generalstreik konnte nur durch die Vermittlung des polnischen Episkopats abgewendet werden. Im Juni schrieb das ZK der KPdSU einen Brief an die polnische Parteiführung und übte darin scharfe Kritik an deren bisherigem innenpolitischen Vorgehen. Erinnerungen an den Einmarsch von Truppen des Warschauer Vertrages in die ČSSR 1968 wurden nicht nur in Polen wach.

In dieser angespannten internationalen Situation bemühten sich die Verantwortlichen in beiden deutschen Staaten, den Gesprächsfaden nicht abreißen zu lassen. Mit seiner Rede in Gera am 13. Oktober 1980 belastete Erich Honecker allerdings das filigrane Beziehungsgefüge zwischen Bundesrepublik und DDR und löste in der politischen Klasse der Bundesrepublik heftige Kontroversen über den richtigen deutschlandpolitischen Kurs aus. Honecker hatte in Gera unter anderem die Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft, den Austausch von Botschaftern, die Regelung des Grenzverlaufs auf der Elbe sowie die Auflösung der Erfassungsstelle in Salzgitter gefordert.

Als im April 1981 die Delegierten des X. SED-Parteitag in Berlin zusammenkamen, um die „Linie“ für die nächsten fünf Jahre abzustecken, sah sich die SED-Führung mit komplizierten innen- und außenpolitischen Herausforderungen konfrontiert. Mit zunehmendem Argwohn beobachtete die Moskauer Führung die Politik der Honecker-Führung gegenüber dem Westen im Allgemeinen und der Bundesrepublik Deutschland im Besonderen. Auch in der Wirtschaftspolitik nahmen die Differenzen zwischen den Staaten des Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) zu. Die zentrifugalen Kräfte im Ostblock wurden stärker. Die Eigeninteressen der einzelnen Länder gewannen mehr und mehr Oberhand über die verbal beschworene und real tatsächlich intensiver werdende Zu-

sammenarbeit im RGW. Außerordentliche Belastungen gingen vom internationalen Energie- und Rohstoffmarkt aus. Die UdSSR hatte in diesem Zusammenhang eine Verminderung der Erdöllieferungen angekündigt, was die von Rohstoffen aus der UdSSR besonders abhängige DDR-Wirtschaft hart traf.

Angesichts der zunehmenden wirtschaftlichen Schwierigkeiten der DDR wuchsen bei immer mehr DDR-Bürgern aus allen Schichten der Bevölkerung die Zweifel an der Realisierbarkeit der hochgesteckten volkswirtschaftlichen Ziele und sozialen Versprechungen der SED. Sie spürten immer deutlicher den Widerspruch zwischen dem, was die DDR-Propaganda tagtäglich verbreitete, und der Wirklichkeit in ihren Betrieben und in ihrem Alltag. Die zunehmende Zahl der Westreisenden belegte und mehrte diese Zweifel und verstärkte die Unzufriedenheit mit der tatsächlichen Lage im Land. Selbst unter den Mitgliedern und Funktionären der SED auf der unteren und mittleren Ebene und den Verantwortungsträgern in Politik und Wirtschaft, die mit immer neuen Problemen konfrontiert waren, begann es zu rumoren. Zudem musste die SED-Führung angesichts der Entwicklung in Polen fürchten, der „polnische Bazillus“ könnte auch auf die DDR übergreifen. Die Aufhebung des pass- und visafreien Verkehrs zwischen der DDR und Polen im Oktober 1980 war nur eine der vielen hilflosen Aktionen der SED- und DDR-Führung, um mögliche Gefahren abzuwenden.

Die ehrgeizigen außenpolitischen Ziele der DDR, die volle völkerrechtliche Anerkennung des ostdeutschen Staates und seine internationale Aufwertung, erschiene der SED-Führung nur erreichbar, wenn die innere Stabilität der DDR garantiert und ihr Bild in der westlichen Öffentlichkeit möglichst makellos erschien. Viele Probleme, die die innere Stabilität der DDR infrage stellten und schließlich am Ende des Jahrzehnts zu ihrem Untergang führten, wurden daher nicht angepackt, sondern nur „verwaltet“, das hieß: totgeschwiegen oder mit zunehmend unerträglich werdender Erfolgspropaganda zugedeckt.

Ein wichtiger Faktor für die gewünschte innere Stabilität der DDR und ihre außenpolitische Reputation stellten die Kirchen mit ihren Millionen Mitgliedern dar. Für viele Menschen in der DDR wurden sie in dieser Zeit zum „Mund der Stummen“. Gerade junge Menschen begannen, sich Ende der 1970er-/Anfang der 1980er-Jahre in Friedens-, Bürgerrechts- und Umweltfragen zu engagieren und zusammenzuschließen. Die DDR-Staatsgewalt ließ dafür keine speziellen neuen Artikulationsräume zu, aus Angst vor unkalkulierbarer Emanzipation. Viele der in dieser Zeit entstehenden Gruppen suchten daher unter dem Dach der Kirche für ihre Anliegen nach Raum und Schutz.

Die Politik der Konfliktvermeidung bzw. der Konfliktminimierung, die seit einiger Zeit die ostdeutschen Staat-Kirche-Beziehungen stärker als je zuvor beherrschte, hatte ihren sichtbaren Ausdruck in dem Spitzengespräch zwischen Erich Honecker und den Verantwortlichen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR am 6. März 1978 gefunden. Sie hatte zwar zu einer Versachlichung der Begegnungen und zu besseren Arbeitsbedingungen der Kirchen geführt, der Grundkonflikt zwischen beiden Seiten bestand aber dennoch fort und brach, allen Beschwörungen des „Geistes der 6. März“ zum Trotz, immer wieder

offen aus. Besonderen Protest seitens der Kirchen rief 1978 die Einführung des Wehrunterrichts in den Schulen hervor. Ein Grundsatzgespräch dazu lehnte das Ministerium für Volksbildung der DDR ab.

Anfang der 1980er-Jahre gewannen in der DDR-Kirchenpolitik die restriktiven, destruktiven, kontrollierenden und sicherheitspolitischen Aspekte deutlich an Gewicht. In den Augen der SED-Führung und der Verantwortlichen der Staatsicherheit blieben die Kirchen trotz aller „Erfolge“ immer „unsichere Kontonisten“, eine gefährliche Größe, die beobachtet, kontrolliert und in ihrer öffentlichen Wirksamkeit eingeschränkt werden müsse. Die Entwicklung in Polen, die Aktivitäten der kirchlichen Friedens- und Umweltgruppen in der DDR, die kirchliche Basisinitiative für einen sozialen Friedensdienst führten zu immer nervöseren Abwehrreaktionen durch die kirchenpolitisch Verantwortlichen in SED und Staat. Zugleich sorgte die wachsende Zahl der Ausreisewilligen, die bei den Kirchen Hilfe suchten, für Gereiztheit. Die Bereitschaft zu einem härteren Vorgehen wuchs in dem Maße, wie sich der Druck aus den Kirchen und aus den unter ihrem Dach agierenden Gruppen verstärkte und ein immer breiteres Echo in der DDR-Bevölkerung, auch bei Nicht-Christen, fand.

Die Zeit war reif für Reformen. Die Zeit war reif, die zunehmende Verkrustung und Erstarrung der DDR-Gesellschaft aufzubrechen und die Abschottungs- und Abgrenzungspolitik zu beenden.

Die SED-Führung verstand diese Zusammenhänge nur in sehr begrenztem Maße. Offenheit und Gesprächsbereitschaft in der Außenpolitik waren auf Dauer nur glaubwürdig, wenn sie mit Reform- und Dialogbereitschaft in der Innenpolitik korrespondierten. Die SED begrenzte mit Rücksicht auf außenpolitische Akzeptanz ihr Vorgehen gegen kritische Stimmen aus den Kirchen und von oppositionellen Gruppen, die sich unter dem Dach der Kirchen sammelten, in gewisser Weise. Der Umgang mit Kirchen und Christen war vom Westen, insbesondere seit Abschluss der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE) 1975, zu einem wichtigen Kriterium für die politische Glaubwürdigkeit der kommunistisch geführten Regierungen in den Staaten des sowjetischen Einflussbereichs erhoben worden. Die Tagung des Zentralaussschusses des Weltkirchenrates (Ökumenischer Rat der Kirchen, ÖRK) im August 1981 in Dresden sollte vor aller Welt demonstrieren, dass die DDR ein Staat ist, der sich dem Frieden und dem Wohl des Volkes verpflichtet fühlt, in dem die Kirchen gute Wirkungsmöglichkeiten hätten und wo Christen als gleichberechtigte und gleichgeachtete Bürger leben könnten. Zugleich erkannten Honecker und seine Umgebung nicht die innere Notwendigkeit politischer Reformen im Sinne echter demokratischer Volksbeteiligung am Sozialismus.

Das nachfolgend edierte Dokument ist datiert: 15. Juli 1981. Es entstand also genau einen Monat vor der Sitzung des Zentralaussschusses des ÖRK in Dresden. Unklar ist, wer der Verfasser dieses Papiers war und welche Verwendung es gefunden hat. In jedem Fall lag es der für Kirchenfragen zuständigen Abteilung XX/4 des Ministeriums für Staatssicherheit vor.

Der Bericht folgt dem gängigen Schema derartiger Vorlagen: Eingangs werden kurz die Erfolge der Politik der SED beschrieben und danach die als „gefährlich“ eingestuften Befunde aufgelistet, um in einem anschließenden dritten Teil einen Maßnahmenkatalog vorzulegen, mit dessen Hilfe die beschriebenen Gefahren zumindest eindämmt werden sollen. „Analysen“ von der Machart der vorliegenden sind typisch für das letzte Jahrzehnt der DDR. Sie sind Belege für die Ignoranz der SED-Führung, die die Defizite der DDR-Gesellschaft nicht zur Kenntnis nehmen wollte. Die beschriebenen Sachverhalte wurden auch nicht als echte innere, kirchenpolitische Probleme begriffen. Es wurde so getan, als schürten vom Westen unterstützte „negativ-feindliche kirchliche Kräfte“ Unruhe in der DDR-Bevölkerung, um das ansonsten schöne und harmonische Zusammenleben der Menschen und die viel beschworene „Einheit von Volk und Partei“ zu untergraben. Die in derartigen Papieren unterbreiteten Vorschläge zur Abwendung der „Gefahren“ entpuppen sich bei genauerem Hinschen als Zeugnisse der Selbsttäuschung und Hilflosigkeit. Es genügte nämlich Anfang der 1980er-Jahre nicht mehr, alle einschlägigen Instanzen, Organisationen und staatlichen Stellen in Bewegung zu setzen, um politisch-ideologischen Aktionismus vorzutäuschen. Es genügte nicht mehr, die Kritiker mundtot zu machen.

Die tatsächlichen Defizite des politischen Systems in der DDR und die fehlende Kraft und Effizienz der Volkswirtschaft zu thematisieren gelang jedoch nicht. Die mangelnde demokratische Substanz in der Gesellschaft zu erkennen und nach grundlegenden Veränderungen zu suchen, waren die SED und vor allem ihre Führung seit Beginn der 1980er-Jahre immer weniger willens und fähig.

Dokument

Hinweise zu politisch bedeutsamen Entwicklungen und Vorgängen in den Kirchen und Religionsgemeinschaften der DDR
Berlin, 15. Juli 1981

Es ist festzustellen, daß die Anzahl realistisch denkender, loyal eingestellter und progressiver Kräfte in den Kirchen und Religionsgemeinschaften der DDR wahrnehmbar angewachsen ist und deren Einfluß zugenommen hat. Dazu trug das Grundsatzgespräch vom 6. März 1978¹ in entscheidendem Maße bei, blieb auch auf die Verbesserung des Verhältnisses der katholischen Kirche zum sozialistischen Staat der DDR nicht ohne Einfluß und ließ letztendlich auch das Gespräch anläßlich des Antrittsbesuchs des Vorsitzenden der Berliner Bischofskonferenz beim Vorsitzenden des Staatsrates² möglich werden.

1 Gemeint ist das Treffen Erich Honeckers mit dem Vorstand der Konferenz der Kirchenleitungen des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR am 6.3.1978. Siehe Einleitung.

2 Gemeint ist das Gespräch zwischen Erich Honecker und Bischof Gerhard Schaffran am 15.1.1981.

Im engen Zusammenhang mit den zwei Haupttendenzen in der Entwicklung der internationalen Lage spitzen sich auch im Bereich der Kirchen die Auseinandersetzungen zwischen den progressiven und loyalen Kräften auf der einen und feindlich-negativen Kräften auf der anderen Seite immer mehr zu. Das führt zu einer breiteren Differenzierung und Polarisierung unter den verschiedensten religiösen Personenkreisen. Feindlich-negative Kräfte nutzen die sich ihnen dabei bietenden Möglichkeiten, die Kirchen als Träger bürgerlicher Ideologien für ihre antisozialistischen Ziele zu mißbrauchen und praktizieren die klerikale Theorie von der „Kirche als Freiraum für Andersdenkende“.

Aktivitäten zum Unterlaufen des Abgrenzungsprozesses zwischen den beiden deutschen Staaten

Nach wie vor wird der Abgrenzungsprozeß zwischen den Kirchen der DDR und denen der BRD unterlaufen. Obwohl offiziell eine organisatorische und juristische Trennung zwischen den evangelischen Kirchen der DDR und denen der BRD durch die Gründung eines Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR erfolgte,³ sind besonders von der „Evangelischen Kirche Deutschlands“ in der BRD ausgehende Aktivitäten erkennbar, vor allem unter Mißbrauch der Möglichkeiten des Reiseverkehrs diese Abgrenzung zu unterlaufen und Versuche zu unternehmen, die Bonner Fiktion von der Kirche als „gesamtddeutsche Klammer“ neu zu beleben.

Andererseits sind auch die evangelischen Kirchen in der DDR noch nicht durchgängig bereit, ihre Beziehungen zur „Evangelischen Kirche in Deutschland“ in die allgemeine Ökumene einzugliedern. Das ergibt sich auch insbesondere aus der ständigen finanziellen Abhängigkeit von den Kirchen in der BRD. (letzteres ist auch auf die katholische Kirche zutreffend)

Die katholische Kirche in der DDR hat die juristische Trennung von der BRD-Kirche noch nicht vollzogen.

Sichtbarer Ausdruck der auf das Unterlaufen des Abgrenzungsprozesses abzielenden Aktivitäten sind u. a.:

regelmäßig offizielle und als Privatbesuche abgedeckte Einreisen kirchenleitender Personen aus der BRD zu Kirchengremien und kirchenleitenden Personen in der DDR sowie deren Teilnahme an Sitzungen, Konferenzen, Synoden, Kirchentagungen;

Ausweitung der Reisetätigkeit kirchenleitender Personen aus der DDR in die BRD und andere nichtsozialistische Staaten im Zusammenhang mit der Organisation gemeinsamer Tagungen und Beratungen sowohl auf kirchenleitender als auch auf unterer Ebene, verschiedentlich verbunden mit der Abfassung gemein-

3 Am 10.6.1969 trat die Grundordnung des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR (BEK) in Kraft. Damit war die organisatorische und juristische Verselbstständigung der acht evangelischen Landeskirchen in der DDR von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) vollzogen.

samer Erklärungen zu gesellschaftspolitischen Ereignissen (z. B. 40. Jahrestag der Kristallnacht und des Beginns des 2. Weltkrieges);

Schaffung bestimmter Konsultationsorgane (u. a. „Ost-West-Kommission“ beim Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR und der „Evangelischen Kirchen Deutschlands“ in der BRD);⁴

Versuche der Isolierung politisch progressiver, kirchlicher Personen in der DDR durch Verleumdung, Entstellung politisch positiver Äußerungen, innerkirchliche disziplinarische Maßnahmen usw.;

innerkirchliche Auseinandersetzungen mit dem Ziel der Neu- bzw. Umbesetzung leitender Kirchenpositionen durch Personen mit prowestlichen und antisozialistischen Haltungen.

Deutlicher Ausdruck der Demonstration „gesamtdeutschen Handelns“ war beispielsweise auch der Versuch politisch-klerikaler Kreise der BRD und der DDR, in beiden deutschen Staaten gleichzeitig „Bußgottesdienst für den Frieden“ mit einer „Gedenkminute“ durchzuführen.⁵ Diese Aktion erhielt durch die Entwicklung der Situation in der VR Polen und die dortigen Streikaktionen besondere politische Relevanz.

Parallel zur spektakulären Aufwertung innerkirchlicher Auseinandersetzungen der DDR zu gesellschaftlichen Problemen (z. B. im Rahmen von Synoden, Kirchentagen, kirchlichen Konferenzen u. a.) und der Rolle der Kirchen in der DDR generell, wird in den westlichen Massenmedien die Politik der SED und der Regierung der DDR in Kirchenfragen zunehmend diffamiert. Von negativen kirchlichen Kräften werden diese Diffamierungen zunehmend aufgegriffen und in politisch-negative Aktivitäten umzusetzen versucht. Außerdem werden Falschmeldungen, die Informationen über eine angebliche Behinderung des religiösen Lebens in der DDR zum Inhalt haben, veröffentlicht. Sie werden ergänzt durch Meldungen, die Entstellungen innerkirchlicher Vorgänge und Verlautbarungen zum Inhalt haben, die Kirche sei in der DDR die einzige legale Opposition. Mitarbeiter diplomatischer Vertretungen und akkreditierte Korrespondenten nichtsozialistischer Staaten in der DDR, insbesondere aus der BRD und den USA, bemühen sich verstärkt um Kontakte und Verbindungen zu kirchlichen Amtsträgern und Theologen aus der DDR. Diesen Kontaktbestrebungen liegen neben einem zunehmenden Interesse an der Erlangung von Informationen zu innerkirchlichen Problemen in Zusammenhang mit gesellschaftspoliti-

4 Im Dezember 1969 nahm die sogenannte Beratergruppe ihre Arbeit auf. Dabei handelte es sich um ein gemischtes Gremium aus je 15 Vertretern der EKD sowie des BEK. Die Gruppe traf sich bis zum Ende des Kirchenbundes 1991 in der Regel alle sechs Wochen.

5 Gemeint ist der Beschluss der Konferenz der Kirchenleitungen des BEK vom 23.10.1980. Er sah vor, am Bußtag, dem 19.11.1980, in den Gemeinden Bußgottesdienste für den Frieden zu gestalten, ein Friedensgebet zu sprechen und eine Gedenkminute, verbunden mit Glockengeläut, zu halten. Gleiches sollte auch in Gemeinden der evangelischen Landeskirchen in der Bundesrepublik geschehen.

schen Prozessen in der DDR offensichtlich auch Absichten zu Grunde, vorgeannten Personenkreis im westlichen Sinne verstärkt zu beeinflussen.

Als eine weitere Form der Versuche des Unterlaufens des Abgrenzungsprozesses und der Inspirierung/Organisierung feindlich-negativer Aktivitäten gegen die DDR ist die als Bestandteil der gegnerischen Kontaktpolitik/Kontakttätigkeit in den letzten Jahren erheblich forcierte und ausgebaut sogenannte Partnerschaftsarbeit⁶ anzusehen.

Seitens der Kirchen der BRD sind organisierte Verbindungen zu den Kirchen der DDR auf allen Ebenen geschaffen worden, die im Interesse der Weiterführung und Abdeckung privatisiert wurden, so u. a. zwischen den Landeskirchen, Kirchenkreisen und Kirchengemeinden, den evangelischen und katholischen Studentengemeinden sowie den Jungen Gemeinden, aber auch zwischen den kirchlichen Ausbildungsstätten, Krankenhäusern und Pflegeheimen.

Unter Ausnutzung des Reise- und Touristenverkehrs finden auf dem Territorium der DDR regelmäßig Begegnungen und Treffen in kircheneigenen Räumen, in Touristenzentren und während der Leipziger Messen statt. (Diese Treffen werden zum Teil vom Ministerium für „Innerdeutsche Beziehungen“ der BRD subventioniert.)

Schwerpunkte bilden dabei Kontaktaktivitäten der Evangelischen und Katholischen Studentengemeinden. Darüber hinaus werden in Drittländern, besonders in der VR Polen, in der ČSSR, in der VR Bulgarien und in der VR Ungarn gemeinsame Treffen und Ferienaufenthalte organisiert.

In die auf allen Ebenen organisierte Kontakttätigkeit ordnen sich gleichfalls die Aktivitäten einer Reihe feindlich-negativer bzw. klerikaler Organisationen nicht-sozialistischer Staaten ein, die im Sinne des Unterlaufens des Abgrenzungsprozesses versuchen, Druck auf die Kirchenleitungen der DDR auszuüben, klerikale Kräfte in der DDR zu subversiven Aktivitäten zu inspirieren bzw. personelle Stützpunkte in der DDR zu schaffen. Bisher traten u. a. derart in Erscheinung:

„Paneuropäisches Studienwerk e. V.“, Bad Oeynhausen (Brüsewitz-Zentrum);

Missionsbund „Licht im Osten“, Korntal/BRD;

„Christliche Ostmission“, Schwalheim/BRD;

„Osteuropa-Mission“, Westberlin;

„Missionswerk Evangelica“, Amberg/BRD;

„Slawische Ostmission“, Stockholm/Schweden;

„Open door“, Appeldorn/Niederlande;

„Verein Glaube in der 2. Welt“, Schweiz/BRD.

Nachgewiesen wurde, daß die genannten klerikalen Organisationen ihre subversiven Aktivitäten gegen die sozialistischen Staaten koordinieren und insbesondere unter Anwendung konspirativer Mittel und Methoden versuchen, nichtlizenzierte Druckerzeugnisse religiösen und antikommunistischen Inhalts, Tonträger,

6 Gemeint sind partnerschaftliche Beziehungen zwischen einzelnen evangelischen Gemeinden in beiden deutschen Staaten.

Vervielfältigungsgeräte und Fototechnik unter Umgehung der zollrechtlichen Bestimmungen der DDR in die DDR bzw. durch die DDR in andere sozialistische Länder einzuführen.

Versuche klerikaler Kräfte der DDR zur Erweiterung ihres Einflusses und damit im Zusammenhang stehende Aktivitäten des Mißbrauchs kirchlicher Tätigkeit.

In zunehmendem Maße und mit erheblicher Intensität versuchen politisch negative Kräfte in den Kirchen der DDR, die Ergebnisse der sich in den letzten Jahren vollzogenen positiven Entwicklungen des Verhältnisses zwischen Staat und Kirchen in der DDR rückgängig zu machen. Ihre Absichten sind darauf gerichtet, die Kirchen insgesamt auf einen Konfrontationskurs zu drängen, sich in innere staatliche Angelegenheiten einzumischen und negative bzw. ungefestigte und schwankende kirchlich gebundene Personen zu antisozialistischen Haltungen und Handlungen zu initiieren. Unter Anknüpfung an kleinbürgerliche Denk- und Verhaltensweisen, Traditionspflege usw. versuchen sie gleichfalls Einfluß auf politisch loyale Personen in leitenden kirchlichen Gremien zu gewinnen.

Der Einfluß der genannten politisch negativen Kräfte führt u. a. auch dazu, daß im Zusammenhang mit der Durchsetzung staatlicher Maßnahmen im Rahmen grundsätzlicher gesellschaftlicher Entwicklungsprozesse immer wieder die Kirchen ihr sogenanntes Wächteramt⁷ unterstreichen, Positionen der „kritischen Distanz“ gegenüber Staat und Gesellschaft zum Ausdruck bringen und mittels Stellungnahmen, Briefen, Gesprächen u. a. ihre gegensätzlichen Ansichten offen vertreten.

Das trifft insbesondere zu auf Probleme der sozialistischen Erziehungs- und Bildungspolitik, der Friedens- und Verteidigungspolitik, besonders im Zusammenhang mit der Einführung des Wehrunterrichts an den POS [Polytechnischen Oberschulen],⁸ der Kulturpolitik usw. In diesem Zusammenhang ist zu beachten, daß insbesondere von den Kirchenleitungen der Landeskirche Sachsen (Dresden) und der Kirchenprovinzen Sachsen (Magdeburg) in letzter Zeit vorgenannte Kräfte unterstützt wurden.

Eine Vielzahl Aktivitäten fast aller Kirchenleitungen richtete sich gegen den Wehrunterricht in den POS. Außerdem inspirierte dieses Verhalten kirchenleitender Gremien und Personen politisch negative Kräfte zur Erarbeitung von Orientierungshilfen und sogenannten Handreichungen, wie z. B. der „Handreichung für Seelsorge an Wehrpflichtige“ oder der Orientierungshilfe zum „Wort

7 Unter „Wächteramt“ verstehen Kirchenvertreter allgemein eine besondere kirchliche Verantwortung und kritische Rolle der Kirchen gegenüber aktuellen politischen Geschehnissen und gesellschaftlichen Veränderungen.

8 Die Einführung des Wehrunterrichts für die Schüler der 9. und 10. Klassen ab dem 1.9.1978 erfolgte auf der Grundlage der Direktive Nr. 3 des Ministeriums für Volksbildung der DDR vom 1.2.1978.

an die Gemeinden“ im Zusammenhang mit der Willenserklärung der DDR-Bürger im Jahr 1979.⁹

Damit war beabsichtigt, feindlich negative vorher immer mit Bindestrich Aktionen sowie offene Provokationen von einzelnen Personen abzublocken und die strafrechtliche Relevanz derartiger Handlungen zu unterlaufen, aber zugleich die Ablehnung bzw. Einschränkung bestimmter gesellschaftspolitischer Maßnahmen und Prozesse in der DDR durch ein selbst auferlegtes Mitspracherecht zu legalisieren.

Die feindlich negative Einstellung eines Teils kirchlicher Amtsträger in der DDR zeigt sich darüber hinaus in der offenen Solidarisierung mit negativen Kulturschaffenden der DDR, in der Einbeziehung dieser Personen in kirchliche Veranstaltungen (HEYM¹⁰).

(Es wird eingeschätzt, daß nach Gesprächen mit kirchlichen Vertretern eine Ausweitung dieser Praktiken nicht festzustellen ist, jedoch die bekannt gewordenen Inspiratoren derartiger Aktivitäten nach wie vor an einer Weiterführung interessiert sind.)

Als eine Form der Gemeindeförderung und der negativen Einflußnahme auf Personen bietet die Haus- und Akademikerkreisarbeit der Kirchen¹¹ durch ihre „private nichtöffentliche Form“ den Kirchen relativ günstige Möglichkeiten, wachsenden Einfluß insbesondere auf Angehörige der Intelligenz zu gewinnen. Die Diskussionsthemen beinhalten vorrangig Probleme, die von kirchlichen Personen zu Angriffen gegen die sozialistischen Verhältnisse herangezogen werden, wie Fragen zur Militärpolitik, Bildungspolitik usw. Aus dem Bereich der katholischen Kirche wurden in unmittelbar zurückliegender Zeit keine offenen Angriffe gegen die sozialistischen Verhältnisse in der DDR bekannt.

(Mit dem zur Bußzeit 1981 verlesenen Hirtenbrief¹² – Angriffe gegen die kommunistische Erziehung der Jugend sowie gegen die Jugendweihe – sollte offensichtlich demonstriert werden, daß sich an der praktizierten Grundhaltung der katholischen Kirche in der DDR nichts ändert.)

9 In einem „Wort an die Gemeinden“ vom 1.11.1979 ging der BEK auf Distanz zu einer vom Nationalrat der Nationalen Front der DDR initiierten, DDR-weiten Unterschriftensammlung. Mit ihr sollte der Abrüstungsvorschlag der UdSSR unterstützt werden, den Leonid I. Brežnev während seines DDR-Besuches (4.-8.10.1979) unterbreitet hatte.

10 Gemeint ist der Schriftsteller Stefan Heym (1913-2001). 1971 war sein Roman „Collin“ in der Bundesrepublik erschienen. Im gleichen Jahr wurde er wegen „Devisenvergehens“ verurteilt. Sein Roman „Ahasver“ erschien zuerst ebenfalls in der Bundesrepublik. Wie andere bei der DDR-Führung in Ungnade gefallene Schriftsteller und Künstler wurde Stefan Heym zu Lesungen in Kirchengemeinden in der DDR eingeladen.

11 Haus- oder Akademikerkreise waren eine besondere Form der übergemeindlichen kirchlichen Arbeit mit Laien. Die Teilnehmer trafen sich in Privatwohnungen.

12 Gemeinsamer Hirtenbrief zur österlichen Bußzeit vom 25.1.1981 „Haben Christen noch eine Chance in der DDR?“.

Zu einigen Problemen kirchlicher Jugendarbeit:

Seit Jahren orientieren die Kirchen in ihrer Gesamtheit auf eine Ausweitung und Qualifizierung kirchlicher Jugendarbeit.

Dazu wurden entsprechende Konzeptionen erarbeitet und Ausbildungsmöglichkeiten für qualifizierte Kader geschaffen (z. B. Ausbildungsstätte für Gemeindepädagogen in Potsdam-Hermanswerder).

Bekannt gewordene Aktivitäten insbesondere feindlich-negativer kirchlicher Kräfte zielen dabei auf eine Mobilisierung jugendlicher Personen gegen die gesellschaftliche Entwicklung in der DDR ab, wobei eine Vielzahl kirchlicher Mitarbeiter versuchte, zu diesem Zweck sogenannte moderne, jugendgemäße Formen des kirchlichen Lebens zu entwickeln. Ein großer Teil dieser Personen ist relativ jung und wurde in innerkirchlichen Ausbildungsstätten ausgebildet. Ihre Aktivitäten richten sich auf die Gewinnung von Jugendlichen und Jungerwachsenen aller gesellschaftlichen Bereiche, wobei sie geschickt an die z. T. ungefestigte Persönlichkeit Jugendlicher, ihre fehlende Lebenserfahrung und Oppositionshaltung anknüpfen und ihre Arbeit so interessant und „jugendgemäß“ wie möglich gestalten.

Dazu gehören die Bildung und Aktivierung spezieller Arbeitskreise, das überörtliche Zusammenwirken, die „beratende“ Unterstützung negativer Auffassungen und Handlungen Jugendlicher, die umfangreiche Propagierung und Ausweitung der sogenannten „Offenen Jugendarbeit“¹³ und vieles andere mehr. Vorrangig wird die Arbeit in den „Jungen Gemeinden“ dafür genutzt.

Unter der Bezeichnung von Jugendevangelisationswochen, Werkstattwochen oder -tagen, Jazz-Blues-Messen, Rock-Meditations-Gottesdiensten [*handschriftlich eingefügt: Öku- u. Friedensseminare u. Menschenrechtsseminare*] werden Jugendgroßveranstaltungen mit hohen [*handschriftlich überschrieben: schwankenden*] Teilnehmerzahlen (zum größten Teil nicht religiös gebundene, häufig asoziale bzw. kriminell gefährdete Jugendliche und Jungerwachsene) durchgeführt. Dabei wird die Tendenz sichtbar, daß die Verantwortlichen für innerkirchliche Jugendarbeit ihre Kompetenzen weit überschreiten und Arbeits- und Organisationsformen einer kirchlichen Jugendorganisation praktizieren.

[*Die folgende Passage ist handschriftlich durchgestrichen worden:*]

Insbesondere in letzter Zeit wurden bei einer wachsenden Zahl von kirchlichen Massenveranstaltungen mit Jugendlichen Erscheinungen von verdeckter Hetze, Verleumdung und Diffamierung der DDR festgestellt. Wenn auch die Organisatoren solcher Aktivitäten bewußt versuchen, sich unterhalb der Schwelle strafrechtlicher Relevanz zu bewegen und den staatlichen Organen keinen offiziellen Anlaß zum Einschreiten zu geben, gab es in jüngster Vergangenheit immer häufiger auch Aussagen, die Strafrechtsbestandsmerkmale tangierten bzw. erfüllten.

13 Unter Offener Jugendarbeit verstand man die Arbeit auch mit nichtkirchlichen Jugendlichen. Dabei ging es oft auch um Themen, die nicht vordergründig religiösen Charakter hatten (Ökologie, Frieden, Alkoholismus, Homosexualität, Generationskonflikte usw.).

Solche Veranstaltungen sind z. B. die Bluesmessen von Pfarrer EPPELMANN,¹⁴ Berlin, die „June“-Veranstaltungen von Pfarrer SCHILLING in Friedrichroda,¹⁵ die Evangelisationsveranstaltungen von Pfarrer [Uwe] LEHMANN in Dresden (bekannt in den 70er Jahren durch „Gottesdienst einmal anders“), die „Evangelische Jugendwoche“ im März 1981 in Halle, die Jugendveranstaltung „Anstiftung zum Frieden“ in Jüterbog u. a. m., wobei durch die Einflechtung von Gebeten, Fürbitten u. a. versucht wird, den Schein einer religiösen Veranstaltung zu wahren.

Die Organisatoren haben dazu besonders aktive Jugendliche einbezogen, arbeiten mit solchen „Kerngruppen“ oder „Vorbereitungsgruppen“ konzeptionell und wirken häufig überörtlich zusammen.

Bei Aussprachen von Vertretern des Staatsapparates mit leitenden kirchlichen Amtsträgern¹⁶ über die verschiedensten Erscheinungen des Mißbrauchs kirchlicher Jugendarbeit gegen die DDR werden solche Aktivitäten weitgehend zu bagatellisieren versucht.

Zu einigen Problemen der sogenannten kirchlichen Friedensarbeit:

In zunehmendem Maße wird die kirchliche Friedensarbeit von negativ-feindlichen Kräften genutzt, um die Kirche auf einen Konfrontationskurs gegen den Staat zu drängen, öffentlichkeitswirksame Aktionen zu starten und die Friedens- und Verteidigungspolitik der DDR zu diffamieren.

Vorrangig befassen sich das Evangelische Jungmännerwerk der DDR, bei dem eine spezielle Arbeitsgruppe „Friedensdienst“ besteht, und die bei einigen Evangelischen Studentengemeinden existierenden „Arbeitskreise Frieden“ mit dieser Problematik. Hier zeigt sich deutlich die Unterwanderung kirchlich legitimer Arbeitsformen.

Die Palette der dabei angewandten Formen und Methoden zur Beeinflussung junger Menschen ist sehr vielfältig und reicht von der „Betreuung“ christlicher Jugendlicher im Zusammenhang mit der Ableistung des Wehrdienstes bis zum Umtausch von „Kriegsspielzeug“ in „Friedensspielzeug“.

Typisch für das Vorgehen solcher Kräfte war die Vorbereitung eines „Offenen Briefes“ zur kirchlichen Friedenserziehung durch Seminaristen des Katechetischen Oberseminars Naumburg. Dieser sollte innerhalb der evangelischen und der katholischen Kirche verbreitet werden. In diesem Brief wurde u. a. der Willen der Seminaristen des Katechetischen Oberseminars Naumburg bekundet, „nicht mehr durch die Vernichtungsmaschinerie des Schreckengleichgewichtes

14 Die von Pfarrer Rainer Eppelmann (Samariterkirche in Berlin) und anderen organisierten Bluesmessen, die seit 1980 eine große Zahl von Jugendlichen anzogen, erregten in besonderer Weise das Missfallen der SED und des Ministeriums für Staatssicherheit.

15 Pfarrer Walter Schilling (Braunsdorf) gilt als maßgeblicher Inspirator, Organisator und Repräsentant der Offenen Arbeit in Thüringen und darüber hinaus.

16 Gespräche zwischen Staat und Kirche fanden auf allen Ebenen statt. Die Warnung der Staatsvertreter vor dem Missbrauch kirchlicher Veranstaltungen gehörte dabei zum Ritual.

geschützt zu werden“, sich „nicht mehr direkt oder indirekt an der Aufrechterhaltung bzw. ideologischen Sanktionierung dieses Sicherheitsrisikos zu beteiligen“ und „den Friedensdienst ohne Waffe als das deutlichere Zeugnis des gegenwärtigen Friedensangebotes unseres Herrn zu betrachten“.

Bedeutsam sind auch weitere Aktivitäten evangelischer kirchlicher Kreise zur Einrichtung eines „Sozialen Friedensdienstes“ als „Alternative“ zum Wehr- und Wehrersatzdienst.¹⁷ Insbesondere in den letzten Wochen wurden dazu von negativen Kräften der Evangelisch-lutherischen Landeskirche Sachsen Aktivitäten bekannt, die darauf abzielen, eine bestimmte Massenwirksamkeit zu erreichen. Eine textliche Fassung des sogenannten Alternativvorschlages wurde in kirchlichen Gremien fast aller Bezirke der DDR zur Diskussion gestellt (siehe auch entsprechende Parteiinformation Nr. 346/81 vom 7.7.1981).

Seit einiger Zeit spielen Versuche kirchlicher Gremien und Personen, sich für ökologische Probleme zu interessieren und zu engagieren, eine zunehmende Rolle. Dabei werden Diskussionen und Tendenzen, die in der BRD eine Rolle spielen (z. B. im Zusammenhang mit allen Problemen der Kernenergie, der Umweltverschmutzung), aufgegriffen und relativ kritiklos auf die Verhältnisse in der DDR anzuwenden versucht.

Z. B. wurde von verschiedenen kirchlichen Institutionen und Gruppen die Behandlung ökologischer Probleme in ihre Arbeitspläne aufgenommen. 1978 wurde ein kirchliches Forschungsheim der Kirchenprovinz Sachsen in Wittenberg gegründet, das sich mit Bildungs- und Forschungsarbeiten zum Problembereich „Christlicher Glaube und Naturwissenschaft“ befaßt, dazu Material erarbeitet und bereitstellt und mit Institutionen ähnlicher Zielstellung in der BRD kooperiert.

Mit diesen Aktivitäten soll kirchlicherseits offensichtlich eine Eigenkonzeption zu Fragen des Umweltschutzes realisiert werden, die z. T. mit Angriffen auf die Umweltschutzpolitik der DDR verbunden ist.

Hinweis zu weiteren bedeutsamen feindlich-negativen Aktivitäten kirchlicher Kreise:

Seit mehreren Jahren versuchen Personen, die rechtswidrig eine Übersiedlung in die BRD/WB [Westberlin] anstreben, u. a. durch eine teilweise weit unter ihrem Ausbildungsniveau liegende Tätigkeit im kirchlichen Bereich, die Chancen für die Realisierung ihres Vorhabens zu erhöhen.

Feindlich-negative kirchliche Kräfte, die ihre diesbezüglichen Aktivitäten u. a. mit „humanitärer Verpflichtung“ begründen, bieten solchen Personen Arbeitsmöglichkeiten an und unterstützen sie anderweitig durch solche Aktivitäten wie

¹⁷ Die SED-Führung lehnte einen zivilen Wehrersatzdienst außerhalb der Nationalen Volksarmee kategorisch ab. Wehrdienstverweigerern blieb neben dem Dienst in den Bausoldateneinheiten ohne Waffe als Ausweg nur die völlige Verweigerung.

- Zusammenführung in spezielle Gruppen,
- Beratung bei der Abfassung von Übersiedlungersuchen,
- Vermittlung von Kontakten zu Feindorganisationen wie „Hilferufe von drüben“ u. a.,
- Geldtransfer,
- Verwendung für inhaftierte Personen bei staatlichen Organen.

(Ein besonders krasses Beispiel des Mißbrauchs kirchlicher Tätigkeit ist das Vorhaben des Weißenfelder Pfarrers [...]¹⁸, der Vorbereitungen traf, gemeinsam mit anderen religiös gebundenen Personen, die als rechtswidrige Antragsteller auf Übersiedlung bekannt sind, die Ständige Vertretung der BRD in der Hauptstadt der DDR zu besetzen, um die Übersiedlungsabsichten öffentlichkeitswirksam durchzusetzen.)

Obwohl von kirchenleitender Seite beider Konfessionen derartige Aktivitäten in der Regel nicht unterstützt werden und auch aus der Vergangenheit entsprechende Verlautbarungen mehrerer Kirchenleitungen bekannt sind, ist eine weitere Zunahme dieser Bestrebungen zu verzeichnen.

Durch die Wirkung ständiger, von der BRD ausgehender ideologischer Einflüsse, durch die von den Kirchen selbst vertretenen und verbreiteten Ideologien und dadurch, daß negative Personen in den Kirchen eine bestimmte Möglichkeit sehen, „Opposition zu praktizieren“, wird immer wieder die Grenze der strafrechtlichen Relevanz überschritten und werden Religion und Kirche von einzelnen Personen für ihre feindliche Tätigkeit gegen die DDR mißbraucht.

(Z. B. Gruppierung um den Diakon für Jugendarbeit im Bezirk Halle, [...]¹⁹, die auf der Basis einer politischen Plattform staatsfeindliche Aktivitäten gegen die DDR durchführte; Kleben von Hetzplakaten im Zusammenhang mit den konterrevolutionären Ereignissen in Polen durch vier Mitarbeiter der kirchlichen Samariteranstalten in Fürstenwalde/Frankfurt/Oder).

In mehreren Strafverfahren wurde herausgearbeitet, daß kirchliche Amtsträger Kenntnis von durchgeführten oder geplanten Gesetzesverletzungen hatten und unter dem Deckmantel ihrer Schweigepflicht staatliche Organe darüber nicht informierten bzw. sogar andere Personen beeinflussten, ihrer Anzeigepflicht nicht nachzukommen. (Z. B. war den Pfarrern [...] und [...] /Karl-Marx-Stadt²⁰ der Täter bekannt, der das Verbrechen gegen den Traditionspanzer in Karl-Marx-Stadt beging,²¹ darüber hinaus beeinflussten sie andere Mitglieder der „Jungen Gemeinde“, ebenfalls keine Anzeige zu erstatten.)

18 Der Name ist in der vom Archiv bereitgestellten Kopie geschwärzt.

19 Der Name ist in der vom Archiv bereitgestellten Kopie geschwärzt, gemeint ist Diakon Lothar Rochau.

20 Die Namen sind in der vom Archiv bereitgestellten Kopie geschwärzt.

21 Am späten Abend des 9.3.1980 verübte Josef Kneifel, Jg. 1942, in Karl-Marx-Stadt (heute Chemnitz) einen Sprengstoffanschlag auf ein Denkmal, das der Befreiung vom Faschismus gewidmet war. Es handelte sich um einen auf Sockel platzierten T-34-Panzer.

In den verschiedenen kirchlichen Kreisen, auch unter Laien, Jugendlichen, Wehrdienstverweigerern, Bausoldaten, übersiedlungswilligen Personen, Haus- und Akademikerkreisen, wurden Rechtsbelehrungen durchgeführt oder bei Bedarf juristische Beratungen vermittelt, z. T. mit der erklärten Zielstellung, daß diese Personen bei feindlichen Aktivitäten strafrechtlich nicht zur Verantwortung gezogen werden können.

Bei eindeutigen Rechtsverletzungen im Rahmen kirchlicher Tätigkeit nehmen die Kirchenleitungen eine zwiespältige Haltung ein. Einerseits distanzieren sie sich zwar von den Straftaten, erklären jedoch andererseits, daß die Handlungen nicht Bestandteil kirchlicher Arbeit seien.

Zu einigen Aktivitäten kirchlicher Kreise im Zusammenhang mit der Entwicklung in der VR Polen

Trotz Zurückhaltung in der Öffentlichkeit beschäftigen sich leitende Gremien und Personen der evangelischen Kirchen in der DDR intensiv mit der Entwicklung in der VR Polen. Vom Bund der Evangelischen Kirchen in der DDR wurden Bischof [Hans-Joachim] WOLLSTADT/Görlitz und Oberkonsistorialrat [Manfred] STOLPE/Berlin beauftragt, zur Aktivierung der Kontinuität der bisherigen Verbindungen zwischen den evangelischen Kirchen beider Staaten im Rahmen einer kurzfristigen Besuchsreise Sondierungsgespräche in Warschau zu führen. In deren Ergebnis wurde eine mündliche Übereinkunft getroffen, die Kontakte auf „Leiterebene“ fortzuführen und zu intensivieren.²² Darüber hinaus wurden inzwischen Maßnahmen zur materiellen Unterstützung evangelischer kirchlicher Kreise in der VR Polen mit Lebensmitteln eingeleitet.

Im Zusammenhang mit dem Besuch einer Delegation des Bundes der Evangelischen Kirchen der DDR in der VR Polen Mitte Juni 1981²³ ist beachtenswert, daß mit dem Polnischen Ökumenischen Rat vereinbart wurde, die Kontakte weiter zu vertiefen und zu intensivieren. Zu diesem Zweck ist vorgesehen, im Herbst 1981 eine gemeinsame Arbeitsgruppe zu bilden, die darüber hinaus die inhaltlichen Aspekte der kirchlichen Tätigkeit festlegen soll.

Ersten internen Hinweisen zufolge beabsichtigte die Leitung der evangelischen Kirchen in der DDR, bei einer eventuellen „Intervention sozialistischer Länder gegen die VR Polen mit Erklärungen“ an die Öffentlichkeit zu treten.

Kneifel war bereits wegen Staatsverleumdung vorbestraft. Als Motiv für den Anschlag gab Kneifel, seit 1972 Ausreiseartragsteller, später an, gegen den sowjetischen Afghanistan-Einmarsch protestiert zu haben. Der Plan war indes älteren Datums. Nach längerer Suche wurde Kneifel ergriffen. Bei einem der genannten Pfarrer soll es sich um Superintendent Christoph Magirius gehandelt haben. Kneifel wurde im März 1981 zu lebenslanger Haft verurteilt, seine Frau als Mitwisserin zu zwei Jahren Haft. 1987 wurden beide von der Bundesrepublik freigekauft.

²² Die Reise fand im April 1981 statt. Die Übereinkunft wurde zwischen den Vertretern des BEK und dem Ökumenischen Rat der evangelischen Kirchen in Polen getroffen.

²³ Der Vorsitzende der Konferenz der Kirchenleitungen des BEK stattete dem Ökumenischen Rat in Polen vom 15. bis 19.6.1981 einen offiziellen Besuch ab.

Es ist zu verzeichnen, daß durch die Lage in der VR Polen offensichtlich auch die bekannten Internationalisierungsbestrebungen feindlich-negativer Kräfte unter dem Deckmantel kirchlicher Arbeit neu belebt wurden.

(z. B. Versuche der Organisierung oppositioneller Bewegungen in der DDR und deren Zusammenschluß mit gleichartigen Personenkreisen und -gruppierungen vorrangig in der CSSR und der VR Polen wie „Charta 77“, „KOR“²⁴ u. a.)

Spezielle Aktivitäten entwickelt die „Aktion Sühnezeichen“ in der DDR (Fachverband des Diakonischen Werkes/Innere Mission und Hilfswerk), die umfangreiche Verbindungen in die VR Polen unterhält. Im Januar 1981 fasste die „Aktion Sühnezeichen“ den Beschluß, eine „Aktionsgruppe Polen“ zu bilden, deren Aufgabe die Erarbeitung von Texten und Dokumentationen zur Vorbereitung kirchlicher Veranstaltungen zum Thema Polen sein soll. Das Mitglied des Leitungskreises, Pfarrer [Erich] BUSSE, ist beauftragt, diese Aktionsgruppe zu leiten.

Weiter sollen sogenannte Informationsabende über die VR Polen organisiert werden, bei denen vorwiegend kirchliche Jugendliche und Studenten „im kleinen Kreis über die Situation informiert“ werden. Dabei gibt es Versuche, auch polnische Bürger einzubeziehen. Außerdem hat die Leitung der „Aktion Sühnezeichen“ in Abstimmung mit politisch negativen Personen aus der VR Polen polnische Bürger für eine Teilnahme an ihren sogenannten Aufbaulagern in der DDR eingeladen.

Vorschläge zur konsequenteren Durchsetzung der Politik von Partei und Regierung in Kirchenfragen

Den Versuchen internationaler kirchlicher Leitungsgremien, gemeinsam gegen Maßnahmen und Beschlüsse der Regierungen sozialistischer Länder vorzugehen, sollte durch abgestimmtes Handeln, besonders der Staatsämter für Kirchenfragen und der Ministerien für Auswärtige Angelegenheiten auf außenpolitischem Gebiet stärker entgegengewirkt werden.

Vorliegenden Hinweisen zufolge erscheint es erforderlich, in allen staatlichen Einrichtungen und Institutionen immer wieder ideologische Klarheit darüber zu schaffen, daß Entscheidungen über und zu kirchlichen Personen, Veranstaltungen, Konferenzen, Reisegenehmigungen u. a. (ungerechtfertigte Behinderung kirchlicher Handlungen und kirchlicher Reisetätigkeit, Ablehnung von Studienbewerbungen kirchlich gebundener Personen) letztlich staatspolitische Entscheidungen sind und sektiererische Handlungen sowie die Mißachtung verfassungsgemäß fixierter Rechte und Pflichten der Kirchen und Religionsgemeinschaften geeignet sind, das Verhältnis Kirche-Staat zu belasten.

24 KOR – Komitet Obrony Robotników, Komitee zur Verteidigung der Arbeiter. Es konstituierte sich am 23.9.1976 mit dem Ziel, die nach Protesten und Streiks im Juni 1976 repressierten Arbeiter und ihre Familien zu unterstützen. Nach einer Amnestie bildete es sich 1977 um in das Komitee zur Gesellschaftlichen Selbstverteidigung, genannt KSS „KOR“.

Kirchliche Amtsträger in der DDR sollten entsprechend ihrer politischen Haltung zur DDR, ihres Engagements im Friedenskampf, ihrer Einflußmöglichkeiten in den entsprechenden Gremien oder ihrer bisherigen ablehnenden oder antisozialistischen Stellung differenzierter behandelt werden. Das sollte sich z. B. beziehen auf

- Reisegenehmigungen in das kapitalistische Ausland und in die VR Polen,
- die Erteilung von Genehmigungen für den Bau kirchlicher Objekte sowie zur Einfuhr von Fertigteilwohnhäusern aus nichtsozialistischen Staaten,
- die Erteilung von Druckgenehmigungen für Presseerzeugnisse,
- die Erteilung zur Genehmigung für die Durchführung von Veranstaltungen in kircheneigenen Räumlichkeiten (differenzierte Anwendung der Veranstaltungsverordnung).

Zur Unterstützung der abgestimmten Außenpolitik der sozialistischen Länder – insbesondere im Zusammenhang mit dem Kampf um Frieden und Abrüstung – sollten solche kirchlichen Gremien wie die „Christliche Friedenskonferenz“ und die „Berliner Konferenz Europäischer Katholiken“ mehr als bisher für sozialistische Friedensinitiativen gewonnen werden. (z. B. durch materielle und finanzielle Unterstützungen sowie Orientierung auf progressive Personen und Personengruppen.)

Das Ministerium für Gesundheitswesen sollte bei der vertraglich geregelten Einbeziehung der Diakonischen Einrichtungen der Kirchen in die gesundheitliche Betreuung der Bevölkerung der DDR noch stärkeren politischen Einfluß geltend machen.

Vom Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten ausgehend sollte in Durchsetzung entsprechender Festlegungen darauf hingewirkt werden, daß sich im Ausland auf Dienstreise befindliche kirchliche Amtsträger bzw. Vertreter religiöser Gemeinschaften bei der jeweiligen diplomatischen Vertretung der DDR anmelden. Andererseits sollten die diplomatischen Vertretungen der DDR ebenfalls Aktivitäten entwickeln, um mit den kirchlichen Personen, die sich im Ausland aufhalten, Kontakte zu unterhalten.

In enger Zusammenarbeit mit dem MfAA [Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten] sollte eine differenziertere Genehmigung der Einreisen auch akkreditierter Journalisten zu Berichterstattungen, Interviews, Tagungsteilnahmen und anderen journalistischen Unternehmungen im kirchlichen Bereich in der DDR durchgesetzt werden.

Die Ministerien für Volksbildung und Hoch- und Fachschulwesen sowie der Zentralrat der FDJ sollten abgestimmt dahingehend zusammenwirken, Lehrkräfte und Studenten der Theologischen Sektionen besonders in die sozialistische Friedensarbeit, in Bestrebungen zur Gewinnung progressiver Kräfte in den kirchlichen Gremien sowie in den bestehenden kirchlichen Ausbildungsstätten einzubeziehen und gleichzeitig für die Zurückdrängung negativer Kräfte zu nut-

zen. Von diesen Kräften ausgehend, sollten über progressive Personen und Personengruppen die Einflußbereiche der Studentenpfarrer an den Universitäten der DDR (die z. B. eine aktive Partnerschaft mit der BRD betreiben) zurückgedrängt werden. Damit zu verbinden wäre eine entschiedenerer Einschränkung der Aktivitäten der ESG/KSG-Arbeit²⁵ als vorbeugende Verhinderung der negativen Beeinflussung des kirchlich gebundenen wissenschaftlichen Nachwuchses der DDR.

Der Zentralrat der FDJ sollte im Zusammenwirken mit der GST [Gesellschaft für Sport und Technik], dem Kulturbund, der URANIA u. a., an den Konzentrationen der Jugend (Schulen, Universitäten, Wohngebiete, Großbetriebe) stärker auf die Gestaltung einer solchen Jugendarbeit Einfluß nehmen, die die Jugend negativen kirchlichen Einflüssen entzieht und geeignet ist, religiös gebundene Jugendliche für eine gesellschaftliche Mitarbeit zu gewinnen.

Das Ministerium für Kultur sollte stärker als bisher die Möglichkeit der Einbeziehung kirchlicher Personen bzw. Institutionen in allgemeine kulturhistorische und kulturelle Vorhaben prüfen (z. B. Luther-Jubiläum). Gleichzeitig sollte größerer Einfluß auf die Zulassung bzw. Lizenzierung kirchlich ausgerichteter Musikgruppen bzw. Schriften ausgeübt werden.

Das Ministerium des Innern sollte verstärkt auf die einheitliche, staatspolitischen Erfordernissen entsprechende Anwendung der Veranstaltungsverordnung den Kirchen und Religionsgemeinschaften gegenüber Einfluß nehmen.

Durch das staatliche Archivwesen in der DDR sollten konkrete Vereinbarungen mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften getroffen werden, um Kenntnis über kirchliche Archivmaterialien zu erhalten und bessere Möglichkeiten für deren systematische Nutzung durch Staatsarchive zu schaffen.

Das Ministerium für Nationale Verteidigung sollte in Abstimmung mit dem Staatssekretär für Kirchenfragen bei der Einhaltung der Wehrpflicht kirchenpolitische Gesichtspunkte stärker beachten (z. B. keine Einberufung von Pfarrern).

Durch die Justizorgane der DDR und das MdI [Ministerium des Innern] sollten Überlegungen angestellt werden, in welcher Form bestimmte Probleme exakten gesetzlichen Regelungen zugeführt werden können. (Z. B. rechtliche Grundlagen für das Bestehen kirchlicher Ausbildungsstätten, Fragen, die mit der Nutzung bzw. Verpachtung kirchlichen Eigentums zusammenhängen, zweckentfremdete Nutzung diakonischer Werke, Wirken kirchlicher Jugendvereinigungen an staatlichen Einrichtungen.)

Quelle: BStU, MfS-HA XX/4, Nr. 3238, S.24-42.

25 Gemeint ist die Arbeit der Evangelischen und der Katholischen Studentengemeinden (ESG und KSG).

„Die Wirkung einzelner Filme differenziert und vielseitig untersuchen“. Ein früher DDR-Versuch filmsoziologischer Forschung

Günter Agde

Die Regisseure des DEFA-Spielfilmstudios Potsdam-Babelsberg waren kontinuierlich und nachdrücklich daran interessiert, die Meinung der Zuschauer über ihre Filme zu erfahren. Gerhard Klein (u. a. „Berlin – Ecke Schönhauser“ 1957, „Der Fall Gleiwitz“ 1961) rief die Abendkassen von Berliner Kinos an, in denen seine Filme liefen, und erkundigte sich nach freien Karten. Frank Beyer ließ bei „Karbid und Sauerampfer“ (1962) nach den Vorführungen die Zuschauer abstimmen: Jeder Zuschauer bekam eine Kugel und sollte sie in eines von drei „Wertungsfässern“, ähnlich den Karbidfässern im Film, einwerfen.

Alle DEFA-Regisseure absolvierten Premierenreisen durch das Land und viele Zuschauergespräche. Solange es keine fundierte Zuschauerforschung in der DDR gab, mussten sich die Filmkünstler mit solchen naiv-hausgemachten Erkundungen begnügen.

Hinter diesem starken Interesse verbarg sich eine stillschweigende Skepsis der Filmemacher gegenüber der DDR-Filmkritik. Dieses latente Misstrauen hatte durchaus seine Berechtigung, denn viele Filmkritiker schrieben nur einseitig lobend. Die Kritiken hießen stets die Inhalte und Anliegen der Filme gut und hoben – natürlich – vor allem die ideologischen Intentionen der Filme hervor. Damit konnten die Filmemacher – außer der Freude über das Lob – meist wenig anfangen, wenn sie konkrete, praktikable Vorschläge zur Verbesserung ihrer Arbeit, also für den nächsten Film, erwarteten.

Die nachstehend abgedruckte Studie mit dem eher nüchternen Titel „Ergebnisse zur Rezeption des DEFA-Films ‚Ich war 19‘ durch Jugendliche“ kann als eines der ersten Beispiele gelten, bei dem in der DDR frühe film-soziologische Ambitionen und ein definitives Interesse eines der bedeutendsten DDR-Spielfilmregisseure zusammentrafen, um tatsächlichen Wirkungsmechanismen eines Spielfilms bei seinem zeitgenössischen Publikum auf die Spur zu kommen. Den Autoren und ihrem Befürworter Konrad Wolf war durchaus bewusst, dass ein offenkundiges Defizit abzubauen war.

Der Film „Ich war neunzehn“ (1968, Regie: Konrad Wolf, Drehbuch: Konrad Wolf und Wolfgang Kohlhaase, Dramaturgie: Gerhard Wolf, Kamera: Werner Bergmann, Hauptrolle: Jaecki Schwarz) hatte für damalige DDR-Verhältnisse einen geradezu sensationellen und unerwarteten Zuschauererfolg.¹ Er „schildert

1 Der Filmverleih der DDR „Progress“ gab für den Zeitraum zwischen dem 2.2. und dem 30.9.1968 2.401.736 Besucher an. Siehe Der Film „Ich war neunzehn“. Intention und Wirkung, in: Arbeitshefte der Deutschen Akademie der Künste zu Berlin, Nr. 1, o. J. (1969), S.112.

die Erlebnisse und Begegnungen des jungen deutschen Emigranten Gregor Hecker, der in den letzten Kriegstagen, als Offizier in der sowjetischen Armee kämpfend, in seine Heimat zurückkehrt. Die Gruppe, zu der Gregor gehört, hat die Aufgabe, die deutschen Soldaten zur Einstellung der Kampfhandlungen zu veranlassen, um Blutvergießen zu vermeiden.“ (Siehe Dokument, S.XXX)

Die Autoren der Expertise Lothar Bisky, seinerzeit Assistent am Leipziger Zentralinstitut für Jugendforschung², und der Filmwissenschaftler und Journalist Günter Netzeband führten zahlreiche Zuschauerbefragungen durch. Netzeband sollte mit dieser Studie eine Aspirantur am Institut beginnen mit der Perspektive, soziologische Forschungen an der Hochschule für Film und Fernsehen Potsdam-Babelsberg fortzusetzen.

Es spricht für die Redlichkeit und zugleich Naivität der Autoren, dass sie im Verlauf der Studie auch ihr methodisches Handwerkszeug im Einzelnen offenlegten. Damit gaben sie sich zwar der Kritik preis, forderten jedoch auch zur Fortsetzung solcher Arbeiten auf. Es ist nicht bekannt, ob Konrad Wolf an dem Methodeninstrumentarium mitarbeitete. An den Zuschauerbefragungen war er nicht beteiligt.

Bisky/Netzeband definierten Filmrezeption generell „als komplexen Prozeß, in dessen Verlauf eine aktive Konfrontation der Dispositionen des Zuschauers mit den ‚Aussagen‘ des Films erfolgt.“ (S.XXX) Sie setzten zwar die Vokabel „Ausagen“ in Parenthese, hinterfragten und konkretisierten sie jedoch nicht. Diese Vokabel und die ihr assoziierte Bedeutung nahmen in allen Kunstdebatten der DDR einen großen Stellenwert ein. Sie zielten immer auf das Erziehungs- und Aufklärungskonzept, das in der DDR mit Kunstleistungen aller Art generell verbunden wurde und das eine erhebliche Einengung auf ausschließlich ideologisch-pädagogische Prinzipien darstellte.

Die Autoren beschreiben die Methoden und den Ablauf ihrer Befragungen. In dieser Offenlegung wird einerseits die empirische Genauigkeit deutlich, die die Autoren anstrebten, andererseits aber auch eine gewisse Formulierungs-Unbeholfenheit, die dem frühen und neuartigen Charakter solcher Art Erhebung entspricht. Diesen Widerspruch spiegeln auch vorsichtige Einschränkungen im weiteren Verlauf des Textes.

Strikt bleiben die Autoren bei der Fokussierung auf „Ich war neunzehn“. Dies wird deutlich problematisch, wenn sie nach dem historischen Wissen der Zuschauer über das Ende des Zweiten Weltkrieges fragen. Da wird dann auch die mögliche Kontextualisierung mit anderen, thematisch benachbarten Filmen unscharf. Dieser – sagen wir – Vorsicht entsprechen die eher diffusen Antworten der Befragten, denen die Autoren leider nicht nachgingen. Andererseits war die Konzentration auf den Film Konrad Wolfs erklärtes Ziel der Studie, sicher war sie obendrein der – auch persönlichen – Affinität zu dem Regisseur geschuldet.

2 Siehe Walter Friedrich/Peter Förster/Kurt Starke (Hrsg.): Das Zentralinstitut für Jugendforschung Leipzig 1966-1990. Geschichte, Methoden, Erkenntnisse, Berlin 1999. Siehe auch die Einleitung zur Dokumentation in diesem Heft S.XXX-XXX.

Einen umfangreichen Teil widmeten die Autoren der Frage, „inwieweit die im Film behandelten Probleme als aktuell und für die Gegenwart bedeutsam erkannt werden.“ (S.XXX) Da scheint wieder der Kurzschluss zwischen Film und Ideologie, zwischen Kunst und Propaganda, zwischen Wünschen und Tatsachen auf. Diese Crux war bekanntlich dauerhaft und nicht auf den Film „Ich war neunzehn“ und auf die Filmproduktion begrenzt. Die Autoren schränkten ehrlicherweise ihre Antinomie selbst ein, wenn sie mit unterschwelligem Vorwurf feststellten, dass es „vielen Jugendlichen nicht leicht (fällt), das filmische Geschehen auf allgemeine ideologische Einstellungen bewußt zu beziehen.“ (S.XXX) Hingegen boten die Fragen nach einer Konkretisierung, nach einer Personalisierung, nämlich die zur Hauptfigur des Gregor, präzisere, ideologisch weniger überfrachtete Aussichten.

Gregor lädt die gleichaltrigen Zuschauer zur Identifizierung ein – jedoch verbinden die Zuschauer damit alsogleich eine Liebe zur Sowjetunion? Vom Sympathiegrad für einen Protagonisten auf Ideologie hochzurechnen, war – nicht nur von heute aus gesehen – etwas waghalsig und illusionär. In der Expertise liest sich das so: „Im Film spielt das Verhältnis zur SU [Sowjetunion], die Beziehung von Patriotismus und proletarischem Internationalismus eine entscheidende Rolle, deshalb wurden von uns ideologische Einstellungen ermittelt.“ Konstatiert wird ein „hohes ideologisches Niveau.“ (S.XXX)

Daraufhin fragten die Autoren ihre Partner: „Wie würden Sie in einer ähnlichen Situation [nämlich als Deutscher in der sowjetischen Armee zu kämpfen – G.A.] handeln?“ (S.XXX).

Die Antworten zeugten für sie „von der starken Wirkungskraft des Films.“ Und dann wieder ein ideologischer Salto, der grotesk wirkt, da er Gregors exzeptionelles Handeln in extremen Situationen als Vergleichsbezug heranzieht: „Gregors Handeln wird als Vorbild für eigenes Handeln akzeptiert“, eine direkte Schlussfolgerung: von der Ausstrahlung einer Rolle zum Vorbild! Und gleich noch solch Salto: „Über die Sympathie zu ihm [Gregor] gelang es den Filmschöpfern, die Identität von historischer Wahrheit und ästhetischer Wirklichkeit eindrucksvoll zu vermitteln.“ (S.XXX)

Die Autoren der Studie waren freilich klug genug, die jungen Zuschauer auch nach Details, vor allem nach einzelnen Szenen zu fragen, wofür sich die seinerzeit ungewöhnliche Stationendramaturgie des Films geradezu anbot. Man könnte dies auch als Gegenprobe zu den vorstehenden, stark ideologisch überwölbten Erwartungen ansehen.

Schließlich fragten sie nach Stars, nach prominenten Schauspielern. Dabei setzten sie voraus, dass in „Ich war neunzehn“ durchweg un- oder wenig bekannte Schauspieler mitspielten. „Nur 3,8 % der Befragten empfanden es als Mangel, daß in diesem Film keine prominenten Schauspieler mitwirkten.“ (S.XXX) Sie kommentierten dies reichlich sibyllinisch: „Dieses Ergebnis widerspricht der häufig anzutreffenden Überbetonung der Starbesetzung. Offensichtlich sollte diese Frage jeweils am konkreten Stoff und Werk entschieden, jedoch keinesfalls generalisiert werden.“ (S.XXX) Diese Formulierung spielte – quasi unter der

Hand – auf eine langandauernde, weithin interne Debatte in der Filmbranche der DDR an: Immer wieder wurde gefordert, mit DEFA-Filmen gezielt Stars aufzubauen, nicht zuletzt als Einladung an die Zuschauer zur Identifizierung mit der „guten Sache“, die die Filme verkündeten.

Diese Debatten wurden seinerzeit nicht nur an Manfred Krug festgemacht, auch wenn er dies immer wieder gern behauptet, sondern auch und eigentlich mehr noch an solchen Schauspielern wie Jutta Hoffmann, Klaus Piontek, Horst Drinda und Angelika Domröse, die ja tatsächlich bedeutende Darstellerpersönlichkeiten waren.

An diesem Streit beteiligten sich vor allem Regisseure, z. B. Slatan Dudow und Egon Günther, die mit der Besetzung dieser Schauspieler in ihren Filmen die Star-Qualitäten der Darsteller nachgerade gefördert und zugleich ihren Filmen dadurch besondere Publikumszuneigung verschafft hatten. Dem allem widersprachen DDR-Kultur-Oberer unter permanenten Verweisen auf die „Unkultur“ des Starwesens „im Westen“ als Ausdruck des Kulturverfalls und der Persönlichkeitszerstörung.

Am Ende definierten die Autoren einige Schlussfolgerungen und formulierten als zentrale Forderung: Es „sollte endlich darangegangen werden, ein einheitliches, stabiles System der Film- und Fernseherziehung für die Jugend aufzubauen, an dem Schule, Jugendorganisation, Filmklubs und Lichtspielwiesen verantwortlich mitarbeiten.“ (S.XXX)

Das war für die zeitgenössischen kulturpolitischen Koordinaten der Autoren und Konrad Wolfs redlich gemeint und treffend, aber – genau beschen – rührend und naiv. Abgesehen davon, dass es Elternhaus, Familienbindungen und Freizeitbedürfnisse völlig übergang, setzte es eben stillschweigend ein durchherrschtes Regelwerk von Erziehung und Bildung voraus und ignorierte alles Subjektive, Persönliche, spielerisch-frei Fabulierende, kurzum das Individuell-Persönliche jedes Zuschauers. Damit ist der grundlegende innere Widerspruch der Expertise, ist ihre Bedeutung und ihre Grenze auf den Punkt gebracht.

Schließlich eine Beobachtung am Rande, die heute mehr als amüsiert: Bei allen Fragen und Antworten zu Gregor, dem deutschen Emigranten in sowjetischer Uniform, wird immer von Deutschland, vom Bild des Deutschen, von der Ehre Deutschlands etc. gesprochen, nie von DDR oder Ostdeutschland oder Westdeutschland. Dies ist den Autoren gewiß en passant unterlaufen. Sie haben es freilich nicht korrigiert.

Die Studie wurde in Auszügen am Rande der DDR-Öffentlichkeit publiziert³ und nicht weiter beachtet, obwohl Konrad Wolf und andere die strikte Weiterführung solcher Forschungen verlangten. Auch in dem opulenten Publikationsverzeichnis des Instituts für Jugendforschung ist sie nicht vermerkt.⁴

3 Günter Netzeband: Einstellungen Jugendlicher zum Film „Ich war neunzehn“, in: Film „Ich war neunzehn“, S.87ff.

4 Siehe Friedrich/Förster/Starke, Zentralinstitut, S.566-572.

Die hohe Wertschätzung der Studie durch Konrad Wolf wird in seiner Forderung nach Fortsetzung solcher Forschungen sichtbar. Wolf erklärte, die Studie sei „eine wirkliche Pionierleistung, zu Unrecht von manchen verkannt und unterschätzt [...]. Erstmals waren notwendiger Vorlauf und exakte Zielsetzung der Forschung gesichert. Besessenheit, gepaart mit gedanklicher Klarheit, kamen hinzu. Das Ergebnis [...] sollte unbedingt Ausgangspunkt für ein stabiles System der ständigen Wirkungsforschung sein!“⁵

Das Leipziger Institut hat die Methodik dieser Pilotstudie – bei Beibehaltung ihrer grundsätzlichen Absichten – in den folgenden Jahren verfeinert und dann noch ein paar Mal für die Erkundung der Rezeption von DEFA-Spielfilmen eingesetzt, dann allerdings im Rahmen weiter gesteckter Forschungen und weitgehend auf empirischen Grundlagen.

Fazit: Die Studie bekundet einen frühen, ehrenhaften und begrenzten Versuch von aufrichtigen Film-Enthusiasten, den wirklichen Geheimnissen von Kino auf die Spur zu kommen. Insofern ist sie ein Dokument von zeithistorischem Wert.

PS.:

Das Manuskript der Expertise fand sich in den Handakten von SED-Politbüro-Mitglied Kurt Hager, die er für sein Referat „Grundfragen des geistigen Lebens im Sozialismus“, gehalten im April 1969 vor dem ZK der SED, angelegt hatte. In diesem Referat behauptet Hager, dass die DDR „richtig programmiert“ sei und beschwört die sozialistische Menschengemeinschaft.⁶ Von Methodik und Ergebnissen der Studie keine Spur, auch nicht von dem Grundantrieb der beiden Wissenschaftler und der Forderung eines bedeutenden Künstlers, Zuschauer nach ihren tatsächlichen Meinungen und Urteilen zu befragen.

Dokument

Lothar Bisky, Günter Netzeband

Ergebnisse zur Rezeption des DEFA-Films „Ich war 19“ durch Jugendliche⁷

Der folgende Bericht gibt eine Grobübersicht über Probleme und Tendenzen einer empirischen Untersuchung zu dem DEFA-Film „Ich war 19“. Es ist beabsichtigt, nach der endgültigen Auswertung Methoden, Ergebnisse und Verallgemeinerungen differenzierter darzustellen und zu belegen, als das hier geschehen konnte.

5 Konrad Wolf: Gedanken nach Gesprächen mit den heute Neunzehnjährigen, in: Prisma. Kino- und Fernseh Almanach 1, Berlin 1970, S.52f.

6 Siehe 10. Tagung des ZK der SED, 28./29.4.1969. Kurt Hager: Grundfragen des geistigen Lebens im Sozialismus, Berlin 1969.

7 Fußnote im Original: An der Untersuchung arbeiteten weiterhin mit: L. Schumann, [Lutz] Burger (Leipzig), Ursula Geisler (Berlin).

Der Film, von Konrad Wolf inszeniert, schildert die Erlebnisse und Begegnungen des jungen deutschen Emigranten Gregor Hecker, der in den letzten Kriegstagen, als Offizier in der sowjetischen Armee kämpfend, in seine Heimat zurückkehrt. Die Gruppe, zu der Gregor gehört, hat die Aufgabe, die deutschen Soldaten zur Einstellung der Kampfhandlungen zu veranlassen, um Blutvergießen zu vermeiden.

In der DDR hat der Film große Beachtung gefunden. Im Zeitraum von vier Monaten haben ihn rund zwei Millionen Zuschauer gesehen. Um die Wirkung der Filmkunst auf die Persönlichkeitsbildung Jugendlicher zu ermitteln, sind unter anderem Forschungen notwendig, die die Wirkung einzelner Filme differenziert und vielseitig untersuchen.

Filmrezeptionen verstehen wir als komplexen Prozeß, in dessen Verlauf eine aktive Konfrontation der Dispositionen des Zuschauers mit den „Aussagen“ des Films erfolgt. Eine annähernd genaue Abbildung dieses Prozesses verlangt neben einer differenzierten Methodik die Einheit von theoretischer und empirischer Forschung.

Wir entschlossen uns, in Gemeinschaftsarbeit zwischen Filmwissenschaft und Jugendforschung die Rezeption e i n e s Films zu untersuchen.

Uns schien es lohnend, mit einem Film zu beginnen, der über anspruchsvolle und differenzierte ideologisch-künstlerische, ästhetische Aussagequalitäten verfügt, um tiefer in Prozesse der Rezeption einzudringen. Deshalb wählten wir den Film „Ich war 19“. Diese Wahl – so war unsere Überlegung – würde gleichzeitig zur Lösung der Frage beitragen, welche Aussichten ein künstlerisch anspruchsvoller Film bei jugendlichen Zuschauern hat: Eine Klärung also, die von zentraler Bedeutung für die Entwicklung der sozialistischen Filmkultur ist.

Der Film „Ich war 19“ stellt hohe Anforderungen an das Rezeptionsvermögen. Die differenzierte Gestaltung fordert Denkleistungen, erfordert den aktiven Zuschauer. Wir stellten uns deshalb das Ziel, durch empirische Untersuchungen herauszufinden, in welchem Maße Jugendliche (die den Hauptanteil des Filmpublikums bilden), Zugang zu diesem Werk finden, inwieweit vorhandene Einstellungen bestärkt, differenziert oder in welche Richtung verändert werden und in welchem Maße die Intentionen der Filmschöpfer „ankommen“.

Die Realisierung dieses Zieles verlangte einen Methodenpluralismus, der sich bei unserer Untersuchung gut bewährt hat. Wir strebten eine Kombination von quantitativen und qualitativen Methoden an, um durch Konfrontation der Ergebnisse eine hinlänglich genaue Abbildung zu erreichen.

Im einzelnen wurden folgende Methoden angewandt:

1. filmästhetische Analyse des Films;
2. schriftliche Befragung in vergleichbaren Gruppen unter vergleichbaren Bedingungen; zu verschiedenen Zeitpunkten in Leipzig und Berlin;
3. Differenzmethode;
4. Gruppendiskussionen;
5. Protokoll der Zuschauerreaktionen während der Vorführung;
6. Aufsatzmethode;

7. zogen wir Jugendliche als Mitarbeiter heran: Sie schrieben für uns Meinungen zum Film auf, die in ihren Klassen in „informellen“ Gesprächen geäußert wurden. Weiter führten wir eine Reihe Einzelgespräche (Explorationen).

Um die postkommunikative Meinungsbildung zum Film in Aufsätzen zu erfassen, wurden 8. eine Versuchsreihe durchgeführt, auf die noch eingegangen werden soll.

Die Untersuchungen begannen am 1. Februar 1968. 14 Tage vor dieser Konferenz⁸ wurden die letzten Aufsätze geschrieben. Es sind noch nicht alle Korrelationen berechnet.

Aus diesem Grunde können zunächst nur thesenartig einige wichtige Ergebnisse mitgeteilt werden. Dabei konzentrieren wir uns auf die schriftliche Befragung. Die methodischen Erfahrungen, die wir sammeln konnten, werden ausgewertet, um mit einer verbesserten Methodik später die Wirkung weiterer Filme zu untersuchen.

Es werden noch eine Reihe methodischer Tests durchgeführt werden müssen, ehe eine Methodik entsteht, die genau und zuverlässig Filmwirkung differenziert ermitteln kann.

Zur schriftlichen Befragung:

1. Ausgehend von einer Analyse des Films und von ersten Diskussionen und Gesprächen mit Jugendlichen, die diesen Film bereits gesehen hatten, entwickelten wir einen Fragebogen, der insgesamt 67 Fragen enthält. Die Befragung wurde nach einem Auswahlmodell zu unterschiedlichen Zeiten in Berlin und Leipzig durchgeführt.

Erfaßt wurden:

400 insgesamt		in Leipzig: 212		in Berlin: 188	
m[ännlich] 196	w[eiblich] 204 ⁹	m 102	w 110	m 94	m 94

8. Klasse	(AOS)	= Allgemeinbildende polytechnische Oberschule	29
9. "	"	=	50
10. "	"	=	28
9. "	(EOS)	= Erweiterte Oberschule	78
11. "	"	=	67
12. "	"	=	20
BBS	=	Betriebsberufsschule ohne Abitur	12
"	=	" mit Abitur	39
Studenten			<u>77</u>
			400

8 Von welcher Konferenz die Rede ist, konnte nicht geklärt werden.

9 Die Zahl ist im Original schlecht lesbar.

2. Versuchsbedingungen:

In Leipzig wurde die Untersuchung am 1. Februar [1968] – also einen Tag vor der Premiere – durchgeführt, in Berlin am 13. März. Die Untersuchung in Berlin begann später, um den Einfluß der öffentlichen Meinungsbildung zum Film zu berücksichtigen. Allerdings spiegelt sich der Einfluß der öffentlichen Meinungsbildung in den Ergebnissen nicht so wider, wie wir es erwartet hatten. Die Leipziger und Berliner Ergebnisse weisen – neben starken Abweichungen zwischen einzelnen Gruppen – insgesamt eine verblüffende Übereinstimmung aus. Bezogen auf die jeweilige Anzahl der Gesamtbefragten in Leipzig und Berlin, gibt es bei den meisten Fragen keine großen Unterschiede.

Ablauf der Befragungen:

Die Testvorführungen waren in der Regel einer normalen Kinosituation angeglichen. Für die Untersuchung stand jeweils ein Filmtheater zur Verfügung. Die Klassen kamen aus verschiedenen Schulen. Die Schüler wußten nicht, daß eine Befragung durchgeführt werden sollte. Das Gespräch erfolgte im Filmtheater, bei der Beantwortung der Fragen verhielten sich die Jugendlichen sehr diszipliniert. Die Mehrzahl benötigte dazu ungefähr eine halbe, einige ungefähr eine Stunde. Im Vergleich zu anderen Befragungen unter Jugendlichen wurden die Fragebogen überdurchschnittlich gut beantwortet. Aus diesen Gründen und aus anderen Erfahrungen heraus halten wir deshalb eine Befragung im Kino unmittelbar nach dem Filmbesuch für brauchbar, wenn es darum geht, die unmittelbaren Eindrücke zu ermitteln. Wir strebten bei unserer Untersuchung keine statistische Repräsentanz an. Der damit verbundene Aufwand schien uns nicht gerechtfertigt, da nach unserer Auffassung für eine differenzierte Filmwirkungsforschung *sachliche* Repräsentanz noch nicht voll gewährleistet werden kann. Statistische Repräsentanz ist dann sinnvoll und notwendig, wenn sie mit sachlicher Repräsentanz korrespondiert. Darunter wollen wir verstehen, daß die eingesetzten Methoden den Gegenstand, den sie erfassen sollen, genau, zuverlässig und gültig abbilden. Das erfordert aber eine Reihe methodischer Voruntersuchungen. Unsere Versuchsreihe soll als ein Schritt in diese Richtung verstanden werden. Entsprechend unserem Auswahlmodell achteten wir streng darauf, daß keine überdurchschnittlich guten Gruppen ausgewählt wurden.

Ergebnisse:

Der Film fand bei den Jugendlichen eine überwiegend positive Resonanz. Im Durchschnitt liegen die Bewertungen auf der siebenstufigen Skala (von +3 bis -3) zwischen den Skalenpunkten „gut“ und „sehr gut“. „Ausgezeichnet“ fanden den Film in Leipzig 15,1 Prozent, in Berlin 19,7 Prozent. Mädchen beurteilten den Film im Durchschnitt besser als Jungen. Die Werte schwankten zwischen den Gruppen sehr stark. Beispielsweise bewertete eine Berliner Berufsschulklasse ohne Abitur den Film mit -0,5; Berliner Schüler der 8. Allgemeinbildenden polytechnischen Oberschule dagegen mit + 2,4.

Die befragten Jugendlichen haben die letzten Tage des 2. Weltkrieges, von denen der Film erzählt, nicht miterlebt. Ihr Wissen und ihre Meinungen darüber werden

durch den Schulunterricht erworben, aber auch über Massenkommunikationsmittel, durch Kunstwerke sowie durch Gespräche mit Freunden, Bekannten, Eltern und Geschwistern. Die Meinungsbildung über die letzten Tage des 2. Weltkrieges wird durch Gespräche mit verschiedenen Bezugspersonen beeinflusst. Nach unseren Ergebnissen sprachen darüber häufig von 11 Jugendlichen¹⁰

ungefähr 6 mit den Eltern,
 ungefähr 2 mit Geschwistern/Verwandten,
 ungefähr 3 mit Freunden/Bekanntem.

Der Einfluß von Freunden und Bekannten nimmt mit wachsendem Alter zu. Häufig begegnet man dem Argument, daß es bereits viele Filme über den 2. Weltkrieg gab. Das Argument „Man soll uns mit dieser Thematik in Ruhe lassen“ kann ein Stereotyp sein, der sich gegen die Thematik schlechthin richtet, es kann sich aber auch um eine Abneigung gegenüber mittelmäßigen und schematischen Filmen handeln. Wir stellten deshalb die Frage: „Haben Sie durch diesen Film etwas Neues über die letzten Tage des 2. Weltkrieges erfahren?“ Ungefähr jeder 5. Jugendliche gibt an, daß er durch diesen Film nichts Neues über die letzten Tage des 2. Weltkrieges erfahren hat. Wir prüften, inwieweit diese Meinung das Urteil über den Film insgesamt beeinflusst. Die Prozentverteilung läßt einen schwachen Zusammenhang erkennen:

Urteil über den Film:	positiv	unentschieden	negativ
- viel Neues erfahren	83,3 %	7,4 %	5,6 %
- nichts Neues erfahren	66,7 %	17,4 %	14,7 %

Diejenigen, die meinen, durch den Film nichts Neues erfahren zu haben, urteilen über den Film insgesamt etwas schlechter als diejenigen, die angeben, viel Neues erfahren zu haben. Dieser Zusammenhang – das muß betont werden – ist sehr schwach. Die Meinung, alles zu wissen und nichts Neues zu erfahren, kann in bezug auf selektive Rezeption durch einen guten Film in ihrer Wirksamkeit auf ein Minimum beschränkt werden. Differenzierte und anspruchsvolle Filme über diese Zeit haben also durchaus eine Chance beim jugendlichen Publikum. Bei der Filmeinsatzpolitik sollte berücksichtigt werden, daß durch mittelmäßige oder schlechte Filme sich negative Einstellungen gegenüber der Thematik verfestigen können.

Im Zusammenhang damit ist auch die Frage zu stellen, inwieweit die im Film behandelten Probleme als aktuell und für die Gegenwart bedeutsam erkannt werden. Nur 4,2 % der Befragten in Leipzig und 6,9 % der Befragten in Berlin gelang es nicht, die Aktualität des Films zu erfassen. Einen Einblick, wie aktuell und verbindlich die im Film dargestellte Thematik Jugendlichen in bezug auf ihren sozialen Inhalt erscheint, vermitteln Antworten auf offene Fragen. Wäh-

10 Fußnote im Original: Diese Durchschnittszahl ergibt sich aus den Gesamtangaben der Untersuchung.

rend ein Teil der Befragten die Funktion des Films als Aufklärung über die letzten Tage des 2. Weltkrieges auffaßt, zeigen sich in einigen Äußerungen auch aktuelle Bezüge:

12. [Klasse] EOS, m[ännlich]: „Dieser Film zeigt mir, die¹¹ ich den Krieg nicht miterlebt habe, klar und sachlich die Situation in Deutschland bis 1945, die ich eigentlich nur aus Geschichtsbüchern kenne. Mir wurde klar, daß solch ein Krieg nie wieder von uns zugelassen werden darf und wir alles gegen die Vorbereitung eines neuen Krieges tun müssen.“

11. [Klasse] EOS, w[eiblich]: „Damit wir die letzten Tage des Krieges kennenlernen. Wir sollen sehen, daß auch junge Menschen in der Not, hier im Krieg, helfen können. Man muß für eine gute Sache eintreten.“

11. [Klasse] EOS, w: „...zeigt, wohin die Entwicklung heute in Westdeutschland führen kann.“

11. [Klasse] EOS, w: „Daß man auch auf der Seite des Feindes für die eigene Nation kämpfen kann...“

11.[Klasse] EOS, w: „Wiederholtes Hinweisen auf die Verbrechen des Faschismus. Warnung vor dem neuen Erstarren der Faschisten und damit vor neuem Weltkrieg.“

12. [Klasse] EOS, w: „...zeigen, was auch Jugendliche getan haben für die gute Sache, anzuregen, Krieg zu verhindern, aktiv für Frieden tätig zu sein.“

9. [Klasse] EOS, w: „Freundschaft mit der SU vergrößern. Den Menschen vor Augen halten, was das Ende einer imperialistischen Macht bedeutet.“

BBS [Betriebsberufsschule], w: „Er soll zeigen, wie tapfer an der Seite unseres Staates gekämpft werden muß, um den Frieden zu erhalten. Außerdem zeigt er auch, wie sich die Freundschaft mit der Sowjetunion bewährt.“ Die Äußerungen beweisen, daß der Film nicht als Illustration historischer Ereignisse gesehen wird. Im Film spielt das Verhältnis zur Sowjetunion, die Beziehung von Patriotismus und proletarischem Internationalismus eine entscheidende Rolle, deshalb wurden von uns ideologische Einstellungen ermittelt. Die Ergebnisse belegen im Durchschnitt ein hohes ideologisches Niveau. Zwischen den Gruppen differieren die Ergebnisse zum Teil sehr stark. Es gibt deutliche und zum Teil extreme Unterschiede im ideologischen Niveau einzelner Klassen, eine Tatsache, die erneut auf die besondere Bedeutung der Bezugsgruppen für die ideologische Entwicklung Jugendlicher hinweist.

Betrachtet man die Ergebnisse insgesamt, so verdeutlicht sich die selektive Funktion ideologischer Einstellungen im Rezeptionsprozeß. Das kann durch mehrere Resultate ausgewiesen werden. Durch Filmrezeption werden andererseits aber auch ideologische Einstellungen verändert. Eine Möglichkeit, solche Wirkungen zu ermitteln, ist durch die sogenannte Differenzmethode gegeben. In unserem Falle untersuchten wir durch acht selektierte, skalierte Fragen eine Woche vor dem Filmbesuch in zwei Klassen Einstellungen zu ideologischen Fragen, die im Film eine Rolle spielen. Es ging dabei um die Einstellung zur Sowjetunion, zum

11 Im Original mit diesem Fehler bei der Kennzeichnung des Geschlechts.

proletarischen Internationalismus und zu Fragen des 2. Weltkrieges, die im Film direkt gestaltet sind.

Dieselben Fragen wurden unmittelbar nach dem Filmbesuch gestellt. Eine eindeutige Zuordnung beider Fragebogen wurde durch Zufallszahlen möglich. Die Differenzen auf den Skalen weisen einen Einstellungswandel aus. Als bewirkender Faktor für diesen Wandel kann mit Sicherheit der Film angenommen werden.

Nach dem Filmbesuch waren auf der Skala insgesamt 84 Veränderungen in positiver und 41 Veränderungen in negativer Richtung zu verzeichnen. Es gab also in 43 mehr Fällen positive Änderungen. Die positiven Änderungen betragen insgesamt 121 Skalenplätze, die negativen 78. So kann man eine positive Änderung wiederum von 43 mehr Skalenplätzen als Resultat ansehen. 43 Änderungen in positiver Richtung bei 51 Versuchspersonen ist nach unserer Auffassung ein bemerkenswertes Resultat für einen Film.

Es kann also sowohl von der Häufigkeit als auch vom Umfang her eine positive Änderung in der Einstellungsskala nachgewiesen werden. Inwieweit diese Änderungen stabil sind, das heißt, wie lange sie andauern, wurde nicht untersucht. Nun sind Einstellungen unterschiedlich zu qualifizieren: Wir unterteilten deshalb die Einstellungen in allgemeine Einstellungen (darunter fallen beispielsweise: Einstellung zur Sowjetunion und zum proletarischen Internationalismus) und in differenzierte Einstellungen (darunter fallen alle Einstellungen, die sich auf die letzten Tage des 2. Weltkrieges beziehen und einen unmittelbaren Bezug zum Film haben). Das erlaubt uns die Feststellung: Sowohl vom Umfang als auch von der Häufigkeit sind Änderungen bei differenzierten ideologischen Einstellungen weit größer als bei allgemeinen.

Die stärksten Änderungen ergaben sich zu folgender Aussage: „Schon in den letzten Tagen des 2. Weltkrieges, als noch der Krieg in Deutschland tobte, begann die Sowjetunion gemeinsam mit deutschen Antifaschisten beim Neuaufbau des Landes zu helfen.“

Hier wurden nach dem Filmerleben von 20 Versuchspersonen insgesamt 32 positive Änderungen vorgenommen. Sie betragen im Durchschnitt 1,6 Skalenplätze in positiver Richtung. Negative Änderungen bei dieser Frage wurden nur von zwei Versuchspersonen um je einen Skalenplatz vorgenommen.

Wir erklären diesen Sachverhalt so: Allgemeine ideologische Einstellungen sind stärker verfestigt. Sie werden durch einen Film kaum oder nicht so schnell verändert. Schließlich fällt es – wie die Gruppendiskussionen beweisen – vielen Jugendlichen nicht leicht, das filmische Geschehen auf allgemeine ideologische Einstellungen bewußt zu beziehen. Die ideologische Position Jugendlicher kann in sich widersprüchlich sein. Allgemeine ideologische Positionen werden nicht immer konsequent und logisch auf differenzierte Positionen bezogen. Der Film kann vor allem bei differenzierten ideologischen Einstellungen stark wirksam werden. Je vielfältiger und stärker er auf solche differenzierten ideologischen Einstellungen wirkt, desto stärker werden allgemeine ideologische Einstellungen gefestigt, desto eher kann in bestimmten Fällen auch eine positive ideologische Änderung allgemeiner Natur erreicht werden.

Diese Aussagen sind hypothetisch zu verstehen. Sie müssen in weiteren Untersuchungen verifiziert werden. Sie haben aber, so scheint uns, erhebliche Konsequenzen für die Filmproduktion und für die Filmwirkungsforschung!

Die Gesamtergebnisse zeigen deutlich, daß dieser Film eine hohe kulturell-ideologische Funktion erfüllt. Nun schlägt sich selbst ein tiefes Kunsterlebnis nicht unmittelbar im sozialen Handeln nieder. Unsere Ergebnisse weisen aus, daß durchaus ein Unterschied besteht zwischen dem Verstehen der Anschauungen Gregors und dem aktiven persönlichen Vertreten dieser Anschauungen.

In Leipzig beurteilten 89,1 % die Tatsache positiv, daß Gregor als Deutscher in der sowjetischen Armee kämpft, in Berlin sind es 92,5 %. Auf die Frage: „Wie würden Sie in einer ähnlichen Situation handeln?“ antworteten:

	<u>Leipzig</u>	<u>Berlin</u>
genauso, bzw. im wesentlichen wie Gregor	85,3 %	80,9 %
nicht so wie Gregor	6,1 %	1,6 %
auf keinen Fall wie Gregor	-	1,6 %
keine Meinung	7,5 %	14,9 %
keine Antwort	0,9 %	1,1 %

Diese Frage sollte nur ermitteln, inwieweit Gregors Verhalten als Vorbild für eigenes Verhalten akzeptiert wird. Die überwiegende Mehrzahl würde in einer ähnlichen Situation wie Gregor handeln wollen. Das zeugt von der starken Wirkungskraft des Films: Gregors Handeln wird als Vorbild für eigenes Handeln akzeptiert.

Allerdings trifft diese hohe „Identifizierungsbereitschaft“ nicht für das Gesamtverhalten Gregors zu. Seinen Ausbruch am Ende des Films verstehen die Befragten weit häufiger, als daß sie die in diesem Ausbruch vertretene Meinung Gregors heute persönlich vertreten würden. Das Verhältnis von Verstehen und Vertreten ist in Leipzig und Berlin gleich. Es beträgt auf der siebenstufigen Skala 2,5 zu 1,8.

In der Rangliste der Sympathie nimmt Gregor in allen Gruppen den ersten Platz ein. Über die Sympathie zu ihm gelang es den Filmschöpfern, die Identität von historischer Wahrheit und ästhetischer Wirklichkeit eindrucksvoll zu vermitteln. Hervorgehoben wird vor allem Gregors Natürlichkeit. Einige Zitate aus den Anmerkungen der Versuchspersonen:

9. [Klasse] AOS, w: „Gregor hat sich ganz natürlich benommen. Als der erste Mann zu ihm, dem Kommandanten kam, wußte er zuerst nicht, was er reden sollte...“

Als Eigenschaften, die ihn sympathisch erscheinen lassen, werden immer wieder hervorgehoben:

9. [Klasse] AOS, w: „standhaft, selbstbewußt, human, klug“

Studentin: „ruhig, nett, etwas unbeholfen“

12. [Klasse] EOS, w: „offen, ehrlich, schlicht und bescheiden, einfach“.

Sehr interessant finden wir die folgende Äußerung einer Schülerin der 9. Klasse: „klassenbewußt, einfach lustig“

Die Begründungen für die Sympathie, die man Gregor entgegenbringt, sind sehr häufig handlungsbezogen: Er hat bei vielen deshalb Sympathie, weil er – neben den bereits erwähnten Eigenschaften – auf der richtigen Seite ist, weil er gegen den Faschismus kämpft.

11. [Klasse] EOS, w.: „Er versuchte, mit seinen Mitteln für Deutschland zu kämpfen, aber für ein friedliebendes Deutschland. Er vertrat Deutschland würdig in der Sowjetunion. Er ist vielen ein Beispiel.“

Studentin: „Handelt konsequent, überwindet alle Schwierigkeiten, obwohl er noch sehr jung war, zeigt endlich einmal einen sowjetischen Soldaten, der nicht als ‚Übermensch‘ dargestellt wird.“

Studenten: „... ist nicht als moralischer Zeigefinger dargestellt, sondern noch als Kind, aber unter schweren Bedingungen über sein Alter gereift.“

Am besten wird der Sinn vieler Begründungen für den hohen Grad der Sympathie zu Gregor durch die Äußerung einer Schülerin der 12. [Klasse] EOS wiedergegeben: „...er ist Mensch und nicht Modell.“

Diese Ergebnisse lassen einige Konsequenzen für die Filmproduktion in bezug auf die Gestaltung der Hauptfiguren zu.

Vereinzelt tauchen kritische Einschätzungen Gregors auf: was die meisten in Gruppendiskussionen gerade als Vorteil empfanden – die vielschichtige Sicht des Helden – wurde von einzelnen Jugendlichen als Mangel hingestellt. Insgesamt ist zu belegen, daß eine differenzierte Gestaltung des Helden, der Mensch ist und vom Zuschauer als erreichbar empfunden wird, als großer Vorzug dieses Films bezeichnet wurde.

In der Rangfolge der Sympathie steht Sascha, der sowjetische Offizier, an zweiter Stelle. An dritter Stelle folgt der deutsche Unteroffizier, der auf dem Bauernhof zur Waffe greift, um die SS abzuwehren. Die Sympathie für Wadim (vierter Platz in der Rangordnung) ist alters- und bildungsabhängig: Studenten beurteilen ihn weit positiver als Schüler der neunten Klassen – nach 70 Tagen taucht der Name Wadim in Aufsätzen einer 9. Klasse überhaupt nicht mehr auf.

Wir versuchten herauszufinden, wie einzelne Szenen im Kontext des gesamten Filmes rezipiert wurden. Hier wird ein wesentliches Problem der Filmkommunikation berührt: Wenn wir das Ausdrucksmittel eines Filmes als spezielles Zeichensystem ansehen, so kann gesagt werden, daß die ...¹² der Filmschaffenden um so eher verstanden werden, je größer die Übereinstimmung des aktiven Zeichenvorrats des Rezipienten mit den im Film verwendeten Zeichen ist. Das darf nicht verabsolutiert werden: Diese Übereinstimmung kann extrem hoch sein, die Kommunikation für den Rezipienten jedoch gering oder bedeutungslos, wenn die im Film verwendeten Zeichen für ihn keinen „Informationswert“¹³ mehr haben. Bestimmte im Film verwendete Zeichen unterliegen einem „Zeitverschleiß“. So ist die richtige Relation zwischen bereits bekannten und neuen Zei-

12 An dieser Stelle war im Text ein Wort vorgesehen, die Quelle weist eine Lücke auf.

13 Fußnote im Original: Information bezieht sich auf das, was beim Rezipienten ein ästhetisches Erlebnis hervorruft, Phantasie, Denken etc. anregt.

chenkonstellationen für die Wirksamkeit eines Films äußerst wichtig. Eben diese Relation scheint uns im Film „Ich war 19“ besonders geglückt zu sein. Die jugendlichen Zuschauer vermochten zum größten Teil der „Sichtweite“ des Films zu folgen.

In diesem Zusammenhang sind Reaktionen auf einzelne Szenen interessant: Wir sind der Auffassung, daß man die Reaktionen der Zuschauer auf einzelne Szenen der Szenenkomplexe im Kontext mit dem gesamten Werk und in ihrer wechselseitigen Bedingtheit sehen muß, ohne hier näher darauf eingehen zu können. Einige Ergebnisse: Der deutsche Antifaschist, der Bürgermeister wird, bittet zum Abschied, daß ihm ein Lied von Ernst Busch (Jarama-Front) vorgespielt wird. Die Reaktionen auf diese Szene waren sehr unterschiedlich: Einige zeigten sich tief beeindruckt, sehr viele fanden zu dieser Szene schwer Zugang. Ähnlich verhält es sich mit den Szenen, die in Sanssouci spielen. Dieser Szenenkomplex wurde 83mal von insgesamt 400 Versuchspersonen als langweilig angegeben. Hier wird unter anderem ein Anliegen differenzierter Filmwirkungsforschung deutlich, nämlich herauszufinden, wie einzelne Zeichenkonstellationen auf verschiedene Zuschauer und Zuschauergruppen wirken, um den Filmschaffenden differenzierte Hinweise zu geben, ihr Schaffen auf reale Bedingungen der Filmrezeption einzustellen.

Welche Szenen haben nun am nachhaltigsten gewirkt? Wir ermittelten das einmal über eine skalierte Frage, in der einzelne Szenen bewertet werden sollten und – als Kontrolle – über eine offene Frage, in der aufgefordert wurde, Szenen zu nennen, die am besten gefallen haben.

An erster Stelle steht der Szenenkomplex „der Tod Saschas“. Er wurde in der offenen Frage insgesamt 306mal genannt.

An zweiter Stelle steht der Komplex „Festung Spandau“, dann folgen: Nazis in sowjetischen Panzern überfallen sowjetische Stellungen; Szene mit blindem deutschen Unteroffizier; KZ Sachsenhausen.

Die Antworten auf die offene Frage sind insofern aufschlußreich, als einzelne Szenenkomplexe weiter untergliedert werden und deutliche Akzentuierungen erfolgen. Zunächst ist noch interessant, daß auf die Frage, „gab es Szenen, die Sie als langweilige empfanden?“ 251 von insgesamt 400 Befragten keine Antwort gaben.

Neben dem Szenenkomplex, der in Sanssouci spielt, wurde – allerdings weit weniger häufig – der Ausbruch des weiblichen Sowjetsoldaten in Bernau gegenüber dem deutschen Mädchen angeführt (9 Nennungen, aber siehe skalierte Frage).

Zwei von drei befragten Jugendlichen stimmen der Meinung zu, daß die Sanssouci-Episode zum Teil etwas langweilig ist.

Dieses Ergebnis wirft einige Fragen für die Filmproduktion, vor allem aber auch für die Filmernährung auf. Die überwiegende Mehrzahl der Jugendlichen empfindet den Film als realistisch und glaubhaft. Die meisten meinen: „So muß es gewesen sein.“ In diesem Zusammenhang wurde gefragt, wie es mit der Glaubwürdigkeit des Dokumentarmaterials über das KZ Sachsenhausen bestellt sei. In

Leipzig empfinden 26,9 %, in Berlin 13,2 % diesen Teil des Films als nicht glaubwürdig bzw. nicht überzeugend. In Gruppendiskussionen gingen wir ausführlicher auf diese Szene ein. In einer 11. Klasse äußerten alle Schüler (bis auf eine Schülerin, die den Dokumentarfilm über Sachsenhausen gesehen hatte), daß diese Szene ihre Vorstellungskraft übersteige. Sie könnten sich nicht vorstellen, daß Menschen existierten, wie der KZ-Aufseher, der im Dokumentarfilm gezeigt wird.

Dieses Ergebnis hat einen aktuellen Bezug, wenn man an die Verbrechen der USA in Vietnam denkt. Wir halten es für notwendig, diese Problematik gelegentlich tiefer zu analysieren, damit Wege gefunden werden, neben einer differenzierten Darstellung auch die Unmenschlichkeit des Faschismus und Imperialismus in seiner ganzen Tragweite eindrucksvoll und überzeugend zu gestalten.

79,2 % der Jugendlichen finden es gut, daß in diesem Film nicht alle Fragen beantwortet werden, daß sie sich selbst Gedanken machen müssen. Nur 1,4 Prozent lehnen das ab. Dieses Ergebnis – sowie das Gesamtergebnis – zeigt, daß künstlerisch anspruchsvolle Filme von Jugendlichen begrüßt und gewünscht werden. Das entscheidende Problem ist, wie sie zum Besuch solcher Filme motiviert werden können, wie Werbung und Filmpropaganda aufgebaut sein müssen, um ein Maximum an Effektivität zu erreichen.

Nur 3,8 % der Befragten empfanden es als Mangel, daß in diesem Film keine prominenten Schauspieler mitwirkten. Dieses Ergebnis widerspricht der häufig anzutreffenden Überbetonung der Star-Besetzung. Offensichtlich sollte diese Frage jeweils am konkreten Stoff und Werk entschieden, jedoch keinesfalls generalisiert werden.

Der jugendliche Zuschauer als sozial bestimmtes Individuum wird vor, während und nach dem Filmerlebnis in bezug auf die Filmrezeption durch personale und soziale Faktoren beeinflusst. Ein Mittel, Unterschiede ausfindig zu machen, besteht darin, Ergebnisse nach bestimmten Gruppierungsmerkmalen aufzubereiten. Unsere Ergebnisse zeigen zum Teil starke Unterschiede zwischen den einzelnen Schul- und Altersgruppen. Besonders prägnant sind sie zwischen den Geschlechtern und sie werden häufig erst bei differenzierten Fragen sichtbar. Andererseits stellten wir fest, daß Differenzen *i n n e r h a l b* der Gruppen häufig stärker sind als Differenzen *z w i s c h e n* den Gruppen. Man sollte also künftig weitere Faktoren stärker beachten: So die Wirkung differenzierter ideologischer Einstellungen und die Wirkung des Kulturniveaus Jugendlicher.

Im Ergebnis der schriftlichen Befragung, über die bisher gesprochen wurde, geben [wir] einen Einblick in die *u n m i t t e l b a r e* Wirkung des Films. Nun spielt in der Filmwirkung der Zeitfaktor eine wichtige Rolle. Wir entschlossen uns deshalb, durch eine Versuchsreihe Vorgänge der postkommunikativen Meinungsbildung gesondert zu untersuchen. In diesem Zusammenhang wollten wir die Theorie der zweistufigen Kommunikation überprüfen. Die Kernthese dieser Theorie¹⁴ lautet:

14 Fußnote im Original: [Elihu]Katz/[Paul Felix] Lazarsfeld: *Persönlicher Einfluß auf Meinungsbildung*, Wien 1962.

Die Informationen in der Massenkommunikation erreichen auf einer ersten Stufe eine bestimmte Anzahl von Rezipienten, die Informationen – oder einzelne Aspekte dieser Informationen, in der interpersonalen Kommunikation auf einer zweiten Stufe weiterverbreiten. Diejenigen, die besonders häufig die Mitteilungen der Massenkommunikation verbreiten, wurden als Meinungsführer bezeichnet.

Meinungsführer üben auf dem Gebiet – auf dem sie meinungsführend sind – etwa Mode, Politik und so weiter – demnach eine Art Relaisfunktion im Kommunikationsnetz der Gesellschaft aus.

Diese Theorie wurde von Katz und Lazarsfeld auf der Grundlage soziometrischer Untersuchungen konzipiert. Sie bezieht sich auf die Massenkommunikation insgesamt, also auch auf den Film.

Wenn ein solches, relativ stabiles Kommunikationsnetz in Gruppen besteht, dann müßte – so war unsere Überlegung – auch bei der postkommunikativen Meinungsbildung zum Film eine solche Struktur sichtbar werden. Lutz Burger führte deshalb im Rahmen unserer Untersuchungen zu „Ich war 19“ folgende Versuchsreihe durch:

1. Partner-Wahlversuch vor dem Filmbesuch (nach Vorwerg)¹⁵ mit zwei zusätzlichen Wahlkriterien, den Film betreffend.
2. Schriftliche Befragung nach dem Filmerleben.
3. Gruppendiskussion zwei Tage nach dem Filmbesuch.
4. Ermittlung der gesuchten und zufälligen Kommunikation zum Film in- und außerhalb der Gruppe nach zwei und nach neun Tagen.
5. Retest zum Partner-Wahlversuch und zu wichtigen Fragen des Films nach neun und nach 45 Tagen.
6. Aufsatz zum Film nach 70 Tagen.
7. Eine Schülerin sammelte „informelle“ Meinungen zum Film, die in der Gruppe geäußert wurden.

Ziel dieser Versuchsreihe war es, die postkommunikative Meinungsbildung zum Film mit verschiedenen Methoden zu untersuchen. Die Ergebnisse sind noch nicht vollständig ausgewertet, da sie sehr umfangreich sind und Erfahrungen bei der Auswertung derartigen Materials noch nicht vorliegen. Wir können aber folgende Resultate mitteilen:

1. Wahlkommunikation und Realkommunikation zum Film korrelieren mit 0,15, also nicht. Dieses Resultat führt uns zu der Annahme, daß die Theorie der zweistufigen Kommunikation in bezug auf die Rolle der Meinungsführer in der Formulierung von Katz und Lazarsfeld nicht voll akzeptiert werden kann. Wir werden, da dieser eine Versuch als Beweis nicht ausreicht, weitere Versuche durchführen. Es wird auch eine andere, verbesserte Methodik angewandt werden müssen.

15 Fußnote im Original: M[anfred]Vorwerg: Sozialpsychologische Strukturanalysen des Kollektivs, Berlin 1966.

2. Die Bewertung des Films stieg in der Gruppe – trotz bipolarer Meinungsbildung – nach neun Tagen positiv an. (Es erfolgte eine quantitative umfangreiche Kommunikation zum Film.) Sie glied sich nach 45 Tagen allerdings wieder dem ursprünglichen Niveau an.
3. Die durch den Partner-Wahlversuch vor dem Filmbesuch ermittelte Gruppenstruktur erfuhr nach neun Tagen mit umfangreicher Kommunikation zum Film eine leichte Veränderung, glied sich allerdings nach 45 Tagen wieder dem ursprünglichen Niveau an.
4. Die Aufsätze, die nach 70 Tagen geschrieben wurden, lassen erkennen, daß eine selektive Erinnerung an bestimmte Szenen und Filmgestalten vorliegt. Außerdem wird in den Aufsätzen der Einfluß der Diskussionen in und außerhalb der Gruppe auf die postkommunikative Meinungsbildung sehr deutlich.
5. Nach einem der Differenzmethode angenäherten Auswertungsverfahren konnten wir eine über interpersonale Kommunikation zum Film vermittelte positive Meinungsänderung bei 38 % der Versuchspersonen in einem Zeitraum von 45 Tagen nachweisen.

Es bleibt abzuwarten, inwieweit die weitere Aufbereitung des Materials weitere Ergebnisse zutage fördert. Zwei Aspekte möchten wir aber betonen:

In der Wirkungsforschung muß der Einfluß der Filmrezeption auf Gruppen und der Einfluß von Gruppen auf die Meinungsbildung stärker berücksichtigt werden. Der Rezipient darf nicht als isoliertes Individuum betrachtet werden. Die Meinungsbildung in der postkommunikativen Phase wird stark durch Gruppenbeziehungen und -einflüsse determiniert. Zweitens verdient der Zeitfaktor im Wirkungsprozeß eine starke Beachtung. Untersuchungen sollten zu verschiedenen Zeitpunkten in der postkommunikativen Phase einsetzen.

Unsere Untersuchungsergebnisse gestatten einige Folgerungen:

1. Empirische Untersuchungen am Beispiel eines Films, der strukturbildend ist, haben sich als nützlich erwiesen.
Eine Reihe wichtiger methodischer Erfahrungen wurden überprüft und gesammelt. Das methodische Instrumentarium konnte verbessert werden, reicht jedoch offensichtlich noch nicht aus. In dieser Beziehung war unser Unternehmen ein Anfang.
2. Die interdisziplinäre Forschung hat sich als notwendig herausgestellt und sich ausgezeichnet bewährt. Wir meinen, daß diese Art der Zusammenarbeit differenzierter Filmwirkungsforschung fortgesetzt und ausgebaut werden sollte.
3. Filme von der Qualität von „Ich war 19“ kommen nicht nur Erwartungen entgegen, sie tragen zur Entwicklung neuer Kulturbedürfnisse bei und helfen, das Verhältnis des Zuschauers zur Kunst zu qualifizieren. Deshalb sollte endlich darangegangen werden, ein einheitliches, stabiles System der Film- und Fernsicherheit für die Jugend aufzubauen, an dem Schule, Jugendorganisation, Filmclubs und Lichtspielwiesen verantwortlich mitarbeiten.

4. Ziel müßte sein, durch weitere Untersuchungen ein methodisches Modell zu erarbeiten, das es gestattet, die Wirkung eines einzelnen Films und schließlich eines Systems von Filmwerken schnell, exakt und gültig zu erfassen. Das könnte auch repräsentative Ergebnisse zur Wirksamkeit wichtiger Filme ermöglichen.
5. Gelingt es uns, ein solches Modell aufzubauen, würde das die ideologische Arbeit mit dem Film erheblich erleichtern. Der Nutzen läge auf der Hand: Nicht nur eine marxistische Theorie der Filmkommunikation würde davon profitieren: Künstler, filmproduzierende und filmverarbeitende Institutionen könnten Informationen und Anregungen für ihre Leitungstätigkeit erhalten, um neue Kulturbedürfnisse der Zuschauer qualitativ entwickeln zu helfen.

Quelle: BArch, DY 30/IV A 2/2.024, 1, Bl. 141-158.

Information

Neue deutsche Literatur zum Spanischen Bürgerkrieg

Herbert Mayer

Vor 60 Jahren, im Frühjahr 1939, erlag die Spanische Republik der Übermacht der einheimischen Putschisten und der intervenierenden faschistischen Mächte Italien und Deutschland. Die Literatur zum Spanischen Bürgerkrieg 1936 bis 1939, auch als „national-revolutionärer Krieg“ bezeichnet, ist recht umfangreich; international schätzt man sie auf mindestens 15.000 Titel. Im Zusammenhang mit den 60-jährigen Jahrestagen sind auch in Deutschland weitere Publikationen erschienen. Bei diesen Büchern handelt es sich um Überblicksarbeiten (z. T. in überarbeiteter Neuauflage), um aus Forschungsprojekten hervorgegangene Spezialarbeiten wie auch um Dokumente und Erinnerungen. Über einige dieser Publikationen soll im Folgenden informiert werden, wobei Belletristik, Liedsammlungen u. ä. ausgeklammert bleiben.¹

Zu den Überblicksdarstellungen zählen die Arbeiten von Walter L. Bernecker bzw. Bernecker/Sören Brinkmann,² Frank Schauff (Bürgerkrieg)³ und Carlos Seidel.⁴ Die Spezialdarstellungen von Angela Berg⁵ und Michael Uhl⁶ zu den Interbrigaden sind direkt dem Themenbereich der Arbeiterbewegung zuzuordnen. Sie wie auch der von Florian Legner herausgegebene Band⁷ rücken zugleich „deutsche“ Aspekte ins Blickfeld. Schauffs „Der verspielte Sieg“⁸ erörtert die

1 Eine solche Übersicht muss notwendigerweise unvollständig bleiben. Berücksichtigt werden konnten nur die Publikationen, die Verlage zur Verfügung gestellt haben.

2 Walther L. Bernecker: Krieg in Spanien 1936-1939. 2., vollständig überarbeitete und erweiterte Auflage, Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt 2005, 300 S. (im Folgenden: Bernecker, Krieg); Ders./Sören Brinkmann: Kampf der Erinnerungen. Der Spanische Bürgerkrieg in Politik und Gesellschaft 1936-2006, 2. Aufl., Verlag Graswurzelrevolution, Nettersheim 2006, 384 S. (Bernecker/Brinkmann).

3 Frank Schauff: Der Spanische Bürgerkrieg, Vandenhoeck und Ruprecht, Göttingen 2006, 208 S. (Schauff, Bürgerkrieg).

4 Carlos Collado Seidel: Der Spanische Bürgerkrieg. Geschichte eines europäischen Konflikts, C. H. Beck, München 2006, 220 S. (Seidel).

5 Angela Berg: Die Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg. 1936-1939, Klartext, Essen 2005, 306 S. (Berg)

6 Michael Uhl: Mythos Spanien. Das Erbe der Internationalen Brigaden in der DDR, J. H. W. Dietz Nachf., Bonn 2004, 560 S. (Uhl).

7 Florian Legner (Hrsg.): Solidaridad! Deutsche im Spanischen Bürgerkrieg, vorwärts buch, Berlin 2006, 216 S. (Legner).

8 Frank Schauff: Der verspielte Sieg. Sowjetunion, Kommunistische Internationale und Spanischer Bürgerkrieg 1936-1939, Campus, Frankfurt/Main 2004, 408 S. (Schauff, Sieg).

Positionen der kommunistischen Bewegung. Mit seinem Buch zur POUM, einer spanischen Partei, wendet sich Rainer Tosstorff einem Einzelproblem zu.⁹ Auch die speziellen Problemen gewidmeten Darstellungen enthalten einen mehr oder weniger ausführlichen Überblick zum Spanischen Bürgerkrieg. Mit Arthur Lehning's „Spanischem Tagebuch“¹⁰ liegt erstmals eine Edition dieser Quelle auf Deutsch vor. Die Publikation umfasst außer dem eigentlichen Tagebuch von Oktober/November 1936 auch Briefe sowie eine Rundfunkrede und einen Artikel. Lehning, in den 30er-Jahren Sekretär der anarchosyndikalistischen Internationalen Arbeiter-Assoziation, wird in der Einleitung von Toke van Helmond-Lehning ausführlich biografiert.

Berneckers „Krieg in Spanien“, eine Neuauflage von 1991, behandelt Hintergründe und Anlass, militärische, internationale, politische, sozioökonomische und ideologische Dimensionen sowie Folgen des Krieges bis heute. Gegenüber der Erstausgabe fast unverändert, wird der Leser jedoch im Anhang mit Tendenzen und Desideraten der Forschung bekannt gemacht. Bernecker/Brinkmann befassen sich mit verschiedenen Aspekten des Bürgerkriegs, mit den Repressionen in der Kriegs- und Nachkriegszeit sowie mit der Erinnerungs- und Geschichtspolitik in Gesellschaft und Staat bis zur Gegenwart. Schauff (Bürgerkrieg) skizziert Vorgeschichte und Volksfront, Vorbereitung, Durchführung und vorläufiges Scheitern des Putsches, den militärischen Verlauf und die politischen und sozialen Veränderungen im Bürgerkrieg, Interventions- und Nichteinmischungspolitik, den Zusammenbruch der Republik und die Jahrzehnte der Franco-Diktatur. Seidel stellt nach einer Analyse der Konflikte in der spanischen Gesellschaft außenpolitische Faktoren in den Mittelpunkt: Hitlers und Mussolinis Militärhilfe für Franco, die Unterstützung der Sowjetunion für die Republik, das Agieren der europäischen Diplomatie sowie die Zeit nach dem Bürgerkrieg, insbesondere Repression und Exil. Die Überblicksarbeiten enthalten verständlicherweise nur stark ausgewählte Bibliografien (auf Archivquellen wird meist nicht verwiesen), z. T. werden auch Chronologie, Karten und Kurzbiografien geboten. Insgesamt ermöglichen sie eine rasche, meist auch ausgewogene Sicht auf Ursachen, Verlauf und Ergebnisse des Spanischen Bürgerkriegs.

Schauff gliedert seinen Band „Der verspielte Sieg“ in die Kapitel: Spanien der 30er-Jahre, die Sowjetunion der 30er-Jahre, die Komintern, die Rote Armee, das sowjetische Außenministerium (NKID) sowie die „verratene Republik“. Er behandelt die Problematik weitgehend differenziert, vermeidet in der Regel Klischees und verwirft einseitige Erklärungsversuche aus Zeiten des Kalten Krieges. Berg hat die Interbrigaden, vor allem ihre Entstehung, ihr Verhältnis zur Zivilbe-

9 Reiner Tosstorff: Die POUM in der spanischen Revolution, ISP, Köln 2006, 180 S. (Tosstorff).

10 Arthur Lehning: Spanisches Tagebuch & Anmerkungen zur Revolution in Spanien. Mit einer Einleitung und Anmerkungen von Toke van Helmond-Lehning. Aus dem Niederländischen, Walter Frey, Berlin 2007, 196 S. (Lehning).

völkerung, ihr Agieren sowie ihre Führung und Mannschaften, zum Hauptthema. Insgesamt wirkt ihre Darstellung in vielem belehrend, abschnittsweise auch wie ein Seminarreferat. Uhl behandelt im 1. Teil die Geschichte der Interbrigaden und ihrer deutschen Freiwilligen. In einem 2. Teil untersucht er die Rolle der ehemaligen Spanienkämpfer und das Erbe der Interbrigaden in der DDR. Seinen Anspruch „gleichermaßen einen Beitrag zur Erforschung der Geschichte des Spanischen Bürgerkriegs wie der Geschichte der DDR zu leisten“(S.15), kann er nur bedingt erfüllen. Legner versammelt in seinem Band sieben Beiträge. Diejenigen Autoren, die bereits eigenständige Bücher zur Thematik publiziert haben, fassen ihre Forschungsergebnisse komprimiert zusammen bzw. greifen einen Teilaspekt heraus. So schreibt Bernecker über Entstehung, Hauptprobleme und Folgen des Krieges, Schauff über die Einheitsfront (personifiziert dargestellt an Erich Ollenhauer und Santiago de Carrillo) und Seidel über die „Vernichtung des Anderen als Konstituens der Franco-Diktatur“. Patrik von zur Mühlen nimmt sich die deutsche Linke im Spanischen Bürgerkrieg zum Thema. In den weiteren Aufsätzen befassen sich Santos Juliá mit Spaltungen bei den spanischen Sozialisten, Stefanie Schüler-Springorum mit der Legion Condor und Sabine Kneib mit dem sozialdemokratischen Spanienkämpfer Rolf Reventlow. Tosstorff fasst mit dem Band zur POUM die seit seiner Dissertationsschrift 1987 neu gewonnenen Forschungsergebnisse und Publikationen zusammen. Ins Zentrum stellt er die programmatische Entwicklung der POUM, ihr Agieren in den politischen und sozialen Auseinandersetzungen, ihre beiden wichtigsten Führer (J. Maurin und A. Nin) sowie die Verfolgungen, denen die Partei ausgesetzt war.

Im Folgenden sollen einige Positionen der Autoren zum Bürgerkrieg, zu seiner Einordnung in die internationale Geschichte und in die der Arbeiterbewegung, zur Rolle der Sowjetunion, zur Komintern, zu den Interbrigaden und ihren deutschen Freiwilligen skizziert werden.¹¹

Durchweg wird der Spanische Bürgerkrieg 1936 bis 1939 als wichtigstes Ereignis in der spanischen Geschichte bzw. bedeutsames Ereignis in der europäischen Geschichte des 20. Jahrhunderts gesehen und auch in die Auseinandersetzung zwischen Faschismus und Demokratie/Antifaschismus eingeordnet. Seidel sieht ihn als Spiegel der ideologischen Auseinandersetzungen in Europa. Hier seien erstmals die Konflikte nicht mit politischen Mitteln, sondern militärisch ausgetragen und deren Ausgang maßgeblich von der Haltung der europäischen Mächte bestimmt worden. (S.10) Durch die Beteiligung Deutschlands, Italiens und der Sowjetunion sowie das Einschalten der Westmächte habe der Krieg rasch eine internationale Dimension erhalten. Bernecker (Krieg, S.3) macht ausdrücklich auf die „Elemente eines (nicht erklärten) internationalen Krieges“ aufmerksam. Legner (S.7) hebt hervor, dass der Bürgerkrieg ein unter internationaler Beteiligung geführter Kampf gegen den Faschismus und damit von großer Bedeutung für die Arbeiterbewegung war.

11 Da zu den aufgeführten Problemen nicht die Position aller Autoren dargelegt werden kann, werden einige charakteristische Standpunkte exemplarisch angeführt.

Als Ursachen des Krieges betrachten die Autoren ungelöste spanische Konflikte und Widersprüche. Zugleich wurde Spanien durch den Krieg Austragungsort europäischer Gegensätze und ideologischer Auseinandersetzungen. Als ausschlaggebend werden in unterschiedlicher Gewichtung innere Faktoren angesehen, so Agrar-, Nationalitäten-, soziale, Klassen-Frage, regionale Konflikte, Verhältnis Staat-Kirche, unvollendete bzw. ausstehende Reformierungsprozesse in Staat, Wirtschaft, Militär und gesamter Gesellschaft. (von zur Mühlen in: Legner, S.73f., Bernecker/Brinkmann, u. a. S.22-29) Außenpolitische Faktoren waren zwar nicht die eigentlichen Triebkräfte, aber entscheidend für die Dauer, den Verlauf und den Ausgang des Krieges. (Bernecker, Krieg, S.5, 47.) Schauff (Bürgerkrieg, S.66) und ähnlich Bernecker/Brinkmann (S.192) verdeutlichen auch: Den besitzenden Klassen schien eine parlamentarische Wahrnehmung ihrer wirtschaftlichen und sozialen Interessen nicht mehr gesichert. Sie gingen deshalb zu außerparlamentarischen Mitteln und Gewalt über; um ihre Herrschaft zu sichern, war ihnen jedes Mittel recht.

Bernecker, Schauff und Seidel gehen auch näher auf die Konflikte zwischen republikanischer Zentralregierung und dem (anarchistisch beeinflussten) Katalonien ein, die zugleich die traditionellen Spannungen zwischen Zentralregierung und regionaler Peripherie reflektierten. Legner (S.7) meint, dass die Internationalität nicht darüber hinwegtäuschen dürfe, dass es in erster Linie ein Krieg von Spaniern gegen Spanier war. Den wirtschaftlichen, politischen und sozialen Umwälzungen im Kriege wird eine unterschiedliche Bedeutung zugemessen. Berg z. B. sieht im Spanischen Bürgerkrieg die „letzte Revolution in Europa“. (S.20)

Weitgehend übereinstimmend werden die Fakten des Kriegsverlaufs dargestellt, wobei teilweise, z. B. bei Seidel (ab S.61), detailliert auf die Vorbereitungen und Aktionen der Putschisten eingegangen wird. Der italienischen Führung war, wie Bernecker betont, Monate vor dem spanischen Generalaufstand dessen Vorbereitung und Organisation bekannt, lediglich über den genauen Zeitpunkt war sie nicht informiert. (Krieg, S.71) Sehr instruktiv ist seine Analyse, auf welche politischen Kräfte sich die Putschisten während des Krieges stützten. Im Abschnitt zu Kirche und Kultur zeigt er, dass das anzutreffende Schema Franquismus/Katholizismus gegen Republik/Antiklerikalismus nicht zutrifft, da es vorhandene Differenzierungen nicht beachtet. Deutlich formuliert Legner: Das Militär „errichtete unter Einsatz des berüchtigten Kolonialheeres nach Beginn der Erhebung ein Terrorregime mit dem Ziele der ‚Reinigung‘: Massaker, ethnische Säuberungen, willkürliche Gefangennahmen und Folter waren seine Kennzeichen. General Franco setzte auf die physische Vernichtung des Gegners in einem Ausrottungsfeldzug.“ (S.7)

Erschreckend ist das Ausmaß der Opferbilanz. Uhl gibt an, dass während des Krieges durch oder infolge der Kampfhandlungen ca. 300.000 Menschen starben, dazu kommen noch die Opfer der Repression in beiden Gebieten, wobei die in der franquistischen Zone ungleich mehr Menschenleben forderten. Die Rache der Sieger war maßlos. Unter dem Franco-Regime herrschten auch nach dem Krieg Terror und Repression. Bis 1943 wurden, so Uhl, weitere etwa

200.000 Anhänger der Republikaner hingerichtet, über eine halbe Million musste fliehen. Bernecker (Krieg, S.212f.) beziffert die Opfer durch Repressionen im republikanischen Lager auf unter 50.000, die der franquistischen Repression bis 1950 auf fast 150.000; ins Exil gezwungen wurden nach ihm vermutlich 300.000 bis 500.000 Menschen. Nach dem Ende der Diktatur kam die Aufarbeitung der Repression nur langsam voran. Erst Mitte/Ende der Neunzigerjahre wurde hier eine Wende eingeleitet, die Erinnerungsarbeit jedoch bis 2004 von der damaligen Regierung behindert. Der Erinnerungskultur an den Bürgerkrieg in Spanien widmen Bernecker/Brinkmann drei Viertel ihrer Publikation.

Im Prinzip einheitlich verweisen die Autoren darauf, dass für den franquistischen Sieg Deutschlands und Italiens Intervention kriegsentscheidend war. (z. B. Seidel, S.13) Belegt wird, so bei Bernecker/Brinkmann (S.35f.), dass für das Eingreifen Deutschlands viele (militärische, politische, wirtschaftliche und ideologische) Faktoren, Ziele und Motive eine Rolle spielten. Die sich hierbei während des Krieges wandelnden Prioritäten wie auch die Rolle der Legion Condor analysiert Stefanie Schüler-Springorum. (in: Legner, S.101-124) Verdeutlicht wird, wie bei Bernecker, die antikommunistische Grundkomponente der deutschen Spanienpolitik. (Krieg, S.53)

Die Legion Condor umfasste ca. 20.000 Mann (Italien hatte 80.000 Mann in Spanien), präsent waren stets etwa 6.500. Beschönigt und verharmlost wird die Legion Condor von Berg, indem sie deren Rolle auf folgende Fakten reduziert: „Die Legion Condor griff auf Seiten Francos in den Krieg ein. Sie unterstand dem Oberbefehlshaber der Luftwaffe Hermann Göring und organisierte vor allem den Transport der franquistischen Truppen von Spanisch-Marokko auf das spanische Festland. Darüber hinaus unterstützte sie mit Bombern, Jägern und Flakgeschützen die Aufständischen. Göring selbst sah den Einsatz in Spanien unter dem Aspekt der Ausbildung der deutschen Soldaten.“ (S.20) Schauff hebt dementsgegen hervor, dass die Legion von größter strategischer Bedeutung für Francos Kriegsführung war und sie bei allen wichtigen Schlachten zum Einsatz kam. (Bürgerkrieg, S.154) Im Spanienkrieg erprobte Deutschland Waffensysteme und sammelten die Truppen unter Gefechtsbedingung Erfahrungen. Nach Bernecker (Krieg, S.55f.) lieferte Deutschland 110.000 Tonnen Kriegsgerät an Franco. Die Legion Condor hatte ständig etwa 140 Flugzeuge im Einsatz; etwa 600 bis 700 Flugzeuge wurden insgesamt nach Spanien geschickt, die 21.000 Tonnen Bomben abwarfen. Guernica ist das bekannteste Beispiel für die Zerstörungen, die die Legion Condor in Spanien anrichtete.

Die Nichteinmischungspolitik nützte letztlich den Putschisten. Während Deutschland und Italien eine tatsächliche Nichteinmischung ignorierten, erfüllten sich die Hoffnungen der westlichen Demokratien nicht. (Seidel, S.148f.; Schauff, Bürgerkrieg, S.172) Bernecker wertet den Spanischen Bürgerkrieg innerhalb der Appeasement-Politik als eines der „deutlichsten Beispiele der britisch-amerikanischen Kurzsichtigkeit, die mit zum Zweiten Weltkrieg beitrug“. (Krieg, S.81f.) Zudem konzediert er, dass die britische Regierung trotz Nichteinmischungsbeschlüssen und gegen die öffentliche Meinung eine profranquistische

Haltung einnahm. Frankreichs innenpolitisch bestimmte Nichteinmischungspolitik blieb widersprüchlich, letztlich war der Regierung klar, dass ihre Haltung der franquistischen Seite zugute kam.

Die Rolle der Sowjetunion, das Agieren der Komintern und die internationale Arbeiterbewegung stehen im Focus verschiedener Arbeiten. Außenpolitisches Ziel der Sowjetunion sei damals gewesen, ein kollektives Sicherheitssystem zu schaffen und die eigene internationale Isolierung zu überwinden. (Bernecker, Krieg, S.106, Schauff, Bürgerkrieg, S.159f.) Einigkeit besteht darüber, dass keinesfalls eine Sowjetrepublik entstehen bzw. eine sozialistische Revolution in Spanien durchgeführt werden sollte, schon um Frankreich und Großbritannien nicht zu verprellen. (z. B. Seidel, S.113) Daher habe die Sowjetunion auch anfangs die Nichteinmischungspolitik unterstützt, aber angesichts der massiven Einmischung Italiens und Deutschlands leistete sie der spanischen Republik Militärhilfe. Jedoch hätten die sowjetischen Sicherheitsinteressen, so Seidel, vor der Solidarität mit der Volksfrontregierung gestanden. Differenzierter wertet Schauff, dass die Politik im Nichteinmischungsausschuss und im Völkerbund zeigte, dass die UdSSR ein zuverlässiger Partner für die Spanische Republik war. Wenn ihre Bündnisfähigkeit gegenüber den Westmächten gefährdet wurde, habe dies zu Schwankungen ihrer Politik geführt. (Sieg, S.355f.)

Unterschiedlich wird die direkte Einflussnahme der Sowjetunion auf den Krieg und die Entwicklung in Spanien eingeschätzt. Bernecker/Brinkmann betonen, die UdSSR habe durch ihre Hilfe einen überragenden Einfluss auf die Politik in der republikanischen Zone erlangt. (S.39) Berg hingegen vertritt die Auffassung, die Sowjetunion habe eine antirevolutionäre Politik betrieben und „revolutionäre Bestrebungen“ unterdrückt. (S.41) Schauff meint, dass eine Maßgabe für die sowjetischen Diplomaten in Spanien offensichtlich „Zurückhaltung bei der politischen Einflußnahme“ und die Verteidigung der Republik war. Nach Seidel sei die sowjetische Politik eine Gratwanderung zwischen Beratung und politischem Druck auf die spanische Regierung gewesen. (S.123) Aus bisher zugänglichem Material lasse sich, so Schauff, „die Verschwörungstheorie, die UdSSR habe die Republik unter ihre direkte politische Kontrolle bringen oder sie gar sowjetisieren wollen, nicht belegen“. (Sieg, S.356) Er widerspricht Thesen, wonach die Liquidierung der POUM das Hauptziel des sowjetischen Engagements gewesen wäre. (Sieg, S.265, 268f.) Es sei keine unmittelbare Beteiligung an der Ausschaltung der innerrepublikanischen Opposition nachzuweisen. Er schätzt zugleich ein, dass die Sowjetunion mit ihrer militärischen Hilfe den entscheidenden Beitrag zur zeitweiligen Rettung der Spanischen Republik geleistet habe. Widerlegt wird die ab und zu anzutreffende Behauptung, die Sowjetunion habe absichtlich zu wenig und unregelmäßig Waffen geliefert. (Seidel, S.135; Schauff, Sieg, S.273) Über den Umfang der sowjetischen militärischen Unterstützung und der Waffenlieferungen kann weiterhin nur gemutmaßt werden. (Seidel, S.135) Bernecker (Krieg, S.105) nennt als Zahlen für die Waffenlieferungen durch die UdSSR u. a. 300.000 Gewehre, 10.500 Maschinengewehre, 5.150 Leichte Maschinengewehre, etwa 900 Geschütze, drei Millionen Granaten, 400 Panzerwagen, 400 Flugzeuge,

780 Millionen Schuss Munition, vier Torpedoboote; außerdem seien bis zu 2.000 sowjetische Piloten, Techniker und Geheimdienstler eingesetzt gewesen. Andere Angaben zufolge waren es ca. 600 Flugzeuge, etwa 500.000 Gewehre, 20.000 Maschinengewehre und 1.200 Geschütze. Schauff hat eine Übersicht zusammengestellt, die die unterschiedlichen Angaben mit Quellenangaben auflistet. Er beziffert die Gesamtzahl der durch die Rote Armee eingesetzten Militärpersonen auf etwas über 2.000, wobei nie mehr als 600 bis 800 gleichzeitig tätig waren. Zu ihnen zählten neben den Teilnehmern an direkten Kampfhandlungen auch Berater der spanischen Regierung, staatlicher Institutionen und von Truppeneinheiten, Ausbilder und Rüstungsingenieure. (Sieg, S.200-229)

Interessant ist Schauffs Darstellung zu den Debatten, die in der sowjetischen Politik- und Militärschicht um die militärischen Schlussfolgerungen geführt wurden. Letztlich dominierte die Auffassung, dass der Spanische Bürgerkrieg ein Verteidigungskrieg war und wenig neue Erfahrungen für einen Krieg mit Angriffsoperationen gebracht habe. Die sowjetische Führung blieb weiterhin auf die Strategie eines Offensivkriegs fixiert und ging davon aus, in einem späteren Krieg mit der Wehrmacht sehr schnell in die Offensive zu kommen. (Sieg, S.214)

Der Terror im Krieg bzw. die Übertragung des stalinistischen „Terrors“ auf den Spanien-Krieg wird in einigen Arbeiten ebenfalls und bei den Autoren unterschiedlich thematisiert. Seidel nennt beiderseitige Repressionen, Greuel und Terror (z. B. S.81-84), hebt dies aber besonders bei der republikanischen Seite hervor (Liquidierung von Gefangenen unter Santiago Carillo in dessen Verantwortungsbereich, Ermordung des Klerus). Die Guardia Civil wertet er hingegen als Ordnungskraft und betont, auch wenn „Terrorregime“ und Repressionsmaßnahmen in den Interbrigaden in ihrem Ausmaß übertrieben worden seien, so wären ihnen viele Interbrigadisten zum Opfer gefallen. (S.119) Uhl betont ausdrücklich, dass angebliche Massenhinrichtungen in den Interbrigaden durch Akten nicht erhärtet werden können. (S.94) Schauff (z. B. Bürgerkrieg, S.161) widerspricht Thesen, wonach die Interbrigaden das militärische Druckmittel der KI waren, in den Brigaden ein Terrorregime geherrscht und die sowjetische Führung den Terror auf Spanien übertragen habe. Dies lasse sich nach Öffnung der Archive nicht aufrechterhalten. Die Annahme, die aus Spanien zurückgekehrten Funktionäre seien dem stalinistischen Terror zum Opfer gefallen, treffe für die Militärs – im Unterschied zu den Diplomaten – meist nicht zu. (Schauff, Sieg, z. B. S.161f., 355) Tosstorff (insbesondere S.166-168) vertritt hingegen klar die Auffassung, der stalinistische Terror sei von der Sowjetunion auf Spanien übertragen worden.

Viele Beiträge thematisieren die Ereignisse in Barcelona vom Mai 1937. Zur immer wieder betonten Niederschlagung dieses Aufstandes und zur Verfolgung der POUM-Führung wird konstatiert, dass es keinen Nachweis dafür gibt, dass die sowjetische Seite darin verwickelt war (Bernecker, Krieg, S.251; Schauff, Sieg, S.359f.), obgleich sie das Vorgehen der spanischen Regierung billigte. Die Ausschaltung der POUM wäre, so Tosstorff, der politische Preis gewesen, den die Sowjetunion für ihre Unterstützung der Republik forderte.

Auf die Komintern gehen einige Autoren ausführlich ein. So referiert Schauff im Abschnitt „Die Kommunistische Internationale“ deren theoretische Konzeptionen (u. a. zu Faschismus, Einheits- und Volksfront, Einheitspartei, Spanien), um dann die Direktiven, die Solidaritätskampagne, das Einheitsfrontstreben, die Interbrigaden sowie Stellenwert, Charakter und Lehren des Bürgerkriegs darzustellen. Er belegt, dass die KI in Spanien um eine differenzierte Politik bemüht war und mäßigend auf die Spanische KP einwirkte, um insbesondere in der Bündnispolitik die Partner nicht zu verstimmen. Zu einfach scheint aber seine Schlussfolgerung (für die Zeit ab Sommer 1937), dass die KI an keiner revolutionären Überwindung der gesellschaftlichen Verhältnisse interessiert gewesen wäre. (Sieg, S.98f.) Er und Bernecker sehen als Komintern-Linie: Verteidigung der Demokratie in Spanien und dadurch bedingte Eindämmung der sozialen Revolution, Vereinigung mit den Sozialisten und Einbindung der Anarchisten. (Schauff, Bürgerkrieg, S.163; Bernecker, Krieg, S.108)

Die Volksfront-Strategie der Komintern korrespondierte mit der außenpolitischen Linie der Sowjetunion. Seidel spricht davon, dass die sowjetischen Berater und Vertreter der Komintern sozialrevolutionäre Bestrebungen bekämpften und massiv in die innere Entwicklung eingriffen, was die Spannungen in Spanien verschärft habe. (S.182) Tosstorff betont, die KI habe eine internationale Kampagne gegen die POUM und zu deren Unterdrückung geführt. (S.15, 132) Bei Berg werden mangelnde Kenntnisse und ein naiv-plakatives Bild zur Geschichte der kommunistischen Bewegung allzu deutlich. Hinzu treten denunziatorische, unwissenschaftliche Bewertungen und eine fehlerhafte Wiedergabe von Fakten bzw. Archivmaterial. (z. B. S.119, 121)

Aus den ausgewerteten Publikationen ergibt sich ein detaillierteres Bild von den Interbrigaden, als das bisher der Fall war. Die Interbrigaden werden als „großes antifaschistisches Freiwilligenheer“ und als Ausdruck einer weltweiten Solidarität mit der spanischen Republik gewertet. (Legner, S.7) Sie waren die größte, aber nicht die einzige Militärformation ausländischer Freiwilliger aufseiten der Republik. Schauff sieht sie als Erfolg der Komintern, denn „es gelang, eine funktionierende Truppe aus Vertretern verschiedenster Nationalitäten zu formieren, die – wenn auch von Kommunisten dominiert – die angestrebte Einheitsfront mit den Sozialisten und selbst die Zusammenarbeit mit linksgerichteten Bürgerlichen exemplarisch ermöglichte. Sie waren militärisch erfolgreich [...] und mit einem öffentlichen Interesse, das bis heute anhält.“ (Sieg, S.176f.) Bernecker verweist darauf, dass die Interbrigaden in der Geschichtswissenschaft eine immer stärkere Beachtung finden. Zugleich erfolge eine Abkehr von der früheren Heroisierung und die Einbeziehung auch solcher Aspekte wie Desertionen, Konflikte innerhalb der Brigaden, hohe Verluste, Organisationsmängel, Bewaffnungsproblem, geringe Professionalität. (Krieg, u. a. S.246; ähnlich auch Seidel, S.118-120; von zur Mühlen, in: Legner, S.79-90)

Die Zahlenangaben zu den Interbrigadisten differieren weiterhin. Von der absurden Zahl der Franco-Propaganda von über 100.000 Mann abgesehen, galt bis in die 80er-Jahre meist die Größenordnung von 40.000 bis 45.000 bis maximal

63.000. In der letztgenannten Höhe bewegen sich nur die Angaben bei Seidel und Bernecker mit jeweils 59.000. (Seidel, S. 118, Bernecker/Brinkmann, S.39 bzw. Bernecker, Krieg, S.111) Schauff gibt 40.000 und Berg 45.000 bis 48.000 an. Von zur Mühlen meint, die Zahl habe durch starke Fluktuation zu keinem Zeitpunkt über 15.000 gelegen. Nach ihm (in: Legner, S.88) und auch Uhl (S.44f.) stellten die Franzosen mit 10.000 und damit einem knappen Viertel den relativ größten Teil der insgesamt vermutlich etwa 35.-40.000 Interbrigadisten, ihnen folgten die Italiener mit ca. 4000. Auch Seidel (S.118) und Bernecker (Krieg, S.112) sehen die Franzosen (in einer Größenordnung von 10.000 bis 15.000) als größte vertretene Nation an, danach kämen Deutsche und Italiener mit je über 5.000, Polen (ca. 5000), Belgier (2-3.000) und Österreicher. Die Freiwilligen aufseiten der Spanischen Republik kamen aus 40 bis 53 Ländern. Jeder vierte Spanienkämpfer ist vermutlich gefallen. (Uhl, S. 57) Eine ähnliche Zahl gibt Bernecker (Krieg, S.113) an: Der häufige, intensive Kampfeinsatz habe zu hohen Verlusten von vermutlich mindestens 20 Prozent geführt.

Die ersten Verbände der Interbrigaden in Spanien entstanden im September/Oktober 1936. Den „gewaltigen Zustrom“ führt Bernecker sowohl auf internationale antifaschistische Solidarität als auch – aus Arbeitslosigkeit, Emigration oder auch Abenteuerlust – auf materielle Motive zurück. (Krieg, S.111) Hervorgehoben wird ihr militärischer Kampf zur Verteidigung von Madrid Ende 1936 und ihr Einsatz an nahezu allen Fronten. Die Bedeutung und den Kampf der Interbrigaden im Bürgerkrieg würdigend, betont Schauff (Bürgerkrieg, S.167), dass sie für die Verteidigung der Republik jedoch nicht unabdingbar waren.

Berg verdeutlicht ihre Position bereits in der Einleitung mit folgenden Schlagworten: Die Interbrigaden wären bestimmt gewesen durch: eklatante Versorgungsmängel, Fehlen von Waffen, herausragende Bedeutung der Politikommissare, fehlende Ordnung und Disziplin, eine selbst ernannte militärische Führungsschicht und wenig beherrsch- und lenkbare Strukturen. Zweifellos gebührt der Autorin das Verdienst, die Wechselbeziehungen von Brigaden und Bevölkerung näher betrachtet und auch dem Verhältnis zwischen Führung und Soldaten Aufmerksamkeit geschenkt zu haben. Als ihr Ziel formuliert sie, „verkrustete Deutungsmuster“ aufzubrechen, die „Entmythologisierung“ der Interbrigaden zu betreiben und diese neu zu bewerten, da sie einen „wichtigen identitätsstiftenden Platz“ in der DDR einnahmen. (S.9,14,18) Peinlich sind Fehler, die aus ihrer Unkenntnis entstanden. Das den Band eröffnende Zitat (S.7) schreibt sie Achim Dorf zu, wahrscheinlich dürfte es sich aber um Artur Dorf handeln. Den Armeegeneral und DDR-Innenminister Friedrich Dickel reduziert sie auf einen „späteren Grenzpolizisten in der DDR“ (S.58), und für 1936 erfindet sie eine „westliche Sektion der Komintern“ (S.54). Wenn sie schreibt, das KPdSU-Politbüro habe sich mit der „Aufdeckung trotzkistischer sinosowjetischer Verbrechen“ befasst (S.56), so ist nur zu erahnen, was gemeint ist.

In den Büchern wird auch die Rolle von Deutschen in den Interbrigaden thematisiert, ihre Motive, ihr Agieren und ihre Entwicklung. Von zur Mühlen (in:

Legner) analysiert die Hoffnung der deutschen Linken „Hitler kann in Spanien geschlagen werden“ und geht dabei auf die Aufrufe zur Unterstützung der spanischen Republik durch Schriftsteller und Intellektuelle, den Spanienhilfsfonds der Roten Gewerkschaftsinternationale/Komintern und die Interbrigaden ein. Berg behauptet ohne ausreichende Belege, dass die kommunistische Parteibasis „entweder gezielt gegen Parteivorgaben verstieß oder völlig unabhängig von irgendwelchen Direktiven nach Spanien ging“. (S.59)

Der Hauptgegenstand der Untersuchung von Uhl sind die deutschen Freiwilligen der Interbrigaden, insbesondere deren Herkunft, Zusammensetzung, Rolle und Funktion, der Einfluss der KPD, das Verhältnis von Führung und Mannschaften. Er belegt (u. a. S.55), dass in Spanien nicht 5.000 Deutsche in den Interbrigaden kämpften, sondern es sich bei dieser Zahl um die „deutschsprachige“ Gruppe handelte. Tatsächlich dürften 2.500 bis 3.000 Deutsche, möglicherweise 3.500, in Spanien – in den Interbrigaden oder auch in direkten Einheiten der republikanischen Armee – gedient haben. Die bisherige Zahl von 5.000 deutschen Spanienkämpfern resultierte v.a. daraus, dass die Zuordnung der Freiwilligen zu Sudetendeutschen, Österreichern, Deutschsprachigen aus Polen und anderen Ländern in Statistiken oft schwierig und unklar sei. Nach der Parteizugehörigkeit waren etwa 60 bis 75 % Kommunisten, ca. 5 bis 7,5 % Sozialdemokraten, um die 5 % gehörten sonstigen Gruppen (KPD(O), SAP usw.) an, Parteilose stellten 20 bis 25 %. Der sozialen Zusammensetzung nach war der Anteil der Arbeiter hoch und betrug bei den Deutschen etwa drei Viertel, ein Großteil davon war länger arbeitslos bzw. bereits seit geraumer Zeit im Exil. Die Zahl von 3.000 toten deutschen Interbrigadisten sei zu hoch, sie läge etwa bei 1.000, davon 70 % Kommunisten. Die Dominanz kommunistischer Freiwilliger führt Uhl darauf zurück, dass die Rekrutierung der Interbrigaden, von Einzelausnahmen abgesehen, ausschließlich von der KPD getragen wurde. (S.65) Zur SPD konstatiert er, dass der Parteivorstand nur unzureichende Unterstützung gewährte (S.72f.), von zur Mühlen wertet dessen Position als Ignoranz (in: Legner, S.83). Die absolute Mehrheit der deutschen Interbrigadisten blieb von politischen Repressionen verschont, wenn auch Einzelfälle exemplarisch nachzuweisen sind und es Füsilierungen gab. Dafür, dass Hans Beimler einer angeblichen Säuberungsaktion zum Opfer gefallen sei, gebe es keine Belege. (Schauff, Bürgerkrieg, S.165f.)

Der Umgang mit den Interbrigadisten in Deutschland nach 1945 wird wiederholt tangiert und ist direkt Gegenstand der Untersuchung von Uhl. Bernecker (Krieg, S.114) wie auch von zur Mühlen (S.94f.) verweisen auf die unterschiedliche Behandlung der Interbrigadisten nach 1945 in den beiden deutschen Staaten: in der DDR glorifiziert und gefeiert, wurden sie in der BRD als „Rotspanienkämpfer“ diffamiert und waren im Vergleich zu den Angehörigen der Legion Condor bis in die jüngste Vergangenheit einer „skandalösen Ungleichbehandlung“ (Bernecker, Krieg, S.114) ausgesetzt.

Uhl vermutet, dass am Kriegsende nur noch etwa 1.200 deutsche Spanienkämpfer am Leben waren, etwa die Hälfte lebte dann in der SBZ/DDR. Er tritt damit

bisherigen Forschungsannahmen entgegen, dass sich in Ostdeutschland die Mehrheit der deutschen Spanienkämpfer befand. (S.99) Diese hätten in der DDR große gesellschaftliche Anerkennung erfahren und hohe politische und militärische Ämter bekleidet. Uhl konstatiert einen wachsenden Einfluss der Spanienkämpfer in den Komitees der antifaschistischen Widerstandskämpfer. Dennoch bildeten sie keine homogene Gruppe, wenn auch grundsätzlich eine Übereinstimmung von persönlichen Überzeugungen mit der offiziellen SED-Politik bestand. Die „Sektion Spanienkämpfer“ der Antifa-Komitees wäre Initiator, Triebfeder und eigentlicher Träger des Interbrigadenkults in der DDR gewesen, dieser sei keineswegs von der SED „von oben verordnet“ worden. (S.259)

In der Bundesrepublik wurde aufgrund von „politisch-ideologischen Vorgaben und Einseitigkeiten“ durch den Kalten Krieg den ehemaligen Interbrigadisten eine gesellschaftliche Anerkennung verwehrt. (Uhl, S.13; ähnlich von zur Mühlen, in: Legner, S.95) Das gesellschaftliche Klima wirkte sich für Spanienkämpfer ungünstig aus, denn sie hätten in Spanien auf der „falschen Seite“ gekämpft: „In der früheren Bundesrepublik waren die öffentlichen Diskurse über den Spanischen Bürgerkrieg maßgeblich durch die offizielle franquistische Sichtweise geprägt. In rhetorischer Hinsicht waren sogar noch Elemente der nationalsozialistischen Propaganda spürbar“. Zur Legion Condor konstatiert Uhl, dass „ein einseitiger Antikommunismus den Umgang mit der Legion Condor in der Bundesrepublik nachhaltig prägte“. (Uhl, S.105, 382) Auch die Beziehung zur Franco-Diktatur sei kein glanzvolles Kapitel der westdeutschen Nachkriegsgeschichte, so habe es eine Zusammenarbeit von Geheimdiensten der Bundesrepublik und Franco-Diktatur zwecks Eindämmung der „Bolschewismus-Gefahr“ gegeben. Zusammenfassend ist sich Bernecker (Krieg, S.237-265) anzuschließen: Das Forschungsinteresse erfasst heutzutage sowohl die internationalen, diplomatischen und militärischen Probleme des Bürgerkrieges wie auch wirtschafts-, sozial- und kulturgeschichtliche Aspekte. Trotz der Fülle an vorliegender Literatur bestehen Defizite, sie betreffen vor allem theoretische, empirisch fundierte und systematische Analysen, die den Zusammenhang politischer, diplomatischer, wirtschaftlich-sozialer und militärischer Probleme herstellen.

Berichte

Die Transformation der Geschichtswissenschaft in Ostdeutschland nach 1990

Jörg Roesler

Die zweitägige Konferenz fand vom 1. bis 2. September 2008 in Potsdam statt, allerdings nicht, wie man erwarten könnte, im brandenburgischen Potsdam, im Zentrum Ostdeutschlands, sondern dieses Potsdam liegt in den USA und ist einer der Standorte der State University of New York (SUNY). Das mag verwundern, noch mehr vielleicht, dass kein Historiker aus der Alt-Bundesrepublik – obwohl eingeladen – an der Veranstaltung teilnahm. Das sagt einiges aus über die Brisanz, die das behandelte Thema bis heute besitzt: Die Abwicklung der DDR-Geschichtswissenschaft und die weitgehende Ersetzung ihrer marxistischen Vertreter durch „bürgerliche“ westdeutsche Historiker ist ein Thema, dessen Behandlung in der offiziellen deutschen Geschichtsschreibung, wie es scheint, nicht opportun ist. So waren aus den neuen Bundesländern auch fast ausschließlich Vertreter der „zweiten Wissenschaftskultur“ angereist, zu denen unter den Historikern jene zu rechnen sind, die kaum Zugang zu den Publikationsorganen und den Institutionen der deutschen Mainstream-Geschichtswissenschaft haben. Aber es kamen zudem Wissenschaftler aus den USA und Kanada zu Wort, die entweder nach 1990 persönliche Einblicke in die Umwälzung der ostdeutschen Wissenschaftslandschaft genommen hatten oder die dieses Thema zu ihrem Forschungsgegenstand gemacht haben. Einige von ihnen, so *Konrad Jarausch* von der University of North Carolina at Chapel Hill, gerieten dabei nolens volens in die Position des advocatus diaboli, d. h. sie sahen sich im Interesse der Ausgewogenheit der Diskussion genötigt, zugunsten der ausgebliebenen westdeutschen Historiker zu argumentieren. Dafür gebührt ihnen Anerkennung, denn so trugen sie wesentlich zur Lebhaftigkeit und zur Vertiefung der Diskussion auf der Tagung bei.

Charakteristisch für Aufbau und Aussage der Vorträge von Vertretern der „zweiten Wissenschaftskultur“ in Ostdeutschland war der Beitrag von *Werner Röhr* (Berlin), der über die Abwicklung der Geschichtswissenschaft an der Leipziger Universität sprach. Von dem nach Röhrs Einschätzung größten, produktivsten und innovativsten historischen Institut der DDR gingen nach 1989 vielfältige Initiativen zur demokratischen Umgestaltung des Hauses sowie seines Lehr- und Forschungsprogramms aus. Unter Leitung des neu gewählten Institutsrats gründeten die Bereiche Allgemeine Geschichte der Neuzeit und Geschichte der Geschichtswissenschaft das Institut für Kultur- und Universalgeschichte.

Jedoch wurde das eben gegründete Institut sehr bald abgewickelt. Auch in diesem Falle kamen alle Verfahren der Transformation zum Einsatz, die einzeln oder kombiniert auch an anderen Universitäten und Forschungsstätten der Ex-

DDR praktiziert wurden: die juristische Auflösung ganzer Bereiche durch das zuständige (Landes-)Ministerium, personelle „Säuberung“ sowie der Einsatz von Struktur- und Berufungskommissionen, die neue Lehrstühle ausschrieben, obwohl die alten juristisch erst einmal weiter existierten. Zu der nicht nur die Historiker an der Leipziger Universität treffenden Vorgehensweise gehörten auch die direkte Ausschaltung der Mitbestimmung der Wissenschaftler, Lehrverbote und die Nichtzulassung von Wissenschaftlern wegen der Wahrnehmung universitärer Wahlfunktionen in DDR-Zeiten. Dazu gehörten selbst anonyme und auch „getürkte“ Gutachten über die mangelnde Qualifikation der bisherigen Amts- und Stelleninhaber, gehörte die Indienstnahme neu berufener Professoren aus der ehemaligen DDR für die Denunziation und Entlassung ihrer Kollegen und schließlich die Neuberufung von Professoren aus den alten Bundesländern zwecks Überstülpen des westdeutschen Lehrkanons.

Ähnliches wie Röhr über Leipzig berichtete *Ludwig Elm* (Jena) über das Zentrum für Konservatismusforschung an der Universität Jena. Für den Bereich Wirtschaftsgeschichte an der Hochschule für Ökonomie Berlin-Karlshorst, dem Zentrum der international geschätzten Mottek-Denkschule, sah die Situation nach Aussagen von *Jörg Roesler* (Berlin) nicht viel anders aus, wenn auch durch die Weigerung der dafür Zuständigen, die Karlshorster Wissenschaftler überhaupt zu evaluieren, manche der beschriebenen Verfahren von vornherein „eingespart“ werden konnten. Ähnliches galt auch für das von *Axel Fair-Schulz* (Potsdam in den USA) im Ergebnis akribischer Recherchen rekonstruierte Schicksal des Akademie-Instituts für Wirtschaftsgeschichte in Berlin.

Fair-Schulz war auch der verdienstvolle Leiter der Konferenz, als Vize-Vorsitzender fungierte *Mario Keffler* (Potsdam), der zum Thema „Ein unterschiedlicher Start, ein unterschiedliches Ende: Die ost- und westdeutsche Historiographie nach 1945“ referierte.

Konrad Jarausch, der über die Umgestaltung der Berliner Humboldt-Universität nach 1990 vortrug, hatte ebenso wie *Georg Iggers* (Buffalo) eine prinzipiell kritische Sicht auf die DDR-Geschichtswissenschaft. Eine generelle Umstrukturierung, auch mit personellen Konsequenzen, sei notwendig gewesen. Die Art und das Ausmaß der Abwicklung kritisierten jedoch beide US-amerikanischen Wissenschaftler.

Stefan Bollinger (Berlin) lenkte in seinem Vortrag die Aufmerksamkeit der Zuhörer noch einmal auf die inzwischen fast verdrängte Zeit der ehrlich gemeinten Dialoge zwischen west- und ostdeutschen Historikern, Politikwissenschaftlern und Soziologen in den ersten Monaten der „Wende“. Die Gespräche damals wären noch auf gleicher Augenhöhe geführt worden. In jenen Diskussionen hätten die ostdeutschen Wissenschaftler sich bemüht, ihre ideologischen Grenzen zu erkennen und sie zu überwinden, aber auch „sichtbar zu bleiben in ihrem originären und oftmals marxistischen Herangehen“. Dieser Dialog sei jedoch von westdeutscher Seite abgebrochen worden, sobald erkennbar wurde, dass es nicht mehr um eine Verschmelzung beider deutscher Wissenschaftslandschaften gehen würde, sondern um die Übernahme der ostdeutschen Institutionen durch West-

deutsche. Bis Mitte der 1990er-Jahre hätten mehr als 70 Prozent der ostdeutschen Akademiker ihre Anstellung verloren. „Was folgte“, führte Bollinger in Bezugnahme auf die Geschichte aus, „war eine Renaissance der ereigniszentrierten und der personenzentrierten Geschichtsauffassung sowie der Enthüllungsgeschichte. Methodologisch dominierte die Totalitarismustheorie.“

Auf der gleichen – sozusagen gesamt-ostdeutschen Ebene – erörterte *Marcus Aurin* (Chicago) auf der Basis seiner Dissertation, die sich mit der „zweiten Wissenschaftskultur“ in Ostdeutschland befasst, die von ostdeutschen Forschern außerhalb der Universitäten und Akademie gebildeten Netzwerke, von denen er besonders den „Innovationsverbund Ostdeutschlandforschung“ hervorhob.

Zwei der Vortragenden waren bestrebt, die Ereignisse im Hochschulbereich in ein größeres Gesellschaftskonzept einzugliedern. *William Pelz* (Chicago) erklärte sich die Tatsache, dass zwischen 1994 und 1998 von den 1.878 vergebenen Professorenstellen nur hundert an Ostdeutsche gingen, als Elitewechsel mit zwei Zielen: erstens eine genuine Forschung zur DDR-Geschichte zu verhindern, um ganz im Sinne der Kolonisierungstheorie (Pelz brachte Vergleiche mit dem Vorgehen der Briten gegenüber Indien im 19. Jahrhundert) das Entstehen bzw. den Erhalt einer ostdeutschen Identität zu vereiteln. Zweitens habe das Ziel bestanden, linke, insbesondere marxistische Geschichtsauffassungen aus Lehre und Forschung zu verdrängen. Pelz hatte seinem Beitrag sinnigerweise den Titel „Revanche der Krupps an den Krauses“ gegeben.

Roesler wählte für die Charakterisierung der gesellschaftlichen Umwälzung nach 1990 das Konzept des „Anschlusses“, d. h. einer asymmetrischen Vereinigung zweier Gesellschaften bei ausgeprägter Dominanz der einen. Bezogen auf die Transformation der ostdeutschen Hochschullandschaft konnte er am Beispiel von drei historischen Anschlussfällen auf ein frappierend ähnliches Vorgehen der die Macht im Anschlussgebiet Übernehmenden bei der Umgestaltung der Universitäten nachweisen.

Mehr oder minder einig waren sich alle Teilnehmer der Konferenz, dass es nach 1990 eine Integration der aufhebenswerten Seiten der DDR-Geschichtswissenschaft in die offizielle Forschung und Lehre der Bundesrepublik kaum gegeben hat. Dass es auch Ausnahmen von den berichteten Beispielen gab, bestätigte in seinem Bericht über die Entwicklung der Amerikanistik an der Universität Potsdam nach 1990 *Rainer Schnoor* (Potsdam). Generell aber sei durch die Art der Transformation nach 1990 nicht nur von reformbedürftigen Seiten des westdeutschen Wissenschaftssystems abgelenkt worden, argumentierte *Bollinger*, sondern es gingen auch humanwissenschaftliche Felder, in denen die DDR stark war, wie Osteuropakunde, Arabistik, Asien- und Afrikawissenschaften, verloren. Die Geschichte der Arbeiterbewegung wurde als Gegenstand von Forschung und Lehre verworfen. Auch andere Errungenschaften der DDR-Universitäten, wie ein günstiges Zahlenverhältnis von Lehrenden und Studenten, praxisorientierte Studien und viel Platz und Hilfe für junge Mütter im Studium, würden seit der Transformation der ostdeutschen Hochschullandschaft vermisst.

1989/1990: Ein anderes Deutschland war möglich

Jochem Černý

Post festum lässt sich das Thema nicht mehr durch ein Fragezeichen ergänzen. Hätte dies nicht hingehört? Ob es nun um die Verfassung ging, um die sogenannte Währungsunion oder die Perspektiven der DDR-Wirtschaft: Dass keine Vereinigung, sondern der Anschluss bevorstand, wurde ja mehr oder minder rasch klar. Doch 20 Jahre später bedarf es schon wohlbedachter Erinnerung, weswegen der Förderverein für Forschungen zur Geschichte der Arbeiterbewegung zum Kolloquium am 14. Mai 2009 Kolleginnen und Kollegen einlud, für die sich Kompetenz und unmittelbare Beteiligung am damaligen Geschehen in Zeitzeugenschaft verbinden.

Als erster sprach der Jurist *Volkmar Schöneburg* über das Schicksal des Verfassungsentwurfs des „Runden Tisches“ von 1990, wobei er von der 1949er DDR-Verfassung und den rasch wachsenden Diskrepanzen zwischen ihrem Text und der politischen Wirklichkeit ausging. Eine neue Verfassung zu erarbeiten, das war 1989 ein wichtiges Anliegen zunächst der Bürgerbewegung und wurde im Januar 1990 zur Aufgabe einer Arbeitsgruppe, die ihren Entwurf im März am „Runden Tisch“ vorlegte. Als Neuerungen, die nicht in Vergessenheit geraten dürfen, nannte Schöneburg vor allem die Ergänzung und Verstärkung der Bürgerrechte. Die Gleichwertigkeit politischer und sozialer Rechte wurde festgehalten und durch die Rechte auf angemessene Wohnung und Arbeit ergänzt. Das politische Kräfteverhältnis hatte sich für die Bürgerbewegung mittlerweile aber so ungünstig gestaltet (in den März-Wahlen erlangte die CDU 40,6 Prozent der Stimmen), dass es eine Mehrheit der neu gewählten Volkskammer ablehnte, über den Entwurf zu beraten. Immerhin erlangte er einigen Einfluss auf ostdeutsche Landesverfassungen, die nunmehr erarbeitet wurden.

Wie dann *Horst Singer* berichtete, entstand 1990 nach öffentlicher Einladung zur Mitarbeit noch eine Kommission, die sich um den Entwurf einer gesamtdeutschen Verfassung bemühte, dafür die Weimarer, die von BRD und DDR sowie den Entwurf des „Runden Tisches“ auswertete und 1991 das Ergebnis vorlegte. Da setzte auch der Bundestag eine Verfassungskommission ein, der allerdings die zu jener Zeit durchaus angebrachte Ost-West-Parität fehlte. Die Kommission veranstaltete 1992 öffentliche Anhörungen, gelangte aber letztlich zu keinem Entwurf einer neuen, regelrecht gesamtdeutschen Verfassung, so dass die BRD, wie Schöneburg einwarf, nach wie vor mit dem westdeutschen Grundgesetz der ersten Nachkriegsjahre auskommen muss.

Der Wirtschaftshistoriker *Jörg Roessler* brachte zunächst die Veränderungen in Erinnerung, die 1990 einsetzten, um dann die „Alternativen Programme zum wirtschaftlichen Zusammengehen beider deutscher Staaten“ zu behandeln, die wenig bekannt sein dürften.

Während der von Helmut Kohl am 28. November 1989 im Bundestag vorgestellte „10-Punkte-Plan“ noch Berührungspunkte mit dem Angebot einer Vertragsgemeinschaft aufwies, wie es Hans Modrow am 17. November in der Volkskammer vorgetragen hatte, entstand im Dezember in Bonn die Idee einer Wirtschafts- und Währungsunion. Im Januar kam es dort zum Strategiewechsel, ab Februar wurden Verhandlungen über die Herbeiführung der Einheit vorbereitet – genauer: für den Anschluss der DDR an die BRD –, und im März schuf die Volkskammerwahl die letzten Voraussetzungen für den Abschluss des Staatsvertrags über die Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion, der am 18. Mai in Bonn unterzeichnet wurde.

Den größeren Teil seines Vortrags widmete Roesler den Alternativen,¹ wobei er sich auf sechs Konzepte bezog, die in der DDR, sowie auf drei, die in der BRD bis Februar 1990 entstanden waren. Gemeinsam waren ihnen das Ziel: Die Wirtschaften sollten zusammenwachsen und im Wesentlichen auch die Methoden: Pluralismus der Eigentumsformen, Marktwirtschaft mit Rahmenplanung, Durchsetzung der Pläne mit Hilfe von Subventionen, Steuern u. a. Der Währungsverbund sollte das Endergebnis des Übergangs zur Marktwirtschaft sein.

Wie verhielt man sich in Bonn zu solchen Konzepten und deren Autoren? Roesler zeigte das an mehreren Beispielen, so für die DDR an der LDPD, in der Kurt Wünsche prominenter Vertreter einer solchen Wirtschaftspolitik war. Graf Lambsdorff hielt ihm entgegen: „Ein halbherziges Ja zur Marktwirtschaft heißt nichts anderes als ein halber Erfolg auf dem Weg zu neuen Wohlstandschancen.“ Noch interessanter ist der Meinungsaustausch zwischen den fünf westdeutschen „Wirtschaftsweisen“ und dem Bundeskanzler im Februar 1990: Der Sachverständigenrat äußerte „Besorgnis“: „Wir halten die rasche Verwirklichung der Währungsunion für das falsche Mittel.“ Und Kohl: „In einer solchen Situation [wie jetzt] geht es um mehr als Ökonomie, so wichtig Ökonomie auch ist.“

Zusammenfassend stellte Roesler fest, dass es an alternativen Wirtschaftsprogrammen bis Anfang 1990 nicht fehlte. Was Kritiker der neoliberalen Marktwirtschaft und Gegner der Schocktherapie äußerten, was sie für die Einführung und Lenkung einer gemischten Wirtschaft empfahlen, war nicht nur plausibel – es wäre auch praktikabel gewesen.

An der Diskussion beteiligten sich *Annelies Kimmel* und *Rudi Ewald* mit gewerkschaftsgeschichtlichen Beiträgen.

Annelies Kimmel wurde für vier Wochen FDGB-Vorsitzende, nachdem Harry Tisch unter dem Druck der Basis am 3. November 1989 zurückgetreten war. Der Außerordentliche FDGB-Kongress am 31. Januar und 1. Februar 1990 vollzog eine radikale Abrechnung mit der Vergangenheit und forderte einen Neubeginn von unten nach oben, der auch im Gange war, als die Vorstände der Einzelgewerkschaften ab Mai die Auflösung des Bundes herbeiführten. Annelies Kimmel

1 Siehe Jörg Roesler: Es schlug nicht die Stunde der Ökonomen. Zur Rolle der Wirtschaftswissenschaftler bei der Transformation der ostdeutschen Wirtschaft, in: Zeitschrift 1999, 1996, H. 3, S.78-101.

hatte sich in jenen ereignisreichen Monaten hauptsächlich um das Vermögen und die Liegenschaften des FDGB zu kümmern.

Rudi Ewald berichtete über die Bauarbeitergewerkschaft, die in der zweiten Hälfte der Achtzigerjahre immer öfter in Konflikte mit FDGB-Bundesvorstand und SED-Führung geriet, während sich die Beziehungen zu den Kollegen in der BRD gut entwickelten, sodass 1990 zu vernünftigen Bedingungen ein Zusammenschluss beider Gewerkschaften gelang.

„Abwicklung und Entsorgung statt Nutzung und Ausbau zukunftsfähiger Strukturen und Potentiale der DDR-Wirtschaft“ – so hieß das Thema von *Christa Luft*, die sich in ihrer doppelten Kompetenz äußerte: als Wissenschaftlerin, die 1989 das Rektorat der DDR-Hochschule für Ökonomie innehatte, sowie als Politikerin, die im November das doppelte Amt der Wirtschaftsministerin und Stellvertreterin des Ministerratsvorsitzenden übernahm.² Wie die Referentin erklärte, kündigte die Regierung Modrow den „Übergang zu einer ökonomisch effizienten sozialen Marktwirtschaft mit ökologischer Orientierung“ an. Das meinte kein von Grund auf anderes sozialökonomisches System, sondern die Abkehr von der zentralistischen Kommandowirtschaft. Diese hatte die Produzenten zu wenig motiviert, war nicht hinreichend innovativ, begrenzte den Wettbewerb, tendierte zur Autarkie und brachte Mangel hervor.

Das wirtschaftspolitische Ziel der neuen Regierung charakterisierte Christa Luft als „Herausbildung einer gemischten, durch Eigentumsvielfalt gekennzeichneten Wirtschaft bei Dominanz von Gemeineigentum in den Schlüsselbereichen“, und sie listete Maßnahmen sowie Vorhaben auf, welche die Zustimmung sowohl der Volkskammer als auch der am „Runden Tisch“ vertretenen Bürgerbewegungen fanden. In der BRD weckte es großes Interesse, wie sich bei Berlin-Besuchen zuständiger Minister von Bund und Ländern, von Repräsentanten der Wirtschaft und Vertretern aller Bundestagsparteien zeigte.

Überaus rasch änderte sich das, als die Bonner Regierung am 7. Februar 1990 zunächst die Herbeiführung einer Währungsunion beider Staaten vorschlug: Die D-Mark sollte alleiniges gesetzliches Zahlungsmittel auch für die DDR werden. Da die Mehrheit ihrer Bürger diesen Vorschlag begrüßte und die CDU am 18. März zur Regierungspartei machte, ließ sich die verfrühte Währungsumstellung nicht vermeiden. In der Nacht vom 30. Juni zum 1. Juli 1990 fand sie statt. Ihre Folgen waren absehbar.

Die Referentin zitierte Walter Romberg, der sowohl der Modrow-, als auch der de-Maizière-Regierung als Minister angehört und an den vorbereitenden Verhandlungen teilgenommen hatte: Schon in einem Papier vom 2. März sei von den DDR-Vertretern festgehalten worden, „dass die Arbeitsproduktivität in der DDR um 40 bis 50 Prozent niedriger liegt als in der BRD und etwa 70 Prozent der Unternehmen dort bei einem ‚Wurf in das kalte Wasser‘ ohne Förderung in eine Konkurslage kommen“ werden. Dies wäre „für mehrere Jahre mit einer

2 Siehe folgende Veröffentlichungen von Christa Luft: *Zwischen Wende und Ende*, Berlin 1991; *Treuhandreport*, Berlin 1992.

Arbeitslosigkeit in Höhe von 1,5 bis 2 Millionen verbunden“. Und tatsächlich sind von den in der DDR-Endzeit bestehenden 145 Betrieben mit jeweils mehr als 5.000 Beschäftigten ganze fünf Betriebe übrig geblieben.

Ulrich Busch begann seinen Vortrag über die „Währungsunion: Verlauf, Folgen, Alternativen“ mit der Feststellung: Das war keine Währungsunion – wie auch die Vereinigung keine Vereinigung war. Beides war Anschluss.³

Der Finanzwissenschaftler und Bankkaufmann erinnerte daran, dass die Modrow-Regierung von dem, was nötig gewesen wäre, und insbesondere vom Zeitplan erheblich andere Vorstellungen hatte als Kohl und seine Berater. Das galt erst recht für die Wirtschaftsfunktionäre an der Basis, aber auch für die Bundesbank! Doch die Politiker um Kohl sowie maßgebliche Kreise der westdeutschen Wirtschaft hatten in einer Währungsunion die Möglichkeit erkannt, den Anschluss der DDR an die BRD sowohl wirtschaftlich als auch politisch rasch herbeizuführen und abzusichern.

Busch skizzierte den Verlauf der Verhandlungen, die zum Staatsvertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion vom 18. Mai 1990 führten, wies auch auf Fehler hin, die dabei gemacht wurden, und wandte sich dann den – zumindest teilweise gewünschten – Wirkungen zu.

Am 1. Juli verlor die DDR-Bevölkerung ein Drittel ihres Geldvermögens, wobei sich die Verluste ungleich verteilten und am stärksten die Besserverdienenden trafen. Dies ist, wie Busch erklärte, eine der Ursachen, wenn es Gewerbetreibenden und auch Kleinunternehmern im Osten chronisch an Eigenkapital mangelt. Vollends die Regelungen für Industrie- und andere Betriebe sowie für die Wohnungsbaugesellschaften: Sie wurden mit Schulden im Umfang von insgesamt 167,1 Milliarden DM belastet! Damit war die ostdeutsche Konkurrenz weitestgehend zurückgedrängt. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt verringerte sich deren Leistung in wenigen Monaten um mehr als ein Drittel. Die Industrieproduktion sank um zwei Drittel. Der westdeutschen Wirtschaft brachte das unerwartet hohe Gewinne und wurde zum Wachstumsschub.

Auch wenn es in nächster Zeit für die „Ossis“ vieles zu feiern gibt – ich denke vor allem an die ostdeutsche Selbstbefreiung im November 1989 –, von den im Kolloquium besprochenen Ereignissen gehört kaum eines dazu.

3 Siehe Ulrich Busch: 15 Jahre Währungsunion. Ein kritischer Rückblick, in: UTOPIE-kreativ, Diskussion sozialistischer Alternativen, 2005, H. 177/178 (Juli/August), S.594-606.

Buchbesprechungen

August Bebel: Die moderne Kultur ist eine antichristliche. Ausgewählte Reden und Schriften zur Religionskritik. Hrsg. von Heiner Jestrabek (Klassiker der Religionskritik, 9), Alibri-Verlag, Aschaffenburg 2007, 159 S.

Die Buchreihe „Klassiker der Religionskritik“ stellt in ihrem neunten Bd. den Arbeiterführer und Mitbegründer der deutschen Sozialdemokratie August Bebel (1840-1913) vor. Die Reihe macht anhand exemplarischer Texte mit den weltanschaulichen Positionen berühmter und weniger berühmter Persönlichkeiten, u. a. Denis Diderot, Rosa Luxemburg, Albert Dulk, Fritz Lamm, bekannt. Diese zu den „Klassikern“ der Religionskritik zu zählen, erscheint freilich etwas hochgegriffen.

Der Hrsg. der Bebel-Texte ist Vorsitzender des Deutschen Freidenker-Verbandes Ostwürttemberg. Seiner Auswahl hat er eine Einführung in Leben und Werk Bebels vorangestellt. Der Anhang des Bd. bietet Glossare zu Personen, Begriffen und Daten, eine biographische Zeittafel, eine umfangreiche Bibliographie sowie eine editorische Notiz.

Der Bd. enthält Reden und Schriften von B. in chronologischer Reihenfolge von 1871 bis 1903, darunter drei Parlamentsreden vor dem Deutschen Reichstag und eine Rede in der Kölner Philharmonie, insbesondere zur Freiheit der Religionsausübung im historischen Kontext des Kulturkampfes. Unter den Schriften hervorzuheben sind sein Briefwechsel mit dem katholischen Kaplan Wilhelm Hohoff und ein Nachwort, das B. zu einer von ihm selbst übersetzten reli-

gionskritischen Schrift, „Die wahre Gestalt des Christentums“ von Yves Guyot und Sigismond Lacroix, verfasste, ferner zwei Kapitel aus seinem bemerkenswertem Buch „Die Mohammedanisch-Arabische Kulturperiode“ sowie „Über die materialistische Geschichtsauffassung“, die das Vorwort seines Buches über den deutschen Bauernkrieg wiedergibt. In dem Artikel „Das Papsttum und die soziale Bewegung“ setzte sich B. kritisch mit dem Einfluss der katholischen Kirche auf die Arbeiterschaft auseinander. Zwei Texte schließlich, „Das Christentum“ (über die Verachtung und Unterdrückung der Frau in der Kirchengeschichte) und „Die Zukunft der Religion“, sind Auszüge aus Bebels Bestseller „Die Frau und der Sozialismus“.

Die Sozialdemokratie hatte in ihrem Erfurter Programm von 1891 Religion zur Privatsache erklärt und die Trennung von Staat und Kirche gefordert. B. vertrat zwar parteipolitisch den weltanschaulich neutralen, allen Glaubensrichtungen gegenüber toleranten Staat, propagierte aber einen marxistisch geprägten Atheismus. Er bekämpfte das Christentum und die christliche Religion aufs Schärfste und trug damit zur Religions- und Kirchenfeindschaft der frühen Sozialdemokratie maßgeblich bei. „Ganz im Gegensatz zu der bei Politikern üblichen Art, sich öffentlich nur opportunistisch zu verleugnen, bekannte er sich in öffentlichen Reden, sogar vor dem deutschen Reichstag zu seinen Überzeugungen.“ (Einführung, S.7)

B. war ständig bemüht, seinen Wissenshorizont auch in Religionsfragen zu erweitern und „verstand es, wie kein anderer seiner Zeitgenossen, seine umfangreichen Kenntnisse der komplexen historischen Vorgänge populär und prägnant darzustellen“. (S.11) Ein Beispiel dafür ist sein Briefwechsel mit dem katholischen Kaplan Wilhelm Hohoff (1848-1923). Er enthält, in meisterlicher Polemik vorgetragen, Bebels religionskritische Positionen. B. verwahrte sich gegen die Auffassung Hohoffs, der den Zielen der Sozialdemokratie viel Sympathie entgegenbrachte und erklärt hatte, Christentum und Sozialismus strebten im Grunde dasselbe an. B. hielt entgegen: „Christentum und Sozialismus stehen einander gegenüber wie Feuer und Wasser.“ (S.58) Das Christentum sei fortschritts- und kulturfeindlich. „Es hat die Menschheit in der Knechtschaft und Unterdrückung gehalten und ist bis auf den heutigen Tag als vornehmstes Werkzeug politischer und sozialer Ausbeutung benützt worden.“ (S.54) Religion stützte B. zufolge die irdische Autorität, fällt sie weg, „dann hört natürlich auch die irdische Autorität sehr bald auf, und die Folge wird sein, dass auf politischem Gebiete der Republikanismus, auf ökonomischem Gebiete der Sozialismus und auf dem Gebiete, was wir jetzt das religiöse nennen, der Atheismus ihre volle Wirksamkeit ausüben“. (S.9f.)

Bebels Atheismus beruhte auf der Religionskritik von Karl Marx; und B. stand in fundamentaler Opposition zu den herrschenden Verhältnissen. Für ihn war Religionskritik daher wesentli-

cher Bestandteil einer grundsätzlichen Gesellschaftskritik. Wer Religion kritisiere, müsse die gesellschaftlichen Verhältnisse untersuchen, deren Abbild sie ist. Auch die Reformation war B. zufolge „in Wirklichkeit nur der adäquate religiöse Ausdruck für die sozialpolitische Bewegung, die schließlich im großen Bauernkrieg [...] zum gewaltsamen Ausbruch kam.“ (S.63)

Auch im Kulturkampf, den Bismarck mit der katholischen Kirche führte, sah B. vor allem einen sozialen Kampf, den Bismarck allerdings nicht gewinnen könne, weil er die Erhaltung der Religion zur Sicherung der Macht gegenüber den revolutionären Bestrebungen der Arbeiter nach wie vor brauchte. B. hielt es für einen schweren politischen Fehler, die Religion, wie Bismarck es im Kulturkampf versuchte, durch Ausnahmegesetze zu bekämpfen. Nur durch eine umfassende Bildung und Volksaufklärung könne der Einflussbereich der Kirche zurückgedrängt werden.

B. wandte sich insbesondere gegen den starken ideologischen Einfluss der katholischen Kirche auf die Arbeiterschaft. Entsprechend dem Programm seiner Partei forderte er die Trennung von Kirche und Staat sowie von Kirche und Schule. Die Schule sollte dem Staat unterstellt und der Religionsunterricht aus den Schulen verbannt werden. Künftig aber würde nicht mehr „nach neuen Religionsformen [ge]sucht, sondern die Religion überhaupt negiert“ werden (S.80). Die Zukunft gehöre dem Sozialismus, er würde ein irdisches Himmelreich schaffen und „die allgemeine Gleichheit, allgemeine Menschenliebe, das

allgemeine Glück“ (S.56) verwirklichen.

B. bestreitet in seinem Briefwechsel mit Hohoff den hohen moralischen und kulturellen Anspruch des Christentums gegenüber anderen Religionen, denn die grundlegenden Moralprinzipien und höchsten menschlichen Ideale wie Freiheit, Gleichheit und allgemeines Glück seien allen Völkern gemeinsam. Das Christentum verdanke sich keiner einzigartigen göttlichen Offenbarung, sondern sei Menschenwerk. Mit dem aus der Tradition der Aufklärung entstandenen Werturteil, dass das Christentum nicht besser als andere Religionen sei, bezieht sich B. auf den Erkenntnisstand der sich zu seiner Zeit gerade etablierenden vergleichenden Religionswissenschaften und historisch-kritischen Bibelexegese. Diese lieferten wichtige Argumente im religionskritischen Diskurs der frühen Sozialdemokratie. Babels Schrift „Die Mohammedanisch-Arabische Kulturperiode“ belegt das ausführlich, der vorliegende Bd. enthält die aussagekräftigsten Kapitel.

B. versuchte hier, die kulturelle und wissenschaftliche Überlegenheit des Islam gegenüber dem Christentum nachzuweisen. Danach wurzelt die westlich-abendländische Kultur in der vorchristlichen Antike und im Islam. „Die mohammedanisch-arabische Kulturperiode ist das Verbindungsglied zwischen der untergegangenen griechisch-römischen und der alten Kultur überhaupt und der seit dem Renaissancezeitalter aufgeblähten europäischen Kultur. Die letztere hätte ohne dieses Bindeglied schwerlich sobald ihre heutige Höhe erreicht. Das Christentum stand

dieser ganzen Kultur-Entwicklung feindlich gegenüber. Und so kann man denn mit Fug und Recht sagen: Die moderne Kultur ist eine antichristliche Kultur.“ (S.115) Nach Ansicht des Herausgebers trägt diese Schrift von B. zu einer historisch gerechten Positionierung des Islam bei, „angesichts eines Islambildes, das verzerrt ist durch terroristische islamische Fundamentalisten und US-amerikanische, christlich-fundamentalistisch artikulierte und motivierte imperialistische Kriege“ (S.14) und verdient daher Aufmerksamkeit. Doch sind grundsätzlich solche klischeehaft einseitigen Bewertungen für einen konstruktiven friedlichen Dialog der Kulturen, wie er aktuell so nötig ist, wenig dienlich.

Jestrabek stellt die Aktualität Babels für die aktuelle politische Diskussion heraus. „Das Verhältnis der Sozialdemokratie zur Religionsfrage zog sich wie ein roter Faden durch deren Selbstverständnissgeschichte“ (S.16), und deren Dilemma sei der unaufgelöste Widerspruch zwischen dem Ertrag marxistischer Religionskritik als Basis aller Gesellschaftskritik und den Erfordernissen einer opportunistischen Parteipolitik, die die Kirchen als Bündnispartner brauchte. Dass sich die Sozialdemokratie nicht für den Weg Babels entschied, war Jestrabek zufolge verhängnisvoll: „Die Verhinderung der konsequenten Umsetzung der Forderung nach Trennung von Staat und Kirche.“ (S.16)

Babels Sozialismus war zum Teil von einem unreflektierten Fortschrittsoptimismus und Wissenschaftsglauben geprägt und mutet aus heutiger Sicht naiv an. Seine Positionen gingen über

den frühen sozialdemokratischen Religionsdiskurses nicht hinaus. Dabei war die religiöse Frage seinerzeit wichtiger und umkämpfter als bisher angenommen. Die Schriften von Bebel machen den hohen Stellenwert und die Unabgeschlossenheit der Debatte in der damaligen Sozialdemokratie deutlich. „Sozialismus statt Religion“ lautete die Losung. Zugleich blieb die Sozialdemokratie in einem Zwiespalt befangen: Einerseits lehnte sie religiöse Sinnorientierung ab, andererseits knüpfte sie bei der Formulierung ihrer politischen Visionen durchaus an das „visionäre Erbe des jüdisch-christlichen Denkens“ an. Heute, so der Hrsg., habe sich die religiöse Frage erledigt und die Kritik der Religion sei im Wesentlichen beendet. Dem ist zu widersprechen, denn Religionen bestehen fort. Sie sitzen tief im Menschen und drücken offenbar ein tief verankertes menschliches Grundbedürfnis aus.

Henning Ohlendorf

Fritz Keller/Andreas Höferl: Kampf für öffentliche Dienste. Für ein besseres Leben und eine bessere Welt. Internationale der Öffentlichen Dienste, Public Services International, Ferney-Voltaire 2007, 196 S.; **Fritz Keller: Internationale der Öffentlichen Dienste. Die ersten hundert Jahre,** Verein für Geschichte der Arbeiterbewegung, Dokumentation 2007, Nr. 2-4, Wien 2007, 58 S.

Am Ende des 19. Jh. gründeten sich die ersten gewerkschaftlichen Internationalen Berufssekretariate. In den Jahren bis 1914 waren etwa 35 entstanden, darunter auch eines der öf-

fentlichen Dienste, das Internationale Sekretariat der Gemeindearbeiter 1907 in Stuttgart, das sechs nationale Gewerkschaftsverbände umfasste. Bei dem Kongress 2007 in Wien war die Internationale der Öffentlichen Dienste (IÖD) nur mehr eine von zehn Berufssekretariaten, die sich heute nach umfassenden Zusammenschlüssen und Umstrukturierungen Global Unions nennen. Jedoch war die Bedeutung der IÖD (einschließlich der in sie aufgegangenen weiteren Berufssekretariate) bedeutend gestiegen. Gewiss hängt das auch mit dem allgemeinen Rückgang der gewerkschaftlichen Organisationen zusammen, die die Gewerkschaften der öffentlichen Dienste etwas besser überstanden haben, als die der Industriearbeiter und anderer in der Privatwirtschaft arbeitenden Organisationen. Die IÖD umfasst derzeit 651 Gewerkschaften in 154 Ländern mit ca. 20 Mio Mitgliedern.

Die zum Jubiläumskongress vorgelegte Schrift ist bzw. wird in mehreren Sprachen veröffentlicht. Darüber hinaus wurde der historische Teil in einer Ausgabe der „Dokumentation“ des Vereins für Geschichte der Arbeiterbewegung (Wien) mit einem umfangreichen Anmerkungsteil veröffentlicht. Es ist keine traditionelle Festschrift, sondern eine vergleichsweise kurz gefasste Analyse der organisatorischen und politischen Entwicklung der Organisation (Fritz Keller) und, im zweiten Teil (von Andreas Höferl und Mitarbeitern), eine Untersuchung der Arbeitsaufgaben der IÖD in den Bereichen: Gesundheitsdienst, Soziale Dienste, Renten, Wasser und

Abwasser, Abfall, Energie, Polizei und Sicherheit, Kultur und Frauen. Illustriert ist die internationale Ausgabe mit Holzschnitten bzw. Drucken von Otto Rudolf Schatz und José Venturelli, die Dokumentation des VGA mit Bildern von Franz Probst; drei Anhänge über die Schlüsselpersonen der IÖD, Anmerkungen zu den Quellenmaterialien und kurze Bemerkungen zur steigenden Mitgliedschaft schließen den Bd. ab.

Es gab viele Widersprüche beim Aufbau der Berufsinternationale, entsprungen aus den unterschiedlichen Bedingungen, die die einzelnen Gewerkschaften in ihren jeweiligen Ländern vorfanden. Hinzu kamen verschiedene Ansätze in den Organisationen von Gemeindeangestellten, in verschiedenen Branchen und für Beamte in staatlichen Institutionen. Dabei waren es in den ersten Jahrzehnten hauptsächlich europäische Organisationen, die zusammenarbeiten wollten. Die Widersprüche wuchsen in den Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg mit der Ausweitung der gewerkschaftlichen Organisation in die übrige Welt mit ihren oft wesentlich anderen Traditionen. Kompromisse mussten geschlossen werden, wie auch akzeptiert werden musste, dass einige Organisationen ihre eigenen Wege gingen. In diesem Zusammenhang verweist K. auf die nordeuropäischen Organisationen. Unter anderem auf Grund der Zusammenarbeit mit der politischen Arbeiterbewegung in ihren Ländern erhielten sie eine Art Modellcharakter. Sie konnten Lösungen verschiedener Art durchsetzen, die anderen Organi-

sationen auf Grund der politischen Umstände nicht möglich waren. Auch bei der Unterstützung der politischen Emigranten in der Zwischenkriegszeit aus den Mitgliedsorganisationen des Berufssekretariats in den faschistisch regierten Ländern erwiesen sich die nordeuropäischen Organisationen als aktiv solidarisch.

Zentral behandelt K. die Arbeit der Berufsinternationale und ihre Versuche, den europäischen Rahmen durch Organisation der Arbeiter in den außereuropäischen Ländern mit wenigen und kleinen gewerkschaftlichen Organisationen zu sprengen. Wenn gleich diese Untersuchung skizzenhaft verbleibt (auf 70 Seiten ist nicht mehr zu erwarten), versteht K. es, die Bemühungen dieser Organisationen in die Gesamtdarstellung zu integrieren und unterstreicht so die Entwicklung der Internationale zu einer globalen Organisation. Er verschweigt dabei nicht die unheilvolle Aktivität des amerikanischen Dachverbandes AFL/CIO und der amerikanischen Mitgliedsorganisation der IÖD, die z. B. im Auftrag der amerikanischen Regierung und mit durch den CIA vermittelter finanzieller Unterstützung in die innenpolitische Entwicklung Guyanas eingriff und eine politische Umwälzung erreichte. Mit internationaler gewerkschaftlicher Solidarität hatte dies nichts zu tun, vielmehr missbrauchten die beteiligten Organisationen die IÖD als eine Art Vollzugsorganisation der US-Regierung. Entsprechende Aktionen wurden u. a. über die Internationale Transportarbeiter-Föderation in anderen lateinamerikanischen Staaten durchgeführt. Jedoch gewann

die IÖD ihre Glaubwürdigkeit zurück, nachdem die Infiltration aufgedeckt und abgewiesen wurde.

K.s Analyse der Entwicklung ist im Endeffekt eine solidarische Kritik, indem er auf die unterschiedlichen Bedingungen der Mitglieder verweist. In den außereuropäischen Regionen der IÖD gab es z. B. nicht die traditionellen Verbindungen zu einer politischen Arbeiterbewegung, die in sehr vielen Ländern bestenfalls nur ansatzweise besteht. In Zentral-, West- und Nord-Europa gab es aber über fast 100 Jahre eine Koordination vor allem mit den sozialdemokratischen Parteien, die in vielen Fällen auch wesentliche Ergebnisse zur Folge hatte. Aber just in dem Kerngebiet der Internationale ist diese Zusammenarbeit abgebrochen worden. Die Parteien der Sozialistischen Internationale – allen voran New Labour – haben die Zusammenarbeit mit der Gewerkschaftsbewegung aufgekündigt. Die Folge war, dass die IÖD-Gewerkschaften nicht unmittelbar den Kampf gegen die Privatisierungswelle, die zuerst ihre Mitglieder hart traf, in gewohnter Weise aufnehmen konnten. „Heute verfügen wir über zahllose Erfahrungen mit der Privatisierungspolitik und ihren Folgen. Sie alle lehren uns, dass zwischen der marktwirtschaftlichen Theorie und der Realität, wie sie die Menschen, die Arbeitgeber und die Gewerkschaften, erleben, ein gewaltiger Unterschied herrscht.“ (S.75)

Dies führte auf einer Konferenz der Partei der europäischen Sozialdemokraten 2002 in Kopenhagen zu einem Protest des damaligen Generalsekretärs der IÖD, Hans Engelberts, der als

Konsequenz aus dem politischen Verfall der sozialdemokratischen Parteien (und den daraus abzuleitenden Wahlniederlagen) eine neue, tatsächlich progressive Allianz einforderte. Dies steht weiterhin als Forderung im Raum und begründet auch den Schluss K.s, dass die IÖD ihre Ziele nicht erreicht, jedoch einen Grundstein gelegt habe, um die Ziele zu erreichen.

Gerd Callesen

Holger Marcks/Matthias Seiffert (Hrsg.): Die großen Streiks. Episoden aus dem Klassenkampf, Unrast-Verlag, Münster 2008, 264 S.

Der Streik ist das erste und ursprüngliche Kampfmittel einer jeden Arbeiterbewegung. Ganz gleich wo und unter welchen Umständen Arbeiter und Arbeiterinnen aufbegehrt haben, die organisierte Arbeitsverweigerung war und ist ihr größtes Druckmittel. Dennoch ist in Überblickswerken zur Geschichte der Arbeiterbewegung eher selten von Streiks die Rede, meist geht es um Organisations- und Parteiengeschichte, im Focus stehen die Repräsentanten der Arbeiterklasse, nicht jedoch die Klasse selbst.

Umso spannender ist der Versuch der Herausgeber, den Streik als Klassenbewegung in den Mittelpunkt zu rücken. Elf große Streikbewegungen aus Europa, Afrika, Nord- und Südamerika werden durch jeweils drei Kurzaufsätze dargestellt, ergänzt um kommentierte Bibliographien und Zeittafeln. Das Spektrum reicht vom Einwandererstreik im US-amerikanischen McKees Rocks im Jahr 1909 bis hin zu den französischen Streiks im öf-

fentlichen Dienst des Jahres 1995. Lohnkämpfe, politische Abwehrstreiks, antifaschistischer Widerstand und revolutionärer Generalstreik – die verschiedensten Streikbewegungen eines ganzen Jahrhunderts sind in dieser Aufstellung vertreten. Sie zeigen die Universalität und Pluralität von Streiks und deren zentrale Bedeutung im Kampf für emanzipatorische Ziele. Vielfalt und Faktenreichtum sind die Hauptstärken dieser Darstellung. Die Aufsätze geben Einblicke, regen zu Vergleichen und Assoziationen an und machen immer wieder deutlich, dass neben dem Blick auf die Basis auch die internationalistische Perspektive in der Geschichte der Arbeiterbewegung oft zu kurz kommt. Dennoch kann und will der Sammelband keine „Weltgeschichte des Streiks“ sein, keine umfassende Darstellung von Arbeiterbewegung und Globalisierung, wie sie etwa Beverly Silver in ihrem vieldiskutierten Werk „Forces of Labor“ versucht hat. Das Buch von M. und S. liefert stattdessen „Episoden aus dem Klassenkampf“: Überblicksdarstellungen einzelner Streiks und ihrer Akteure, die zum Weiterlesen einladen. Manch einem mag das zu kurz und unbefriedigend erscheinen, auch fehlen wichtige Streiks, wie etwa die Massenstreiks gegen den ersten Weltkrieg in Deutschland. Jedoch hätten bei einer wirklich umfassenden und erschöpfenden Darstellung niemals derartig viele Ereignisse im Bd. Platz gefunden. Im Grunde könnte über jede einzelne der elf geschilderten Bewegungen ein ganzes Buch geschrieben werden. Der Mut zur pointierten Kürze macht daher den Reiz

dieses Bd. aus. Gerade die großen Sprünge über Zeiten und Kontinente sind es, die den Blick für die universalen Gemeinsamkeiten verschiedenster Streiks und Arbeitsverweigerungen schärfen.

Die Autorinnen und Autoren, die überwiegend aus dem anarchosyndikalistischen Spektrum stammen, eint die Wertschätzung aller Selbstermächtigung von Arbeitenden. Nicht selten bedeutete diese Selbstermächtigung auch aktive Kritik an der Politik der eigenen Organisationen: an vielen Beispielen stellen sie die hemmenden oder gar bewegungsfeindlichen Tendenzen großer Gewerkschaften und Parteien dar. Sie lenken das Auge gezielt auf Tendenzen zur Kollaboration und Integration, welche Streikerfolge oft zunichte machten oder von vornherein verhinderten. Dieser syndikalistischen Analyse werden sicher nicht alle Leser zustimmen. Stellenweise werden unnötig Gräben aufgebaut, etwa wenn Marx und der Marxismus pauschal für das historische Versagen sozialdemokratischer und leninistischer Politik verantwortlich gemacht werden, ohne dass bei eben jenem Marx die unüberlesbaren Bezüge zu Herrschaftskritik, Selbstorganisation und „freier Assoziation“ gewürdigt werden. Diese eher untergeschobene Kritik kann jedoch die Ausnahme bleiben, in ihrer Mehrheit sind die Positionen der Autoren gut begründet, oft genug drängen sie sich beim Blick auf die historischen Ereignisse geradezu auf. Auch deshalb ist dem Werk eine weitere Verbreitung zu wünschen, denn der kritische Blick auf die Distanz zwischen Repräsentanten

und Repräsentierten kommt in der Historiographie der Arbeiterbewegung, insbesondere in Deutschland, deutlich zu kurz. Hier dominiert nach wie vor die Sicht auf große Männer, Funktionäre und Organisationen – eine Geschichte „von unten“ könnte diese überkommene Sicht bereichern, wenn nicht gar erschüttern.

Ralf Hoffrogge

Karin Kuckuk: Im Schatten der Revolution. Lotte Kornfeld – Biographie einer Vergessenen (1896-1974). Mit einem Geleitwort von Hermann Weber, einem Beitrag von Peter Kuckuk und einem Briefroman Lotte Kornfelds, Donat Verlag, Bremen 2008, 180 S.

Hermann Weber nennt dieses Buch im Geleitwort völlig zurecht ein „herorragendes Beispiel“ dafür, dass „die Beschreibung des Lebens der Funktionäre ‚von unten‘ neue und hochinteressante Einsichten in politische und soziale Bewegungen“ bietet. Der Name Charlotte Kornfeld war allzu lange eine der kleinstgedruckten Marginalien in der Geschichtsschreibung über die Arbeiterbewegung. Selbst ihr Gefährte aus den Zeiten der „Arbeiterpolitik“ (1916/17) und des „Kommunist“ (1918/19) in Bremen, Wilhelm Eildermann (1897-1988), beantwortete 1966 meine Frage nach Lebensdaten mit Achselzucken und wusste nur zu sagen, dass sie in den 30er-Jahren in Italien gelebt haben soll. Freilich erwähnt er Lotte Kornfeld in seinen unveröffentlichten Lebenserinnerungen aus dem Ersten Weltkrieg (siehe BArch, NY 4215/56) als das „große

schlanke Mädchen mit dem ersten Gesicht in der Redaktion“, und in den veröffentlichten Erinnerungen „Jugend im ersten Weltkrieg“ (Berlin 1972) weist er auf ihre Rolle als Geldbeschafferin für die „Arbeiterpolitik“ hin. Aber ihr Leben und Schicksal blieben auch für ihn im Dunkeln.

Die Vf. entreißt diese Frau der Vergessenheit, eine Frau aus gutbürgerlichen Verhältnissen in einer assimilierten deutsch-jüdischen Familie, die durch ihre Liebe zu Karl Radek und Johann Knief und ihre politische Verbundenheit mit ihnen zu einer wahrlich erinnerungswürdigen Frauengestalt in der deutschen Arbeiterbewegung zwischen 1914 und den 1920er-Jahren wurde. Sie zeichnet, gestützt auf bisher unbekannte und durch Familienangehörige beigebrachte Quellen und Auskünfte, nicht zuletzt jene, die Charlotte dem Bremer Historiker Herbert Schwarzwälder wenige Jahre vor ihrem Tode selbst übermittelte, den Lebensweg dieser ungewöhnlichen Frau nach. Wir erfahren Neues über ihre soziale Herkunft und über ihre Erziehung im Landschulheim Birkenwerder. Wir erhalten Einblick in Lottes enge Bindung an Karl Radek, der ihr Leben weit mehr als ein Jahrzehnt lang prägte. Wir erleben ihre Lebens- und Kampfgemeinschaft mit Johann Knief in den Reihen der Bremer Linken, die Monate ihrer gemeinsamen Illegalität in Berlin, in Westfalen, im Rheinland und in Bayern, die Verhaftung in München und die Schutzhaft im Berliner Frauengefängnis Barnimstraße und im Nervensanatorium Dr. Weiler in Berlin-Charlottenburg. Wir sehen

Charlotte Kornfeld an der Seite Johann Kniefs in den stürmischen Tagen der Revolution 1918/19 in Bremen und als aufopferungsvolle Pflegerin des Todkranken in den ersten Monaten 1919. Die Edition der für sie geschriebenen Kniefschen „Briefe aus dem Gefängnis“ und ihre Mitarbeit an der Veröffentlichung des Sammelbandes „In den Reihen der deutschen Revolution“ von Karl Radek erscheinen als ihr Abschied von beiden. Nach dem Tode Kniefs und dem Verlust der Kontakte zu Radek sowie infolge ihrer Aversionen gegen die Bolschewisierung der KPD, deren Mitglied sie im Frühjahr 1919 geworden war, wendete sie sich von der kommunistischen Bewegung zunehmend ab.

Wir werden nun Zeuge des zweiten Teils ihres Lebens in der Ehe mit Fritz Schlesinger (1898-1965) und lernen ihre Kinder kennen: Gerhard Stucke (1921-1984), hervorgegangen aus einer kurzen Ehe mit dem Knief-Vertrauten Friedrich Stucke (1895-1937) – später in der UdSSR tätiger deutscher Kommunist und nach einem Geheimprouzess erschossen – , Thomas Schlesinger (geb. 1925) und Jan Schlesinger (1935-2000), dessen Vorname eine Reminiszenz an Jan Knief war.

Der Leser erlebt das schwere Leben der jüdischen Emigrantin, die sich mit ihrer Familie auf verschlungenen Wegen über Italien, die Schweiz und England schließlich vor dem antisemitischen Terror der Nazis und der beginnenden Judenverfolgung im faschistischen Italien in die USA rettet, wo die Familie nach großen Schwierigkeiten eine neue Existenz aufbauen

konnte, zu der Lotte initiativreich das ihre beisteuerte: Sie übersetzte, erteilte Sprachunterricht, züchtete Zwergpudel und betrieb jahrelang einen Pudelsalon. In den USA, in Princeton N. J., ist sie 1974 verstorben.

Zeit lebens hielt sie ihre Verbindungen zu ihren Freundinnen aus der Zeit in Birkenwerder und in Worpsswede aufrecht, wo sie im Schutz der Arbeitskommune des Malers Heinrich Vogeler und seiner Familie nach Kniefs Tod im April 1919 bis zum Sommer 1921 gelebt hatte. Besonders beeindruckend ist die lebenslange Freundschaft Lotte Kornfelds mit Ruth Seele sowie mit Hertie Goldstein, Ehefrau von Robert Liebknecht, des Sohnes von Karl Liebknecht. Nach dem Tode ihres Mannes besuchte Lotte Kornfeld in jedem Jahr Europa. Sie traf sich mit ihren Freundinnen, besuchte auch Worpsswede.

Den wichtigsten Männern im Leben der jungen Frau, Karl Radek und Johann Knief, widmet K. einfühlsame biographische Skizzen. Neben diesen beiden treten viele bisher wenig bekannte Gestalten aus der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Menschen aus der zweiten Reihe des revolutionären Alltags, in unser Blickfeld, über die es lohnend wäre, gleichfalls genauere Forschungen anzustellen. Erwähnt seien vor allen Frida Winckelmann (1873-1943), Lehrerin und Leiterin des Landerziehungsheims Birkenwerder, das die Schicksale vieler Revolutionäre miteinander verband, später Landtagsabgeordnete der KPD in Thüringen, Mitglied der KPD(O) und der SAP, Antifaschistin im illegalen Widerstand und KZ-Häftling; und

Gabriele Kaetzler (1872-1954), ausgebrochen aus der Familie des kaiserlichen Admirals Max Freiherr von der Goltz, eine mutige Frau, die verfolgten Kriegsgegnern in München und Umgebung Schutz und Hilfe gewährte und später ihren Weg über die Künstlerkolonie Worpsswede nahm. Ihre Berliner Wohnung galt der Polizei in der Weimarer Zeit als „Verbindungsstelle der Kommunisten aller Länder und Vermittlungsstelle flüchtiger Kommunisten“.

Lotte Kornfeld gewinnt nicht nur durch das gut geschriebene Wort Gestalt, sondern auch durch Fotos, die nie zuvor öffentlich zu sehen waren und den schwärmerischen Satz belegen, den Wise Kaetzler an ihre Schwester schrieb: „Lotte sieht sehr gut aus, sie ist so anständig angezogen, dann ist sie ganz schöne Jüdin, sehr hübsch.“ (zit. nach Christiane Sternsdorf-Hauck: Brotmarken und rote Fahnen, Frankfurt am Main 1989, S.92.) Überhaupt ist das Buch gut illustriert.

In zwei Fällen muss der Rezensent auf notwendige Korrekturen hinweisen, die in der zu erhoffenden zweiten Auflage berücksichtigt werden sollten. Zum einen betrifft dies das Verhältnis der Geschichtswissenschaft der DDR zu Karl Radek. Die legitime kritische Sicht der Vf. lässt sie über ihr Ziel hinausschießen, wenn sie erklärt, die „Unperson“ Radek sei „über fünfzig Jahre verleugnet und totgeschwiegen“ worden (S.39). Abgesehen davon, dass der Rezensent in seiner von K. aufgeführten Dissertation (1966) ausführlich auf Radeks Wirken in der Bremer Arbeiterbewegung einging, ist darauf

zu verweisen, dass Radek z. B. auch in der „partei-offiziellen“ „Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung in acht Bänden“ (1966) und in der „offiziösen“ „Illustrierten Geschichte der deutschen Novemberrevolution 1918/1919“ (1978) keineswegs totgeschwiegen ist. Im zweiten Falle handelt es sich um eine Verwechslung der Brüder Heinrich und Wilhelm Eildermann (S.74). Lotte Kornfeld kannte sie beide. Der Brief vom 12.2.1920, der Kniefs Testament betrifft, ist an Heinrich Eildermann gerichtet, nicht an Wilhelm. Das belegt ein Brief Lottes an Heinrich Eildermann vom 2.3.1920, dem Testamentsabschrift und Vollmacht beiliegen. Dieser Brief ist zugleich Zeugnis für einen offenbar nicht überlieferten Briefwechsel zwischen Heinrich und Lotte, der sich auf in Worpsswede entstandene Ausarbeitungen Lottes über kommunistische Ethik bezieht, ein bevorzugtes Thema des Lehrers und Schulpolitikers Heinrich Eildermann, Freund Kniefs seit der gemeinsamen Zeit auf dem Lehrerseminar.

Der Biographie Lotte Kornfelds folgt ein glänzend geschriebener Essay des gründlichen Kenners der Geschichte der Bremer Arbeiterbewegung Peter Kuckuk, der auf nur knapp 17 Druckseiten alles Wesentliche prägnant charakterisiert, was den historischen Hintergrund des Lebens der jungen Charlotte Kornfeld bis zum Tode Johann Kniefs 1919 bestimmte. Am Ende des Buches schließlich stößt der Leser auf eine kleine literarische Delikatesse. K. veröffentlicht erstmalig die 1930 von Charlotte Kornfeld niedergeschriebenen „Briefe an Stefan“,

29 fiktive Briefe an Karl Radek (S.131-170). Dieser kleine autobiographische Briefroman ist ein emotional bewegendes Zeugnis für Lotte Kornfelds frühe Liebe zu Radek und Knief und ein Beleg dafür, „wie intensiv und schmerzhaft Liebe in Zeiten der Revolution sein kann“ (S.15).

Dieses gelungene Buch in der Tradition von Arbeiten akademisch gebildeter Geschichtslehrer in Deutschland sollte andere ermuntern. Wer z. B. in Thüringen schreibt ein solches Buch über Frida Winckelmann, wer in Bayern über Gabriele Kaetzler und ihre Töchter? Wer anderswo über andere „Vergessene“, insbesondere Frauen? Kuckuks Buch enthält alles, was der Leser nur wünschen kann: eine komprimierte Fülle von bisher Unbekanntem, bewegende Menschenschicksale in einer dramatischen Zeit, verlegerische Sorgfalt für ein gut lesbares Buch mit kulturvollem Äußeren. Seine Lektüre bildet auf spannende Weise weiter und bereitet zugleich literarischen Genuss.

Gerhard Engel

Edith Anderson: Liebe im Exil. Erinnerungen einer amerikanischen Schriftstellerin an das Leben im Berlin der Nachkriegszeit. Hrsg. von Cornelia Schroeder, BasisDruck Verlag, Berlin 2007, 547 S., 27 Abb.

„Warum, frage ich mich, hat er sich ein Trampel wie mich gewählt, statt einer, die seine Welt versteht?“, so erinnerte sich die 80-jährige Edith Anderson im Rückblick an die eigene Befindlichkeit am Beginn ihres Aufenthalts in Berlin, dem „Schutthaufen bei Potsdam“ (Brecht). Er, das war

der 15 Jahre ältere „charismatische Cheflektor“ (Rolf Schneider) des Aufbau-Verlages Max Schroeder, Lübecker „Hanse-Patrizier, Kommunist, Freund und Ratgeber vieler höchst angesehener Künstler seines Landes“, dem gegenüber sie sich als „Plebejerin aus der Ostbronx, Arbeiterin, respektlose Demokratin, Unwissende und Wahrheitssuchende“ empfand (S.139). 1945 hatte die damals 30-jährige Schaffnerin der Pennsylvania-Railroad, selbst Kommunistin, den deutschen Exilanten und Antifaschisten in New York geheiratet und war ihm allen Warnungen zum Trotz 1947 auf dem Umweg über Paris nach Berlin gefolgt. Im Zeitalter des eskalierenden Ost-West-Konflikts stand sie jetzt vor der Herausforderung, sich in diesem fremden kriegszerstörten nachfaschistischen Land und seiner Kultur zurechtzufinden, die Aufbruchstimmung jener Jahre nachzuvollziehen, aber auch die Wendungen der deutschen Arbeiterbewegungsgeschichte und die aktuelle politische Entwicklung mit ihren Strukturen, Hierarchien und neuen Feindbildern des Kalten Krieges zu verstehen. Die deutsche Sprache immer besser zu beherrschen, war für die aus einer jüdischen Lehrerfamilie stammende gelernte Englischlehrerin (Schaffnerin war ein Kriegsjob) wohl noch die leichteste Übung.

Das Buch widerspiegelt nunmehr ihr „Exil“, an dessen Beginn Selbstunsicherheit und große Selbstzweifel standen. Es zeigt zugleich ihre Zähigkeit, ihr Durchsetzungsvermögen, doch auch die Bitterkeit und den Zorn darüber, dass ihr das Fußfassen in Berlin oft weitgehend allein überlassen

blieb. Max, der sich mit leidenschaftlichem Eifer in die Verlagsarbeit stürzte, vermochte sein Wissen, seine Widerstandserfahrung und seine Klugheit in dieser Tätigkeit voll zur Geltung bringen. Zudem verfasste er Essays, war bis 1949 Theaterkritiker des „Neuen Deutschlands“ und stellte sich in dieser Position z. B. uneingeschränkt hinter Brecht, als im Kritikerstreit um die Aufführung der „Mutter Courage“ erste Formalismuswürfe laut wurden. Er lebte ein ihn ausfüllendes Leben. Edith konnte in den Debatten um ästhetische und literaturpolitische Fragen erklärlicherweise noch nicht mithalten und Max, der sich eine Arbeit nach der anderen auflud oder aufgeladen bekam, verfügte immer weniger über die Kraft, ihr Mentor zu sein. Dass sie daher an der Arbeit ihres Mannes kaum Anteil hatte, tat der Ehe nicht gut. Doch sie kam durch ihn mit vielen bedeutenden Menschen in Berührung. Max freute sich über die Geburt der Tochter, unterstützte die Einstellung von Haushaltshilfen und sorgte für angenehmere Wohnbedingungen – 1951 zog das Paar von Westberlin nach Berlin-Grünau, wo es bald eines der für die „schöpferische Intelligenz“ errichteten Häuser bewohnen konnte. Die psychischen Probleme seiner Frau, ihr Heimweh nach New York und ihrer Familie, ihr Bedürfnis nach Wärme und mehr liebevoller Zuwendung, ihr Leiden an vermeintlichen oder tatsächlichen Zurücksetzungen und ihre Angst, als Heimchen am Herd zu versauern, verstand Max wohl nicht. Vermutlich weil er meinte, sie habe (im Gegensatz zu ihm) doch viel Zeit

für schriftstellerische Aktivitäten und Versuche. Ediths Situation änderte sich zumindest partiell, nachdem sie 1951 als Übersetzerin, Dolmetscherin und Redakteurin bei der Internationalen Demokratischen Frauenföderation zu arbeiten begann und auch auf Konferenzen im Ausland dolmetschte.

Die Memoiren zeigen, dass sie sehr wohl um die Leistungen ihres Mannes wusste und dass sie zudem im Laufe der Zeit immer mehr begriff, welchen Konflikten und schmerzhaften Erfahrungen der Westemigrant ausgesetzt war, und wie sehr ihn sein „leidvoller Kampf mit den Dummheiten seiner Partei“ (S.402) in Anspruch nahm. Das Kaltstellen und Abstrafen seines Freundes Lex Ende, die brutalen politischen Säuberungen im Zusammenhang mit der Noël-Field-Affäre, der Selbstmordversuch seiner früheren Gefährtin Rosl (Schwester von Gisl Kisch) nach der zeitweiligen Verschleppung ihres späteren Mannes, die Verstrickung in die hysterisch eifernden Formalismusdebatten um Hanns Eisler und sein im Aufbau-Verlag erschienenes Faust-Libretto, die Angriffe gegen Gerhart Eisler und andere Attacken auf Nahestehende machten ihm zu schaffen. Immer öfter suchte er Entspannung und Erleichterung im Alkohol, was die ohnehin in die Krise geratende Ehe noch misslicher gestaltete. Seine schwere Krankheit, an der er Anfang 1958 starb, bewahrte ihn davor, in die Untersuchungsvorgänge und Prozesse um Janka und Harich sowie die Strafmaßnahmen gegen weitere Kulturbundmitglieder einbezogen zu werden, ja er erhielt sogar noch den Lessing-Preis. Mit seinem

Tod ließ Edith Anderson ihre Geschichte im Wesentlichen enden. Das Buch ist nicht nur ein ungeschönter Bericht über die Schwierigkeiten einer ehelichen Beziehung zweier unterschiedlich sozialisierter Menschen aus verschiedenen Ländern und Kulturen unter den Bedingungen einer extremen internationalen Polarisierung. Für aufmerksame Leser und speziell Historiker ist es eine höchst aufschlussreiche Zeitreise in die frühe DDR und ihre Kulturgeschichte, die Farbigkeit und Lebendigkeit vor allem dadurch erhält, dass A. ihre individuelle Sicht auf das Geschehen und seine Protagonisten sehr ehrlich, aber auch unbekümmert und respektlos zum Ausdruck brachte und dass sie den Heroismus, die Zukunftshoffnungen und das geistige Klima dieser Jahre in seiner Unberechenbarkeit und Widersprüchlichkeit transparent machen konnte. Das selbstgerechte, arrogante und plumpe Vorgehen der politischen Führungsmannschaft der DDR (hinter der oft genug sowjetische Vordenker standen, denen man vertraute und gehorchte) gegen Intellektuelle, deren Vita und deren Arbeiten dem kleinen Land eigentlich zur Ehre gereichten, schmerzt noch heute. Aber man sollte dabei nicht übersehen, dass die humanistischen, sozialistischen und aufklärerischen Bücher des Aufbau-Verlages, die Werke einer Anna Seghers, eines Bertolt Brecht, eines Hanns Eisler oder eines Arnold Zweig, um nur einige der im Buch vorkommenden Intellektuellen zu nennen, zum „großen Anderswerden“ nach Krieg und Faschismus beigetragen haben. Die meisten ehemaligen Emigranten

und Widerständler blieben zudem – wengleich mit wachsenden Vorbehalten (S.290) – eine sich einmischende Gruppe innerhalb der DDR-Gesellschaft, mit der sie große Hoffnungen verbanden, und wirkten, oft konterkariert von stalinistisch ausgerichteten Kulturpolitikern und Künstlergenossen, objektiv für einen weniger dogmatischen Sozialismus. Auch A. sorgte mit literarischen und journalistischen Arbeiten für einen differenzierteren Blick auf das oft pauschal verketzerte Amerika. Auskunft über ihren weiteren Werdegang als Journalistin, Schriftstellerin und Übersetzerin bieten die chronologischen Kurzbiographien von ihr und Max Schroeder im Anhang. Über einiges schrieb sie selbst – etwa über ihre erste Amerika-reise oder über ihre Freundschaft mit den Fields, die sie in den 60er-Jahren als freie Mitarbeiterin des „New Hungarian Quarterly“ in Budapest kennen lernte. Wie ihr Lebensweg verlaufen wäre, hätte sie den Sprung nach Berlin nicht gewagt, darüber lässt sich spekulieren – oder vielleicht auch nachdenken.

Evemarie Badstübner

Klaus Tenfelde u. a. (Hrsg.): Stimmt die Chemie? Mitbestimmung und Sozialpolitik in der Geschichte des Bayer-Konzerns, Klartext Verlag, Essen 2007, 472 S.

Ein Anlass für diesen exzellent illustrierten und überhaupt bestens ausgestatteten Bd. dürfte mit der strategischen Neuausrichtung des Bayer-Konzerns in den Jahren 2005/2006, der Trennung von der Lanxess AG, also von der Chemiesparte und Teilen

des Kautschuk- und Kunststoffbereichs, und der Fusion mit der Berliner Schering AG gegeben gewesen sein. Aus ihr ging die Bayer Schering Pharma AG hervor. Dass dies auch die Frage nach dem Verhältnis der aus unterschiedlichen Unternehmenstraditionen kommenden Mitbestimmungskulturen aufwarf, lässt sich gut nachvollziehen. Den Hrsg. jedenfalls war das Grund genug, einen Autorenkreis von Wissenschaftlern und „Praktikern“, also aktiven wie auch ehemaligen Betriebsratsmitgliedern und Gewerkschaftern zu bilden, um „gelebte Erfahrung und wissenschaftliche Erkenntnis zu vereinen und zu vereinbaren“ (S.9). Dieser Ansatz hebt das Buch ab aus der nicht unbeträchtlichen Zahl von Untersuchungen und Darstellungen zur Geschichte der betrieblichen Mitbestimmung in Deutschland sowie zur Geschichte der Chemieindustrie und ihrer Unternehmen.

Insgesamt vereint der Bd. 24 Beiträge, deren Schwerpunkt deutlich auf der Betriebsratsarbeit und der Mitbestimmung liegt. Die betriebliche Sozialpolitik hingegen wird hier eher als ein Politikfeld beleuchtet, auf denen sich die Betriebsratsarbeit entfalten konnte. In Längsschnitten behandelt *Klaus Tenfelde* den Zusammenhang von Mitbestimmung und Unternehmenskultur am Beispiel der deutschen Chemieindustrie im 20. Jahrhundert, während *Paul Erker* einen ebenso knappen wie dichten Überblick zur Konzerngeschichte bietet. Wenn Tenfelde im Hinblick auf die Unternehmenskultur die Bedeutung des politischen und gesellschaftlichen Umfeldes betont

und die betriebliche Sozialpolitik jenseits ihrer ideologischen Komponente vor allem auch als „ökonomische Notwendigkeit“ (S.16) sieht, gibt er zugleich eine Art Leitmotiv für die folgenden Beiträge vor.

Zwei davon wenden sich den Anfängen von Mitbestimmung und betrieblicher Sozialpolitik in der Ära Duisberg (*Jürgen Mittag*) und in der Zeit bis 1933 bzw. 1939 (*Werner Plumpe*) zu. Ein Beitrag ist dem I.G. Farbenwerk Leverkusen im Zweiten Weltkrieg gewidmet, wobei hier der Akzent auf der Arbeitseinsatzpolitik liegt (*Valentina Maria Stefanski*). Die folgenden 19 Beiträge behandeln vor allem Aspekte der Betriebsratsarbeit und der Mitbestimmungsproblematik in der Nachkriegszeit und bis in die Gegenwart. Ohne im Einzelnen auf den Inhalt eingehen zu können, seien *Hans-Hermann Pogarell* und *Michael Polenz* genannt, die der betrieblichen Sozialpolitik bis in die frühen 1960er-Jahre nachgehen. Weitere Themen sind die Mitbestimmung im Leverkusener Werk nach 1945 (*Kirsten Petrak*), die Betriebsratswahlen im Bayer-Konzern zwischen 1945 und 2002 (*Karl-Otto Czirkowsky*) und die oppositionelle Betriebsratsarbeit (*Stefan Moitra*). Weitere Themenschwerpunkte sind die Personalpolitik (*Ruth Rosenberger*), tarifpolitische Probleme bei Bayer (*Walter Müller-Jentsch*), die betriebliche Aus- und Fortbildung (*Jörg Feldman/Uwe Menzen*), Frauenerwerbsarbeit und Gleichstellungspolitik (*Roswitha Süßelbeck*), Jugendarbeit (*Oliver Zühlke*) und die Interessenvertretung der Angestellten (*Karl-Otto Czirkowsky*). Drei der folgenden Beiträge lenken den Blick auf die

Interessenvertretung der ausländischen Arbeitnehmer im Konzern (*Dimitrios Labrianidis/Alessandro Sandri*), auf das Bayer Europa-Forum als Plattform des sozialen Dialogs (*Hans-Joachim Möller/Thomas de Win*) und auf die Rolle des Europäischen Betriebsrates (*Reinhard Reibisch*). *Rolf Nietzard* und *Paul Laux* wenden sich der betrieblichen Kulturarbeit der Betriebsräte zu, während *Thomas de Win* den Konsequenzen für die Mitbestimmung nachgeht, die sich aus der Ausgliederung der Chemiesparte ergaben. Über die Interessenvertretung und Mitbestimmung der leitenden Angestellten informiert *Wolfgang Schenke* am Beispiel des Sprecherausschusses, und *Erhard Gipperich* fügt mit Impressionen „aus dem Leben eines Betriebsratsvorsitzenden“ einen weiteren Baustein bei. Den Reigen der Beiträge schließt ein Interview mit dem Vorsitzenden der IG Chemie-Bergbau-Energie, *Hubertus Schmoldt*, und dem Vorstandsvorsitzenden der Bayer AG, *Werner Wenning* zu Mitbestimmung und Sozialpartnerschaft.

Man dürfte gut beraten sein, das Buch unter zwei Perspektiven zu lesen. Zum einen sind da die Generalisierungen und Längsschnitte der historisch forschenden Zunft. Zum anderen handelt es sich um Darstellungen, Erinnerungen, Beschreibungen, Kommentierungen der im Bereich der betrieblichen Interessenvertretung und Sozialpolitik tätigen oder tätig gewesenen Akteure. Das reicht von Texten im Stil der Memoirenliteratur, über eher systematische Reflexionen bis hin zu politischen und gewerkschaftlichen Positionsbestimmungen. Der Grenzbereich

zwischen Geschichte und Gegenwart ist hier ganz gegenwärtig. So fließen auch aktuelle Argumente ein, die auf den ersten Blick wenig mit der Geschichte von Mitbestimmung und betrieblicher Sozialpolitik zu tun zu haben scheinen, die aber beim zweiten Blick deutlich werden lassen, dass die Geschichte offen ist und fort dauert. Diese Beiträge präsentieren sich damit durchaus schon als historische Quelle. Überhaupt lässt sich das Buch als Anregung für weitere Forschungen zur Geschichte der industriellen Arbeit, der Arbeitsbeziehungen und insbesondere zur jüngsten Geschichte der Mitbestimmung und betrieblichen Sozialpolitik seit den 1970er-Jahren verstehen. Es gibt hierzu interessante Anstöße, vor allem hinsichtlich der Auswirkung der um 1970 eingetretenen industriegesellschaftlichen Epochenzäsur und der Globalisierung des Wirtschaftslebens. Zugleich spricht einiges für die Annahme, dass „Mitbestimmung als demokratisches Kernelement einer spezifischen Unternehmenskultur in Deutschland“ (Tenfelde, S.34) in der EU einen gewissen Entwicklungsdruck ausübt. Gewerkschaften, Unternehmerverbände und andere Lobbys sowie Regierungen und Gemeinschaftsgremien dürften damit auf weite Sicht beschäftigt sein. Wie weit dabei die historische Pfadabhängigkeit mit ihrer im gegebenen Fall starken sozialpolitischen Komponente zum Zuge kommt, ist eine andere Frage. Am Beispiel des Bayer-Unternehmens, das seit den 1980er-Jahren „vom breit diversifizierten und integrierten chemisch-pharmazeutischen Konzern zum fokussierten Global

Player“ (Erker, S.56) wurde, lässt sich ermesen, welche komplizierte Problemlage in dieser Hinsicht entstanden ist. Die in diesem Bd. vereinten Beiträge beschreiben Mitbestimmung im Sinne der Einbeziehung von Arbeitnehmervertretern in den unternehmerischen Entscheidungsprozess als konstitutives Element im Konnex sozialer Marktwirtschaft und Sozialpartnerschaft. Historisch gesehen, war das in der zweiten Hälfte des 20. Jh. ein Erfolgsmodell. Aber Schmoldt hat wohl recht, wenn er meint, „dauerhaft gesichert ist die Mitbestimmung keineswegs“ (S.439).

Im Anhang enthält der Bd. eine Auswahlbibliographie mit den Themenschwerpunkten Mitbestimmung und Sozialpolitik, Geschichte der Chemieindustrie und Unternehmensgeschichte allgemein sowie Geschichte des Bayer-Konzerns und der Stadt Leverkusen. Dem folgen eine Statistik mit den Belegschaftszahlen von Bayer zwischen 1896 und 2006 und eine Zusammenstellung weiterer Firmendaten und Definitionen. Zusammenfassende Übersichten zu den Betriebsratsvorsitzenden des Konzerns und zu den Ergebnissen der Betriebsrateswahlen zwischen 1953 und 2006 bilden den Abschluss. Ein Bildungs- und ein Autorenverzeichnis ergänzen den Bd., der allen, die mit Industrie-, Unternehmens-, Arbeiter- und Gewerkschaftsgeschichte befasst sind, viele Informationen und Anregungen bietet.

Peter Hübner

Hanna Behrend: Die Überleberin. Jahrzehnte in Atlantis, Verlag Guthmann-Peterson, Wien und Mühlheim a. d. Ruhr 2008, 844 S.

Die 1922 in Wien geborene Autorin blickt in ihrer beeindruckenden Autobiographie auf ein ereignisreiches, persönlich ebenso wie politisch aktives Leben zurück. Sie sucht einerseits nach Wahrheiten über die Motive, die sie trotz aller Rückschläge immer wieder zum Weitermachen angespornt haben. B. legt andererseits aber auch Rechenschaft darüber ab, wie ihre Sehnsucht nach einer gerechten und besseren Welt ihr persönliches, wissenschaftliches und politisches Engagement mit allen Illusionen und Erkenntnissen prägte.

Bereits nach der Lektüre der ersten Kapitel wird deutlich, dass B.s Lebensweg alles andere als ein Zuckerschlecken war. Nach vielen Entbehnungen in ihrem jüdischen Elternhaus musste sie nach dem „Anschluss“ Österreichs an Nazideutschland emigrieren. Es gelang ihr, über Paris nach Großbritannien zu fliehen, wo sie von 1939 bis 1946 lebte. Wie B. rekapituliert, wurde ihr England ungeachtet aller Probleme für Emigranten oder der Härten des Lebens eines Dienstmädchens „zu einem zweiten Heimatland, dessen Sprache meine zweite Muttersprache ist, in der ich viele Jahre dachte, schrieb und träumte“ (S.66). Viele feinfühlig aufgeführte Begebenheiten aus diesen Jahren machen nachvollziehbar, wie prägend diese Erfahrung der Toleranz und menschlichen Wärme der Engländer für sie war.

B. verließ England kurz nach dem Ende des Krieges und lebte mit ihrem ersten Ehemann in Ost-Berlin, wo sie mit den Überlebenskämpfen im Nachkriegsdeutschland konfrontiert war. Es

ist faszinierend zu lesen, mit welchem Elan und Durchhaltevermögen sie – wie zahlreiche andere Rückkehrer dieser Generation – entschlossen war, trotz der sich abzeichnenden stalinistischen Strukturen den Aufbau einer antifaschistischen und demokratischen Gesellschaftsordnung in Ostdeutschland mitzugestalten. In ihrer zweiten Ehe mit Manfred Behrend fand sie schließlich das ersehnte persönliche Glück und konnte sich zunehmend als Historikerin und Anglistin wissenschaftlich entfalten. Dass die Beziehung nicht immer unproblematisch war, gesteht sie freimütig ein; es wird aber auch deutlich, dass sie ihr bis zu seinem Tod geistige Inspiration gab und maßgeblich dazu beitrug, neben der Erziehung ihrer drei Kinder und der Haushaltsführung eine wissenschaftliche Karriere in der DDR zu verwirklichen.

B.s. kritische Auseinandersetzung mit ihrem Engagement für die DDR ist bewundernswert. Freimütig beschreibt sie, was sie dazu bewog, in der DDR zumindest Ansätze von Atlantis zu sehen und warum sie sich deshalb für diesen Staat und in der SED engagierte: Bildung war kein Privileg für Kinder aus gut betuchten Familien; als Frau und Mutter bot ihr dieses Land die Möglichkeit, zuerst an der Hochschule für Ökonomie und dann an der Humboldt-Universität zu unterrichten und wissenschaftlich zu arbeiten; sie konnte habilitieren und wurde Dozentin für englische Literatur. Ihre Ehrlichkeit ebenso wie ihr Schmerz darüber, dass nach der Wende viele gute Ansätze für nicht-kapitalistische Gesellschaftsverhältnisse zerstört wur-

den, stimulieren den Leser auf sehr emotionale Weise zu einem kritischen Nachdenken über eigene politische Positionen, aber auch über die letzten bewegten Jahrzehnte deutscher Geschichte.

B. verhehlt jedoch nicht ihre Enttäuschungen in diesen Jahren, weil die realsozialistische DDR oft beengend und frustrierend war und insbesondere in den 1980er-Jahren ihren Anspruch auf eine wirklich menschliche Ordnung einbüßte. All dies bekam sie am eigenen Leib zu spüren. Ihr eigener wissenschaftlicher Werdegang, den sie als „Karriere ohne Status“ beschreibt, illustriert dies sehr deutlich. Trotz Habilitation und zahlreicher Publikationen erhielt sie als eine kritische, nur sehr bedingt anpassungsbe-reite Frau keine Professur. Ungeachtet dieser herben Enttäuschungen engagierte sich B. für ihre Visionen und baute z. B. zusammen mit KollegInnen aus der DDR, der BRD und Großbritannien ein „Netzwerk Arbeiterliteratur“ auf. Nach dem Beginn der Perestroika-Periode in der UdSSR wurde sie zunehmend zu einer Kritikerin der offiziellen Parteilinie, ohne allerdings – wie sie von sich selbst sagt – je eine Dissidentin gewesen zu sein. Für ihre wissenschaftliche Arbeit bedeutete dies ein Überdenken früherer Positionen, in dessen Ergebnis sie sich u. a. von der These von der führenden Rolle der Arbeiterklasse trennte und nach weiteren historischen Subjekten suchte. Ein konkretes Ergebnis dieser Suche war der neue Schwerpunkt Frauen- und feministische Literatur in dem von ihr an der Humboldt Universität betreuten Pro-

jekt „englische Arbeiterliteratur“, das in der Wendezeit allerdings nur noch außerhalb der Universität realisiert werden konnte.

Die ausführlich dokumentierten Darstellungen ihrer Erfahrung der Wende und der enttäuschten Hoffnung auf eine demokratisch-sozialistische DDR sind mehr als nur bewegende Reminiszenzen eines historischen Umbruchs. B. ist – wie der gleichnamige Titel der von ihr herausgegebenen Schriftenreihe – auf der Suche nach der verlorenen Zukunft und enthüllt den schmerzlichen, aber auch hoffnungsvollen Prozess der Aufarbeitung ihrer Geschichte und den Versuch eines Neuanfangs, ohne dabei wehleidig zu sein oder in eine Opferrolle zu schlüpfen. Diese Kapitel vermitteln aber auch, wie wichtig es ist, trotz aller Rückschläge im persönlichen wie auch gesellschaftlichen Leben nicht aufzugeben und sich ein Atlantis zu bewahren. Für B. sind diese Jahre an der Seite ihres Mannes die produktivste Phase ihrer wissenschaftlichen Arbeit und ihres sozialpolitischen Engagements.

B. beschreibt sehr emotional bewegend am Ende dieser noch längst nicht abgeschlossenen Geschichte ihres Lebensweges, wie sie sich trotz Trauer über den Verlust ihres Mannes und ihre Ängste um die persönliche und gesellschaftliche Zukunft beim Blick aus dem Fenster über ihren heimatlichen Stadtbezirk Prenzlauer Berg freuen kann, denn: „Der Morgennebel hat sich gelichtet. Die Wolkendecke ist hellgrau. Noch durchdringt sie kein Sonnenstrahl, aber das zarte Hellgrau der Wolken verspricht,

daß es die Sonne bald schaffen wird.“ Dieses Naturempfinden ist die metaphorische Essenz von B.s ultimativem Geschichtsoptimismus, den sie dem Leser am Schluss des Bd. mit auf den Weg gibt: „Die Zukunft bleibt uns verschlossen. [...] Was wir wissen, ist, daß nichts so bleibt, wie es ist, und daß es, solange es Menschen gibt, immer auch Widerstand gegen eine menschenfeindliche [...] Ordnung geben wird.“ (S.832) *Stephan Lieske*

Rolf Badstübner: Clash. Entscheidungsjahr 1947 (Rosa-Luxemburg-Stiftung, Manuskripte, 70), Karl Dietz Verlag, Berlin 2007, 149 S.

Seit Jahrzehnten beschäftigt sich der Autor mit der deutschen Nachkriegsgeschichte, wovon zahlreiche Veröffentlichungen zeugen, die alle auf profunder Quellenkenntnis beruhen. Er hat wie kaum ein Zweiter sowohl östliche als auch westliche Archive ausgewertet. Nun werden von ihm in seiner neuesten Publikation speziell die Entscheidungen des Jahres 1947 einer kritischen Analyse unterzogen. Das mag ein wenig überraschen, denn die Geschehnisse des Jahres 1948 – wie die Sprengung des Alliierten Kontrollrates, die Frankfurter Direktiven, die Währungsreform, die Berlinkrise und die Luftbrücke, der Beginn der Wirtschaftsplanung in der SBZ u. a. m. – haben sich den Zeitgenossen tiefer eingepreßt und auch in der historischen Literatur größere Beachtung gefunden als die Ereignisse des Vorjahres. Doch B. ist zuzustimmen, wenn er betont, dass für jene Vorgänge, die 1948 so signifikant hervorge-

treten sind, bereits 1947 die Weichen gestellt wurden.

Der Autor beginnt seine Betrachtungen mit einer auf den Jahresbeginn 1947 bezogenen Bilanz, mit der jedoch notwendigerweise der Bogen zur Ausgangssituation 1945 geschlagen wird. Er führt den überzeugenden Nachweis, dass Kalter Krieg und deutsch-deutsche Konfrontation nicht alternativlos waren. Sowohl die Positionen der Siegermächte als auch der deutschen politischen Kräfte ließen zunächst auch andere Entwicklungen zu. Eine fortwirkende Kooperation der Siegermächte und deren übereinstimmendes Vorgehen in der deutschen Frage war kein Ding der Unmöglichkeit. B. führt unumstößliche Tatsachen und Beweise dafür an, dass der Kurswechsel primär von den Westmächten und den auf sie fixierten deutschen Politikern verursacht wurde. Zwar ist auch die UdSSR nicht von jeglicher Verantwortung freizusprechen, doch war sie in dieser Hinsicht mehr die reagierende als die agierende Seite.

Im Zentrum der folgenden Kapitel dieser Publikation stehen Vorbereitung, Verlauf und Ergebnisse der Moskauer Außenministerkonferenz der Vier Mächte. In diesem Zusammenhang wird auf die 1946 in Gang gekommene Verfassungsdebatte und auf die Münchner Konferenz deutscher Ministerpräsidenten eingegangen. In München wurde den kompromissbereiten ostdeutschen Abgeordneten mit einem derartigen Affront begegnet, dass ihnen keine andere Wahl blieb, als wieder abzureisen. Untersucht werden die Auswirkungen

der Truman-Doktrin und die Folgen des Marshallplans. Das Einbeziehen der Westzonen in dieses US-amerikanische Projekt beschleunigte eine Separierung der Westzonen, erforderte sie geradezu. Dabei blieben nicht nur alle Ansätze gesamtdeutscher Lösungen, sondern auch die bis weit ins christdemokratische Lager hinein reichenden Sozialisierungskonzepte und alle Bemühungen um eine grundlegende ökonomische und sozialpolitische Neuordnung in den Westzonen auf der Strecke. Hingegen erweist sich, dass die antifaschistisch-demokratischen Veränderungen in der Sowjetischen Besatzungszone zunächst nicht den Rahmen der alliierten Vereinbarungen und Direktiven sprengten, was sich auch mit historischen Quellen westlicher Provenienz belegen lässt.

Gleichwohl taten sich Widersprüche zwischen den erklärten Zielen sowjetischer Außenpolitik und praktischem Handeln auf, worauf B. mit Deutlichkeit hinweist. Dies gilt vor allem für den mit Gründung des Kominformbüros eingeschlagenen Kurs der Lagerkonfrontation. Die SED geriet in einen Zwiespalt, als sie einerseits am Ziel der deutschen Einheit festhielt und eine gesamtdeutsche Repräsentation zu schaffen versuchte, andererseits mit ihrer Verwandlung in eine Partei neuen Typs bei ihren Partnern an Akzeptanz verlor. Auch war ihre harsche und undifferenzierte Ablehnung des Föderalismus der Sache der deutschen Einheit nicht dienlich. B.s historischer Exkurs mündet ein in die Behandlung der Londoner Außenministerkonferenz, deren von westlicher Seite bewusst herbeigeführtes Fehl-

schlagen als Startschuss für die Bildung des Westzonenstaates diene. Das abschließende, durch die Gesamtaussage dieser Veröffentlichung zuverlässig begründete Urteil des Vf. lautet: Es hat so manche Chance zur Herstellung eines einheitlichen neutralisierten Deutschlands gegeben. „Doch die Möglichkeiten wurden nicht genutzt. Gründe dafür gibt es sicher viele ebenso wie Fehlhandlungen, die man anführen kann – und zwar ebenfalls auf beiden Seiten. Aus ihnen ragt aber unstreitig ein Grund heraus, nämlich, das frühzeitige Dominieren einer verständigungsfeindlichen, risikoscheuenden, die ‚Brüder und Schwestern‘ in der Ostzone kaltschnäuzig abschreibenden Westzonenoption.“ (S.131) Das ist eine Bewertung der Ereignisse, wie sie im Kern bereits in der DDR-Geschichtsliteratur zu finden ist – dort allerdings in ideologischer Zuspitzung und mit unkritischem Herangehen an die Politik der UdSSR und der SED. B.s ausgewogene Betrachtungsweise rückt hier vieles gerade, ohne einem Zeitgeist Tribut zu zollen, bei dem ausgerechnet die Protagonisten der deutschen Teilung und deren Nachfolger den Ton angeben. Der Vorzug seiner Schrift besteht darin, dass der Autor dort, wo andere mit bloßen Behauptungen argumentieren, wesentliche Tatsachen unterschlagen oder unterbelichten, handfeste Belege ins Feld führt und die Widersprüche jener Entwicklungsperiode aufdeckt. Diese Publikation kommt zur rechten Zeit, denn wir bewegen uns ja auf die 60. Jahrestage jener Ereignisse zu, die sich nur als Folgen der 1947 getroffenen Entscheidungen wirklich verstehen

lassen. Dem Buch sind viele Leser zu wünschen, denn nur mit Sachkenntnis kann man sich gegen die derzeitige, einem simplen Gut-Böse-Schema folgende „Erinnerungskultur“ wappnen.

Günter Benser

Ronald Friedmann: Ulbrichts Rundfunkmann. Eine Gerhart-Eisler-Biographie, Edition Ost, Berlin 2007, 285 S.

Der Autor betont eingangs, dass ihm die Idee zu diesem Buch mehr zufällig gekommen ist, als er bei Recherchen zu einer Klaus-Fuchs-Biographie auf Erinnerungen eines FBI-Beamten stieß, der 1946 für den Fall Gerhart Eisler verantwortlich war (S.10). In seiner Einleitung skizziert der Autor wichtige Lebensstationen Eislers. Es wäre aber wünschenswert, bei einer Nachauflage eine Zeittafel der Lebensdaten zu veröffentlichen.

Der Bd. enthält 23 Kapitel, die bis auf zwei Abweichungen, die beiden Exkurse über seinen Bruder Hanns und seine Schwester Ruth (Fischer), chronologisch den Lebensweg Eislers schildern. Die Kapitelüberschriften geben eine gute Orientierung über den jeweils folgenden Inhalt.

Eisler hatte ein sehr bewegtes Leben, das für ihn Aufgaben auf drei Kontinenten bereithielt. So war zum Beispiel seine Rolle in der Wittorf-Affäre um den KPD-Vorsitzenden Ernst Thälmann Auslöser für den Einsatz in China.

Die spektakuläre Flucht Eislers 1949 mit einem (polnischen) Schiff aus den USA ist eine der interessantesten Episoden im Leben des 1897 in Leip-

zig Geborenen, auf die F. auch ausführlich eingeht, zumal sie nicht so problemlos verlief, wie vielleicht bisher angenommen wurde. In der DDR hatte es Eisler als Westemigrant zeitweise nicht einfach, was der Autor mit der Kapitelüberschrift „Die bittersten Jahre“ andeutet, wobei anfangs auch Interventionen aus Moskau eine Rolle gespielt haben (S.220).

Auf der Umschlagseite wird hervorgehoben, dass Gerhart Eisler zwölf Jahre Rundfunkchef der DDR war, „die Aufgabe, die er am längsten ausübte“. Im abschließenden Kapitel wird noch einmal deutlich, warum der Verfasser den Titel „Ulbrichts Rundfunkmann“ gewählt hat. Aussagekräftig sind die Bemerkungen zur Fortführung von DT 64 (S.267), dem zum Deutschlandtreffen 1964 installierten Jugendsender, und zu den Sonntagsgesprächen des Deutschlandsenders. Aber viel mehr erfährt der Leser nicht über diese zwölf Jahre. Der Anhang enthält das Verhör Gerhart Eislers am 6.2.947 vor dem Komitee für Unamerikanisches Verhalten, in dem auch ein gewisser Richard M. Nixon, Kalifornien, Mitglied war. Ein Literaturverzeichnis und ein Personenregister schließen den Bd. ab.

Joachim Eichler

Jörg Roesler: Die Wiederaufbaulüge der Bundesrepublik. Oder: Wie sich die Neoliberalen ihre „Argumente“ produzieren (Texte der Rosa-Luxemburg-Stiftung, 43), Karl Dietz Verlag, Berlin 2008, 111 S.

Die aktuelle weltwirtschaftliche Entwicklung wird wohl bei manchem Zweifel an der Argumentation neoli-

beraler Politiker aufkommen lassen. Zeit, sich auch mit Säulenheiligen wie Ludwig Erhard zu befassen und kritisch zu prüfen, was es mit Wiederaufbau und sozialer Marktwirtschaft auf sich hatte. R. tut dies in dem vorzustellenden Buch und tritt damit dem Geist der kollektiven Erinnerung entgegen.

Unter Berücksichtigung ordnungs-, sozial- sowie wirtschaftspolitischer Aspekte widerlegt der Autor die Mär vom „Visionär“ Erhard, der gleich einem „wohlmeinenden Diktator“ das Geschick der künftigen BRD, Hand in Hand mit deren Bevölkerung, zum Guten wendete. Die Währungsreform und das von Erhard maßgeblich initiierte Leitsätzegegesetz brachten in ihrem Fahrwasser zunächst nicht „Wohlstand für alle“, sondern verschärften die ohnehin prekäre Lage der Arbeiterschaft. Die Freigabe der Preise führte nicht, wie erwartet, zu einem Plus an Arbeitsplätzen und einem Anstieg der Kaufkraft durch sinkende Preise. R. weist nach, dass das Gegenteil der Fall war: durch Preisteuerung sank die Kaufkraft. „Die Zahl der Arbeitslosen verdoppelte sich von Juni 1948 (442 000) auf 937 000 im Januar 1949.“ (S.29) Nicht weniger stark traf die Bevölkerung die Umstellung der Spar- und Bankguthaben. Diese erfolgte in einem Verhältnis von 10:0,65. Glücklicher war, wer sich Besitzer von Sachwerten oder Aktionär nennen konnte. Allgemeiner Unmut über die Situation entlud sich nicht nur einmal in tumultartigen Ausschreitungen gegen Preiswucherer.

Besonders dankenswert ist die Auseinandersetzung des Autors mit zwei

Ereignissen, die von der deutschen Geschichtsschreibung fast völlig unbeachtet geblieben oder bestenfalls zu einem Dasein in Randnotizen verdammt waren. Die Rede ist vom Generalstreik am 12. November 1948 und den so genannten „Stuttgarter Vorfällen“. Beide Ereignisse gereichten gerade einmal jeweils einer Monographie zum Thema (Gerhard Beier 1975 und Theodor Bergmann 2007). Die demgegenüber vergleichsweise große Anzahl an Büchern, die sich mit der Währungsreform befassen, ist wohl auf den Fakt zurückzuführen, dass sich jene besser als die vorgenannten in die Erfolgsgeschichte vom „Wirtschaftswunder“ einreihen lassen. Die Protestaktionen, die vom Autor unter dem Titel „heißer Herbst“ zusammengefasst werden, waren Ausgangspunkt für Konflikte, die schließlich Erhard zwangen, von seinen ordoliberalen Grundsätzen abweichende Eingriffe in die Wirtschaftspolitik zuzulassen. Dabei traten Akteure wie Militärgouverneur Clay auf den Plan, seinerseits sicher kein Vertreter des „New Deal“, doch bereit, unter ordnungspolitischen Gesichtspunkten – so wie CDU-Vorsitzender Adenauer unter machtpolitischen – Kompromisse in der wirtschaftlichen Ausrichtung der zukünftigen BRD einzugehen. Das Jedermann-Programm, die Einführung des staatlich subventionierten Konsumbrottes, die Aufhebung des Lohnstopps, Preisintervention waren Ergebnisse dieser Konflikte. Auch nach der Staatsgründung war es nicht Altruismus, der etwa das Gesetz zum Lastenausgleich vom 14. August 1952 oder die staatliche Wohnraumregulie-

rung gebar. Gerade die Systemkonkurrenz zur DDR zwang die politischen Machthaber, besonders die Sozialpolitik betreffend, marktwirtschaftliche Regulierung zugunsten staatlicher Steuerung einzuschränken.

Im Anhang des Buches findet man neben dem Abkürzungsverzeichnis und der Literatur- und Quellenliste eine kurze Vita des Verfassers, sowie eine „Chronik der Ereignisse“, welche stichpunktartig die wichtigsten Geschehnisse auf dem Weg zur neuen Wirtschaftsordnung aufzeigen.

Arne Schott

Richard Heigl: Oppositionspolitik. Wolfgang Abendroth und die Entstehung der Neuen Linken (1950-1968), Argument-Verlag, Hamburg 2008, 372 S.

Die vorliegende Publikation über die Bedeutung und die Wirkung Wolfgang Abendroths hinsichtlich der APO und der Neuen Linken ist zum 40. Jahrestag des Jahres 1968, dem Höhepunkt der APO, der Studentenbewegung und der Neuen Linken, im 20. Jh. im Argument-Verlag erschienen, nachdem die etwas längere Dissertationfassung schon seit einiger Zeit im Internet zur Verfügung steht. Durch diese Untersuchung über den nach Rosa Luxemburg sicherlich bedeutendsten und kreativsten linkssozialistischen Intellektuellen in Deutschland und einen der wichtigsten Protagonisten des linkssozialistischen Flügels der Neuen Linken in der BRD wird gleichzeitig, zumindest ansatzweise, eine Lücke in der historischen Forschung geschlossen. Denn die marxis-

tische Strömung ist in der Forschung über die APO und die Neue Linke bislang noch weitgehend unberücksichtigt geblieben. Dabei muss gerade diese Strömung sowohl als ein unverzichtbares Konstitutionselement als auch eine sehr wichtige theoretische Strömung der APO und der Neuen Linken angesehen werden, auch wenn sie in den 60er-Jahren – genauso wie heute – wenig medienwirksam ist.

Im ersten Viertel seiner Untersuchung gibt H. einen Abriss über die Fragestellung, die Methode und den Aufbau seiner Arbeit (S.9-13) sowie eine Begriffsbestimmung der Neuen Linken (S.14-33). Danach behandelt er in zwei Kapiteln, vor dem Hintergrund der historischen Entwicklungen und des Lebens von Abendroth, dessen politisches und wissenschaftliches Wirken bis zum Jahr 1961 (S.34-130). Durch die von H. geführten Interviews (so z.B. mit Abendroths Witwe), sowie durch schriftliche Mitteilungen an ihn kommen interessante neue Details über Abendroths Leben zu Tage. Der Autor macht hier, unter Berücksichtigung der vorliegenden Sekundärliteratur über den „jungen Abendroth“, deutlich, dass das sehr praxisakzentuierte Wissenschafts- und Politikverständnis Abendroths – und damit auch seine spätere Rolle in der APO und der Neuen Linken – schlüssig nur durch dessen, in das „Jahrhundert der Katastrophen“ eingebettete, sehr spezifische familiäre und politische Sozialisation erklärt werden kann. Die wesentlichen Ereignisse im Leben Abendroths und deren Bedeutung für dessen persönliche Entwicklung werden komprimiert behandelt: Kindheit

und Schulzeit im Kaiserreich und im Ersten Weltkrieg, die Erfahrungen der Novemberrevolution und ihres Scheiterns, Studium und Beginn der selbstständigen politischen Arbeit in der Weimarer Republik, die Erfahrungen der oft selbstzerfleischenden Auseinandersetzungen zwischen den verschiedenen Strömungen der Arbeiterbewegung sowie während Faschismus und Widerstand in Deutschland und Griechenland, die verheerende Wirkung und die Folgen des Stalinismus für die deutsche und internationale Arbeiterbewegung, politische Schulungsarbeit in britischer Kriegsgefangenschaft, Abendroths wissenschaftliches und politisches Wirken in der SBZ, als Hochschullehrer in Wilhelmshaven und Marburg, seine politische Arbeit in der SPD, sein Wirken für verschiedene linke Zeitungen und Organisationen in der BRD.

H. zeigt hier unter Einbeziehung der damaligen unabhängigen marxistischen, kommunistischen und sozialdemokratischen Diskussionen auf, dass sich Abendroth schon frühzeitig eine unabhängige politische und theoretische Konzeption erarbeitet hatte, die besonders stark vor allem durch seine damaligen politischen Lehrer und Vorbilder beeinflusst war: Paul Frölich, August Thalheimer und Heinrich Brandler. Interessant ist besonders, wie stark H. hier Abendroth in die anfänglich vor allem von Rosa Luxemburg und später dann durch Antonio Gramsci ausgearbeitete spezifische marxistische Denkweise und Traditionslinie einordnet.

In den Kapiteln V bis VIII, die den eigentlichen Kern seiner Analyse

gelenkt und kontrolliert wurde nach einer übergeordneten, ideologisch begründeten Staatsidee“, nicht bis zuletzt aufklären. So etwa wird undurchsichtig bleiben, ob die 1965 bei Rütten & Loening erschienene Werkausgabe sich einem Zufall verdankt, der das „Verhängnis“ des Nichterscheinens verhinderte. Oder ob „List am Werke (war), Schlauheit, Renitenz oder Mannesmut von Fürstenthronen“?

Was H.s. Geschichtserzählung so besonders und auch anrührend macht, ist, dass sich in ihr die Reflexionskraft des Wissenden, des Wissenschaftlers, mit einer gewissen Naivität des Zeitzeugen glücklich verbinden. H. verdankt Kafka „die Verkettung eines arglosen Daseins als Literaturhistoriker“ mit der Geschichte seines Zeitalters. Und das macht seine Erinnerungen auch zu einem Dokument der Kultur- und Mentalitätsgeschichte der DDR. Denn das eben ist der Punkt: Es gab in der DDR kaum ein argloses, sich selbst genügendes Wissenschaftlerdasein. H. wurde sich schon früh, 1955, gelegentlich einer Tagung in Tübingen bewusst, wie sehr die beiden Hälften Deutschlands sich unterschieden. Das Leben in Tübingen kam ihm arg- und harmlos vor, gänzlich unberührt von der Politisierung des ganzen Daseins, wie er sie im östlichen Teil erlebte, seit die „Russen“ hier eingezogen waren. „Leute meiner Statur fühlten sich nicht als Revolutionäre, aber doch in einer Revolution. Wir waren ihr ausgesetzt, und wir setzten uns ihr aus.“ H.s. Erinnerungen bestehen gerade auch mit der Beschreibung der Ambivalenzen dieses DDR-

Lebens. So fühlte er sich als „Parteiloser [...] ein bisschen wie ein Jude“, „stolperte“ neben den Genossen Kollegen her. Dann wiederum beschreibt er dankbar das Arbeiten im Kollektiv der Germanisten an der Humboldt-Universität, Zusammengehörigkeit und solidarisches Verhalten. Dass H. – und zeitgleich mit ihm Helmut Richter in Leipzig – über Kafka promovierte, war eine Antwort auf den Germanistentag in Erlangen 1954: Mit Erstaunen hatten die DDR-Literaturhistoriker registriert, dass Kafka zum herausgehobenen Gegenstand internationaler philologischer Forschung avancierte. Wie Kafka schließlich zur Chiffre für die literarische Moderne des 20. Jahrhunderts wurde, das musste die Hüter des Kanons realistischer Kunst provozieren. Kafka geriet in die Fronten des Kalten Kriegs. Gerade weil er das Leiden des Menschen an seiner Vereinzelung und Verlorenheit thematisierte. Auch H. war als Einzelner – als vereinzelt arbeitender Wissenschaftler zumal – von Kafkas Kunst berührt. Er fand die eigene Sehnsucht nach Zugehörigkeit bei Kafka bestätigt, genauso wie er umgekehrt empfänglich war für die sozialistische Losung „Vom Ich zum Wir“. Ja, er erinnert selbst noch an die „sozialistische Menschengemeinschaft“ positiv.

1963 arbeitete H. als Lektor für deutsche Sprache an der Karls-Universität in Prag. Hier hatte er immer wieder Gespräche mit Eduard Goldstücker und bekam so mit, wie die tschechischen Kollegen eine Konferenz über Franz Kafka vorbereiteten. Ursprünglich wollten sie mit ihr den deutsch-

sprachigen Dichter in den Prager Kulturraum zurückholen. Dann aber änderte sich der zeithistorische Horizont, und H. geriet mit seiner wissenschaftlichen Arbeit in die sich verschiebende Tektonik der kommunistischen Bewegung. Ausgerechnet an seinem Referat entzündeten sich die kontroversen Debatten auf der Konferenz im Mai 1963 auf Schloss Liblice bei Prag. H. hatte versucht, Kafkas Kunst historisch zu verorten. – Der ja noch junge Literaturwissenschaftler war von „geschichtsoptimistischen Utopismus“ getragen, wie er sich erinnert. Und das ist verständlich, gründete er doch gerade eine Familie, erlebte private und berufliche Entwicklung als erfolgreich; ja, auch vom Begriff der „Entfremdung“ im Kontext von Literatur hatte er bislang noch nicht gehört.

Ganz anders die tschechischen Genossen Literaturwissenschaftler! Sie wussten um die Katastrophen der kommunistischen Bewegung, waren von ihnen an Leib und Seele betroffen. Sie fanden in Kafkas Romanen und Erzählungen ihre eigenen Erfahrungen gespiegelt. Und indem sie sich der Kunst Kafkas bemächtigten, versuchten sie und mit ihnen ihre Genossen aus andern Ländern die eigenen Alpträume von stalinistischer Unterdrückung hinter sich lassen und zu neuen Ufern des Sozialismus aufzubrechen. So beschreibt H., wie eine literaturwissenschaftliche Konferenz über Kafka zum Projektionsraum für außerliterarische Ereignisse und Entwicklungen wurde, rekonstruiert, wie sie sich als Prager Konferenz schließlich zu einem Mythos entwickelte.

Und er fragt sich beim Schreiben seiner Erinnerungen, ob die Konferenz ein Aufbruch und Vorbote des „Prager Frühlings“ war – die „Erste Schwalbe eines neuen Frühlings“ (Ernst Fischer) – oder ob sie wohl schon das Scheitern des Sozialismus in sich trug.

Ulrike Köpp

Peter Hübner/Christa Hübner: Sozialismus als soziale Frage. Sozialpolitik in der DDR und Polen 1968-1976. Mit einem Beitrag von Christoph Boyer zur Tschechoslowakei, Böhlau Verlag, Köln u. a. 2008, 520 S.

Die Forderung, die Geschichte der DDR mit der ihrer östlichen Nachbarn zu vergleichen, um sie besser zu verstehen, steht schon lange. Entsprechende Unternehmungen sind bisher spärlich geblieben. Der Vergleich der DDR mit den anderen realsozialistischen Ländern ist dringlicher geworden, seitdem es sich gezeigt hat, dass die Gegenüberstellung von DDR und „Drittem Reich“, geführt als deduktiver „Vergleich beider deutschen Diktaturen“, so enttäuschend wenig zur Erkenntnis und zum Verständnis der DDR-Geschichte beigetragen hat. Bemühungen um den Vergleich der DDR-Entwicklung mit der der realsozialistischen Länder Mittel- und Südosteuropas stoßen naturgemäß auf eine Reihe von Schwierigkeiten. Da gibt es das institutionelle Problem: Die Osteuropaforschung der Bundesrepublik umschließt nicht die DDR, und „Aufarbeitung der DDR-Geschichte“ hat bisher kaum etwas mit der Erforschung der Geschichte Osteuropas zu

tun. Aus der institutionellen Teilung resultiert und sie verstärkt dann auch das Sprachproblem. Wenn man mit der „Aufarbeitung der DDR-Geschichte“ betraut ist, lohnt sich nicht der Aufwand, eine der Sprache ihrer östlichen Nachbarn zu erlernen.

Peter und Christa Hübner ist es gelungen, die Barrieren, die einem Vergleich der DDR mit dem bedeutendsten ihrer östlichen Nachbarn heute noch entgegenstehen, zu überwinden. Das Ergebnis ist eine Gegenüberstellung der Sozialpolitik in der DDR und Polen von Ende der Sechziger- bis Mitte der Siebzigerjahre. Die Idee, gerade diesen Zeitraum zu untersuchen, kam den Autoren angesichts der auffälligen Parallelen im politischen, sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Kurswechsel, der sich in beiden Staaten im Dezember 1970 vollzog. In der DDR leitete das 14. Plenum des ZK der SED die Ablösung Ulbrichts durch Honecker ein; in Polen wurde Gomulka gestürzt, Gierak trat als Erster Sekretär der PVAP an seine Stelle. Auf den ersten Blick scheint es sich nur um ein zeitliches Zusammenfallen zu handeln. Denn der Ereignisverlauf – Streiks und Demonstrationen in Polen, Machtgerangel hinter verschlossenen Türen in der DDR – wies gravierende Unterschiede auf. Es ist das Verdienst der Autoren, herausgearbeitet zu haben, dass es inhaltlich in beiden Fällen um die Bewältigung des gleichen Problems ging, nämlich darum, die politisch riskant gewordenen wirtschaftlichen Reformbestrebungen zu stoppen und eine neue Balance zwischen Wirtschaftswachstum und Sozialpolitik zu finden. Der

ab 1971 in der DDR und in Polen unternommene Versuch, die entstandenen sozialen Schieflagen und Engpässe durch eine offensive Sozialpolitik zu beseitigen und zugleich damit Impulse zur Bewältigung dessen zu geben, was die Autoren als Anforderungen der „dritten industriellen Revolution“ bezeichnen, führte zu verblüffenden Ähnlichkeiten in der Sozial- und Wirtschaftspolitik, von raschen Reallohnsteigerungen bis hin zur exzessiven Kreditaufnahme im westlichen Ausland. Ungeachtet dieser Finanzspritzen nahm der soziale Forderungsdruck rascher zu als die Möglichkeiten, ihn zu befriedigen. Einmal erreichte soziale Verbesserungen ließen sich nicht zurücknehmen, auch wenn sich das wirtschaftspolitische Umfeld durch Erdölpreisschock und die erste weltweite Wirtschaftskrise der Nachkriegszeit zum Nachteil der (Außen-)Wirtschaft beider Länder signifikant verändert hatte. „Das, was als soziale Errungenschaft politischen Mehrwert bringen sollte“, schreiben die Autoren, „wurde in relativ kurzer Zeit bei der Bevölkerung zur Gewohnheit und für die Politik zur Falle.“ (S.15) So waren die Parteiführungen von PVAP und SED zwischen 1974 und 1976 wieder bei den Problemen angelangt, für die sie 1970 eine Lösung gefunden zu haben meinten – bei einem Zielkonflikt zwischen den strukturpolitischen Erfordernissen der Wirtschaft und einem wachsenden volkswirtschaftlichen Aufwand zur Anhebung bzw. Sicherung sozialer Standards.

Peter und Christa Hübner gehen bei ihrem Vergleich induktiv vor. Aus der

Darstellung der Parallelgeschichte erschließen sich dem Leser die Analogien, die die Autoren schrittweise zu einer Gesamtschau verdichten. Gleichwohl handelt es sich nicht um eine nach Breite und Detailintensität gleichartige Darstellung der Sozialgeschichte beider Länder. Das Buch ist so angelegt, dass die Geschichte der DDR die Referenzfolie zur Entwicklung in Polen bildet. Die auf den ersten Blick verblüffende Lösung – man hätte, wenn schon nicht eine symmetrische Behandlung, dann doch eine ausführliche der DDR vor einer mehr cursorischen Polen erwartet – ist gut überlegt. Für die DDR liegen in Gestalt der Bände 9 und 10 der „Geschichte der Sozialpolitik in Deutschland seit 1945“ bereits detaillierte Untersuchungen über deren Sozialpolitik im Untersuchungszeitraum vor (an denen Peter Hübner übrigens wesentlich mitgewirkt hat). Sich über die Entwicklung in Polen im gleichen Zeitraum zu informieren, hatte der deutsche Leser dagegen bisher kaum Gelegenheit. Die polnische Geschichte der Jahre 1968 bis 1976 wird deshalb sowohl erzählt als auch gewertet. Das macht auch insofern Sinn, als die polnische Geschichte in diesen Jahren wesentlich ereignisreicher, um nicht zu sagen, dramatischer, verlief als jene in der DDR.

Einen nicht geringen Raum nimmt die Wahrnehmung der polnischen Entwicklung durch die Führungsgremien der SED und des FDGB ein. Die Kontakte seien seitens der SED-Führung durch eine „eigenartige Mischung von Vertrauensvorschüssen, Zweifeln und mitunter auch Misstrau-

en“ bestimmt gewesen, zuweilen auch durch „Besserwisseri“. Die DDR-Seite konnte sich nicht auf Beobachtung und „Erfahrungsaustausch“ beschränken. Zwischen den Nachbarn gab es handfeste Probleme zu lösen, z. B. beim visafreien Touristenaustausch, bei der Beschäftigung von polnischen Arbeitskräften in der DDR sowie beim Aufbau eines gemeinsamen Betriebes von DDR und VR Polen in Schlesien.

Anders als man vielleicht erwarten würde, stützt sich die Darstellung der DDR-Entwicklung auf Archivquellen, auch über die Volksrepublik Polen, auf in polnischer Sprache vorliegende zeitgenössische Dokumente und umfangreiche Quelleneditionen sowie auf Sekundärliteratur. Was im ersten Moment vielleicht Bedenken hervorrufen könnte bezüglich der Erschließung von Wirtschaftsmanövern und Krisenmanagement der PVAP, einschließlich der jeweiligen „Stimmungen und Meinungen“ unter den ZK-Mitgliedern, erweist sich in der Praxis als kein Problem. Einen herausragenden Platz in der verwendeten Literatur nehmen zu Recht die immer wieder zitierten, relevanten Tagebucheintragen von Mieczyslaw F. Rakowski ein, eines der führenden PVAP-Funktionäre, die seit 2005 in zehn Bänden vorliegen.

Mit einem klugen Beitrag von Christoph Boyer zur tschechoslowakischen Sozial- und Konsumpolitik im Übergang von der 1968 abgebrochenen Wirtschaftsreform bis zur Normalisierung in den Siebzigerjahren wird der Vergleichshorizont für den Leser noch erweitert. Insgesamt handelt es sich

um ein Buch, das Maßstäbe setzt, erstens, was den Nachvollzug von fast einem Jahrzehnt polnischer Geschichte betrifft. Zweitens handelt es sich um eine Pionierarbeit auf dem Gebiet des Vergleichs von DDR und osteuropäischer Entwicklung – und dies nicht nur, wie es im Untertitel steht, der Sozialgeschichte, sondern der Sozial-, Wirtschafts- und Politikgeschichte dieser Zeit. Drittens erlaubt es das Buch, die „Einheit von Wirtschafts- und Sozialpolitik“ Honeckers in den osteuropäischen Kontext einzuordnen.

Jörg Roessler

Irina Liebmann: Wäre es schön? Es wäre schön! Mein Vater Rudolf Herrnstadt, Berlin Verlag, Berlin 2008, 413 S.

Das Buch, im 1994 gegründeten Hausverlag der Autorin erschienen, erhielt im Frühjahr 2008 den Preis der Leipziger Buchmesse in der Kategorie „Sachbuch“. Doch es ist kein Sachbuch. Dafür fehlt ihm die Sachlichkeit. Sachlich will Irina Liebmann auch nicht sein. Schon der Titel schreit nach Anerkennung auch als Literatur. Die 1943 geborene Tochter des Journalisten, Antifaschisten, Kommunisten, sowjetischen Nachrichtenspezialisten, NKFD-Gründungsmitglieds und führenden SED-Funktionärs Rudolf Herrnstadt (1903-1966), der 1953/54 als angeblicher „Kapitulant“ und Putschist verurteilt und aus der SED ausgeschlossen wurde, stellt eine Biographie ihres Vaters vor. Sie hat Erfahrung im Schreiben. Mit Germanistik-Abschluss anfangs in einer der wichtigsten politischen Zeitschriften der DDR, der

„Deutschen Außenpolitik“, redaktionell tätig, entschloss sie sich Mitte der Siebzigerjahre zum Freiberuflerdasein in der DDR. 1982 fand ihr „Berliner Mietschau“ (Mitteldeutscher Verlag) großen Zuspruch. Anliegen und Stil ihrer Texte gehörten in die Maxie-Wander-geprägte, alltagentdeckende „Protokollliteratur“ einer neuen, kritischen (Frauen-)Publizistik in der späten DDR. Seit 1988 lebte Irina Liebmann in Westberlin. Ihren Roman „Die freien Frauen“ (2004) nennt der Verlag eine „wunderbare literarische Erkundung über die Grenzen der weiblichen Freiheit“ und einen Bestseller.

Nun also: Der Vater. Irina Liebmanns Schwester Nadja Stulz-Herrnstadt, eine Neuzeit-Historikerin, hatte die Fachwelt noch in der Wende überrascht und die 1956 entstandenen Aufzeichnungen des Vaters 1990 veröffentlicht. Sie war in den späten Achtzigerjahren daran gehindert worden, sie in der DDR zu veröffentlichen und den Vater öffentlich zu rehabilitieren. In diesem „Herrnstadt-Dokument“ sind die Ereignisse um den 17. Juni 1953, die Rolle des damaligen Politbüro-Kandidaten und seine Opferung während der deutschlandpolitischen Richtungskämpfe in der Moskauer Führung erstaunlich detailgetreu reflektiert. Diese Quelle war eine kleine Sensation!

Was nun hat die Germanistin zu sagen? „Irina Liebmann [...] weiß alles über die Selbstverleugnung der Kommunisten, über deren Unfähigkeit, das wirkliche Leben zu erkennen, geschweige denn so zu gestalten, dass es für die Mehrheit zu ertragen gewesen

wäre“, behauptet Regina Mönch in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 3.5.2008. Sollte *das* das Buch ausmachen, dann wäre es die Auszeichnung nicht wert, denn Alleswisser über kommunistische „Selbstverleugnung“ gibt es zu Hauf.

Nein, L. weiß, dass sie wenig weiß. Sie will verstehen, sie sucht. Es ist ein Buch über Ergründungen aus einer grundsätzlich ablehnenden politischen Haltung heraus, ein Annäherungsversuch. Man kann ihn begleiten im Einverständnis mit ihr, im Einverständnis mit dem Vater und/oder mit eigener Positionsbestimmung. Was bietet L. dem Historiker, was ihren historisch interessierten Zeitgenossen?

Respektvoll ist zunächst zu attestieren, dass sie Verstehenwollen durchaus richtig begrift: als Versuch des – um mit Hans-Georg Gadamer zu sprechen – „Einrückens in ein Überlieferungsgeschehen, in dem sich Vergangenheit und Gegenwart beständig vermitteln“. Sie fragt nach dem, was geschehen ist, was den Vater angetrieben haben mag, warum Menschen, mit denen er zu tun hatte, in bestimmten historischen Konstellationen so und nicht anders handelten, wie der Vater zu den Dingen, die ihn umtrieben, und zu den Menschen, die seine Wege kreuzten, stand und ob er das, was sie – die Tochter – heute begrift, nicht genauso verstand oder aber übersehen, ignoriert, verdrängt haben könnte. Sie fragt nach späteren Einsichten und Korrekturen. Da ist ein Mühen um den anderen! Der hätte irgendein Nahestehender sein können; dass es der Vater ist, verleitet zu Überlegungen in Richtung Hassliebe und Vaterkomplex...

Das Buch gibt Einblick in das wechselvolle Leben eines Kommunisten, Sohn einer jüdischen Kaufmannsfamilie aus Gleiwitz (Oberschlesien), der sich später, als SED-Spitzenfunktionär, in Haltung und Arbeitsstil von anderen unterschied. Das meiste davon ist so neu nicht, hier fasziniert die Privatheit der Geschichten und Bilder. L. bietet Politisches und Privates in enger Verflechtung und wird dem Vater darin gerecht. Ihrer fragenden Position sowieso. So spürt sie der Freundschaft mit Lothar Bolz nach, die dann ein so schmähhches Ende fand. Sie zeichnet die Stationen der Liebesbeziehung zu Ilse Stöbe nach, lässt die Tragik der Hilflosigkeit Herrnstadts gegenüber der drohenden Ermordung der Eltern spüren. Berührend die Faszination, mit der Herrnstadt in der Emigration seine spätere Frau, eine junge Sibirierin, in sein Herz schloss. Berührend auch die Balance zwischen Verzagttheit, Stolz und Einkehr, mit der der Vater die skrupellose Verbannung in die Provinz und die Schmähung durch seine Genossen nach 1953 ertrug.

Doch die privaten Szenen, insbesondere die aus der DDR-Zeit, einer von der Tochter miterlebten Zeit, sind seltsamerweise rar und blass. Das liegt daran, dass L. doch mehr eine politische Biographie des Vaters schreiben will. Der Rechercheaufwand war zweifellos beachtlich, der Beraterstab groß. „Mit historischem Wissen halfen und [berieten] Egon Bahr, Manfred Wilke, Wilfriede Otto, Gerhard Baader, Klaus Polkehn, Christiane Mückenberger, Renate Endler, Regina Griebel, Marlies Coburger, Andreas Lawaty,

Michail Rudnitski“ (Danksagung). Es fragt sich, warum der bisher einzige Herrnstadt-Biograph, der Historiker Helmut Müller-Enbergs, in der Runde fehlte.

Das Buch macht deutlich, wie schwer es ist, einen Menschen in seine Zeit zu stellen. Man müsste von dieser Zeit etwas verstehen. L. konsultiert Weggefährten des Vaters und ist oft, merkwürdig oft, „fassungslos“. Wer das aufklärerische Anliegen der Autorin teilt, kann sich über vermeidbare Fehler bei den Fakten nur ärgern. Manches ist anderswo nicht nur besser, sondern auch schlüssiger beschrieben. Einer Suchenden wird niemand verwehren, Vermutungen zu äußern, und wer forscht, darf auch schon mal forscher über Zusammenhänge spekulieren. Doch hier geht das gelegentlich ins Absurde: Ulbrichts Mauerbau 1961 – eine Präventivaktion gegen drohende Wirkungen des bevorstehenden 22. KPdsU-Parteitag? Man hätte kalkuliert, „wenn die Grenze dicht ist, muss das sowjetische ‚Tauwetter‘ die SED nicht mehr kümmern“ (S.393)? Solch ein Zusammenhang ist grotesk.

Letzten Endes ist das Buch mehr eines über die Tochter als über den Vater. Es wird vielleicht als Beitrag zur Problematik „Kinder kommunistischer Eliten“ Eingang in die Fachdebatte finden, sozusagen neben den Reflexionen von Sergej Chruschtschow und Florian Havemann. Wie weit solche Texte die eigene „Vorurteilsstruktur“ thematisieren, ist bekanntermaßen höchst unterschiedlich. L. vermag das manchmal mehr, manchmal weniger gut. Sie spricht stellvertretend für „die Intellektuellen

in der DDR, die mehr Freiheit wollten, kleinteilig, bunt und selber bestimmt“, für „alles, was Bildung hatte und gegen den Staat war“ (S.304). Sie selbst attestiert sie „DDR-Verstand“. Muss man deshalb so genau hin sehen, um die wenigen Inseln kritischer Selbstbetrachtung zu entdecken? Die Stellen, wo L. eine am Beginn der Spurensuche einmal verkündete Wertung wieder zurücknimmt, sind selten und (wen wundert's?) für FAZ-Rezensenten unsichtbar. Hinzu kommt, dass die spröde, herausfordernde Sprache der Suchenden, die anfangs durchaus erfrischend wirkt, sich auf Dauer als Mittel der Selbstbefragung jedoch abnutzt. Und was auf den ersten Seiten das Lesen beflügelt, erzeugt schließlich Überdross, dieses ständige „Hat ER das denn nicht [so wie L.] gesehen?“ Nein, hat ER nicht! – Und wie weiter? Die Autorin entlässt ihre Leser mit dem lapidaren Resümee, dass ihre Welt nicht die Welt des Vaters ist, sein Verstand nicht der ihre. Wohl wahr. Eine Rücksprache über Visionen und Ernüchterungen kann man sich anspruchsvoller vorstellen. Auch sprachlich wirkt der Text unausgereift: „Zwei einander fremde Systeme, noch warm von den letzten Schlachten.“ (S.250).

Zugegeben, ein Leseerlebnis liegt immer in den Erfahrungen und den Erwartungen des Lesers begründet, ebenso wie die Schönheit eines Bildes in den Augen des Betrachters liegt. L.s Ruf nach kritischer Position zum kommunistischen Erbe wird unterschiedlich aufgenommen werden. Die Rezensentin hätte es vorgezogen, ein zweites Herrnstadt-Dokument zu

lesen. Was ist denn mit den Erinnerungen Herrstadts, aus denen streckenweise große Passagen zitiert oder Stichworte und Überschriften herausgegriffen werden? Ein Text von angeblich über 200 Seiten, verfasst allem Anschein nach 1964/1965, wird von L. im Quellenverzeichnis als unveröffentlichtes Manuskript mit dem Titel „Nationalkomitee. Moskau 1942-1945, Nachlass, Privatbesitz“ vorgestellt. Die Zitate schon sind eine Augenweide. Auch die Schwester der Autorin hatte 1990 Fragmente aus weitergehenden „Erinnerungen“ zitiert, etwa Notizen von Februar 1964 zum Parteiausschluss Robert Havemanns. Ich möchte so etwas nicht nur in fremdbestimmten Auszügen und schon gar nicht mit subjektiv überzeichneten Kommentaren lesen müssen. Originale Herrstadt-Texte auswerten, wäre das schön? Ja – „Es wäre schön!“

Elke Scherstjanoi

Michael Schwartz (Hrsg.): Ernst Schumacher – ein bayerischer Kommunist im doppelten Deutschland. Aufzeichnungen des Brechtforschers und Theaterkritikers in der DDR 1945-1991 (Biographische Quellen zur Zeitgeschichte, Bd. 24), Oldenbourg, München 2007, 720 S.

Ernst Schumachers Leben ist exemplarisch und exzeptionell zugleich, beispielhaft weil es die Wechselfälle der deutschen Geschichte seit dem Ende des Ersten Weltkrieges auf individueller Ebene widerspiegelt – fünf Staaten und ein Interregnum. Außerordentlich ist sein Leben, weil

die Entwicklung vom erzkatholischen „Waldbauernbub“ zum Stalinisten und schließlich zum Reformkommunisten und Gorbatschow-Fan ganz und gar unwahrscheinlich ist.

Erstmals 1965 sichtete Schumacher seine Notizbücher und schrieb auf dieser Grundlage einen Jahresrückblick. Diese Resümees bilden das Kerngerüst des Buches.

1921 wurde er als uneheliches Kind einer Kleinbauernfamilie im schwärzesten Oberbayern geboren. Ein Onkel, der Pfarrer war, ermöglichte ihm den Besuch des Gymnasiums und hoffte wohl insgeheim, der Neffe möchte doch auch den geistlichen Stand anstreben. Nach dem Abitur 1940 wurde Schumacher zur Wehrmacht eingezogen. 1942 wurde er schwer verwundet aus dem Militärdienst entlassen und nahm an der Universität München ein Studium der Philosophie, Germanistik und Geschichte auf.

Was nach dem Krieg Schumachers Konversion zum Kommunismus und seinen Eintritt in die KPD (1949) bewirkte, wird in dem Buch leider nicht recht deutlich, die unmittelbare Nachkriegszeit wird nur relativ kurz abgehandelt. Eine Rolle hat seinerzeit sicher sein ausgeprägter Antiamerikanismus, über ideologische Vorbehalte hinaus, gespielt. Es werde „uns nichts anderes übrig bleiben, eine Kollektivabneigung gegen die Kaugummifresser zu erzeugen, um sie endlich außer Landes zu bringen“, schrieb er Anfang der Fünfzigerjahre. Persönliche Animositäten verbanden Schumacher darüber hinaus unter anderem mit dem Dramatiker Peter Hacks und dem

Liedermacher Wolf Biermann. Beiden warf er Eitelkeit und Arroganz vor. Hacks bescheinigte er außerdem ein eher geringes dichterisches Talent: „Wieder ein Stück hackscher zuckerbäckerei und ideologischer scheiße“ zum Hacks-Drama „Prexaspes“ 1979. Zur Ausbürgerung Biermanns 1976 äußerte sich Schumacher öffentlich nicht.

In den Fünfzigerjahren erlitt er in München den paranoiden Antikommunismus der frühen Bundesrepublik. Lange vor dem KPD-Verbot 1956 ging die Polizei im Einvernehmen mit der Justiz äußerst brutal gegen kommunistische Aktivitäten vor. Schumacher sah und sieht darin eine, auch personelle, Kontinuität zum Nazi-Regime. Sie brachte ihm 1953 knapp zwei Wochen Untersuchungshaft im Münchner Gefängnis Stadelheim ein. Anklagepunkt: „Staatsgefährdung und Landesverrat“, weil Schumacher als bayerischer Korrespondent für den (Ost-)Berliner Rundfunk/Deutschlandsender tätig war. Das Hauptverfahren endete mit Freispruch. Auf den Hafterfahrungen beruht das „Stadelheimer Tagebuch“. Es weist Schumacher als begnadeten Erzähler aus, weit weniger gelungen waren seine Versuche als Lyriker und Dramatiker. Über sich als Dramatiker meinte er, „daß es nicht meine originalbegabung ist“. Dabei stellte er sich mit Lessing auf eine Stufe, das ist nicht ohne Komik. Im selben Jahr 1953 promovierte er in Leipzig mit einer Arbeit über die frühen Dramen Bertolt Brechts. Er ist damit einer der Begründer der Brecht-Forschung. Im Juni 1962 flüchtete er von München nach Ost-Berlin, weil

ein Haftbefehl gegen ihn drohte wegen Tätigkeit für die verbotene KPD. Der Haftbefehl erging im September und galt bis 1968, er verwehrt Schumacher, mit einer Ausnahme zur Teilnahme am Begräbnis seiner Mutter, Besuche in der Bundesrepublik. Schumacher empfand diesen Wechsel ins andere Deutschland als Emigration und seinen neuen Wohnsitz als Exil. Mehrfach und noch Jahre später klagte er über quälendes Heimweh. Erst 1971/72 entschied er sich, endgültig in der DDR zu bleiben und der SED beizutreten.

1965 habilitierte sich Schumacher in Leipzig mit einer Schrift über Brechts „Leben des Galilei“. Im Jahr darauf übernahm er die Leitung des Instituts für Theaterwissenschaft an der Ost-Berliner Humboldt-Universität. Später avancierte er zum Ordentlichen Professor für darstellende Künste. Ab 1964 bereits war er Theaterkritiker der „Berliner Zeitung“. Er war damit eine Institution im kulturellen Leben der DDR-Hauptstadt. Er hatte ein gutes Mehrfacheinkommen als Hochschullehrer, Kritiker und Buchautor, konnte sich 1972 ein Sommerhaus am Teupitzsee südlich von Berlin leisten. Er genoss ausgedehnte Reisefreiheit in alle Richtungen. Weil er zu den Privilegierten gehört habe, habe er „in gewisser Weise die wirkliche DDR nie erlebt“, zitiert der Hrsg. aus dem Buch „Nach der Katastrophe. Eine Geschichte des geteilten Deutschland“ von Peter Graf Kielmannsegg. Gelegentlich überkamen Schumacher Selbstzweifel an seinem wissenschaftlichen Rang. Er sei nur ein „KLEINER professor in der DDR“. Das als

Opus magnum gedachte Werk „Allgemeine Theorie der darstellenden Kunst“ hat er nie geschrieben. Als Kritiker genoss er internationales Renomme, zeitweilig war er Vizepräsident der Association Internationale des Critiques du Theatre.

Natürlich holte ihn die DDR-Wirklichkeit, zunächst in Gestalt des Dramatikers und Theaterkritikers des SED-Zentralorgans Neues Deutschland, Rainer Kerndl, ein. Schumacher hatte im Februar 1978 eine positive Kritik über „Das Vorkommnis“ von Uwe Saeger in der Uraufführung in der Werkstatt des Deutschen Theaters geschrieben. Es ging um die Affäre eines „davon gelaufenen Mädchens“ und eines Lehrers, die, so Schumacher, „auf die übliche administrative Weise“ geregelt werden sollte. Kerndl griff Schumacher in seiner Kritik massiv an: „Entschieden zurückzuweisen ist der hochmütige Versuch, jenen großen Teil unserer sozialistischen Intelligenz, der die diffizile Aufgabe zu erfüllen hat, junge Menschen zu erziehen und der das täglich verantwortungsvoll tut, als ‚Fähnlein der Angepaßten‘ und ‚Berufsgeschädigte‘ abzutun, wie es Ernst Schumacher gelassen und ohne jeden kritischen Einwand in der Berliner Zeitung vermerkt.“ Die Folgen für Schumacher waren verhängnisvoll. Er verlor sein Kritikermonopol bei der Berliner Zeitung und durfte nur noch über Aufführungen im Berliner Ensemble berichten. Die Staatssicherheit, der Schumacher wegen seiner Herkunft aus dem Westen von Anfang an suspekt war, nutzte die Gelegenheit, sein Reiseprivileg vorübergehend drastisch einzuschränken.

Insgesamt, so Schumacher nach Lektüre seiner MfS-Akte, „ein zuträger- und auswertersystem, dessen effizienz in schreiendem Gegensatz zu aufwand und kosten stand“.

Gleichsam in Parenthese: Als 1984 Kerndls Stück „Georgsberg“, das von der Westgeldproblematik handelt, auf Geheiß der SED vom Spielplan des Maxim-Gorki-Theaters „heruntergeputzt“ (Schumacher) wurde und Kerndl sein Kritikeramt beim Neuen Deutschland einbüßte, verhielt sich Schumacher sehr fair: „Wahrhaftig, ich habe keinen grund, kerndl besonders gewogen zu sein; [...] aber was soll's – die rache ist das überflüssigste der welt, die genugtuung über sie das widerlichste, das ich mir vorstellen kann.“ Ganz anders klingt Schumachers Kommentar zum Tod seines Leipziger Doktorvaters Hans Mayer, mit dem er sich nach dessen „Republikflucht“ (1963) verkracht hatte. Er bezeichnete ihn als „hochintelligenten juden zufällig deutscher herkunft, aber mit einer durch maßlose eitelkeit und selbstüberzeugtheit beeinträchtigten moralischen grundausrüstung“. Schumacher versäumte es in diesem Zusammenhang nicht, an Mayers Homosexualität Anstoß zu nehmen.

Mit dem Erscheinungsbild des DDR-Sozialismus war Schumacher stets unzufrieden. Schon 1954 kritisierte er schikanöse Grenzkontrollen, die Tristesse in der Dörfern, schmutzige Fassaden der volkseigenen Wohnhäuser, „lieblos zubereitete und servierte Mahlzeiten“ in den HO-Gaststätten sowie die „Haute Couture“ der DDR: „Sind denn die Mädchen und Frauen der DDR Trampeltiere, Aschenbrödel, Mitglieder des

Dritten Ordens der Kartheuser?“ Fast resigniert notierte er Ende 1984, es werde keine Massenbegeisterung für den Sozialismus geben, „solange sich die Menschen als Objekte und nicht als Subjekte empfinden können; solange nicht diejenigen bürgerlichen Freiheiten als sozialistische Freiheiten praktiziert werden, die Ausdruck notwendigen Freiheitsempfindens des einzelnen, der realen Möglichkeiten der Selbstverwirklichung sind“. Trotzdem bezeichnet sich Schumacher auch heute noch als „bekenntenen Kommunisten“, obwohl (oder weil?) er schon 1996 aus der damaligen PDS ausgetreten ist. Seine Zukunftsgewissheit ist ungebrochen: „Keine Demokratie ohne Sozialismus.“ Fazit: ein sehr informatives und über weite Strecken spannendes Buch, an dessen Qualität der Herausgeber und Kommentator Michael Schwartz großen Anteil hat. Die Zahl der Druckfehler hält sich in Grenzen. Der schönste findet sich auf Seite 11: „anstoßend“. Der Computer und die Rechtschreibreform – eine unendliche Geschichte.

Lothar Georgi

Hermann Weber/Andreas Herbst: *Deutsche Kommunisten. Biographisches Handbuch 1918 bis 1945*, 2., überarb. und stark erw. Aufl., Karl Dietz Verlag, Berlin 2008, 1167 S.

Das bedeutsame, in der ersten Auflage vergriffene Nachschlagewerk – siehe die Rezension in Jahrbuch 2005/I, S. 212f. – liegt nun in einer zweiten Auflage vor. Den 1.400 Biographien leitender Kommunisten in Deutschland der Auflage von 2004 wurden 275 Personenbeschreibungen hinzugefügt. Es wurden

Lebensläufe erweitert und über 200 neue Abbildungen veröffentlicht sowie einige Fehler berichtigt. Etwa die Hälfte der neuen Biographien entspricht den Auswahlkriterien der ersten Auflage, z. B. die des Chefredakteurs der „Roten Fahne“ von 1924, Josef Strich (Schumann-Unger). Drei Gruppen kommunistischer Akteure konnten umfangreich ergänzt werden: Dank der Öffnung wichtiger Archive in Moskau werden 77 Mitglieder des illegalen AM-Apparates der KPD zusätzlich vorgestellt. 29 Berliner Stadtverordnete und zugleich Mitglieder der BL Berlin-Brandenburg wurden als Kader im wichtigsten Zentrum der KPD, der Reichshauptstadt, hinzugefügt. Neu sind auch 45 leitende Personen der Abspaltungen von der KPD (KAPD, KAG, Leninbund, KPD-O, Linke Opposition usw.), die in der KPD noch ohne Funktionen waren.

Das Vorwort zur zweiten Auflage besagt, dass die Feststellungen in der Einleitung zur ersten Auflage trotz der neu hinzugekommenen Personen-Skizzen Bestand haben und durch die Auswertung der neuen Biographien bestätigt werden.

Bärbel Kontny

Hans-Ulrich Wehler: *Deutsche Gesellschaftsgeschichte. Bd. 5: Bundesrepublik und DDR 1949-1990*, Verlag C. H. Beck, München 2008, XVII, 529 S.

Mit dem fünften, ursprünglich nicht vorgesehenen Band, setzt W. seine 1700 einsetzende deutsche Gesellschaftsgeschichte fort. Nach knapper Skizzierung der politischen Rahmenbedingungen und der Bevölkerungsgeschichte werden – in methodologischer Anlehnung an Max Weber –

Strukturbedingungen und Entwicklungsprozesse der Wirtschaft, der „Sozialen Ungleichheit“, der „Politischen Herrschaft“ und der Kultur behandelt. In einem Epilog fasst W. die wichtigsten Erkenntnisse und Ergebnisse des Gesamtwerkes verbunden mit einem Ausblick knapp zusammen.

Man konnte gespannt darauf sein, ob und wie eine solche Gesellschaftsgeschichte die Zeitgeschichtsschreibung paradigmatisch bereichern oder gar herausfordern würde. Besonders auch im Hinblick auf die DDR-Geschichte werden große Erwartungen an gesellschaftsgeschichtliche Zugriffe geknüpft, in der Hoffnung, DDR-Biografien adäquater ins Blickfeld zu rücken als das bisher meist geschieht. Allerdings lässt schon der wesentlich geringere Umfang des fünften Bandes gegenüber den Vorgängerbänden auf eine nicht vergleichbar intensive Behandlung des Gegenstandes schließen. W. hat den 14 Jahren Weimarer Republik mit 370 Textseiten mehr Platz zugebilligt als 40 Jahren Bundesrepublik mit 358, und für 40 Jahre DDR sollen lediglich 62 Textseiten genügen! Die Gründe hierfür liegen möglicherweise darin, dass dieser Band zu schnell „nachgeschoben“ wurde, aber auch, was beim Lesen immer wieder deutlich wird, ganz offensichtlich in Defiziten hinsichtlich der Vertrautheit des Verf. mit dem historischen Gesamtprozess in seinen stadialen Spezifiken und konkret-historischen Dimensionen. So ist zu erklären, dass es ihm unterläuft, um nur einen Fakt zu benennen, von einem „vollständig proklamierte(n) ‚Aufbau des Sozialis-

mus‘ seit dem Herbst 1949“ (S.28) zu schreiben, von dem zu diesem Zeitpunkt weder vollmundig noch überhaupt die Rede war – und das war ja aus vielen Gründen von Belang.

W. erklärt den geringeren Umfang hinsichtlich der Bundesrepublik damit, dass „alle Grundentscheidungen frühzeitig gefallen und beibehalten worden sind“, so dass die Ereignisgeschichte „zurücktreten darf“ (S.XVI). Und was die Gesellschaftsgeschichte der DDR anbelangt, so wird klar, dass er die gar nicht zu schreiben beabsichtigte, wenn er ex cathedra festlegt, dass der DDR grundsätzlich (!) „keine gleichwertige Behandlung mit der Bundesrepublik“ einzuräumen sei. Sie wird daher lediglich „als Kontrast und zum Vergleich herangezogen.“ Denn das „Intermezzo der ostdeutschen Satrapie muss aber nicht an dieser Stelle durch eine ausführliche Analyse aufgewertet werden.“ (S.XVIf.)

Es ist kaum zu glauben: W. ist lebensgeschichtlich dem Gegenstand so eng verhaftet, dass er die Gründungslüge der „Väter“ der Bundesrepublik, nämlich, dass diese ganz Deutschland repräsentiere und für das ganze deutsche Volk agiere und die SBZ/DDR (gemeinsam mit den Ostgebieten!) als Irredenta zu behandeln seien, als Darstellungskonzept seines fünften Bandes umsetzt! Das beinhaltet – im Widerspruch zum Titel des Bandes und bei Außerachtlassung der inzwischen weithin anerkannten Notwendigkeit, die Geschichte der Berliner Republik von 1949 bis 1990 als Doppelbiografie oder zumindestens vom Ansatz her als integrierte Geschichte zweier Staaten und Gesellschaften ins

Blickfeld zu rücken – eine konzeptionelle Beschränkung lediglich auf eine westdeutsche Gesellschaftsgeschichte, die durch den herausgestellten Kontrast zur DDR zusätzlich aufgewertet werden soll. Mit souveräner Ignoranz gegenüber allen seit Jahren unternommenen, vielfältigen Bemühungen um eine adäquatere Behandlung von DDR-Geschichte (Reichweite und Grenzen der Diktatur, Netzwerke, Eigensinn, Alltag und Normalität, erbrachte Leistungen, Modernisierungsfortschritte etc.) bietet W. ein „Kontrastprogramm“ des blanken Horrors an. So „senkte sich über die SBZ östlich der Elbe die zweite deutsche Diktatur herab. Das war die totalitäre Parteidiktatur eines Kollaborationsregimes auf der Basis eines Okkupationskommunismus, der in dieser Satrapie im westlichen Vorfeld des sowjetischen Imperiums mit allen Mitteln einer kolonialen Neugründung durchgesetzt wurde.“ (S.23) Und in dieser Art setzt sich das dann über einen Aufbau des Sozialismus, der irgendwie nur repressiv und irrwitzig erscheint und durch „Pathologisches Lernen“ (S.347-353) gekennzeichnet ist, im Galopp über den Mauerbau 1961 bis zum zwangsläufigen Untergang der DDR fort. So gesehen wird völlig unverständlich, dass überhaupt jemand je an das Jahrhundertprojekt Sozialismus geglaubt hat und wieso so viele in der Welt so lange, wie Peter Graf Kielmannsegg in seinem Buch „Das geteilte Land. Deutsche Geschichte 1945-1990“ problematisierte, die DDR als ein „anderes Deutschland“ wahrgenommen haben. In diesem Kontext blendet W., obwohl er

Hobsbawm öfter erwähnt, völlig aus, was für eine deutsche Gesellschaftsgeschichte von Belang ist, dass der Systemkonflikt im 20. Jahrhundert eine durchaus ernst genommene Herausforderung beinhaltete und sozialstaatliche Abfederung und anderes befördert hat. Überhaupt gebricht es an weltgeschichtlichen Einordnungen und Problematisierungen sowie Relativierungen der westdeutschen Gesellschaftsgeschichte. Demgegenüber wird die gesamte, selbstgewisse Darstellung – in geradezu „radikalteologischer“ (Sabrow) Sichtweise entlang der bekannten Leitlinien Amerikanisierung, Westbindung und Europäisierung – an der Unausweichlichkeit, „historischen Überlegenheit“ und Legitimität der Bundesrepublik, in Symbiose mit einem an kapitalistischer Marktwirtschaft, Sozialstaat und westlicher Demokratie ausgerichteten Modernisierungsprozess, festgemacht.

Der „deutsche Sonderweg“ wird nun erst – nicht sehr überzeugend – seit 1914 verortet. Deutschland sei vor 1914 schon immer im Westen gewesen, aber dann habe sich im und mit dem „Zweiten Dreißigjährigen Krieg“ der antiwestliche Sonderweg durchgesetzt, der nach 1945 von den Westdeutschen wieder verlassen bzw. überwunden wurde (S.424f.). W. zeichnet ein Bild von einem stetigen Fortschreiten der Bundesrepublik zur Konsumgesellschaft und zu steigendem Wohlstand, von Modernisierung und einer Fundamentalliberalisierung, die auch eine stetige Vergangenheitsbewältigung einschloss. Der Kampf gegen „Atomtod“ und Notstandsgesetze und die nach W. maßlos über-

schätzten „68iger“ hätte sich eigentlich erübrigt, denn „überall sind die Weichen vor 1968 gestellt worden“ (S.311). Alternativen gab es nicht, „dritte Wege“ waren bloße, nicht ernst zu nehmende und daher nicht zu behandelnde „Hirngespinnste“. Zwar wird konstatiert, dass die gelingende kapitalistische Rekonstruktion und das „Wirtschaftswunder“ überraschend kamen und nicht vorausgesehen werden konnten, aber die daraus sich ergebende Folgerung, dass die gesellschaftlich lebenden und handelnden Westdeutschen, die kaum ins Blickfeld gerückt werden (Norbert Frei: „Lebt hier jemand?“), folglich andere Perspektiven hatten, wird nicht thematisiert – weder vor noch nach Gründung der Bundesrepublik, wo bekanntlich DGB und SPD eine andere Wirtschaftsordnung anstrebten und der Ausgang noch offen schien. Denn die Zustimmungquote zur Bundesrepublik, die im Stile eines Verwaltungsaktes hinter verschlossenen Türen und ohne Volksabstimmung über das Grundgesetz gebildet wurde, betrug gemäß einer von W. zitierten Umfrage 1951 zunächst nur 2 Prozent! Sie stieg dann im Ergebnis von Wirtschaftsboom und sozialstaatlichem Ausbau sprunghaft auf über 42 Prozent (1953) und schließlich auf 82 Prozent (1970) an (S.276).

Im Unterschied zu den recht selektiven und „engen“ Kulturpassagen ist das Kapitel sehr aussagekräftig, in dem W. unter dem Aspekt der sozialen Ungleichheit und in Auseinandersetzung mit amorphen Mittelstandstheorien die Vermögens- und Einkommensverteilung sowie die Struktur und

Entwicklung der Klassen und Schichten behandelt: die Eliten, die „Renaissance des Bürgertums“, den „Aufstieg der Arbeiterschaft aus dem Proletariat“, die Rand- oder Unterschicht, das politische Ende des Adels und sein Überleben als „Prestige-Oberschicht“, die Bauern auf dem Wege zur „Versorgungsklasse“. Er thematisiert das über Geschlechterbeziehungen, Familie, Habitus, Heiratsmärkte, Jugend, Alter, Bildungschancen, Gesundheit, Wohnbedingungen, Kriminalität und Konfessionen und führt es zu einem Gesamtbild der „Sozialhierarchie und Klassendisparitäten in der Marktgesellschaft“ weiter. Trotz aller dynamischen Veränderungen, Brüche und Modernisierungsschübe und eines „Fahrstuhleffekts“ zu erhöhtem Wohlstand hätten sich doch erstaunliche Kontinuitäten in den sozialen Ungleichheiten reproduziert, so dass „krasse, zudem auffallend konstante Disparitäten der Einkommens- und Vermögensverteilung, des Zugangs zu den Funktionseliten und Bildungsinstitutionen“ (S.436) weiter bestünden und die Schere zwischen Ober- und Unterschicht sich nicht verringere, sondern weiter auf klaffe. Dennoch bilanziert W. eine abzubauenende Überdehnung des Sozialstaates.

Was den wirtschaftlichen Torso DDR betrifft, so konstatiert W. zwar die weitaus schlechteren Ausgangsbedingungen, aber er nimmt sie nicht wirklich ernst. Er behauptet, dass die ostdeutsche Wirtschaft letztlich nur infolge der Umgestaltungen, des Wirtschaftssystems und einer völlig verfehlten Wirtschaftspolitik davon abgehalten wurde, sich ebenso schnell

wie die westdeutsche zu erholen (S.91). Die Frage, wie die 40-jährige Dauer dennoch zu erklären ist, wird zwar aufgeworfen, aber nicht beantwortet. Es gibt W. zufolge offenbar keinerlei hervorzuhebende Leistung, die erbracht wurde, ebenso wenig Modernisierungsergebnisse, geschweige denn Modernisierungsvorspünge im Vergleich zur BRD (wie Einheitschule, Bildungschancen, Kita, Gesundheitsvorsorge, Polikliniken, Frauenemanzipation etc.). Die Agrargesellschaften, von W. vehement für die Bundesrepublik gefordert, werden für die DDR nur negativ gewertet. Die DDR wird außerdem stets nur mit der Bundesrepublik verglichen und nicht in einem für sie günstigeren europäischen Rahmen behandelt usw. usf.

W. führt die Massenflucht aus der DDR hauptsächlich auf „gewaltsame Umwälzung“ und „Repression“ und auf ein damit verbundenes „Befreiungsmotiv“ zurück (S.43f.). So kann er guten Gewissens mit sichtlicher Befriedigung konstatieren: „Die Bundesrepublik gewann damit, ohne einen Pfennig an eigenen Ausbildungskosten zu investieren, ein zusätzliches Arbeitskräftepotential“ (S.36).

Alles in allem: Der Anspruch auf eine deutsche Gesellschaftsgeschichte wurde nicht eingelöst. Es entstand zwar eine gut lesbare und in vielem interessante, auf die Bundesrepublik zugeschnittene gesellschaftsgeschichtliche Darstellung, allerdings mit unterschiedlich aussagekräftigen Teilen, die sich kaum zu einem Ganzen fügen, deutliche konzeptionelle und inhaltliche Grenzen aufweisen und daher keineswegs eine wegweisende Funkti-

on für die Zeitgeschichtsschreibung auszuüben vermögen. Ein großer Wurf und damit ein krönender Abschluss des Gesamtwerkes sind somit nicht zu konstatieren. Herausgekommen ist eine singulare Erfolgsgeschichte, sehr eigenwillig geschrieben von Standpunkt, Problemhorizont und Perspektivbewusstsein der alten Bundesrepublik aus und eines darin involvierten Historikers, aber ziemlich fern von den anderen Problemlagen der Berliner Republik, den globalen Krisensymptomen, damit verbundenen anderen Perspektiven und einem sich verändernden Geschichtsverständnis.

Rolf Badstübner

Hans Reichelt: Die deutschen Kriegsheimkehrer. Was hat die DDR für sie getan?, Edition Ost, Berlin 2008, 224 S., Abb.

Der Bd. widerlegt die Legende, Konrad Adenauer habe 1955 „die deutschen Soldaten aus sowjetischen Kriegsgefangenenlagern [...] befreit“ (S.10), eine Legende, die – so oder ähnlich formuliert – seither in der bundesdeutschen Publizistik kolportiert wird. Damit ist auch R.s Hauptanliegen umrissen, das er auf knapp 150 Seiten verfolgt. In 70 Seiten Anlagen findet der Leser dazu, chronologisch angeordnet, Auszüge aus den Protokollen des Zentralsekretariats der SED sowie in Faksimile 21 weitere Dokumente abgedruckt.

Heutzutage ist in Filmdokumentationen und Büchern viel über unsägliche Haft- und Internierungsbedingungen von deutschen Soldaten in sibirischen Lagern zu sehen und zu lesen, kaum

aber etwas über das Schicksal der sowjetischen Kriegsgefangenen in deutschen Lagern, von denen das Kriegsende lediglich 630.000 überlebten. Die deutsche Wehrmacht behandelte die sowjetischen Soldaten nicht entsprechend völkerrechtlichen Konventionen, sondern als „slawische Untermenschen“, ging mit ihnen barbarisch um, was andererseits die Furcht der Deutschen vor einer Gefangennahme durch die Rote Armee verstärkte. Die Darlegungen beginnen mit persönlichen Erlebnissen des Vf. von seiner Gefangennahme durch Rotarmisten im Frühjahr 1945, über seine Stellung im Gefangenenlager bis zu seiner Heimkehr nach Deutschland 1949. In den folgenden Abschnitten skizziert R., unterlegt mit eigenen Erinnerungen, dass die KPD/SED-Führung und Regierung in Ostberlin sich ständig für die Freilassung der Kriegsgefangenen in der Sowjetunion engagierten. Das Verhältnis der KPD/SED zur sowjetischen Besatzungsmacht war in der Kriegsgefangenenfrage nicht problemlos, wurden ihr doch oft konkrete Auskünfte verweigert. Sie wurde gelegentlich mit Entscheidungen konfrontiert, die nicht in ihrem Sinne waren. Informationen zu Namen von deutschen Kriegsgefangenen in sowjetischen Lagern, zu deren Betreuung in den Lagern und zur Rückkehr in die Heimat erreichten die deutschen Behörden oft verspätet und lückenhaft. Als Pieck die sowjetische Führung darum bat, bei Gründung der DDR erklären zu dürfen, dass bis Ende 1949 alle Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion entlassen würden, blieb eine Zusa-

ge aus. Statt dessen meldete ein halbes Jahr später, am 4. Mai 1950, TASS unvermittelt, dass mit der Rückführung der letzten 17.538 Kriegsgefangenen die Repatriierung der deutschen Kriegsgefangenen vollständig abgeschlossen sei; die Gesamtzahl aller entlassenen deutschen Kriegsgefangenen wurde mit 1.939.063 angegeben.

In Gefangenschaft blieben ca. 35.000 deutsche Kriegsgefangene zurück, die – zu Recht oder aber zu Unrecht – von sowjetischen Gerichten wegen Nazi- und Kriegsverbrechen verurteilt worden waren. (S.118f.) Sie wurden als verurteilte Kriegsverbrecher betrachtet. In mehreren Schüben wurden sie bis 1955 entlassen. Der Autor führt den Zeitpunkt dieser Entlassungen darauf zurück, dass zwischen der DDR und der UdSSR im Sommer 1953 vereinbart worden war, dass deutsche Kriegsgefangene von der weiteren Verbüßung der Strafen befreit werden, ausgenommen jene, die besonders schwere Verbrechen gegen den Frieden und die Menschlichkeit begangen haben. Noch bevor Adenauer im September 1955 nach Moskau reiste, informiert die sowjetische Regierung am 14. Juli die DDR-Regierung, dass sie beabsichtige, „5.614 deutsche Bürger, darunter 3.708 Kriegsgefangene, 1.906 Zivilpersonen und 180 Generale der ehemaligen Hitlerarmee von der weiteren Strafverbüßung zu befreien“ und nach der DDR oder Westdeutschland zu repatriieren. (S.128f.) Weitere 3.917 Personen sollten den Behörden der DDR oder der Bundesrepublik zur weiteren Strafverbüßung übergeben werden.

R. bedauert, dass die DDR, die „still, selbstlos und erfolgreich“ in der Kriegsgefangenenfrage gearbeitet hätte, 1955 aus „falscher Bescheidenheit“ und „ideologischen Vorbehalten“ das Propagandafeld der Gegenseite überließ. Ob mit mehr Presserummel verhindert worden wäre, dass bis heute in bundesdeutschen Geschichtsbüchern zu diesem Thema Unwahrheiten und Halbwahrheiten dominieren, ist jedoch zu bezweifeln.

Herbert Mayer

Hermann Wentker: Außenpolitik in engen Grenzen. Die DDR im internationalen System 1949-1989, Veröffentlichungen zur SBZ-/DDR-Forschung im Institut für Zeitgeschichte (Quellen und Darstellungen zur Zeitgeschichte, Bd. 72), Oldenbourg, München 2007, IX, 612 S.

Der Autor teilt die vier Jahrzehnte der DDR-Außenpolitik in zwei Abschnitte (1945/49-1972 und 1973-1989) und setzt die Zäsur 1972/1973 mit dem Abschluss des Grundlagenvertrages zwischen DDR und BRD und der damit folgenden weltweiten Anerkennung der DDR. Diese beiden großen Zeiträume sind chronologisch und inhaltlich weiter untergliedert, wobei jeder Abschnitt sehr aussagefähig und gleichzeitig wertende Überschriften enthält. Durchgängig behandelt der Autor – in unterschiedlicher Gewichtung – verschiedene Ebenen der DDR-Außenpolitik: SED-Politbüro und Parteiapparat, das Außenministerium und gesellschaftliche Organisationen.

Der Vf. ordnet die Außenpolitik der DDR in ein dynamisches Koordinatendreieck ein: Sie war durch die Vorgaben der Sowjetunion, die indirekten Einflüsse aus der BRD und die eigene Innenpolitik bestimmt und eingeeignet. Eine besondere Rolle habe das Abhängigkeitsverhältnis der DDR von der UdSSR gespielt, die der Autor ins Zentrum seiner Darstellung rückt. Durch dieses habe die DDR kaum Handlungsfähigkeit besessen, auch ihrem Verhältnis zur Bundesrepublik wären enge Grenzen gezogen gewesen. Zu Beginn der Achtzigerjahre sei es zu einer zunehmenden Distanzierung gekommen. Zum einen reduzierte die Sowjetunion aufgrund ihrer eigenen ökonomischen Situation vor allem die Erdöllieferungen an die DDR, was diese zu einer Intensivierung ihrer Wirtschaftsbeziehungen zur BRD zwang. Zum anderen hätten nach der Machtübernahme durch Gorbatschow dessen Perestrojka und Glasnost in der DDR-Führung wenig Widerhall gefunden. Aber gerade weil die DDR in vielen Fragen ihrer Außenpolitik tatsächlich entscheidend von der Sowjetunion abhängig war, bleibt W.s Metapher mit den „Eltern“ („Stellung ihrer Eltern“, S.119; „Gunst der Eltern“, S.189; „Spannungen mit ihren Eltern“, S.318) für den Leser unverständlich. Wer sollen diese „Eltern“ gewesen sein?

Den Beziehungen zwischen DDR und Bundesrepublik geht W. detailliert nach. Deutlich wird der Spagat für die DDR, sich von der BRD abzugrenzen und international anerkannt zu werden, zugleich aber wirtschaftlich-finanziell eng mit dieser verbunden zu

sein. Entspannungspolitik bedeutete nach W.s Ansicht für die Bundesrepublik vor allem, humanitäre Kontakte auszubauen und zu vertiefen (S.397), während die DDR wesentlich stärker an der Durchsetzung von Abrüstungsmaßnahmen interessiert war. In diesem Zusammenhang ist verwunderlich, wie Honeckers Forderung nach einer „Koalition der Vernunft“ eingeschätzt wird: W. wertet dieses Konzept ab, indem er es lediglich als taktisch motiviert bezeichnet. Andererseits ignoriert er, dass gerade Bundeskanzler Kohl die Formulierung Honeckers gern aufgriff. Nicht akzeptabel ist auch, dass W. eine auf Sicherung des Friedens gerichtete Außenpolitik der DDR als „Unterstützung des sowjetischen Expansionsdrangs“ (S.389) bewertet. Letztlich ignoriert er insgesamt die Rolle, die die DDR in komplizierten Zeiten bei der Lösung von Aufgaben der Sicherheit, Zusammenarbeit, Entspannung und Abrüstung in Europa spielte.

Ausführlich beschäftigt sich der Autor mit der Stellung der DDR zu anderen Staaten im östlichen Bündnisssystem. Die Beziehungen zur ČSSR und zu Polen, die W. als zeitweise „zwischen Kooperation und Konfrontation“ befindlich charakterisiert, werden gesondert behandelt. Der Vf. stellt in unterschiedlicher Form auch die Anstrengungen der DDR um Einfluss und Akzeptanz in den Staaten der Dritten Welt dar. Bei allen Bemühungen um die völkerrechtliche Anerkennung spielte dabei die westliche Nichtanerkennungspolitik eine entscheidende Rolle, so dass der zweite deutsche Staat kaum eine Chance

hatte (S.119). Es wird auch deutlich, dass einige Entwicklungsländer oftmals ein doppeltes Spiel trieben (S.173 Ägypten, S.178 Guinea) und aus wirtschaftlichen Gründen eher Wert auf Beziehungen zur Bundesrepublik als zur DDR legten.

Interessant ist die Behandlung der Parteibeziehungen SED – SPD und der Beratungen ihrer Arbeitsgruppen, vor allem aus heutiger Sicht. Die Wertung des Vf., dass Honecker den Kontakten zur SPD nach der Bundestagswahl 1987 wenig Bedeutung beimaß, scheint aber nicht zutreffend. Allein wenn man Revue passieren lässt, wie viele SPD-Politiker vom SED-Generalsekretär in den letzten DDR-Jahren zu Gesprächen empfangen wurden, kommt man zu einem anderen Urteil.

Einige Wertungen des Vf. sind oberflächlich, andere strittig und widersprüchlich. Einige Beispiele sollen angeführt werden. So schreibt W., dass die Sowjetunion die wirtschaftliche Unterstützung für die DDR nach dem Bau der Mauer zurück gefahren hätte, so dass die SED-Führung eine Wirtschaftsreform in Angriff nahm, die ein intensiveres Wachstum versprach (S.211). Auf S.217 erklärt er hingegen: „Die neu gewonnene Handlungsfreiheit in wirtschaftspolitischer Hinsicht war folglich eng begrenzt.“ Richtig ist als Termin des Schmidt-Besuchs in der DDR der 11. bis 13. Dezember und nicht der 11. bis 13. November 1981 (S.425); und die DBD (S.565) war nicht der Demokratische Bauernbund Deutschlands, sondern die Demokratische Bauernpartei Deutschlands. Unbelegt bleibt,

aus welcher Quelle Gorbatschows Worte „Wenn wir zurückbleiben, bestraft uns das Leben sofort“ (S.499) zitiert sind. Zwar wird Schabowskis „Das Politbüro“ (1990, S.74) angeführt, doch dort heißt es: „Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.“ Trotz verschiedener kritischer Anmerkungen ist zu konstatieren, dass ein sehr informatives Werk entstanden ist, das die Außenpolitik der DDR umfassend beleuchtet und zahlreiche Hinweise auf weitergehende Studien enthält. Ein Abkürzungsverzeichnis, ein ausführliches Quellen- und Literaturverzeichnis sowie ein Personenregister vervollständigen es.

Joachim Eichler

Autorenverzeichnis

Günter Agde, Dr., Berlin
Evemarie Badstübner, Dr. sc., Berlin
Rolf Badstübner, Prof. Dr., Berlin
Günter Benser, Prof. Dr., Berlin
Anneliese Braun, Prof. Dr., Berlin
Gerd Callesen, Dr., Wien
Jochem Černý, Dr., Berlin
Andreas Diers, Dr., Frankfurt am Main
Joachim Eichler, Dr., Berlin
Gerhard Engel, Prof. Dr., Am Mellensee
Walter Friedrich, Prof. Dr., Leipzig
Lothar Georgi, Dr., Berlin
Jochen Hahn, Dr., Leipzig
Christoph Hamann, Dr., Landesinstitut für Schule und Medien Berlin-Brandenburg, Ludwigsfelde
Joachim Heise, Dr. sc., Institut für vergleichende Staat-Kirche-Forschung, Berlin
Ralf Hoffrogge, Student, Berlin
Peter Hübner, Dr. sc., Zentrum für Zeithistorische Forschung, Potsdam
Heinz Köller, Prof. Dr., Berlin
Ulrike Köpp, Dr., Berlin
Bärbel Kontry, Berlin
Stephan Lieske, Dr., Humboldt-Universität, Berlin
Herbert Mayer, Dr. sc., Berlin
Henning Ohlendorf, Institut für vergleichende Staat-Kirche-Forschung, Berlin
Ulla Plener, Dr. sc., Berlin
Jörg Roesler, Prof. Dr., Berlin
Elke Scherstjanoi, Dr., Institut für Zeitgeschichte München-Berlin, Abt. Berlin
Arne Schott, Student, Trier

Impressum

ISSN 1610-093X

Herausgeber:

Förderverein für Forschungen zur
Geschichte der Arbeiterbewegung

Redaktion:

Helga Brangsch, Dr. Wolfgang Heyn,
Dr. Christa Hübner, Bärbel Kontny,
Dr. Herbert Mayer, Dr. Ulla Plener,
Dr. Elke Scherstjanoi, Dr. Carola
Tischler

Postadresse der Redaktion:

Weydingerstraße 14-16, D-10178
Berlin

Email-Adresse der Redaktion:

[redaktion@arbeiterbewegung-
jahrbuch.de](mailto:redaktion@arbeiterbewegung-jahrbuch.de)

Email-Adresse der Redaktion für
Buchbesprechungen:

[rez-kon@arbeiterbewegung-
jahrbuch.de](mailto:rez-kon@arbeiterbewegung-jahrbuch.de)

Website:

www.arbeiterbewegung-jahrbuch.de

Das „JahrBuch“ erscheint dreimal
jährlich (Januar, Mai, September) in
der NDZ GmbH, Weydingerstraße
14-16, D-10178 Berlin, im Gesamtum-
fang von ca. 660 Seiten.

In der Zeitschrift können nur Beiträge
veröffentlicht werden, die nicht bereits
anderweitig erschienen sind. Manu-
skripte können per e-mail oder auf
Diskette, vorzugsweise als word-Datei,
eingesandt werden. Beiträge sollten
40.000, Berichte 10.000, Rezensionen

6.000 und Annotationen 2.000 Zei-
chen nicht überschreiten. Bitte reichen
Sie stets die letzte Fassung des Beitrages
ein und beachten Sie die im
„JahrBuch“ übliche äußere Manu-
skriptgestaltung. Die Redaktionsricht-
linien senden wir Ihnen gern zu.

Beiträge für unsere Zeitschrift werden
nicht honoriert.

Satz: Joanna Boegendorff/Christa
Kouschil

Realisiert in den Typowerkstätten des
Giambattista-Bodoni-Museums e.V.

info@bodoni.org

Die Typowerkstätten des Giambat-
tista-Bodoni-Museums e. V. bieten auf
Wunsch Sonderdrucke der im Jahr-
Buch veröffentlichten Beiträge – mit
und ohne Umschlag – an. Die Kondi-
tionen sind zu erfragen unter der
Telefonnummer: 030-28 25 137.

Redaktionsschluss: 12.04.2009

Entwürfe für Hoheitszeichen einer Deutschen Demokratischen Republik, 1949*



1



2

1: Autor Engelhardt Chrzan, Friseur, Berlin-Steglitz, 6.11.49, BArch DC 20/198 Bd. 2, Bl. 42.

2: Autor Robert Kubn, Berlin-Steglitz, o. D., BArch DC 20/198 Bd. 2, Bl. 34.

3: Autor Rose, o. D., BArch DC 20/198 Bd. 1, Bl. 1.

4: Arbeitsgemeinschaft Wittkugel u. a., o. D., BArch DC 20/198 Bd. 1, Bl. 9.

5: Arbeitsgemeinschaft Wittkugel u. a., o. D., BArch DC 20/198 Bd. 1, Bl. 11.

6: Autor ungenannt, o. D., BArch DC 20/198 Bd. 2, Bl. 26.

7: Arbeitsgemeinschaft Wittkugel u. a., o. D., BArch DC 20/198 Bd. 1, Bl. 13.

8: Autor Hölter, o. D., BArch DC 20/198 Bd. 2, Bl. 16.

* Recherche Elke Scherstjanoi